



# Blue Deal 2030

Businessplan für eine  
neue Gründerzeit des  
„Unternehmens Berlin“

**DAS KONZEPT DER  
HAUPTSTADTFRAKTION**



**2021**





# **Blue Deal 2030**

"Businessplan für eine neue  
Gründerzeit des Unternehmens  
Berlin"

*Das Konzept der  
Hauptstadtfraktion*

**2021**

Dr. Kristin Brinker, MdA

## „Blue Deal 2030“ statt falscher Bescheidenheit – die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert eine neue Gründerzeit



**Dr. Kristin Brinker, MdB**  
Fraktionsvorsitzende der  
AfD-Hauptstadtfraktion

Kleinkariertheit und Anspruchslosigkeit – das waren jahrzehntelang die sorgfältig kultivierten Attribute der Berliner Wirtschaftspolitik. Seit langem haben sich Berliner Landesregierungen damit abgefunden, dass andere, erfolgreichere Bundesländer der Hauptstadt den Rang ablaufen und unseren Landeshaushalt mitfinanzieren. Seit langem schaut man zu, wie sich ein Industriebetrieb nach dem anderen aus der deutschen Hauptstadt verabschiedet. Seit langem sind die Unzulänglichkeiten der Berliner Verwaltung bekannt, ohne dass etwas passiert ist. **Selbstzufriedenheit auf niedrigem Niveau – so ist bislang die Stimmung in Berlin.**

Doch die Corona-Krise hat schonungslos die Defizite Berlins aufgedeckt. Berlin ist eine Stadt, die sich dem internationalen Wettbewerb nicht stellt, die zu sehr auf schlecht bezahlte Dienstleister und kleine Start-ups ohne Anbindung an große Firmen und Institutionen setzt. Berlins Landesregierungen sind offenbar unfähig, die eigene Verwaltung effizient und investorenfreundlich auszurichten, die Infrastruktur zu erneuern und die Berliner Schüler so zu qualifizieren, dass sie auf einem modernen Arbeitsmarkt gefragt sind und erfolgreich sein können. Viele klagen darüber. **Doch was wir brauchen, ist ein wirtschaftlicher Aufbruch, damit Berlin im Vergleich der Metropolen der Welt wieder vorne mitmischen kann. Wir brauchen eine neue Gründerzeit.**

Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt will sich mit Kleinkariertheit und Anspruchslosigkeit nicht länger abfinden. Berlin verdient mehr. Und Berlin kann mehr. Deshalb schlagen wir einen „**Blue Deal 2030**“ vor. Wir müssen **Berlin als ein „Unternehmen“ begreifen, für das wir einen Businessplan brauchen;** ein Berlin, das sich an den erfolgreichen Städten in der Welt orientiert, an Städten die sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem erfolgreichen Unternehmen entwickelt haben. **Singapur ist ein Beispiel für Berlin.** Singapur macht deutlich: Wenn eine Metropole auf moderne Industrien mit hoher Wertschöpfung setzt, Schulen und Universitäten international wettbewerbsfähig macht, für eine exzellente Infrastruktur sorgt und sicherstellt, dass die Verwaltung effizient ist und Investoren berät, statt sie zu vergraulen, dann profitieren alle Bürger davon. Ihr Einkommen steigt, die Lebensqualität und das Bildungsniveau erhöhen sich, die soziale Sicherheit und die Sicherheit vor Kriminalität werden größer.

Natürlich wissen wir, dass die Umsetzung des von uns geforderten „Blue Deal 2030“ kein Spaziergang sein wird.

Einfach so weiter machen wie bisher – das ist immer leichter als der Aufbruch zu neuen Ufern. Aber zu lange war Berlin zu anspruchslos. Zu schnell hat man alles verurteilt, was unternehmerisches Denken verlangte. **Deshalb setzen wir nicht länger auf das „Machbare“ (was unter den gegenwärtigen Bedingungen ohnehin in Berlin sehr wenig wäre), sondern auf das „Wünschenswerte“.** Falsche Bescheidenheit oder gar Resignation sind fehl am Platz, wenn es um die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit Berlins geht. Wir wollen mit unserem „Blue Deal 2030“ zu einer Debatte über unsere Zukunft einladen. Wir suchen den Dialog mit allen, die für die Chancen unserer Stadt wichtig sind.

Es liegt auf der Hand: Mit Bildungsferne, Autohass, Klimahysterie, Corona-Radwegen, staatlicher Gängelung des Wohnungsmarkts und einer überalterten, digitalisierungsfernen Verwaltung kann das Unternehmen Berlin auf Dauer nicht einmal unseren jetzigen, ziemlich bescheidenen Lebensstil erhalten. Auch die Zuwanderung Un- und gering Qualifizierter, die Umsetzung von weltfremden Genderstudien oder die politisch korrekte Umbenennung von Straßennamen, alles Lieblingsideen der derzeitigen Landesregierung, werden unsere Stadt keinen Schritt weiterbringen.

**Berlin muss umdenken. Berlin braucht einen Businessplan. Doch die Zeit drängt.** Deshalb sagen wir als AfD-Fraktion in der Hauptstadt: Wesentliche Schritte auf dem Weg zum „Blue Deal“ müssen bis zum Jahre 2030 eingeleitet sein. Wir brauchen in Berlin so rasch wie möglich erste, werbewirksame Leuchtturmprojekte mit Unternehmen, die spannende, wertschöpfende und international gefragte Produkte herstellen. Wir brauchen ein Schulsystem, das es nicht zulässt, dass Tausende Jugendliche jedes Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen, sondern gezielt in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) auf Berufe mit Erfolgsperspektive vorbereitet werden. Wir brauchen die enge Zusammenarbeit zwischen etablierten Firmen, Start-ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, damit das, was in Berlin entwickelt wird, auch anschließend hier produziert und weltweit vertrieben werden kann.

**All das ist machbar, wenn Berlin wieder Ehrgeiz hat;** Wenn die politisch Verantwortlichen und die wichtigen Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft Gas geben; Wenn sie endlich wie die AfD-Fraktion in der Hauptstadt wollen, dass Berlin eine neue Gründerzeit erlebt, statt den tristen Status Quo zu rechtfertigen.

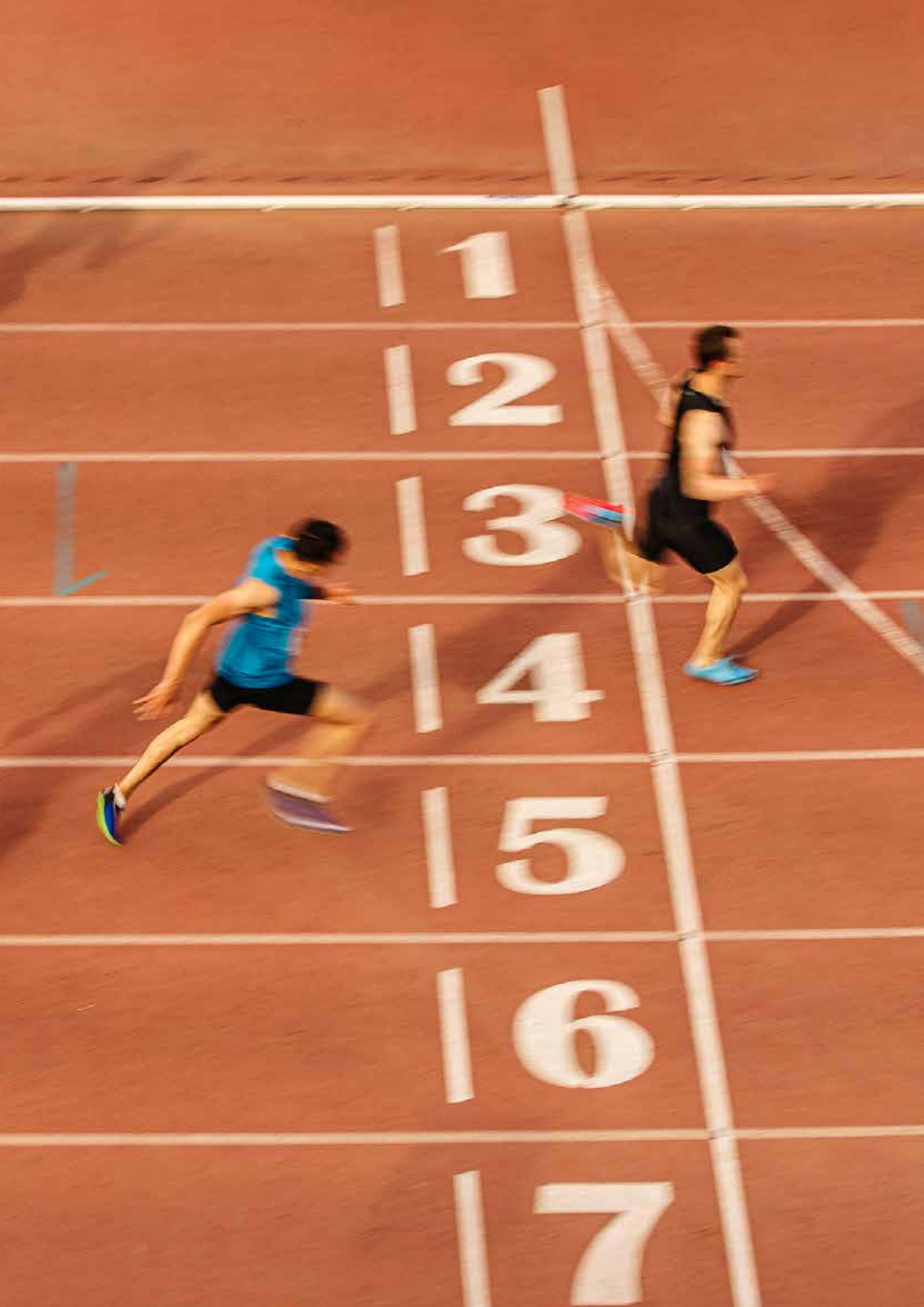
**Dr. Kristin Brinker**

*Vorsitzende der Hauptstadtfraktion*



<b>I</b>	<b>Das Ziel für Berlin</b>	7
<b>A</b>	<b>WOHLSTAND MAXIMIEREN</b>	7
A.1	Schlusslichtposition beenden: nationale Spitzenposition ist möglich	7
A.2	Corona-Krise als Reset nutzen	22
<b>B</b>	<b>IMAGEWANDEL ALS INVESTITIONSMAGNET</b>	23
<b>II</b>	<b>Marktsituation und Wettbewerber</b>	25
<b>A</b>	<b>WIRTSCHAFTSSTARKE STÄDTE UND REGIONEN IN DEUTSCHLAND</b>	25
<b>B</b>	<b>POTENTIAL WIRD NICHT AUSGESCHÖPFT</b>	32
B.1	Berlins Geschäftsportfolio	32
B.2	Vertane Chancen	41
B.3	Niedriges Humankapital	45
<b>III</b>	<b>Strategie und Businessplan</b>	59
<b>A</b>	<b>STEIGERUNG DER PRODUKTIVITÄT – SCHLÜSSELAKTIVITÄTEN</b>	61
A.1	Umbau der Berliner Wirtschaft	61
	<b>Unser Leitbild: Soziale Marktwirtschaft</b>	66
A.2	Investitionsoffensive	71
A.3	Rückabwicklung von Hindernissen	76
A.4	Produktivitätspotential im öffentlichen Sektor ausschöpfen	83
A.5	Humankapital erhöhen und nutzen	91
A.6	Sicherheit als Rahmenbedingung	104
A.7	Gemeinsame Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg nötig	105
A.8	Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern	108

<b>B</b>	<b>INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT</b>	111
B.1	Finanzplan überprüfen und entrümpeln	111
B.2	Investitionsbremse lösen	112
B.3	Ökonomische Anreize: von Steuersenkung bis Sonderwirtschaftszone	115
B.4	Finanz- und Kapitalmarkt	119
B.5	Energieversorgung lösungs- und marktorientiert gestalten	120
B.6	Messe- und Veranstaltungswirtschaft nach der Krise auf neues Niveau katapultieren	124
B.7	Mobilität der dritten Dimension – Flugtaxi und alternative Mobilität nach Tempelhof	127
B.8	Berlin als Zentrum systemrelevanter Chip-Industrie aufbauen: Mikroelektronik und Photonik stärken, Halbleiterhersteller ansiedeln	130
B.9	Forschungs-, Bildungs- und Industriepark 4.0	133
<b>C</b>	<b>ARCHITEKTONISCHE UNTERSTREICHUNG DER WELTBEDEUTUNG BERLINS</b>	137
C.1	„Woven-City 2“	137
C.2	Flaniermeile über der Spree	140
C.3	City wiederbeleben und Geschäftsstraßen neu denken	142
C.4	Modernes, sauberes und sicheres S- und U-Bahn-Netz als Highlight für Wirtschaft und Tourismus ausbauen	149
C.5	„Maker-Space“ und „Kinder-Universität“ zu nachhaltiger Technologie, Umwelt und Energie	152
<b>IV</b>	<b>Fazit</b>	155
	<b>Endnoten</b>	156





## I Das Ziel für Berlin

### WOHLSTAND MAXIMIEREN

#### A.1 Schlusslichtposition beenden: Nationale Spitzenposition ist möglich

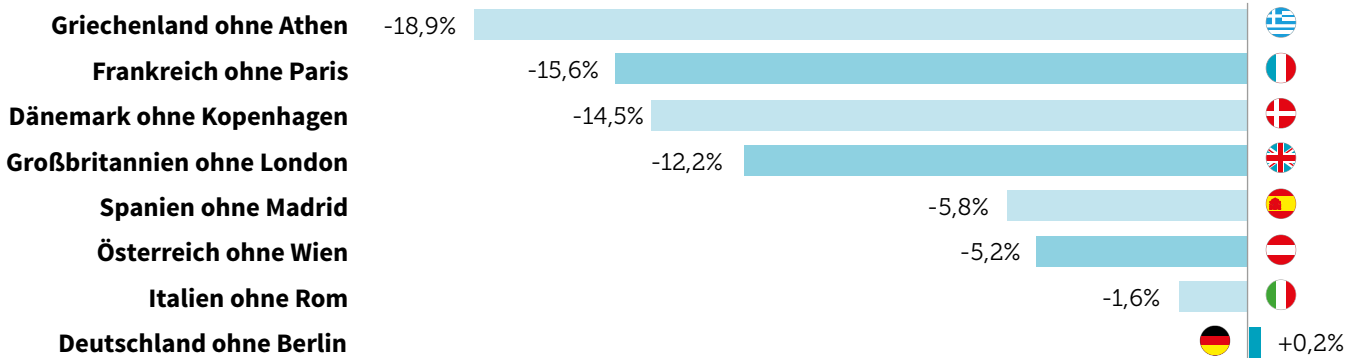
##### ***Berlins Anomalie***

Berlin ist europaweit eine einzigartige Stadt. Doch leider kann sich Deutschland damit nicht rühmen, denn diese besondere Stellung ist keine positive Auszeichnung. Im Gegenteil: Während die Hauptstädte anderer EU-Länder erheblich zur Wirtschaftsleistung pro Kopf eines Landes beitragen, zieht Berlin das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands nach unten. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) 2017 bekannt gab, wäre das BIP pro Kopf von Europas größter Ökonomie ohne Berlin um 0,2 Prozent höher gewesen. Selbst mit seiner in 2019 nur leicht höheren Wirtschaftsleistung pro Kopf als dem bundesweiten Durchschnitt ist Berlin vom Rest der EU-Hauptstädte immer noch weit abgehängt. Denn diese spielen für ihr Land eine wirtschaftlich herausragende Rolle mit oftmals zweistelligen BIP-Zuwachsraten. Anders als in Berlin haben sich dort zahlreiche international tätige Konzerne und große Mittelständler angesiedelt und kurbeln die Wirtschaft an. Von allen EU-Ländern profitierte Griechenland 2017 am meisten von Athen. Ohne sein politisches Zentrum wäre Griechenland um knapp 19 Prozent ärmer gewesen, Dänemark ohne Kopenhagen um 14 Prozent. Die Wirtschaftsleistung von Frankreich wäre in 2017 ohne Paris um knapp 16 Prozent geschrumpft, in 2019 lag sie im Großraum Paris fast drei Viertel über dem französischen Durchschnittswert. 2019 nahm Polen den Spitzenplatz unter den großen EU-Volkswirtschaften ein. Seine Metropole Warschau erwirtschaftete mehr als das Doppelte des polnischen Durchschnitts.<sup>1</sup>



## Der deutschen Wirtschaft ginge es besser ohne Berlin<sup>2</sup>

Veränderung des BIP pro Kopf in Ländern Europas,  
wenn es die Hauptstadt **nicht** gäbe

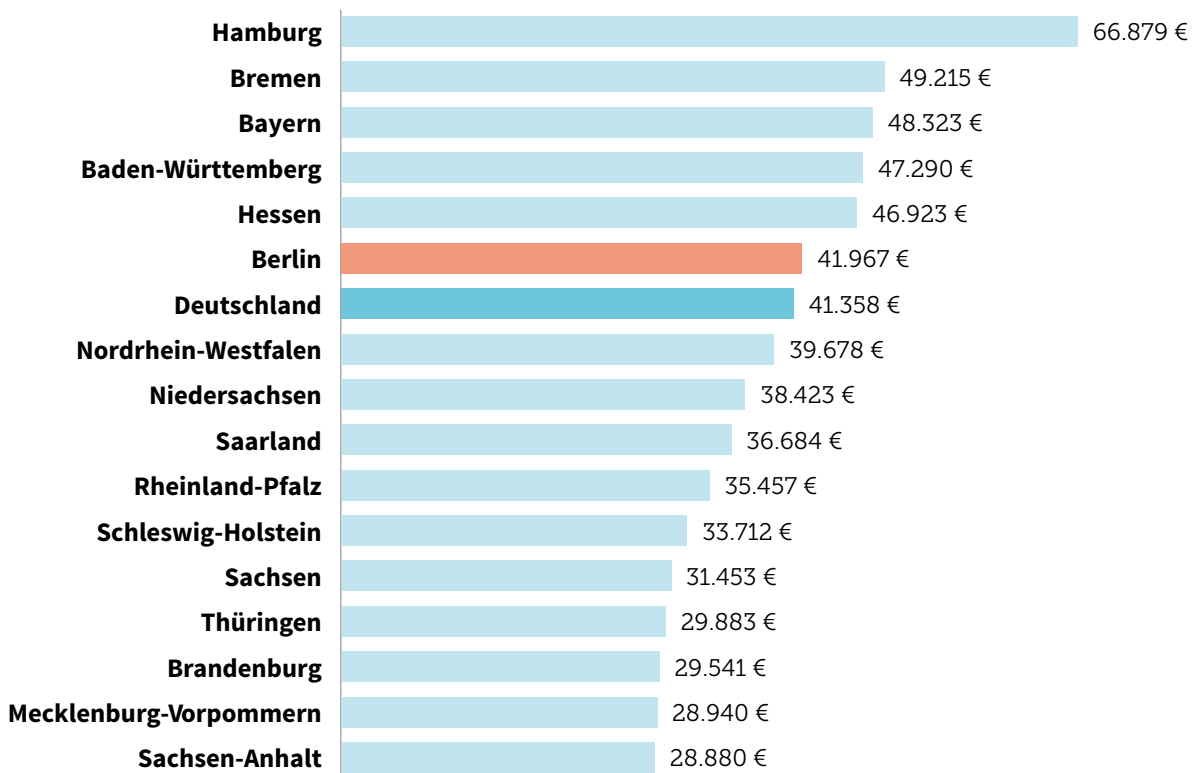


Quellen: IW, Eurostat - Stand 2017 © Statista

Auch im nationalen Vergleich wird Berlin von großen Industriestandorten wie Bayern und Baden-Württemberg abgehängt. Selbst die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen erwirtschaften deutlich mehr und haben ein höheres Wohlstandsniveau. Die Einwohner Hamburgs erzeugten 2019 mit fast 67.000 Euro 60 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen als die Berliner mit einem BIP pro Kopf von fast 42.000 Euro.<sup>3</sup>

## Wohlstandsniveau in Bundesländern<sup>4</sup>

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2019 in Euro



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder © Statista 2020

” Berlin spielt in der Champions League und kann auch international mit Boomstädten wie Shanghai mithalten.“<sup>5</sup>

**RAMONA POP** Wirtschaftssenatorin, 2019

Als Anspruch ist genau das das Ziel. Die Wirklichkeit ist jedoch noch meilenweit davon entfernt. Denn während Shanghai in 2017 ein Wirtschaftswachstum von 6,9 Prozent und in 2018 von 6,6 Prozent vorweisen konnte, waren es in Berlin 2,8 Prozent in 2018 und drei Prozent in 2019.<sup>6</sup>

### **Hohe Armuts- und Arbeitslosenquote**

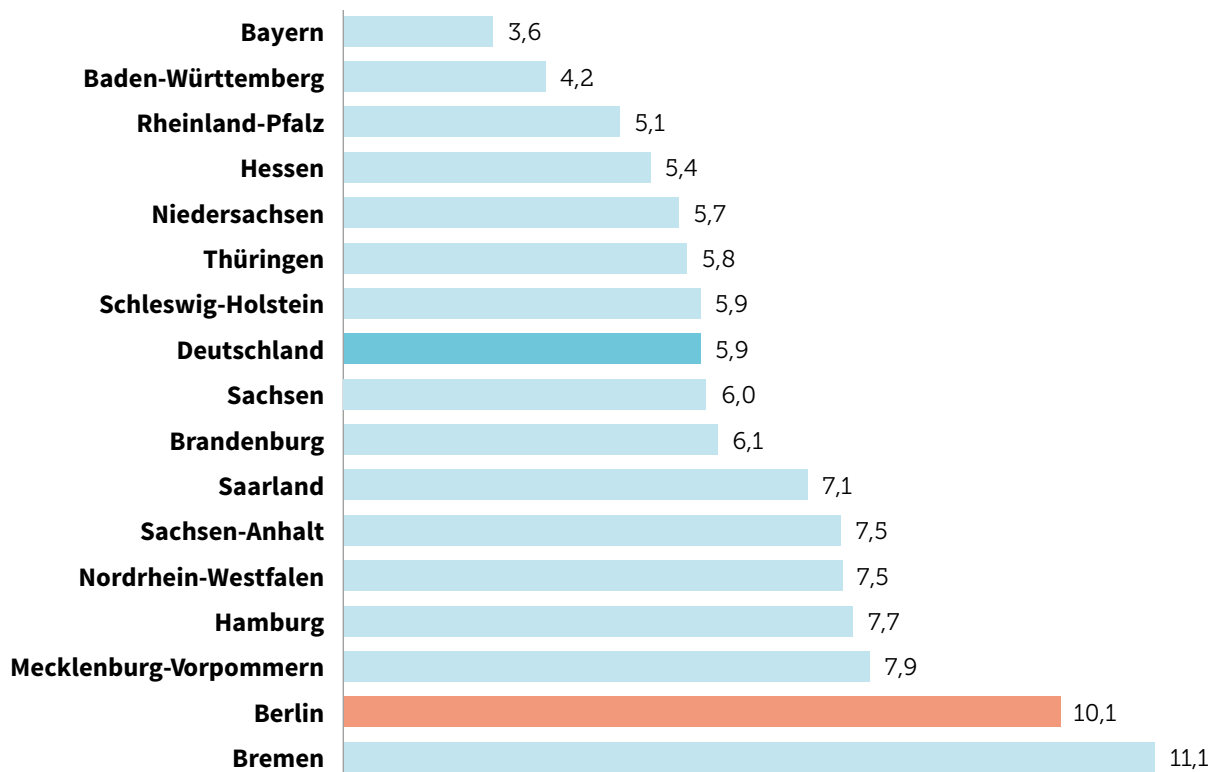
Eine traurige Spitzenposition nimmt Berlin auch bei den Arbeitslosenzahlen Deutschlands ein. Im Dezember 2020 waren 202.400 Berliner arbeitslos, durch die Corona-Krise sind es rund 52.200 mehr als im Vorjahr. Damit hat Berlin (10,1 Prozent) im nationalen Vergleich der Bundesländer die zweithöchste Arbeitslosenquote hinter Bremen (11,1 Prozent).<sup>7</sup>

” Im Vorjahresvergleich zeigt sich, dass Berlin schon jetzt vor großen Beschäftigungsproblemen steht. (...) Die Beschäftigung in der gesamten Region wieder auf das Niveau zu heben, das wir vor der Krise hatten, wird eine enorme Kraftanstrengung erfordern.“<sup>8</sup>

**ALEXANDER SCHIRP** stellvertretender Hauptgeschäftsführer  
der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)

Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage im nationalen und europäischen Vergleich sowie der hohen Arbeitslosenquote **Arbeitslosenquoten der Bundesländer**<sup>9</sup>

nach Bundesländern im Jahr 2020 in Prozent

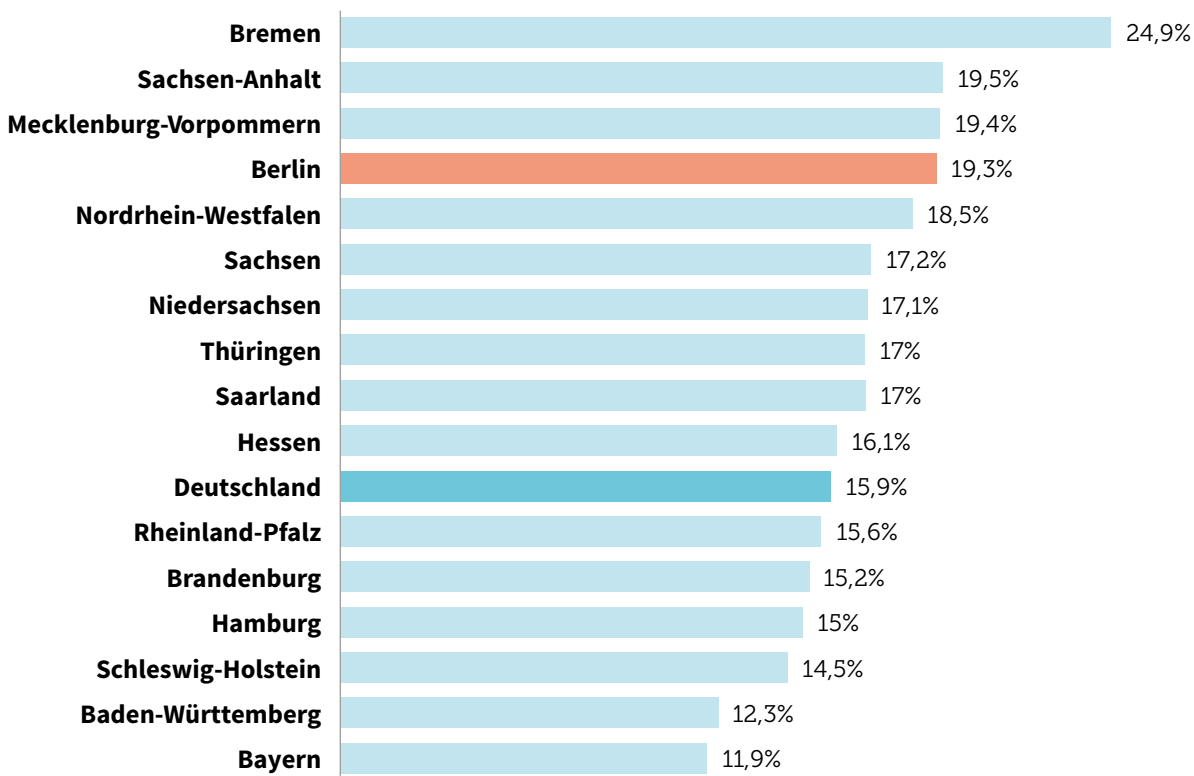


Quelle: UVB: Arbeitsmarktbericht Berlin-Brandenburg, Dezember 2020

verwundert es nicht, dass Berlin auch eine hohe Armutsgefährdungsquote aufweist. 19,3 Prozent aller Berliner waren 2019 von relativer Einkommensarmut betroffen und hatten weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten (Äquivalenzeinkommen) zur Verfügung. Hinter Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern belegt die deutsche Hauptstadt damit den vierten Platz. In Bayern und Baden-Württemberg liegt die Quote nur bei etwa zwölf Prozent.<sup>10</sup>

### **Armutsgefährdungsquote in Deutschland<sup>11</sup>**

**Armutsgefährdungsquote** nach Bundesländern im Jahr 2019 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt © Statista 2020



Blickt man mit der Kenntnis größerer wirtschaftlicher Zusammenhänge auf die Qualifikation der Arbeitslosen, so springt eine Zahl förmlich ins Auge. **Fast die Hälfte aller Berliner Arbeitslosen im Dezember 2020 (46,8 Prozent) hat keine berufliche Qualifikation.** 94.800 Einwohner der Hauptstadt sind derzeit ohne ausreichende Bildung für ihr eigenes Leben abgehängt, viele davon perspektivlos mit der damit zusammenhängenden Abwärtsspirale. Auf dem Arbeitsmarkt können sie lediglich auf Helferniveau eingesetzt werden. Ist diese Zahl nicht schon dramatisch genug, so zeigt die Entwicklung zum Vorjahresmonat, dass die Zahl der Arbeitslosen ohne Berufsabschluss statt zu fallen um 13.137 Personen gestiegen ist.<sup>12</sup>

### **Beschäftigung und Arbeitslosigkeit<sup>13</sup>**

**Berlin und Brandenburg** im dezember 2020

	BERLIN	BRANDENBURG	REGION
<b>ARBEITSLOSE</b>	<b>202.400</b>	<b>81.400</b>	<b>283.800</b>
Differenz zum Vormonat	100	1.300	1.400
Differenz zum Vorjahr	52.200	8.000	60.300
saisonbereinigt	-1.695	- 959	- 2.654
<b>ARBEITSLOSEN-QUOTE</b>	<b>10,1%</b>	<b>6,1%</b>	<b>8,5%</b>
<b>SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE</b>	<b>1.564.800</b>	<b>863.700</b>	<b>2.428.500</b>
zum Vorjahr	+ 6.100	- 1.900	+ 4.200
zum Vorjahr	+ 0,4%	- 0,2%	+ 0,2%
<b>ANZAHL ARBEITSLOSE NACH MERKMALEN/ANTEIL</b>			
SGB II	130.600/64,5%	49.600/60,9%	180.200/63,5%
SGB III	71.800/35,5%	31.800/39,1%	103.600/36,5%
Langzeitarbeitslose	59.400/29,4%	31.700/39,0%	91.100/32,1%
Helferniveau	94.800/46,8%	39.000/47,9%	133.800/47,1%

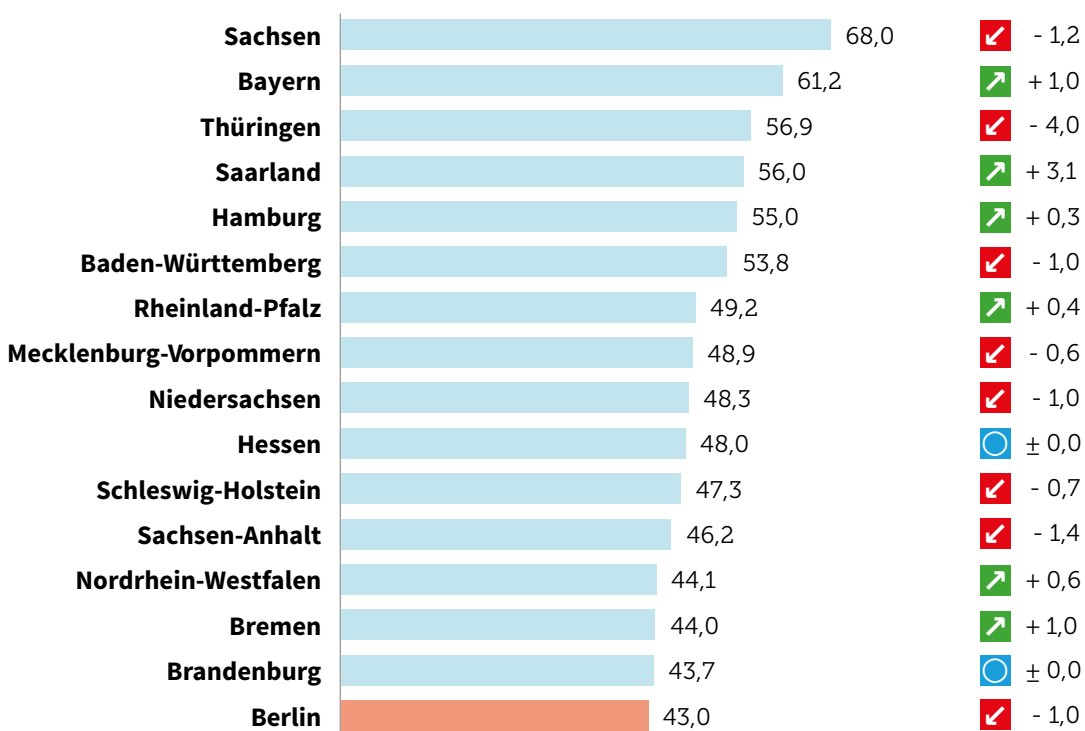
Quelle: UVB: Arbeitsmarktbericht Berlin-Brandenburg, Dezember 2020

Der Blick auf den nationalen Vergleich des Bildungsmonitors offenbart, wo die Ursachen liegen. Der **Bildungsmonitor**, der seit 2004 vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt wird, untersucht ganz gezielt, welchen Beitrag das jeweilige Bildungssystem leistet, um den Wohlstand zu sichern und Aufstiegsmöglichkeiten für den Einzelnen zu schaffen. **Berlin belegte 2019 den letzten Platz.**<sup>14</sup> Dieses Ergebnis ist um so trauriger, als dass der Bildungsmonitor für Deutschland insgesamt ein Ergebnis der Stagnation statt des Fortschritts im Vergleich zu 2013 zeichnet.<sup>15</sup>

### Bundesländer im Bildungsvergleich<sup>16</sup>

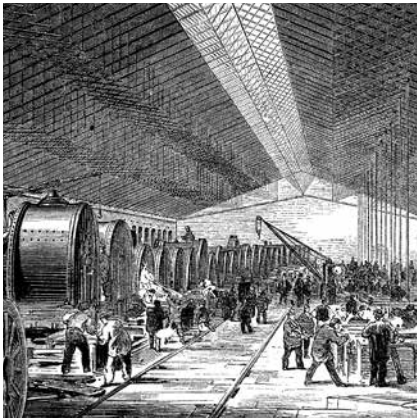
**Indexwert\*** im Bildungsmonitor 2019  
auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten

Veränderung gegenüber 2018  
In Punkten



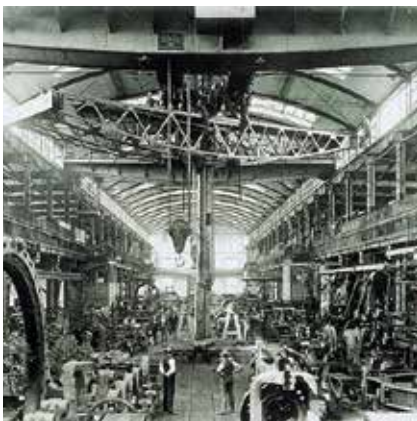
\*bewertet wurden u.a. Schulqualität, Integration, Bildungsarmut, berufliche Bildung, Förderinfrastruktur und Forschungseinrichtungen  
Quelle: IW, INSM

### ***Berlin: Einst wirtschaftliches Kraftzentrum***



***Lokomotivhalle, Adolf Borsig, um 1900***

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Berlin nicht immer eine solche Schlusslichtposition eingenommen hat. Ganz im Gegenteil: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich Berlin als preußische Residenzstadt und seit 1871 als Hauptstadt des Deutschen Reiches zu einem ökonomischen Kraftzentrum mit namhaften Industriekonzernen wie der Maschinenbaufabrik Borsig, dem Elektroriesen Siemens & Halske, AEG und Schering entwickelt. Berlin war nicht nur Hauptstadt der Politik und Kultur, sondern auch ein bedeutender Industrie- und Finanzstandort, Mittelpunkt des industriellen Fortschritts und konnte es mit europäischen Metropolen wie London, Paris und Wien aufnehmen.<sup>17</sup>



***Turbinenhalle der AEG Turbinenfabrik in der Huttenstrasse, um 1900***

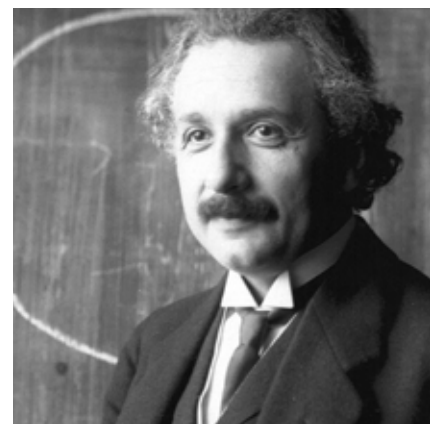
Die leichte wirtschaftliche Verbesserung der letzten Jahre, die sich nicht wegen des rot-rot-grünen Senats, sondern trotz seiner Politik entwickelte, sollte nicht dazu verleiten, sich mit der derzeitigen Situation zufriedenzugeben. Berlin und die Berliner haben nicht nur mehr verdient, sie können auch weitaus mehr. In der Vergangenheit lebten, arbeiteten und forschten zahlreiche deutsche Entdecker, Wissenschaftler und Nobelpreisträger in Berlin, sodass die Stadt zwischen 1901 und 1932 sogar als Stadt der Nobelpreisträger bezeichnet wurde. Berlin war das Zentrum für wissenschaftliche Forschung und der Nährboden für außergewöhnliche wissenschaftliche Leistungen. Ihr Reichtum an Wissenschaftseinrichtungen war ein Ausdruck der Wertschätzung von Bildung und Leistung.

Wissenschaftler wie Max von Laue (1879-1960), Max Planck (1858-1947), Albert Einstein (1879-1955) und Werner Heisenberg (1901-1976) sind Zeugen dafür.<sup>18</sup>

**Die Entwicklung von Wohlstand hängt unmittelbar mit der Entwicklung von Wissen und Bildung zusammen.** Und genau hier, bei der Entwicklung des Humanvermögens, liegen die größten Chancen für Berlin: stärkere Weiterbildung, exzellente Hochschulen, bessere berufs- und allgemeinbildende Schulen, anspruchsvollere Arbeitsplätze. Wo qualifizierte Arbeitskräfte leben, siedeln sich Unternehmen an, die hochwertige Waren und Dienstleistungen anbieten. Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, muss innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln können. Für Unternehmen bedeutet dies ein Wettbewerb um die klügsten Köpfe, um Experten und Fachkräfte.

**Eine bildungsökonomische Offensive hätte hohe volkswirtschaftliche Erträge zur Folge,** die jedem Einzelnen zum einen durch ein höheres Einkommen zugutekommen und zum anderen der Stadt durch höhere Steuereinnahmen Investitionen in die Verbesserung der städtischen Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsinfrastruktur ermöglichen.<sup>19</sup>

**Die Ausgangssituation von Berlin mag nicht besonders gut aussehen, doch bietet sie keinen Grund für Pessimismus.** Die Deutschen haben in der Vergangenheit schon mehrmals bewiesen, dass sie sich selbst aus schwersten Krisen wieder bis zur Spitze kämpfen können. Sie müssen von dem Zusammenhang von Bildung und Wohlstand nicht erst überzeugt werden, um selbst große Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen, wie es in manch einem Entwicklungsland der Fall ist. Eine kluge und weitsichtige Politik kann die Stadt von ihrer Schlusslichtposition befreien und in eine Metropole verwandeln, die Wohlstand für alle bietet.



**Zwischen 1901 und 1932 lebten, arbeiteten und forschten in Berlin u.a. Max Planck (oben) und Albert Einstein**





### **Singapurs konsequenter Weg vom Entwicklungsland zur Weltmetropole**



***Innerhalb von 20 Jahren schaffte der kleine Stadtstaat Singapur nicht nur den Sprung zu einer der modernsten Städte der Welt, sondern konnte auch sein BIP fast verfünffachen.***

Es muss wieder das Ziel der Politik für die Stadt und seine Bürger als **Souverän sein, langfristig den Wohlstand zu maximieren. Wir haben uns das auf die Fahne geschrieben.** Dass dieses Ziel kein Luftschloss und selbst unter schlechteren Bedingungen möglich ist – wenn politischer Wille und Weitblick vorhanden sind – zeigt das Beispiel Singapur. Innerhalb kurzer Zeit schaffte der kleine Stadtstaat mit einer gezielten, langfristigen Strategie den Übergang vom Entwicklungs- zum Industrieland. Teil der Strategie war es, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen und eine spezifizierte, hochwertige Industrie auf Weltklasseniveau anzulocken und aufzubauen. Die Wirtschaft wurde derart umstrukturiert, dass nunmehr nicht mehr arbeitsintensive Artikel hergestellt werden, sondern hochwertige Waren bzw. Dienstleistungen mit höherem Mehrwert aus dem Bereich der Elektronik, der Biomedizin und der Chemie.<sup>20</sup>

So war es möglich, dass Singapur das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den letzten Jahrzehnten rasant erhöht hat. Im Jahr 1980 betrug das BIP pro Kopf 5.000 US-Dollar. Innerhalb von 20 Jahren konnte der Stadtstaat es mit 24.000 US-Dollar bereits fast verfünffachen. In der nächsten Dekade (2000-2010) schaffte es einen Sprung um das Doppelte und erreichte mit 47.000 US-Dollar in 2010 fast schon das aktuelle BIP pro Kopf von Berlin (2019: 42.000 Euro). Der Aufwärtstrend hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. 2018 lag das BIP pro Kopf in Singapur bei 66.200 US-Dollar. Damit lag es zwischen den heutigen nationalen Spitzenreitern Hamburg (2019: 67.000 Euro) und Bremen (2019: 49.200 Euro).<sup>21</sup>



Innerhalb von nur zehn Jahren hat der kleine Stadtstaat sein Bruttoinlandsprodukt von 163 Milliarden Singapur Dollar im Jahr 2000 auf 304 Milliarden Singapur Dollar im Jahr 2010 fast verdoppelt. **Diese Entwicklung hat Singapur nicht etwa reichen Rohstoffvorkommen zu verdanken, sondern einer strategischen Politik.** Neben der Verbesserung der Wertschöpfungskette und einer Konzentration auf hochtechnologische Branchen investierte die Regierung das Staatsbudget vor allem in die Bereiche Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen und eine Infrastruktur, die internationale Standards übertrifft, um wirtschaftlich dauerhaft attraktiv zu sein. Staatliche Aufträge fangen dabei konjunkturbedingte Wirtschaftsschwankungen auf und sichern ein stabiles Wirtschaftswachstum.<sup>22</sup>

Die einzigartige Wirtschaftspolitik und das Programm zur Bildung der Bevölkerung führten dazu, dass das Pro-Kopf-Einkommen von 300 US-Dollar in 1965 auf fast 70.000 Euro in 2012 anstieg. Im gleichen Jahr betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland etwa 35.000 Euro.<sup>23</sup> Dieses politische Programm zum „Wohlstand für alle“ steht beispielhaft für das Gegenteil der orientierungslosen Berliner Politik der letzten Dekaden. **Es gilt, endlich wieder die Chancen zu nutzen, die Berlin bietet.** Und diese liegen dort, wo sie immer lagen, nämlich in der Entwicklung und Produktion von hochwertigsten Gütern und Dienstleistungen. Singapur hat es vorgemacht: Das Ziel, das BIP pro Kopf in Berlin von derzeit etwa 42.000 Euro auf 84.000 Euro bis 2030 zu verdoppeln, ist möglich.



**City Hall im Zentrum von Singapur, vor 50 Jahren und heute**

### ***Fachkräftemangel gezielt beenden***



*Gunnar Heinsohn, erschienen 2019  
bei orell füssli*

**Voraussetzung für die Entwicklung und Produktion von hochwertigen Gütern und Waren und damit für den wirtschaftlichen Aufschwung Berlins ist, dass Unternehmen qualifizierte Fachkräfte finden.** Wie die unterschiedlichen Wirtschaftsverbände aber schon seit Jahren beklagen, liegt genau an dieser Stelle ein entscheidendes Problem. In zahlreichen Branchen herrscht bereits heute ein **Fachkräftemangel**, der nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt ist.

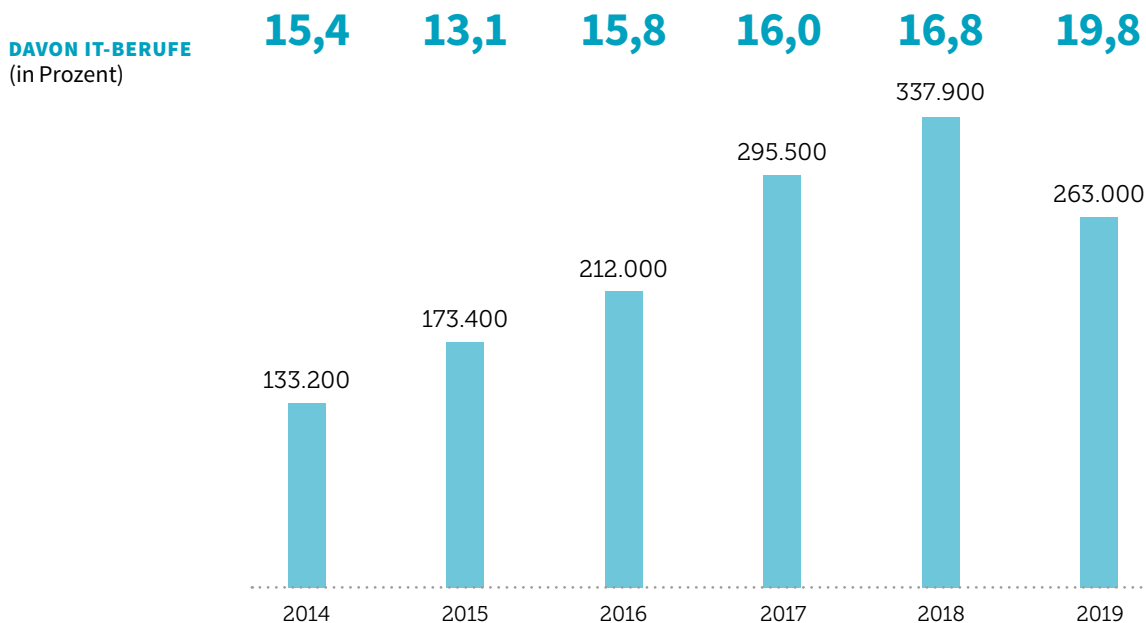
Dieser Mangel an Humanvermögen kostet jährlich Wirtschaftswachstum. Kann ein Unternehmen seine freien Stellen nicht mit qualifizierten Arbeitskräften besetzen, muss es Aufträge ablehnen und Marktanteile an Wettbewerber abgeben. Diese Marktanteile später wieder zurückzuerobern, ist schwer und nur selten möglich. Ein Ingenieur, der in Berlin und nicht in einer anderen Stadt oder im Ausland arbeitet, bewirkt, dass auch andere Arbeitsplätze intern (Sekretärin, Wachpersonal) und extern (Restaurant, Friseur) geschaffen werden oder erhalten bleiben und das Wirtschaftswachstum steigern.<sup>24</sup>

Der akute Fachkräftemangel ist der Politik schon seit Langem bekannt. Gegengesteuert hat auch der Berliner Senat bisher nicht, wie der Bildungsmonitor eindrücklich beweist. Bereits 2006 musste jedes vierte Unternehmen in ganz Deutschland wegen fehlender hoch qualifizierter Fachkräfte Aufträge ablehnen.<sup>25</sup> Eine große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage gibt es besonders bei Arbeitskräften aus dem MINT-Bereich, obwohl sie für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft eine herausragende Stellung haben. Es sind Experten aus den Fachrichtungen **Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik**, die die deutsche Wirtschaft seit Jahren branchenübergreifend händeringend sucht.

Trotz der Corona-Krise und dem daraus resultierenden Rückgang an offenen Stellen fehlten im Oktober 2020 insgesamt 108.700 Arbeitskräfte in den MINT-Berufen. Das hemmt die Innovationsstärke der deutschen Wirtschaft in hohem Maße. Im Mai 2020 fehlten 33.000 Spezialisten aus IT-Berufen. Denkt man an die derzeitige digitale Umstrukturierung in Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie, ist mit einem weiteren deutlichen Anstieg zu rechnen. Und um die gut 40.000 Schulen in Deutschland digital aufzustellen, bräuchte Deutschland 20.000 zusätzliche IT-Experten und IT-Fachkräfte.<sup>26</sup>

### **Informatiker dringend gesucht<sup>27</sup>**

Anzahl der unbesetzten Stellen in MINT-Berufen in Deutschland\*



\*Stand: jew. Oktober; MINT=Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IW

Der MINT-Herbstreport 2018 ermittelte für die Region Berlin-Brandenburg insgesamt 9.000 fehlende Experten in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das bedeutet, dass noch nicht einmal jede zweite offene Stelle in Berlin und Brandenburg besetzt werden konnte.<sup>28</sup>



” *MINT ist die Grundlage unserer Forschungs- und Innovationsfähigkeit, gerade in der Metall- und Elektroindustrie. Deshalb brauchen wir auch noch mehr MINT-Kräfte, wenn wir die Forschungsausgaben in Deutschland auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern wollen. Genauer gesagt: Die Zahl der MINT-Erwerbstätigen in den Forschungsabteilungen müsste von heute rund 1,1 Millionen um etwa 220.000 auf 1,3 Millionen zunehmen.*“ <sup>29</sup>

**DR. MICHAEL STAHL** Geschäftsführer Bildung und Volkswirtschaft  
des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

Trotz der Corona-Krise suchen die Unternehmen weiterhin in großer Zahl Hochqualifizierte. So ergab eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung, dass trotz des Wegfalls von Arbeitsplätzen durch die Corona-Pandemie 54 Prozent der Unternehmen in Deutschland auch 2021 fehlende Fachkräfte befürchten.<sup>30</sup>

Berlin hätte eigentlich mit seinen Bildungs- und Forschungseinrichtungen die besten Voraussetzungen, diese Lücke als Vorreiter zu füllen. Gelingt es Berlin, sein Potential an Humanvermögen mit einer vollumfänglichen Strategie auszuschöpfen, dann sichert dies die Wettbewerbsfähigkeit und den zukünftigen Wohlstand. Die Umsetzung dieses Ziels wird der öffentlichen Hand zudem mehr Einnahmen aus gestiegenen Einkünften der Berliner generieren und andererseits geringere Sozialausgaben für Nichtarbeitende verzeichnen. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass ein höheres Qualifikationsniveau auch die Nachfrage nach geringer Qualifizierten erhöht und folglich die Arbeitslosigkeit sinkt.<sup>31</sup>

### **Marktwirtschaft statt Planwirtschaft und Enteignungspolitik**

Die Weltbank stuft Singapur seit vielen Jahren als das unternehmensfreundlichste bzw. als das zweitbeste Land in dieser Hinsicht ein. Deutschland hat es 2019 gerade einmal auf Platz 24 geschafft.<sup>32</sup> Nicht gut sieht es auch im nationalen Vergleich für Berlin aus. Viele Firmen nehmen die Verwaltung eher als Bremser denn als Förderer wahr, wie der Chef der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, *Christian Amsinck*, erst im Oktober 2020 berichtete. Er wünscht sich Berlin außerdem „als eine Stadt, die der Wirtschaft nicht in erster Linie Bedenken und Vorurteile entgegenbringt.“<sup>33</sup>



” Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft ... die vielen spontanen, oft nicht berechenbaren Vorstöße der Berliner Politik verunsichern die Bau- und Wohnungswirtschaft.“<sup>34</sup>

**ROBERT MOMBERG** Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands  
Berlin-Brandenburg

Entgegen der Lippenbekenntnisse des Berliner Senats ist Berlin alles andere als wirtschaftsfreundlich. Deutlichstes Beispiel ist Berlins Wirtschaftssenatorin, die sich nicht klar gegen Enteignungen ausspricht. Für ein wirtschaftliches Erlblühen Berlins ist letztlich eine Restauration der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards dringend nötig.

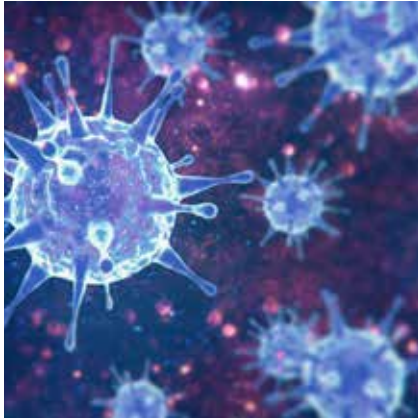


Denn eines der Kernelemente der freien, sozialen Marktwirtschaft ist der Schutz und die Sicherung des Eigentums. Die Gründungsväter der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland haben ebendies verstanden und es in Artikel 14 des Grundgesetzes berücksichtigt. Der Ausbau und die Sicherung von Eigentum sind die treibenden Kräfte zum Aufbau von Wohlstand für Generationen. Dementsprechend ist es unabdingbar, allen Akteuren des Wirtschaftslebens ihr Recht auf Eigentum unverrückbar zuzusichern.



### A.2 Corona-Krise als Reset nutzen

#### ***Idealer Zeitpunkt für Veränderungen ist jetzt***



Die Corona-Politik hat Berlins Wirtschaft dramatisch zugesetzt. Einen solch immensen Wohlstandsverlust erlebten die Berliner seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Nach Angaben des Statistikamtes ist die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2020 um fünf Prozent eingebrochen. Das bedeutet einen Verlust von rund vier Milliarden Euro Wertschöpfung.<sup>35</sup>

Die Corona-Pandemiebekämpfungspolitik hat ein wirtschaftliches Desaster ausgelöst, einen Kahlschlag in der Berliner Wirtschaft. Doch so schlimm es für jeden Einzelnen ist, jetzt gilt es, den Blick wieder nach vorne zu richten und den Wirtschaftsaufschwung so schnell wie möglich einzuleiten. **Jede Krise bietet trotz der Verluste auch eine Chance, wenn man die richtige Einstellung hat.** Die Einstellung, keine Mühen zu scheuen, um **Berlin wieder zur Stadt der Nobelpreisträger zu schmieden, die mit innovativen Hightech-Produkten und Dienstleistungen auf Weltspitzenniveau** das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand aller fördert.

Eine Krise kann Energien freisetzen, um Veränderungen zu bewirken, wenn sie statt in Panik oder politischer Ignoranz in praktische Vernunft bei der Analyse der Probleme, der Ermittlung der Antworten und der Umsetzung mündet. Es stellt sich die Frage: Warum sollten die Berliner nicht gestärkt aus der Krise hervorgehen? Es liegt an uns. Gefragt sind dafür weder Pessimismus noch Macht- oder Klientelpolitik, sondern Klarheit über die Aufgaben und Mut zum Handeln. **Wir wollen diese Energien mit einer klugen Wirtschafts-, Industrie- und Bildungspolitik für den Wohlstand aller Berliner nutzen und umsetzen.**

---

” 2021 ist das Jahr der Entscheidungen. (...) Wir brauchen Vorfahrt für Wachstum und Arbeitsplätze, für Dynamik und Innovationen. Dazu ist bislang von der Politik wenig zu hören.“<sup>36</sup>

**CHRISTIAN AMSINCK** Hauptgeschäftsführer der  
Unternehmensverbände Berlin Brandenburg (UVB)

---

**Bisher hat der Senat die Bewältigung dieser Herausforderung noch nicht auf die Agenda gesetzt.** Stattdessen dominieren Machtpolitik, Selbstdarstellung und Nebensächlichkeiten, die das Wachstum eher schmälern als steigern.

Die gute Nachricht: **Man kann das Management austauschen. Deshalb ist jetzt der geeignete Zeitpunkt zur Veränderung.**

### **B** IMAGEWANDEL ALS INVESTITIONSMAGNET

#### ***Vom "arm-aber-sexy" zum Singapur Deutschlands und Europas***

Im Jahr 2003 prägte der damalige Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den Slogan, Berlin sei „arm, aber sexy“. Der Satz wurde zum Image der Stadt. Dass es für Berlin nicht gerade förderlich ist, Armut zur Tugend zu erheben, erkannte selbst der rote Senat. Mit der millionenschweren (allein 10,6 Mio. Euro für 2008-2009) Marketingkampagne „be Berlin“ sollte deshalb die Stadt als positiv-dynamische, kreative Metropole beworben werden.<sup>37</sup> An Geld mangelte es offenbar nicht, das schlechte Image zu verändern. Allein die Zielrichtung war ungeeignet. **Denn was nützt Kreativität, wenn sie mangels fehlender Voraussetzungen nicht zur Wohlstandsmehrung eingesetzt werden kann?**

Das Image einer Stadt hat eine Sogwirkung auf Menschen, die sich davon angesprochen fühlen. Deren Zuzug zementiert wiederum das Stadtbild. Umso wichtiger ist es, eine Marke mit einer zielführenden, emotional ansprechenden Botschaft zu füllen. Ziel der Politik sollte es sein, den Wohlstand der Bürger zu mehren. Folglich sollte das Image einer Stadt Menschen anziehen, die ihrerseits zum Wohlstandszuwachs beitragen.

**Wir sehen Berlin in der Zukunft als Weltstadt mit globaler Bedeutung und prosperierender Wirtschaft. Sie ist ein Magnet für internationale Unternehmen aus Zukunftsbranchen, denn nur hier werden sie hervorragend ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl finden.** Politik und Verwaltung haben sich verschlankt und arbeiten digital, effizient und unternehmensfreundlich. Bürger und Wirtschaft erfreuen sich einer funktionierenden Infrastruktur auf Weltklassenniveau, die Stadt hat in allen Kiezen ein gehobenes städtisches Ambiente, ist sehr sauber und sicher. **Kurz und knapp: Berlin ist zum Singapur Deutschlands geworden.**





## II Marktsituation und Wettbewerber

### WIRTSCHAFTSSTARKE STÄDTE UND REGIONEN IN DEUTSCHLAND

#### **Berlin hat Konkurrenz**

Ein Unternehmen entscheidet sich bei der Frage nach einem Standort nicht automatisch für Berlin. Vielmehr spielen strategische, ökonomische, das Angebot an Fachkräften und viele weitere Faktoren eine Rolle bei der Standortwahl. Vor diesem Hintergrund muss sich Berlin im Klaren darüber werden, dass es mit anderen Metropolregionen in der Welt und in Deutschland in Konkurrenz steht. Diese Einsicht fehlt leider noch allzu oft bei Rot-Rot-Grün, weshalb auch in jüngster Zeit einige große Unternehmen wie Google aus Berlin vergrault wurden, die Ansiedlung bei anderen gerade noch so geglückt ist. Die Süddeutsche Zeitung titelte zum fast geplatzten Deal mit Siemens über ein 600-Millionen-Euro-Projekt im November 2018 „Arm und arrogant“ und bringt damit das Problem auf den Punkt.<sup>38</sup>



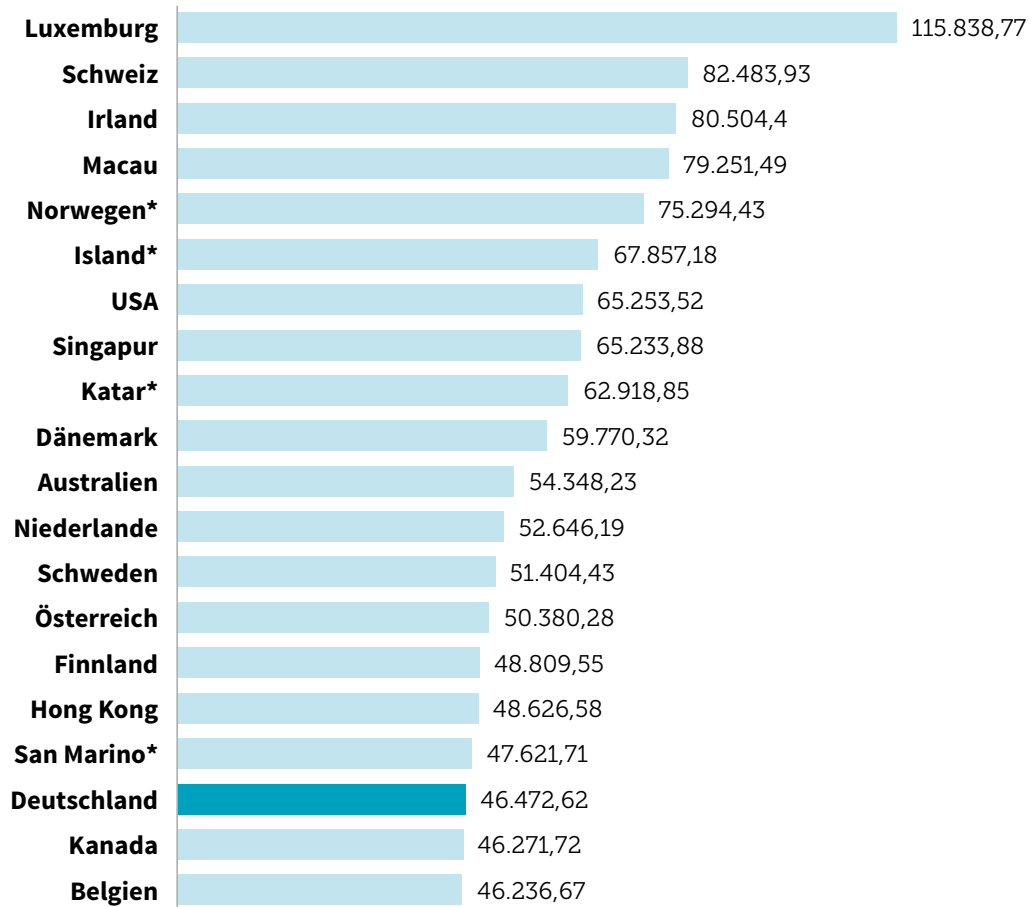
Auch wenn Deutschland das wirtschaftlich viertstärkste Land der Welt entsprechend seinem nominalen Bruttoinlandsprodukt ist, schafft es nicht den gleichen Rang bezogen auf seine Einwohneranzahl. Deutschland pendelt seit den 1970er-Jahren zwischen dem 20. und 15. Platz in der Weltrangliste der wirtschaftsstärksten Länder nach Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und rangiert am unteren Ende der Top 20. Es besteht also noch deutlich Luft nach oben. Jeder Einwohner Deutschlands kann und sollte seine Produktivität um ein Vielfaches steigern. Und wie das Beispiel Singapur zeigt, ist es mit der richtigen Strategie auch möglich. So lag Singapur 1970 auf Platz 34 mit seinem damaligen BIP pro Kopf, im Jahr 2000 war es Deutschland (19) mit Platz 20 schon dicht auf den Fersen, und nur 17 Jahre später hatte es viele Länder, darunter auch Deutschland (18), mit Platz 9 längst hinter sich gelassen.<sup>39</sup>

Bei der Einschätzung von Berlins Marktwert sollte daher nicht vergessen werden, dass Deutschland auch in 2019 mit seinem BIP pro Kopf nur den 18. Platz in der Weltrangliste erreichte.<sup>40</sup>



**Die 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf<sup>41</sup>**

im Jahr 2019 in US-Dollar



Schätzung\*

Quelle: IMF © Statista 2020

Glaut man dem rot-rot-grünen Senat, so müsste Berlin im nationalen Vergleich an der Spitze stehen oder zumindest zu den Top 10 der wirtschaftsstärksten und zukunftsfähigsten Städte und Regionen zählen.

Die Gesellschaft IW Consult des Instituts der deutschen Wirtschaft veröffentlichte 2019 das Ranking der zehn wirtschaftsstärksten Städte und Regionen Deutschlands. Hier boomen Wirtschaft, Zukunftsperspektive, Arbeits- und Immobilienmarkt. Bereits zum siebten Mal in Folge erreichte München den ersten Platz.<sup>42</sup> Hanno Kempermann von IW Consult sieht dieses Ergebnis als natürliche Folge des beispielhaften Zusammenspiels von hochleistungsfähiger Wissenschaft und wettbewerbsfähiger Wirtschaft. Sie wirke „wie ein Turbo für den Großraum München“.<sup>43</sup>



Silber und Bronze bekamen Erlangen und Stuttgart, gefolgt von den Städten Ingolstadt, Frankfurt, Regensburg, Wolfsburg, Ulm, Hamburg und Würzburg. Interessant ist der Aufstieg der Region um die Städte Erlangen, Nürnberg und Fürth in Mittelfranken. Nachdem Konzerne wie Grundig und Quelle nicht mehr existierten, musste sich die Region auf andere Wirtschaftszweige konzentrieren. Der Strukturwandel gelang mit Zukunftstechnologien wie der Medizintechnik und lässt die Region heute zu einem neuen Wirtschaftszentrum erstrahlen.<sup>44</sup>

### **Deutschlands wirtschaftsstärkste Städte<sup>45</sup>**

Ranking in Bezug auf Wachstum, Arbeits- und Immobilienmarkt nach Indexwert 2019\*



\*alle kreisfreien Städte ab 100.000 Einwohner; Bewertung u.a. von Lebensqualität, Arbeitsmarkt, Immobilien und Wirtschaftsstruktur  
Quellen: IW Köln, WirtschaftsWoche, Immobilienscout24, © Statista.com

### **Schlechter Zukunfts- und Niveauindex**



**Autostadt Wolfsburg**

In einer weiteren Untersuchung nahm IW Consult die Hauptstadt näher unter die Lupe. **Auffallend schlecht schnitt Berlin in der Unterkategorie Niveau ab**, das die Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftssituation unter die Lupe nimmt. Die Hauptstadt erreichte nur Platz 36 von 71, München dagegen Platz 1. Beim Faktor Bruttoinlandsprodukt pro Kopf kam Berlin auf Platz 47, Sieger war Wolfsburg. Und auch in der Produktivität ist Wolfsburg (1) Berlin (34) weit überlegen.<sup>46</sup>

Selbst um die viel beschworene Innovationskraft Berlins ist es im nationalen Vergleich nicht bestens bestellt. In der Kategorie Zukunftsindex belegte Berlin nur Platz 17. Spitzenreiter ist Darmstadt. Der Zukunftsindex zeigt an, wie gut die jeweiligen Städte zukünftige Herausforderungen meistern können. Indikatoren in dieser Kategorie sind die Forschungsstärke, das Maß an Industrie 4.0-affinen Branchen, kreative Dienstleistungsunternehmen, Kultur- und Kreativwirtschaft. Bei der Forschungsstärke erreichte Wolfsburg den ersten Rang, Berlin Rang 21. In Erlangen werden die meisten Patente angemeldet. Berlin erreicht hier nur Platz 36. Und auch die Ingenieursquote ist in Wolfsburg am höchsten; Berlin liegt auf Rang 34. Einen überraschenden ersten Platz hat die Stadt Jena bei den Forschungsinstituten in den MINT-Fächern erzielt. Berlin steht hier ebenfalls nur auf Platz 34. **Die deutsche Industrie der Zukunft sitzt derzeit nicht in Berlin (38), sondern in Darmstadt.** Einzig in den kreativen Dienstleistungen glänzt Berlin auf Platz 2 hinter Mainz.<sup>47</sup>

**Berlin im Zukunftsindex 2019<sup>48</sup>**

INDIKATOR*	EINHEIT*	JAHRGANG	WERT	MITTELWERT	RANG	BESTE STADT
<b>FORSCHUNGSSTÄRKE</b>			<b>16,7</b>		<b>21</b>	<b>Wolfsburg</b>
Akademikerquote	je 100 SvB	2018	26,4	19,5	11	München
Ingenieursquote	je 100 SvB	2018	2,7	3,2	34	Wolfsburg
FuE-Beschäftigte	je 1.000 ET	2017	6,8	11,5	32	Wolfsburg
Patente	je 100.000 SvB	2016	59,1	88,8	36	Erlangen
Forschungsinstitute (MINT)	je 1 Mio. EW	2019	7,7	11,6	34	Jena
<b>INDUSTRIE DER ZUKUNFT</b>			<b>16,2</b>		<b>38</b>	<b>Darmstadt</b>
Industrie-4.0-Readiness	Prozent	2019	7,0	5,8	15	Frankfurt a. M.
Beschäftigte in 4.0-Branchen	Prozent	2018	8,7	13,0	47	Wolfsburg
MINT-Hochschulabsolventen	Prozent	2017	0,8	1,1	43	Darmstadt
FTTH/B-Versorgung	Prozent der HH	2019	1	10	33	Wiesbaden
<b>KREATIVE DIENSTLEISTUNGEN</b>			<b>21,8</b>		<b>2</b>	<b>Mainz</b>
Beschäftigte in KuK-Branchen	Prozent	2018	9,7	5,4	6	Pforzheim
KUK-Hochschulabsolventen	Prozent	2017	0,4	0,4	36	Potsdam
Künstler	je 1.000 ET	2019	21,1	4,3	1	<b>Berlin</b>
Theater- und Opernbesuche	je EW	2016/17	0,5	0,6	44	Ulm
<b>GESAMT</b>			<b>54,7</b>		<b>17</b>	<b>Darmstadt</b>

### **Deutschlands zukunftsfähigste Städte**



**Die Nr. 1 mit seiner ausgeprägten Ökologie: Regensburg**

Ende 2020 veröffentlichte die WirtschaftsWoche ein aktuelles Städteranking unter dem Blickwinkel, welche deutschen Städte von insgesamt 71 am besten für die Zukunft und ihre Herausforderungen gerüstet sind. In dem Nachhaltigkeitsindex stechen zehn Städte hervor, die in Forschung und Entwicklung besonders gut sind oder deren Gebäude besonders nachhaltig beheizt werden.

Platz 10 belegte Stuttgart, da die Stadt besonders viele Forscher beherbergt. Da verwundert es nicht, dass hier die meisten Patente angemeldet werden. Die Stadt Ulm (Platz 9) sticht besonders mit nachhaltiger Beheizung hervor. Ihr folgen die Städte Potsdam und Darmstadt. In letzterer sind kaum Schulabbrecher ohne Hauptschulabschluss zu finden. München erreichte Platz 6 mit seiner geringen Jugendarbeitslosigkeit und den vielen Unternehmensgründungen. Auch in Erlangen (Platz 5) ist Bildung das Thema, denn auch hier gibt es vergleichsweise wenig Schulabbrecher ohne Hauptschulabschluss. Die Stadt Wolfsburg, Arbeits- und Lebensort der meisten Forscher Deutschlands, schaffte es mit ihren zahlreichen Patentanmeldungen auf Platz 4. Hervorragende Forschung und Unternehmensgründungen in wissens- und technologieintensiven Branchen haben Heidelberg auf Platz 3 katapultiert. Aufgrund der besonders hohen Solarleistung je 1.000 Einwohner erreichte Ingolstadt den zweiten Platz. Spitzenreiter ist Regensburg mit seiner ausgeprägten Ökologie.<sup>49</sup>

**Auch im Städteranking des Magazins Focus aus dem Jahr 2018 ist Berlin nicht unter den Top 10 zu finden.** Untersucht wurden hier 401 Kreise und kreisfreie Städte in 21 Disziplinen. In den Kategorien Firmengründungen, Produktivität und Standortkosten sowie Einkommen und Attraktivität zeigte sich, dass im Süden Deutschlands besonders viele Kraftzentren vertreten sind. Spitzenreiter ist die Region um München. Die Kategorie Lebensqualität offenbarte, dass die Bevölkerung im Süden Deutschlands nicht nur gut, sondern auch am sichersten lebt. Verglichen wurden die Städte in dieser Kategorie nach den Indikatoren Sicherheit (Straßenkriminalität, Wohnungseinbruchsdiebstahl), Arbeitskräftepotenzial der 10- bis unter 25-Jährigen, Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei den Löhnen, Risiko der Altersarmut, Gesundheit, Infrastruktur und Trinkwasserqualität.<sup>50</sup>

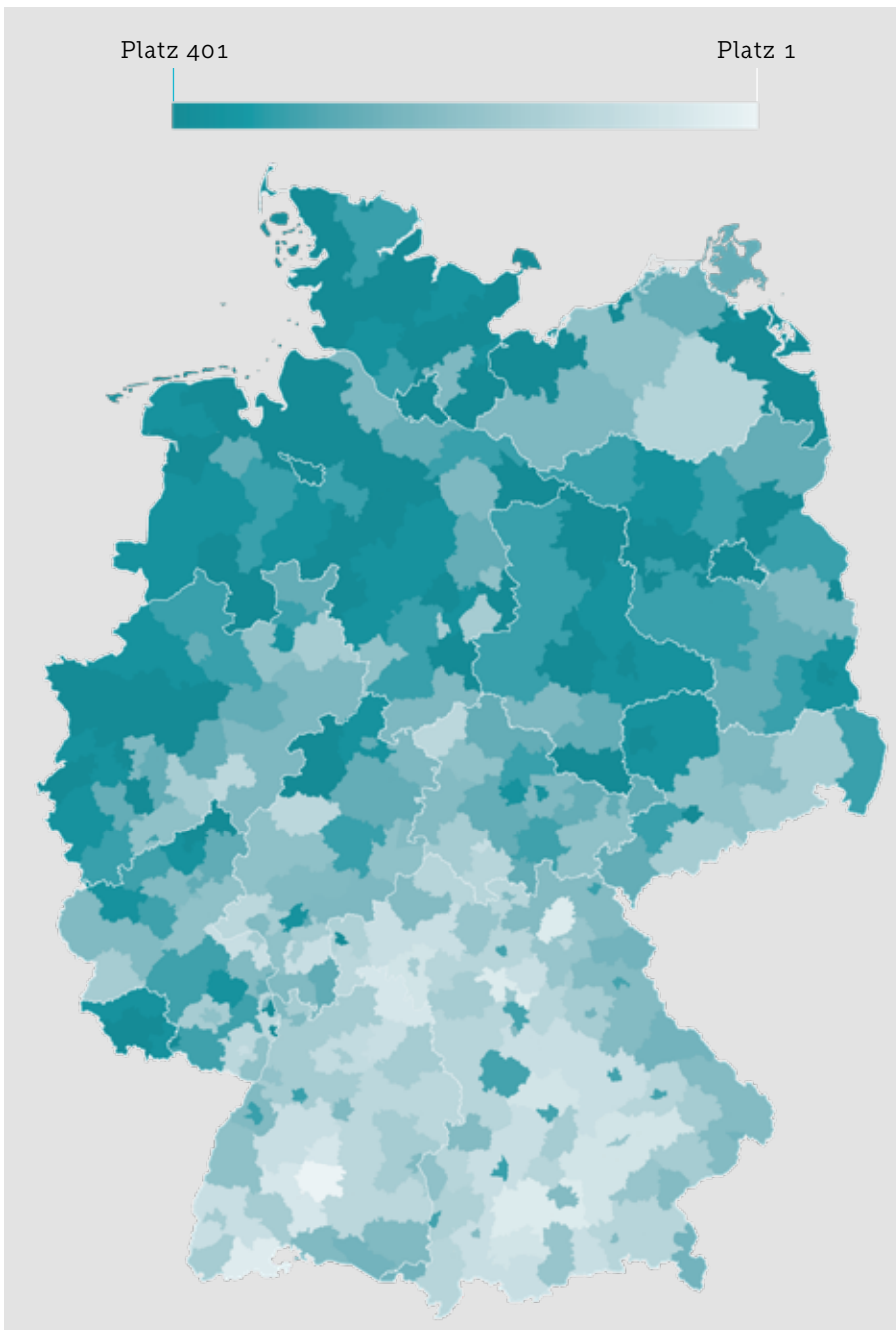
**Berlin rangiert hier leider trotz aller andersartigen Bekundungen von Rot-Rot-Grün am unteren Ende.** Viel Potential also, das noch brach liegt. Die Hauptstadt hat seinen Reiz, ohne Frage. Doch damit allein kann Berlin nicht im harten Wettkampf bestehen. Es geht darum,

## Lebensqualität in Deutschland<sup>51</sup>

Ranking Kategorie 5

## Top 10

LEBENSQUALITÄT



RANG KREIS/KREISFREIE STADT

- 1** Zollernalbkreis
- 2** Freising
- 3** Würzburg (Landkreis)
- 4** Waldshut
- 5** Erlangen-Höchstadt
- 6** Tübingen
- 7** Rottweil
- 8** Erding
- 9** Eichstätt
- 10** Landsberg am Lech

Quelle: Kowalski, Matthias: Das Ranking der Regionen und Städte

die Potentiale zu erkennen, bei der Suche nach Problemlösungen auch über den Tellerrand hinaus zu schauen und dann entschlossen zu handeln. Nur so und nicht mit Schönreden kann Berlin eine wirkliche Weltstadt werden, die all ihren Einwohnern Wohlstand bietet.

### **B** POTENTIAL WIRD NICHT AUSGESCHÖPFT

#### B.1 Berlins Geschäftsportfolio

##### ***Berlins Wirtschaftsmodell ist nicht krisensicher***

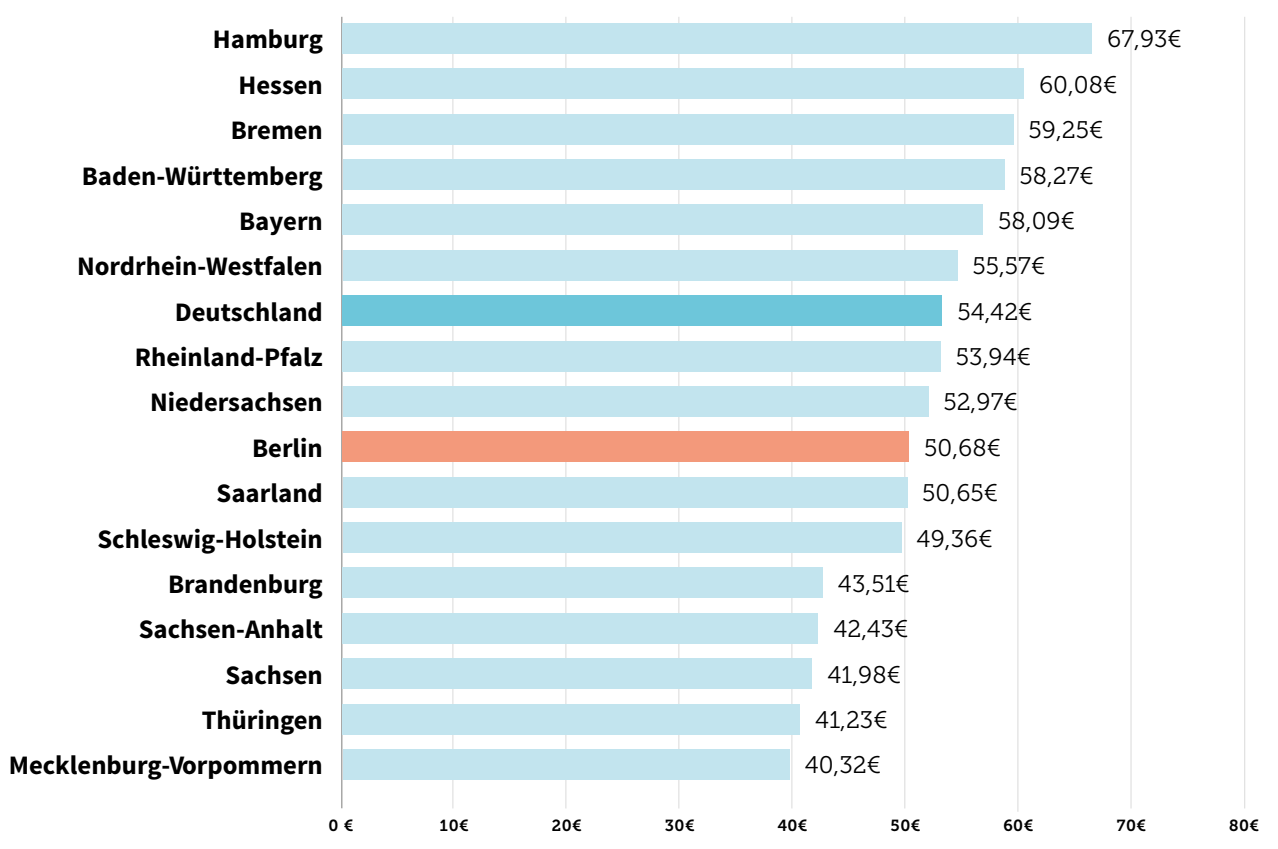


Berlins Wirtschaftsstruktur ist gekennzeichnet von einem starken Dienstleistungssektor. Dieser trug in 2016 laut Amt für Statistik Berlin Brandenburg mit mehr als 84 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, 2019 waren es bereits 86 Prozent. Das produzierende Gewerbe hatte 2016 einen Anteil von rund 15 Prozent<sup>52</sup>; nach Angaben der Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) im Jahre 2017 von ungefähr zehn Prozent.<sup>53</sup> Obwohl dieser Wirtschaftszweig relativ klein ist, erwirtschaftet er 15 Prozent des Umsatzes aller Berliner Unternehmen. 2017 betrug die Wertschöpfung über 18,9 Milliarden Euro. Der Grund für dieses Phänomen ist die hohe Produktivität je Arbeitsstunde. Trotz dieses guten Ergebnisses der Industrie schafft es die Berliner Wirtschaft noch immer nicht, die gesamtdeutsche Produktivität je Arbeitsstunde zu erreichen. Dies liegt einzig an dem **großen Dienstleistungssektor, in dem die Arbeitsproduktivität vergleichsweise niedrig ist.**<sup>54</sup> **Das erklärt, weshalb Berlin im gesamtdeutschen Vergleich mit seiner Wirtschaftsleistung eher schlecht abschneidet.**

Hat die rot-rot-grüne Politik bisher kaum zielführende Anstrengungen unternommen, um diese Situation zu ändern, **so führt gerade die Corona-Krise die Schwächen des Berliner Wirtschaftsmodells wie unter einem Brennglas vor Augen.** Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass sich die bundesdeutsche Wirtschaft bis 2022 von diesem Schock erholen wird, nicht so jedoch die Berliner Wirtschaft. Die Industrie kam relativ gut durch die bisherige Krise. Laut Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg stieg der Konjunkturklimaindex der Berliner und Brandenburger Industrie im Frühjahr 2021 auf 109 Zähler. Anders im Gastgewerbe, das besonders massiv unter den Coronabedingten Einschränkungen leidet. Hier erreichte der Index nur noch 37 Punkte, nach 75 im Herbst.<sup>56</sup>

## Stundenproduktivität der einzelnen Bundesländer<sup>55</sup>

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je geleisteter Arbeitsstunde im Jahr 2017



Quelle: IHK Berlin, Statistisches Bundesamt

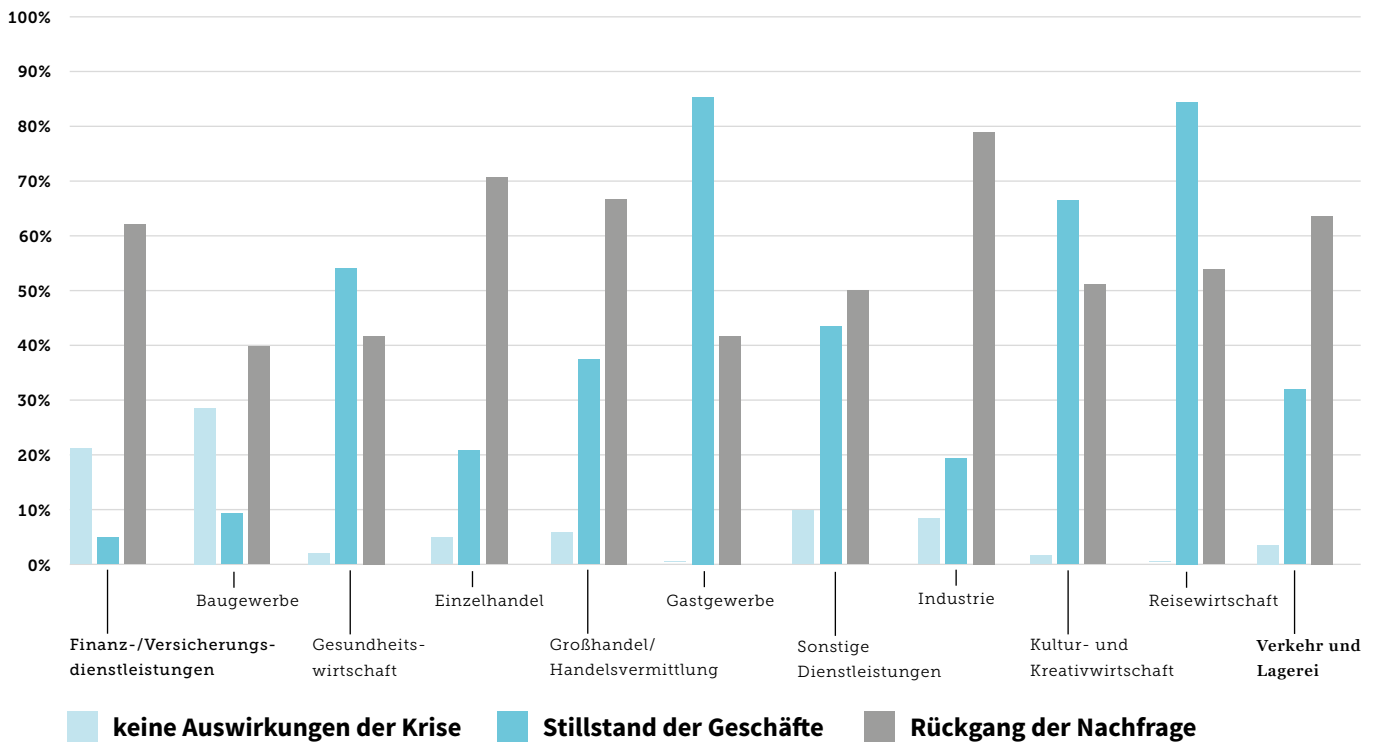
Doch bislang steht und fällt Berlins Wirtschaft gerade mit Tourismus, Kultur, Gastronomie, Messegeschäft, Start-ups und Handel. Wo Reisen nur noch auf das Nötigste heruntergefahren werden, Messen und Kongresse ausfallen, da gibt es auch keine zahlenden Berlinbesucher. Die Gäste- und Übernachtungszahlen lagen nach Angaben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zwischen Januar und November 2020 um ca. 62 Prozent unter dem Vorjahresniveau.<sup>57</sup> Wo es keine Touristen und Gäste gibt, da floriert auch kein Gastgewerbe, selbst bei offenen Hotels und Gaststätten außerhalb eines Lockdowns. So ist es nicht verwunderlich, dass das gesamte Berliner Gastgewerbe in 2020 eingebrochen ist und es zu einem Umsatzrückgang von mehr als 47 Prozent kam. Allein die Gastronomie muss sich von Umsatzeinbußen von mehr als 38 Prozent erholen.<sup>58</sup> Dieser Umstand ist im Vergleich zu anderen Metropolen Deutschlands umso dramatischer, als in Berlin das Gastgewerbe einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung hat.



Eine Corona-Umfrage der IHK Berlin im November 2020 bringt das ganze Ausmaß ans Licht. Die Geschäfte stehen zum Großteil still im Gastgewerbe, der Reisewirtschaft, der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der Gesundheitswirtschaft.<sup>59</sup>

### **Geschäftliche Lage in den Branchen<sup>60</sup>**

**Corona-Umfrage** im November 2020

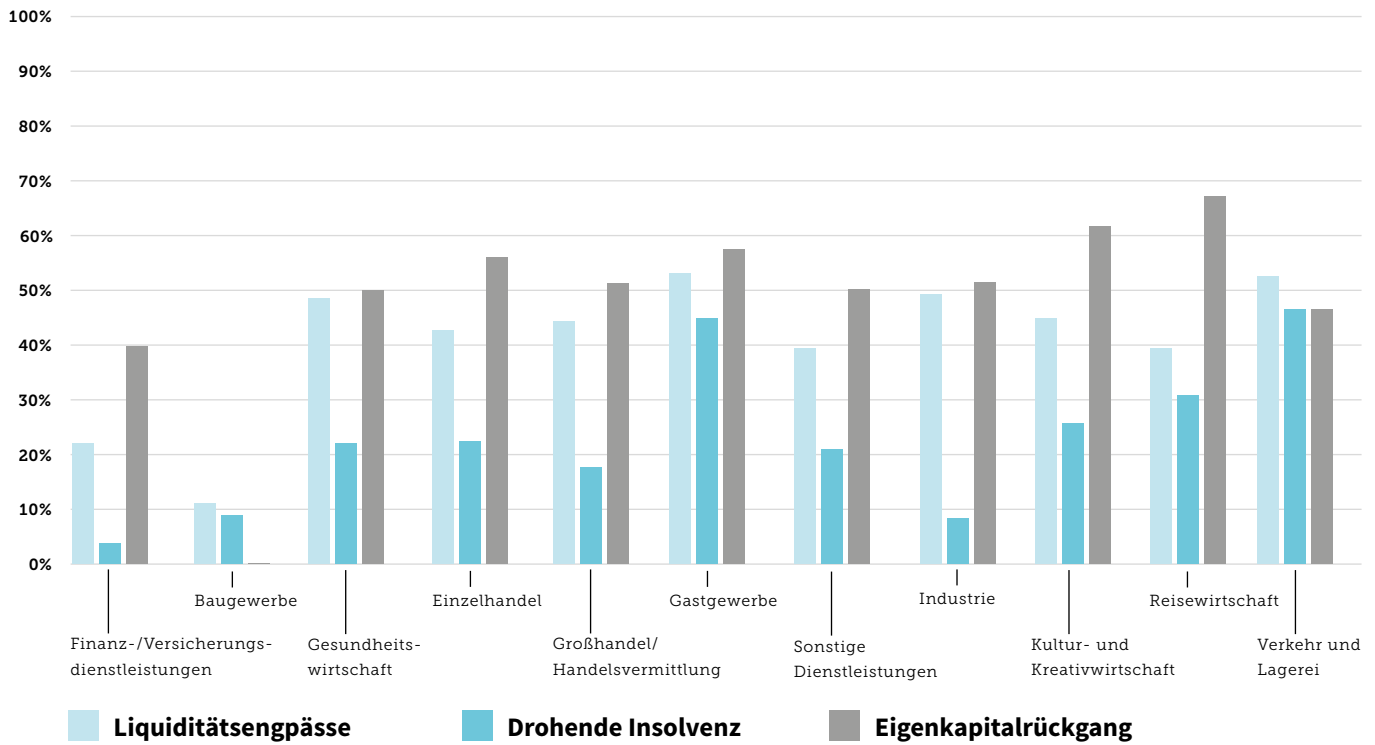


Quelle: IHK Berlin

Dementsprechend stehen viele Unternehmen des Gastgewerbes, der Reisewirtschaft, des Verkehrs und der Lagerei sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft vor einer Insolvenz.<sup>61</sup>

**Aktuelle Finanzlage in den Branchen<sup>62</sup>**

Corona-Umfrage im November 2020



Quelle: IHK Berlin

Die ITB, führende Fachmesse der internationalen Tourismus- Wirtschaft, die jedes Jahr im Frühjahr stattfindet, war die erste abgesagte Großmesse in 2020. Seither liegt das komplette Messegeschäft brach. Die Verluste der Messegesellschaft belaufen sich für das verheerende Jahr 2020 auf etwa 75 Millionen Euro.<sup>63</sup>

Die negative Entwicklung der größten Wirtschaftszweige Berlins hat sich auch auf den Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Hier liegt die Hauptstadt seit Ausbruch der Pandemie in der Spitzengruppe. Die Arbeitslosenzahl sprang Lockdown-bedingt im April sprunghaft an. Mit 52.200 mehr Arbeitslosen als noch im Dezember des Vorjahres gehört **Berlin zu den Regionen, die den höchsten Corona-Effekt aufweisen**. Im Dezember 2020 erreichte Berlin den traurigen **zweiten Platz hinter Bremen mit einer Arbeitslosenquote von 10,1 Prozent** gegenüber 7,7 Prozent im Vorjahresmonat.<sup>64</sup>

” Rund vier Milliarden Euro Wertschöpfung haben sich damit binnen weniger Monate in Luft aufgelöst. Im gesamten Jahr könnte das Minus sogar bei etwa acht Milliarden liegen. Einen so dramatischen Wohlstandsverlust hat Berlin seit dem Krieg nicht erlebt. Acht Milliarden weniger, das bedeutet: weniger Einkommen, weniger Umsatz, geringere Karrierechancen für jede und jeden und einen Staat, der weniger Steuern einnimmt und sich einschränken muss.“<sup>65</sup>

**CHRISTIAN AMSINCK** Hauptgeschäftsführer  
der Unternehmensverbände Berlin Brandenburg (UVB)

Selbst für die Zukunftsaussichten äußern sich die Unternehmensverbände verhalten. Sie visieren frühestens das zweite Halbjahr 2021 für eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts an. „Von einem echten Aufschwung kann man dabei nicht sprechen. Wir haben viel Boden verloren. Das Niveau, das wir vor der Krise hatten, werden wir frühestens 2023 wieder erreichen“, sagte Amsinck.<sup>66</sup>

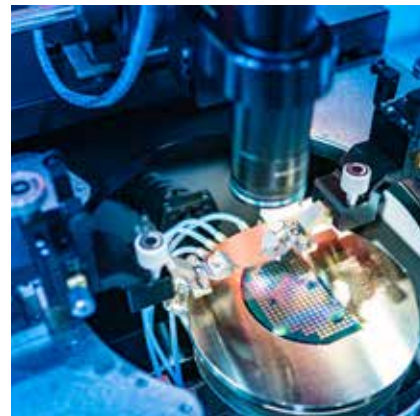


Auch die Experten der Investitionsbank Berlin (IBB) schließen sich der verhaltenen Einschätzung der Unternehmensverbände an. Die Wirtschaft der Hauptstadtmetropole wird deutlich stärker leiden als der Bundesdurchschnitt. Zudem könnten der Einzelhandel, die Veranstaltungs- und Reisewirtschaft nie wieder das Niveau wie vor Corona erreichen.<sup>67</sup>

Die akute Krankheit hat gezeigt, woran der Patient schon seit Langem leidet. **Wichtig ist nun, eine erfolgreiche Therapie einzuleiten, um in kommenden Stürmen und Krisen nicht noch einmal zu wanken.**

### **Prosperierende und innovative Industrie nötig**

Das Erfolgsgeheimnis wirtschaftsstarker Metropolen ist eine hochwertige Industrie auf Weltklasseniveau, denn mit ihrer Schlüsselfunktion regt sie in besonderem Maße zum Wachstum der gesamten Wirtschaft an. Ein innovativer industrieller Sektor steht an der Spitze der Wertschöpfungskette und sorgt für Aufträge und Beschäftigung in anderen Branchen.<sup>68</sup> Er kann die Wirtschaft auch in Krisen wie einer Corona-Pandemie vor einer Rezession bewahren. Die Industrie- und Handelskammer Berlin, die Unternehmensverbände und das Institut der deutschen Wirtschaft sind sich einig: **Berlin braucht eine starke Industrie, die Hauptstadt muss sich zu einem innovativen Industriestandort entwickeln.**<sup>69</sup>



„Berlin braucht einen gesunden industriellen Kern, um die Folgen der Krise zu bewältigen und für künftiges Wachstum. Eine kluge Industriepolitik ist dabei einer der wirksamsten konjunkturfördernden Hebel.“<sup>70</sup>

**DR. BEATRICE KRAMM** Präsidentin der Berliner Industrie- und Handelskammer

Leider ist gerade diese dringend nötige, kluge und ressortübergreifende Industriepolitik beim rot-rot-grünen Senat eher die Ausnahme oder, wie es die IHK ausdrückt, „noch immer keine Selbstverständlichkeit“.<sup>71</sup>

Wir wollen eine Politik der Nachkrisenzeit, die alles daransetzt, einen **Strukturwandel zur Industrie 4.0** in Gang zu setzen. Der Fokus muss auf die Schaffung neuer Produkte, Verfahren und Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung liegen. Nur so kann die vergleichsweise geringe Produktivität und letztlich das Einkommen und der Wohlstand zunehmen und Berlin zu einem starken und entwicklungs-fähigen Wirtschaftsraum werden.

Ein Blick über den Berliner Horizont hinaus verrät erneut, wie eine optimale Zusammensetzung der Wirtschaftszweige aussieht. Heute besitzt Singapur eine der erfolgreichsten Wirtschaften der Welt. Grund dafür ist vor allem der leistungsfähige industrielle Sektor, dessen Bedeutung sich der Stadtstaat von Anfang an bewusst war. Als Lebensader für eine moderne Wirtschaft setzte die Regierung deshalb seit der Unabhängigkeit in 1965 auf den Aufbau einer technologisch fortschrittlichen Industrie.<sup>72</sup>

Auch wenn der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren rückläufig war (2016: 26,6 Prozent; 2017: 19 Prozent), will Singapur auch heute an diesem Wirtschaftszweig festhalten. Einen Strukturwandel zum reinen Dienstleistungszentrum soll es nicht geben. Der Stadtstaat setzt bei seiner Industriepolitik gezielt auf Industrien, die hochwertige Produkte mit Know-how produzieren. Hierzu zählen Hightech-Elektronik, Präzisions- und Medizintechnik, Pharma- und Biotechnologie, Luftfahrttechnik, IT-Technologie und im Bereich der chemischen Industrie besonders höherwertige Erzeugnisse und Spezialchemikalien.<sup>73</sup>

Die Wirtschaft des deutschen Spitzenreiters - die Metropolregion München - ist ähnlich gut im industriellen Bereich aufgestellt. 2017 trug die Industrie zu mehr als 24 Prozent am BIP der Landeshauptstadt Bayerns bei.<sup>74</sup>

### **München: Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen<sup>75</sup>**

2017, gesamte Wertschöpfung 103.752 Mio. €



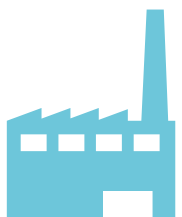
32.602 Mio. €  
**31,5%**

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen



26.648 Mio. €  
**25,7%**

Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Information und Kommunikation



25.035 Mio. €  
**24,1%**

Produzierendes Gewerbe insgesamt (inkl. Bau- und verarbeitendes Gewerbe)



19.440 Mio. €  
**18,7%**

Öffentliche und private Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit

Quellen: Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft

**Die neue Industriepolitik, die Berlin nach der Krise dringend braucht, ist vor allem eine Technologiepolitik.** Bereits ansässige Unternehmen des produzierenden Gewerbes brauchen fortan gute Rahmenbedingungen, damit sie in Berlin dauerhaft bleiben. Außerdem müssen Industrieunternehmen zukunftsträchtiger Branchen offensiv für den Standort Berlin geworben werden, um einen starken und zukunftsfähigen Industriezweig aufzubauen.

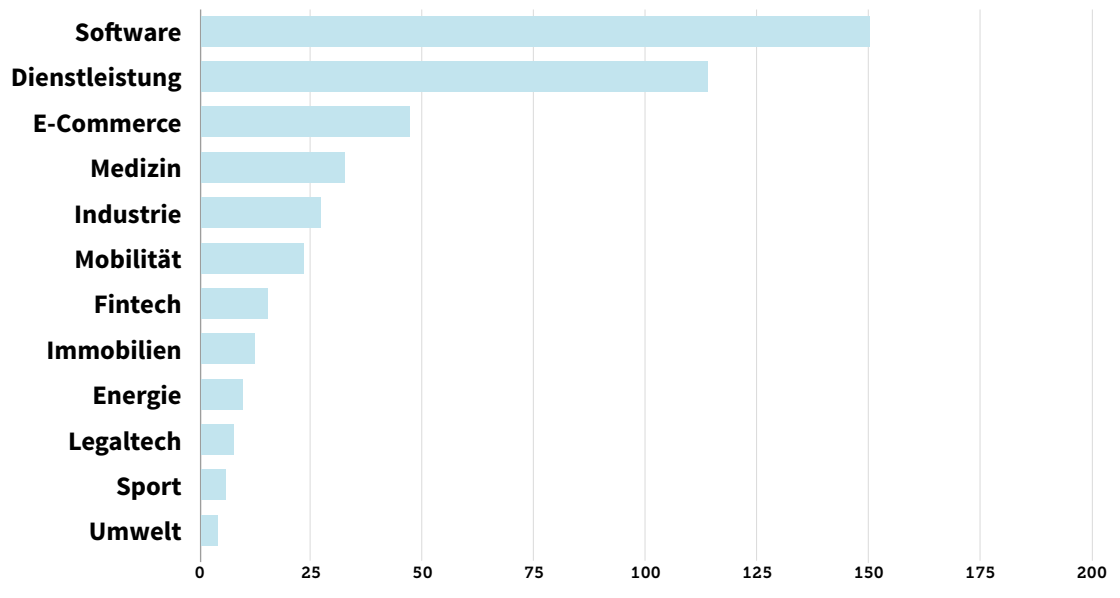
Auch die Start-up-Szene muss gezielt verbessert werden. Die bisherigen Start-ups sind zwar technologiebasiert, doch haben sie sich zu stark auf Endverbraucher (B2C) statt auf Unternehmen (B2B) konzentriert. Plattformunternehmen erreichen keine hohe technologische Wertschöpfung, wie es sie bei einer Verzahnung digitaler Innovationen mit der Industrie gäbe. Wie eine Untersuchung des Instituts für Innovation und Technik in Zusammenarbeit mit der Plattform „Startupdetector“ ergab, wurden in 2018 insgesamt 443 Unternehmen in Berlin neu gegründet. Die meisten von ihnen, etwa ein Drittel, konzentrierten sich auf die Entwicklung von Software, gefolgt von Start-ups im Bereich Dienstleistungen und E-Commerce. Diese grundsätzlich gute Ausgangslage der digital affinen Gründungswilligen gilt es, für eine innovative Industrie nutzbar zu machen.<sup>76</sup> Ein weiterer positiver Effekt wäre, dass deutlich mehr Start-ups als bisher die ersten drei Jahre überstehen und damit nachhaltig Steuereinnahmen erwirtschaften.





### **In welchen Branchen haben Berliner Unternehmer 2018 gegründet?**<sup>77</sup>

**Anzahl der Neugründungen** in Berlin nach Hauptbranche im Jahr 2018



Quelle: Startupdetector

Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Technologie- und Digitalwirtschaft, die sofort umgesetzt werden muss, ist **eine leistungsfähige digitale Infrastruktur**, ein flächendeckendes, schnelles Internet. Das beinhaltet einen Gigabit-Anschluss für jedes Unternehmen und jedes Homeoffice. Eine andere und weitaus wichtigere, wenn nicht gar die wichtigste Voraussetzung, nämlich die **Aus- und Weiterbildung der Berliner zu begehrten Fachkräften**, muss langfristig und mit aller Kraft angegangen werden. Denn Digitalisierung braucht Fachkräfte, die digitale Zukunftstechnologien entwickeln, umsetzen und nutzen.

” Bei den Fachkräfte- und Flächenangeboten gibt es inzwischen zum Teil bedrohliche Engpässe, auch bei der Verkehrs- sowie der Digitalinfrastruktur ist viel zu tun.“<sup>78</sup>

**JAN EDER** Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin

Anlass der Klage Eders über zunehmende Hemmnisse, die das Wachstum der Industrie ausbremsen, war die Vorstellung eines Grundsatzpapiers mit dem Namen Masterplan Industrie (MPI) und einer neuen Standortkampagne des Senats. Für die Kampagne #Berlinproduziert waren 1,2 Millionen Euro vorgesehen.<sup>79</sup>

## B.2 Vertane Chancen

### ***Ideologie versus Wirtschaftskraft***

Anstatt schöne Plakate für 1,2 Millionen Euro zu drucken, hätte Rot-Rot-Grün das Geld sinnvoller einsetzen sollen. Denn nette Motive sind es nicht, die Investoren anziehen. Das zeigen die jüngsten Beispiele eindrücklich. So wollte Google in Berlin-Kreuzberg einen Start-up-Campus im ehemaligen Umspannwerk eröffnen. Junge Unternehmer hätten dort ein Mentoring-Programm absolvieren und wichtige Kontakte knüpfen können. Das Konzept ist für Google nicht neu, betreibt es doch ähnliche Zentren z. B. in London, Madrid und Tel Aviv. Aber Rot-Rot-Grün zog es vor, Klientelpolitik zu betreiben und dem Protest von „Aktivisten“ **gegen den Google-Campus** nachzugeben. *Florian Nöll*, Chef des Deutschen Start-up-Verbands, sieht Kreuzberg damit als *„erste No-go-Area für Tech-Unternehmen“*.



” Die Berliner Politik nimmt es zwar gerne mit, wenn es positive Entwicklungen gibt. Aber wenn es Probleme gibt, dann duckt sie sich weg.“<sup>80</sup>

**FLORIAN NÖLL** *Chef des Deutschen Start-up-Verbands*

Die Start-up-Szene hätte sich in der Vergangenheit nicht dank, sondern trotz der rot-rot-grünen Politik positiv entwickelt, sagt Nöll.<sup>81</sup> Da kann man erahnen, wie der Wirtschaftszweig boomen würde, wenn die politischen Hemmnisse beseitigt würden.

Das Digitalunternehmen **Hypoport AG**, Anfang der 2000er ein Finanz-Start-up, war bis vor Kurzem eines der großen Dax-Unternehmen in Berlin. Börsenwert: eine Milliarde Euro. Doch nach einem Streit mit dem Berliner Senat zog das Unternehmen seinen Firmensitz 2019 aus Berlin ab und **siedelte nach Lübeck über**. Insgesamt beschäftigt der Konzern 1.600 Mitarbeiter, 330 davon bis 2019 in Berlin. Was war geschehen? Das Unternehmen wollte seinen Firmensitz in der Klosterstraße kaufen und verhandelte vier Jahre lang mit dem Senat, dem das Gebäude einst gehörte. Es kam zur Unterzeichnung des Kaufvertrages, doch in letzter Minute machte der Senat eine Kehrtwende und Gebrauch von seinem Vorkaufsrecht.<sup>82</sup>

” Dass ausgerechnet die Politik einem Konzern seinen Firmensitz wegnimmt, das ist in keiner anderen Stadt in Deutschland vorstellbar.“  
83

**RONALD SLABKE** Hypoport-Chef

---

Dem Unternehmen ist dadurch ein Schaden von einer halben Million Euro entstanden. „Noch vor ein paar Jahren hätte uns das das Genick gebrochen“, so Slabke.<sup>84</sup> Der rot-rot-grüne Senat schafft es nicht nur, Firmen aus Berlin zu vergraulen, sondern nimmt auch in Kauf, sie zu ruinieren. Der Schaden für Berlin wird über diesen Verlust hinaus ein immenser Imageschaden sein. Für Hypoport steht fest: *„Wir siedeln in Berlin nur noch an, was unbedingt nötig ist. Neue Geschäftsbereiche bauen wir hier sicherlich nicht auf.“*<sup>85</sup>



Auch das 600-Millionen-Euro-Projekt von Siemens, mit dem sich Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) und Bürgermeister Michael Müller (SPD) gerne rühmen, wäre Ende 2018 **fast geplatzt**. Siemens will auf seinem historischen Firmengelände im Nordwesten Berlins bis 2030 einen Innovationscampus, die „**Siemensstadt 2.0**“, bauen und somit zahlreiche Arbeitsplätze und Möglichkeiten für Innovationen schaffen. Doch der Senat pochte lieber auf Denkmalschutz, sodass Siemens seinen Technologiepark für Elektromobilität, künstliche Intelligenz und andere Zukunftsfelder fast an einem anderen Standort in Europa, den USA oder Asien verwirklicht hätte.<sup>86</sup>



**Gewinnerentwürfe für die Siemensstadt 2.0 im Nordwesten Berlins**

Die Bekundungen der Wirtschaftssenatorin *Ramona Pop* (Grüne) wie *„Wir wollen Potenziale nutzen, Innovationen fördern, Wachstum ermöglichen und Arbeitsplätze schaffen.“*<sup>87</sup> *Wir übernehmen Verantwortung, um der wachsenden Berliner Wirtschaft gute und zukunftssichere Rahmenbedingungen zu bieten.“*<sup>88</sup> gehen leider an der Realität vorbei. In den Chor halbherziger Bekenntnisse reiht sich auch der regierende Bürgermeister (SPD) ein:

” Die Berliner Industrie mit ihren vielen Hidden Champions ist ein wichtiges Rückgrat unseres Wirtschaftsstandortes. Sie steht für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Stärkung ist für meinen Senat und die anderen Akteure im Steuerungskreis zentrales wirtschaftspolitisches Ziel.“<sup>89</sup>

**MICHAEL MÜLLER** regierender Bürgermeister (SPD)

---

Der Umgang mit Investoren wie Google, Siemens und anderen hat gezeigt, dass dem Senat eine bestimmte Ideologie wichtiger ist als eine prosperierende Berliner Wirtschaft. Die jüngste Chance, die Rot-Rot-Grün vertan hat ist, die größte Automesse Europas, die

Auto-Leitmesse IAA nach Berlin zu holen. Bei der **Bewerbung um die IAA** gab es **vom autofeindlichen Senat keine breite Rückendeckung**. Ein Grünen-Parteitag stimmte dagegen, die zuständige Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) ging auf Distanz und wollte nicht Mitglied des Berliner Bewerbungsteams sein. Die Signale waren klar, und der Vorstand des Verbandes der Autoindustrie (VDA) entschied sich Anfang 2020 für München. Somit gehen eine halbe Milliarde Euro Umsatz jährlich zukünftig nicht nach Berlin, sondern nach München. Grund für die Entscheidung war laut VDA das fehlende Vertrauen in die Berliner Politik, obwohl Berlin das beste Konzept für eine neue IAA vorgelegt hatte.<sup>90</sup>

Nicht nur die Wirtschaftsverbände und Kammern sind verärgert, auch die IG Metall findet für das Handeln des Senats klare Worte: *„Kunde droht mit Auftrag“*. Das sei die Prämisse der Berliner Behörden und Verwaltungen. War der Wegfall der IAA schon ein Schlag, sind nun auch die Leitmesse „Premium“ und „Neonyt“ der **„Fashion Week“ weg** und mit ihr 240 Millionen Euro pro Jahr. Die etwa 70.000 Fachbesucher, nationale und internationale Journalisten werden ab Sommer 2021 in Frankfurt die Messe besuchen.<sup>91</sup> Der Frankfurter Veranstalter hat große Pläne, denn sie wollen die Messe zu einer Modemesse mit europäischem Format weiterentwickeln: *„Ziel ist es nicht, sich mit deutschen Städten zu messen, sondern mit Mailand und Paris.“*<sup>92</sup>



Die Beispiele zeigen, dass Berlin dringend eine weitsichtige, ambitionierte und engagierte Wirtschaftspolitik braucht. Denn nur eine kluge Wirtschaftspolitik ohne Ideologieballast kann die richtigen Stellschrauben bewegen, um die Wirtschaftskraft turboartig anzukurbeln. Das Gegenteil ist derzeit der Fall.

” *Es ist kein Naturgesetz, dass stets andere Bundesländer den Zuschlag für Großinvestitionen bekommen.<sup>93</sup> Wir können es uns nicht leisten, Investoren zu verschrecken. Berlin ist noch immer auf jeden zusätzlichen Arbeitsplatz dringend angewiesen, um den Rückstand gegenüber anderen Regionen aufzuholen.“*<sup>94</sup>

**CHRISTIAN AMSINCK** Hauptgeschäftsführer  
der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg

---

**Berlin braucht eine investorenfreundlichere Politik.**



**Tesla Megafabrik in Grünheide,  
Brandenburg**

7.000 bis 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze hätten auch direkt in Berlin mit einer Ansiedlung von Teslas Megafabrik entstehen können. Doch auch diesen Milliardendeal hat Berlin verpatzt. Zwar schrieb Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) Elon Musk in 2018 einen Brief und schlug ihm vor, die neue Fabrik in Marzahn, Berlin-Buch oder Tegel zu bauen, doch engagiert hat sich letztlich das Land Brandenburg und bekam den Zuschlag.<sup>95</sup>

Der Senat hat eine Reihe von Wirtschaftskonzepten entwickelt:

- *Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020*
- *Masterplan Industriestadt Berlin 2018 – 2021*
- *Stadtentwicklungsplan (StEP) Industrie und Gewerbe von 2011*
- *Stadtentwicklungsplan (StEP) Wirtschaft 2030*

Außerdem wurde ein zweimal pro Jahr tagender Steuerungskreis Industriepolitik seit 2010 eingerichtet.

Pläne sind schön und gut, aber es kommt auf die Taten und Ergebnisse an. So könnte man die Umsetzung der Konzepte zusammenfassen. Im Rahmen des Masterplans Industriestadt Berlin 2010–2020 wollte man die Zahl der Industriebeschäftigten von 100.000 auf 190.000 fast verdoppeln.<sup>96</sup> 2009 lag die Zahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe bei etwa 116.000. Zehn Jahre Steuerungskreis und Masterplan später waren es laut Statistikamt immer noch etwa 116.000.<sup>97</sup> Mit einer Politik, die Investoren vergrault, ist das kein Wunder. Auch die Beseitigung des Fachkräftemangels steht auf der Agenda der Masterpläne. Doch das Problem ist nach wie vor eines der drängendsten der Industrie, da der Senat selbst in den Masterplänen nur in begrenztem Rahmen denkt, anstatt die Industrie zur Chefsache zu machen und die Stärkung der Wirtschaft als großes Ganzes zu begreifen, an dem alle Ressorts gemeinsam und koordiniert arbeiten.



### B.3 Niedriges Humankapital

#### ***Berlins Teufelskreis***

Obwohl Berlin vor Corona einen Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen hatte, ist es mit den Finanzen nicht gut bestellt. Die finanziell problematische Lage wird besonders am Länderfinanzausgleich deutlich. So war Berlin auch im Jahr 2019 mit großem Abstand größtes Nehmerland im bundesstaatlichen Finanzausgleich und erhielt insgesamt etwa 4,33 Milliarden Euro. Das sind mehr, als die ostdeutschen Bundesländer zusammen erhielten.<sup>98</sup>

Der mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr große Landeshaushalt ist derzeit nur zu drei bis fünf Prozent flexibel gestaltbar, denn die meisten Positionen sind durch Transferausgaben, Personalkosten sowie strukturelle Belastungen weitestgehend festgelegt. Je geringer die Wirtschaftskraft, desto geringer die Steuereinnahmen und desto höher die Transferausgaben. Damit befindet sich Berlin in einem Teufelskreis aus niedrigen Einnahmen und höheren Sozialausgaben. Um dem zu entkommen, müssen die Ausgaben und Kosten gesenkt, aber auch die Einnahmen gesteigert werden. In den Jahren von 2002 bis 2011 hatte Rot-Rot unter Klaus Wowereit (SPD) leider hauptsächlich auf die Politik „Sparen, bis es quietscht“ gesetzt. Doch mit den Folgen und dem Scherbenhaufen kämpft Berlin heute noch.<sup>99</sup>

Sparen ist grundsätzlich nicht verkehrt. Doch während der Senat bei Polizei, Feuerwehr, Verwaltung, Straßen oder Schulen sparte, sollte der Rotstift vor allem bei Ausgaben rot-rot-grüner Klientelpolitik, Vereinspolitik und gegen die Soziale Marktwirtschaft gerichteten Projekten angesetzt werden. Den größten Effekt erzielt man jedoch, wenn die Sozialausgaben gesenkt werden können, weil weniger Menschen arbeitslos und bedürftig sind. Gleichzeitig würden wiederum die Einnahmen durch deren Beschäftigung steigen.



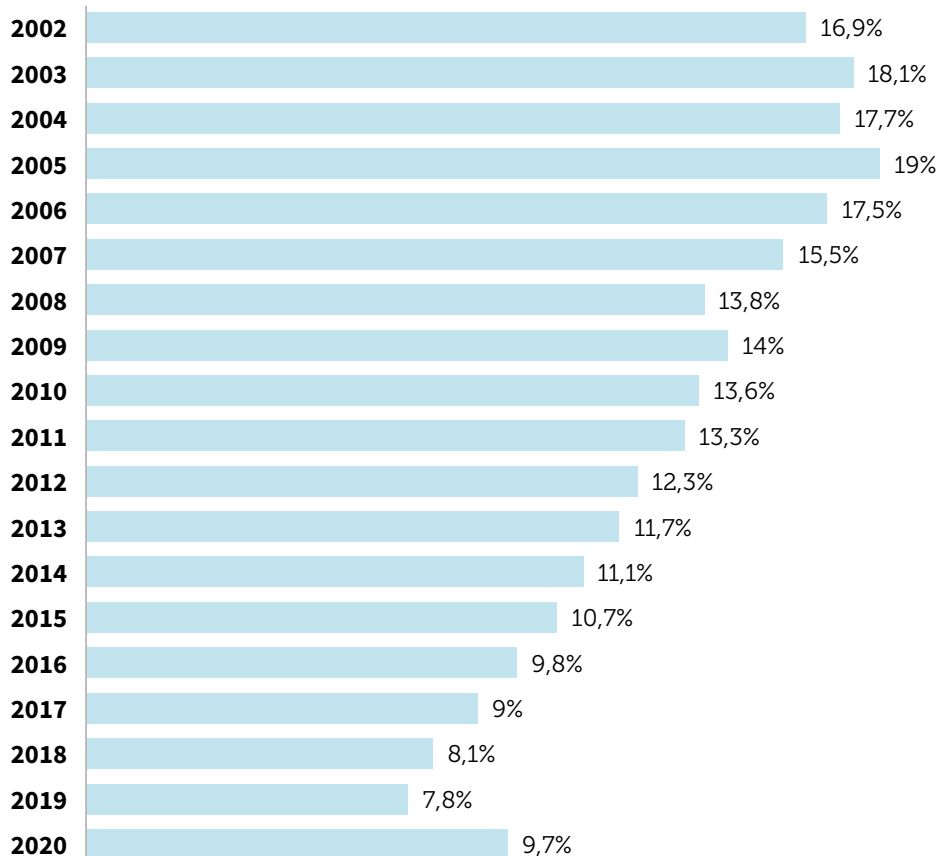


Die Ausgaben für Transferleistungen nehmen den größten Posten im Haushalt Berlins ein. 2019 wurden 4,3 Milliarden Euro, also fast 15 Prozent der gesamten Finanzen, für Leistungen nach SGB II und XII ausgegeben. Allein die SGB II Ausgaben beliefen sich auf etwa zwei Milliarden Euro.<sup>100</sup>

### **Arbeitslosenquote in Berlin**<sup>101</sup>

**Über die Jahre** 2002 bis 2020

---

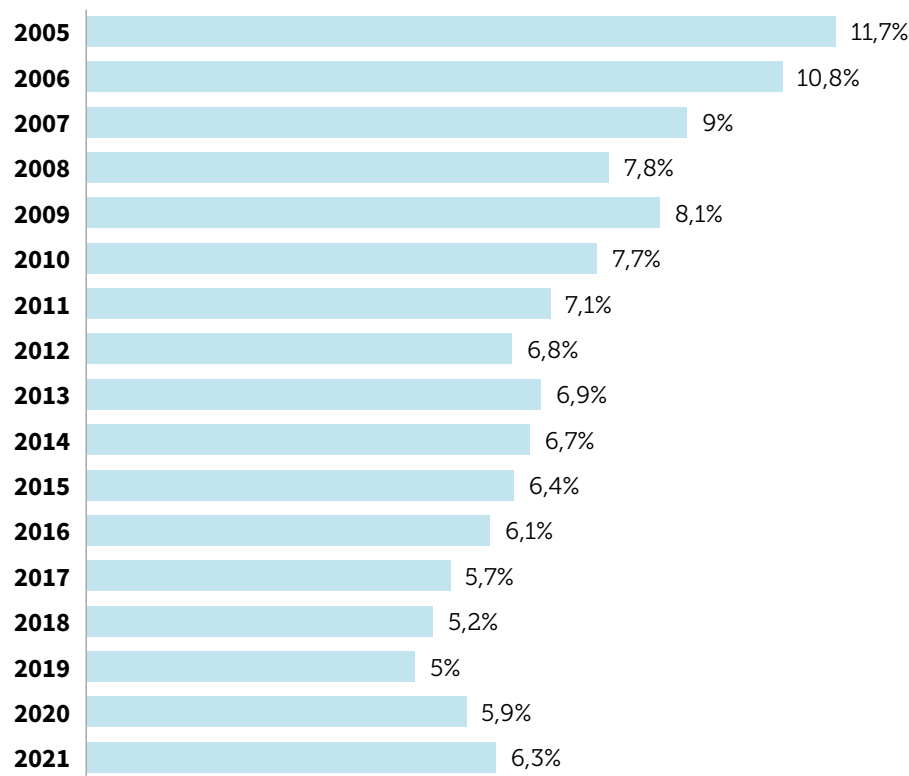


Quelle: © Statista 2020

Nicht erst mit Corona ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin höher als im Bundesdurchschnitt, was zeigt, dass die Politik sich mit dieser Situation eher abgefunden hat, als sie zu ändern.

### **Arbeitslosenquote in Deutschland<sup>102</sup>**

**im Jahresdurchschnitt** von 2005 bis 2021



Quelle: © Statista 2021



Betrachtet man die Arbeitslosenzahlen nach Bildungsstand am Beispiel von 2017, fällt auf, dass **die Hälfte der Erwerbslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung** vorweisen kann.

Berlin liegt hier mit einem Anteil von 48,7 Prozent aller Berliner Arbeitslosen etwas über dem bundesweiten Durchschnitt. Die zweitgrößte Gruppe betrifft mit 31,1 Prozent Personen mit betrieblicher Ausbildung. Je höher der Bildungsgrad, desto weniger Arbeitslose.<sup>103</sup>

### **Arbeitslosenzahlen nach Bildungsstand**<sup>104</sup>

Für Berlin und Bundesweit im Jahr 2017

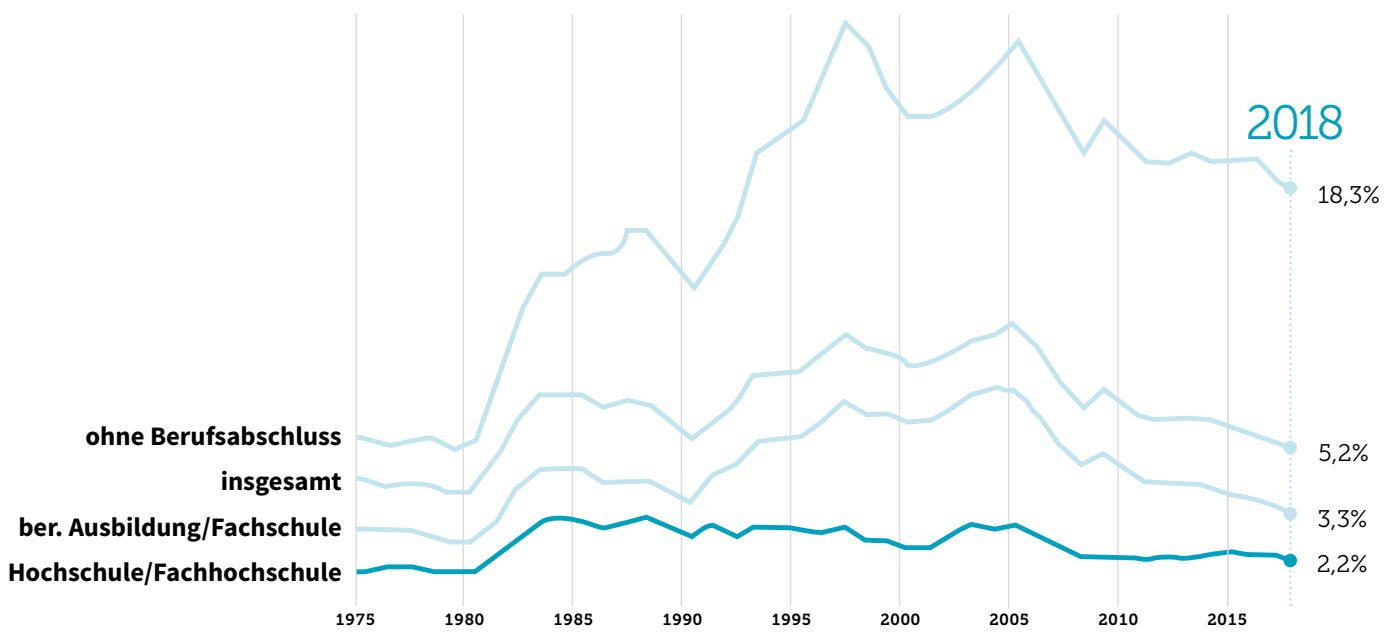
ZAHLEN VON 2017	DEUTSCHLAND	BERLIN
<b>ARBEITSLOSE (ANZAHL)</b>	<b>2.472.642</b>	<b>166.139</b>
Arbeitslosenquote (in Prozent)	7,4	10,7
<b>ARBEITSLOSEGRUPPEN (ANTEILE IN PROZENT)</b>		
Unter 25 Jahre	8,8	7,9
25 bis unter 35 Jahre	24,7	27,7
35 bis unter 50 Jahre	33,1	36,1
50 Jahre und älter	33,4	28,3
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	45,9	48,7
mit betrieblicher Ausbildung	39,8	31,1
Bachelor	1,9	3,7
Diplom/Magister/Master/Staatsexamen	5,5	10,3
Promotion	0,2	0,5
Abschluss unbekannt	6,6	5,8
1 Jahr und länger arbeitslos	36,5	29,2

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Die Arbeitslosenquote der Menschen, die über keinen Berufsabschluss verfügen, ist in Deutschland seit Jahren signifikant höher als die derjenigen mit beruflicher Ausbildung, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.<sup>105</sup>

### **Akademiker immer seltener arbeitslos als andere Qualifikationsgruppen<sup>106</sup>**

**Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten**  
deutschland, bis 1990 früheres Bundesgebiet



Quelle: IAB, ab 2015 Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Gleichzeitig hat Berlin im Januar 2021 mit 11,1 Prozent die **höchste Jugendarbeitslosenquote**. Das ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, wo sie bei 5,3 Prozent liegt, mehr als doppelt so hoch. Auch in dieser Disziplin liegt Berlin aber nicht erst seit 2021 an der Spitze.

Seit Jahren ist die Jugendarbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Schuld sind schlechte oder fehlende Schulabschlüsse, gepaart mit mangelnder Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen. Nach Erfahrungen von Holger Seibert, Co-Chef der Berliner Dependance des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, schätzen gerade viele junge Menschen mit Migrationshintergrund die duale Ausbildung wenig.<sup>107</sup> Bei diesen Zahlen stimmt es wenig hoffnungsvoll, wenn IHK-Präsidentin *Dr. Beatrice Kramm* zum angespannten Ausbildungsmarkt erst im Februar 2021 sagte:

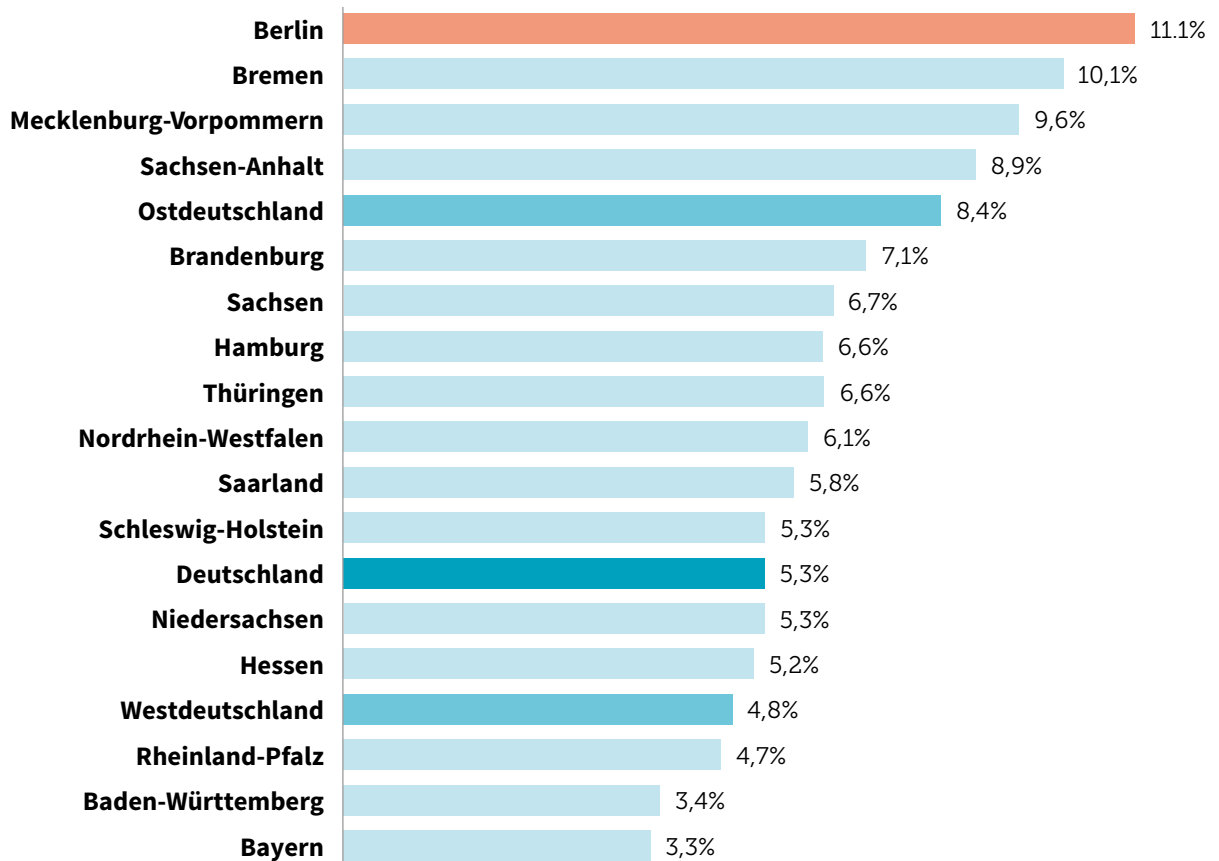
” Wir kommen nicht an die Jugendlichen ran, das Thema Ausbildung erreicht sie nicht, und die Betriebe kommen nicht an neue Azubis. Das ist keine gute Situation.“<sup>109</sup>

**DR. BEATRICE KRAMM** Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Berlin

Kramm konstatiert, dass die zuständigen Stellen wie die Jugendberufsagentur keinen wirklichen Zugang zu den Jugendlichen hätten.<sup>110</sup>

### **Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)<sup>108</sup>**

**in Deutschland** nach Bundesländern im Januar 2021





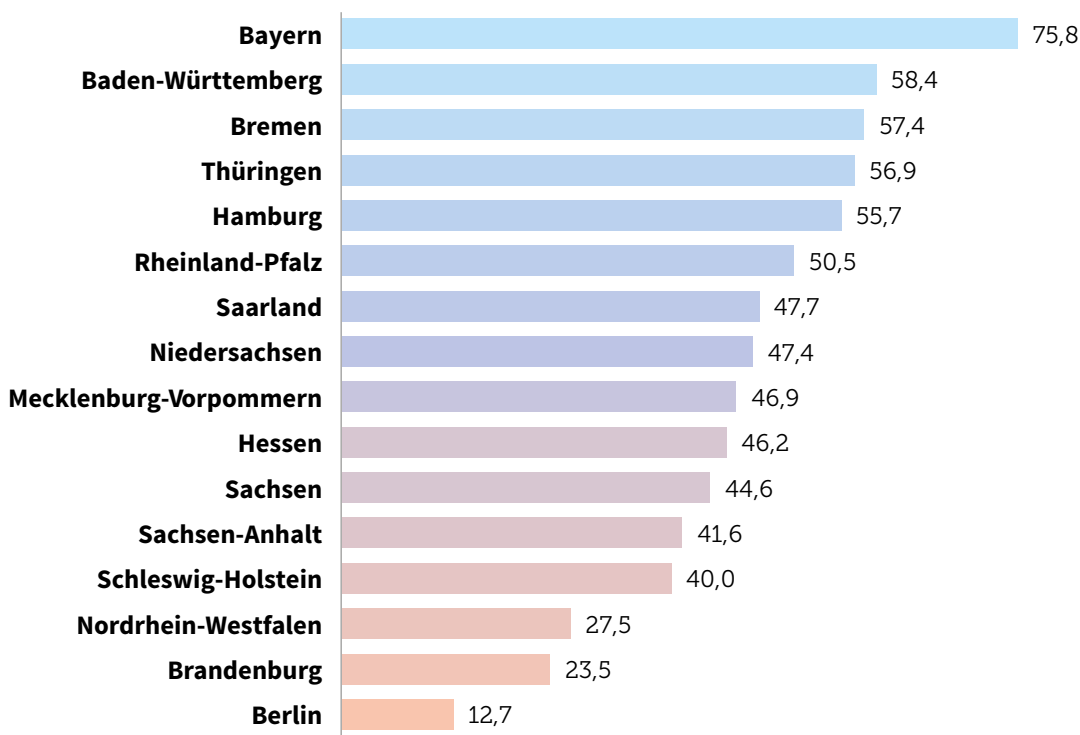
### Schuld ist die SPD-Bildungspolitik

Das ist jedoch nicht der Hauptgrund. Schuld ist die rote Bildungspolitik. Am 25. Januar 1996 hat die SPD in Berlin das Bildungsressort übernommen und beweist seitdem eine außerordentliche Konstanz: **Berlin ist in Bildungsstatistiken das dauerhafte Schlusslicht.** Früher kamen Nobelpreisträger aus Berlin, heute hat Berlin einen rückläufigen Alphabetisierungsgrad: In Berlin leben ca. 320.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren, die nicht oder nur wenig lesen und schreiben können. Die Quote der Schulabbrecher steigt: Jeder Zehnte verlässt die Sekundarschule ohne Abschluss, dies sind doppelt so viele Schüler wie im Bundesdurchschnitt. Im Schuljahr 2016/17 haben nur 62 Prozent aller Zehntklässler der Sekundarschulen den mittleren Schulabschluss geschafft, dies waren drei Prozent weniger als im Vorjahr. Die Bedingungen werden immer schlechter.<sup>111</sup>

Das Ranking des Bildungsmonitors 2020 der INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH legt es schonungslos auf den Tisch. **Wo Schulbildung schlecht ist, kann berufliche Bildung nicht plötzlich glänzen.** Da wundert es nicht, dass Berlin den letzten Platz unter den Bundesländern erreicht hat.<sup>112</sup>

### Berufliche Bildung/Arbeitsmarktorientierung<sup>113</sup>

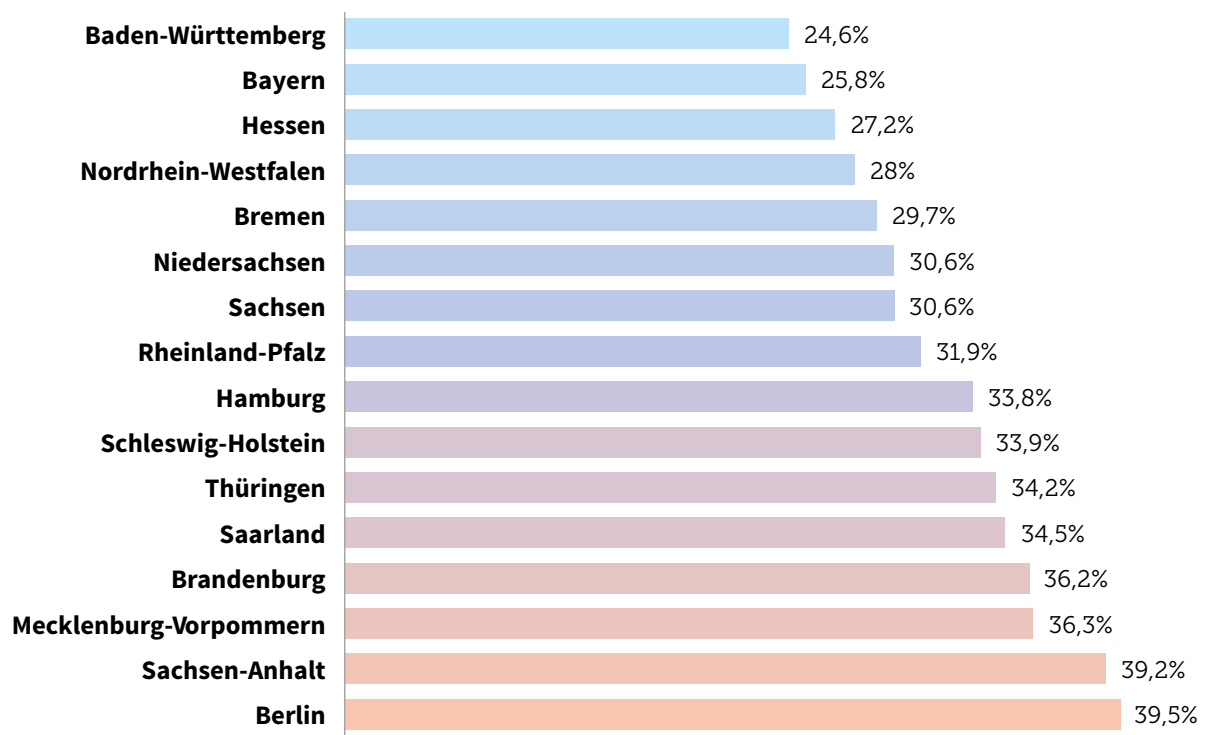
Erfolgreiche Absolventen beruflicher Vollzeitschulen, Ausbildungsquote, Unversorgte im Jahr 2020



Im Tagesspiegel schrieb Handwerkskammerchefin Carola Zarth Ende 2020: „Unsere Ausbildungsbetriebe sind sehr engagiert und fördern ihre Auszubildenden, sie können aber auch nicht alle Versäumnisse der Bildungspolitik ausgleichen.“<sup>114</sup> Und so werden in der Hauptstadt im Vergleich zu anderen Bundesländern leider auch die meisten Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst.<sup>115</sup>

### **Anteil vorzeitig aufgelöster Ausbildungsverträge<sup>116</sup>**

im Jahr 2020

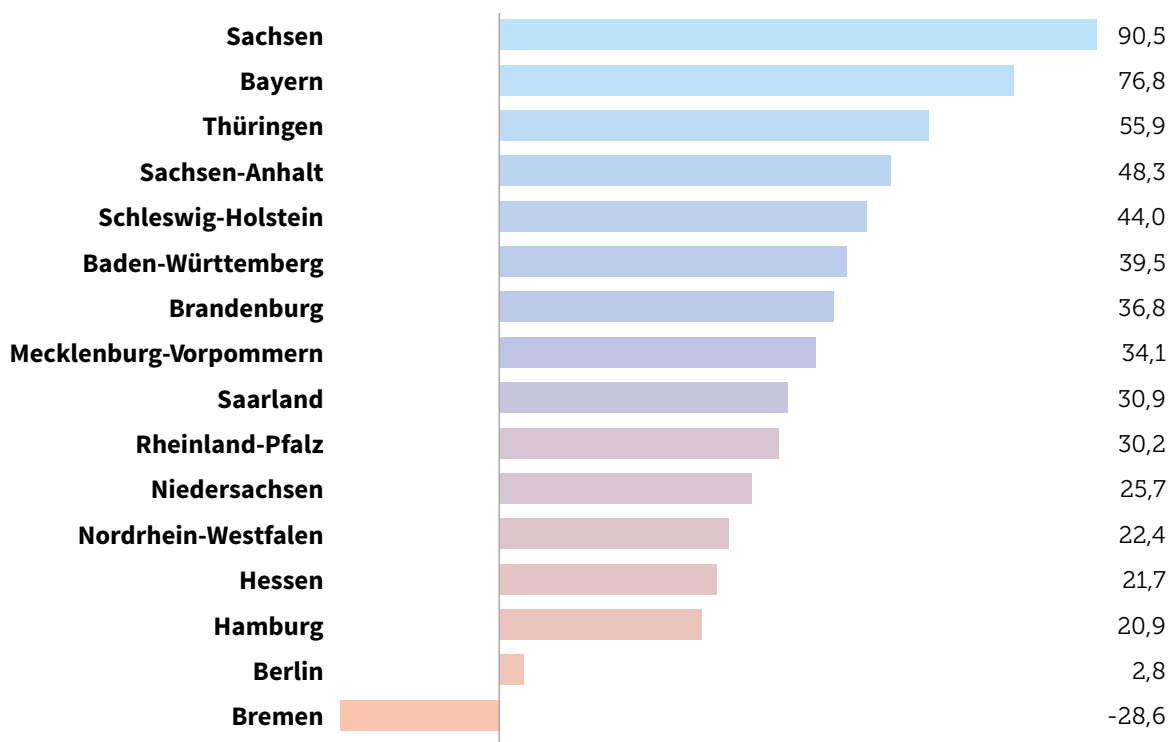


Quelle: INSM Bildungsmonitor 2020

Dabei gibt das Land Berlin mit 10.400 Euro pro Lernenden im allgemeinbildenden Schulsystem mehr aus als fast alle anderen Bundesländer. Sachsen, das bei der Schulqualität Platz 1 im Bildungsmonitor 2020 erreichte, gibt nur 7.800 Euro pro Lernenden aus.<sup>117</sup> Seine Viertklässler können aber am besten lesen, und die Schüler der neunten Klassen sind hervorragend in Mathematik und den Naturwissenschaften.

**Schulqualität**<sup>118</sup>

IQB Lesen 4. Klasse (2016), IQB Mathematik 9. Klasse (2018),  
 IQB Naturwissenschaften 9. Klasse (2018)



Quelle: INSM Bildungsmonitor 2020

Das zeigt, dem Berliner Schulsystem fehlt es an erster Linie an **Qualität**. Die finanziellen Mittel werden ineffektiv, ineffizient und im Sinne einer exzellenten Bildung nicht zielführend eingesetzt. Ein Beispiel ist das kostenlose Schulessen für alle rund 170.000 Grundschüler (1.-6. Klasse) seit August 2019. Eigentlich wollte der Senat rund 40 Millionen Euro pro Jahr dafür bereitstellen. Nachdem es jedoch Beschwerden hagelte, erhöhte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) die Kosten pro Mahlzeit von 3,25 Euro auf 4,09 Euro ab August 2020 und ab August 2021 nochmals auf 4,36 Euro. Diese zusätzlichen Kosten erhöhen die Ausgaben in 2020 um 12,38 Millionen Euro und in 2021 um 33,62 Millionen Euro.<sup>119</sup> Diese Streuung von Geld im Gießkannenprinzip hat bis auf eine Entlastung von finanziell benachteiligten Schülern keinen Effekt und geht damit bildungspolitisch komplett ins Leere. Wenn Schülern aus finanzschwachen Elternhäusern unter die Arme gegriffen wird, dann sollte dies mit Weitblick und vor allem nachhaltig geschehen, um die Bildung der Schüler qualitativ anzuheben. Denn nur mit einer guten Bildung entkommen Kinder aus armen Elternhäusern ihrem Elend. Und schließlich tragen sie in

Zukunft mit einem gut bezahlten Job zur Senkung der Transferausgaben und Steigerung der Landeshaushaltseinnahmen bei. Das kostenlose Mittagessen ist ein reines SPD-„Wahlgeschenk“ und hat mit vorausschauender und guter Politik zur Wohlstandsmehrung aller Berliner nichts gemein.

Der Geschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg brachte die schlechten Bildungschancen der Berliner Schüler nach der Veröffentlichung des INSM-Bildungsmonitors 2020 auf den Punkt:

---

„*Berlin kommt bei der Bildung nicht voran. (...) Vor allem die Schulqualität ist ein Problem. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler liegen der INSM-Studie zufolge klar unter dem Durchschnitt, zudem ist die Quote der Schulabbrecher so hoch wie in kaum einem anderen Bundesland. Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche in Berlin deutlich geringere Chancen auf eine gute Karriere haben als ihre Altersgenossen in Bayern oder Hamburg. Auch Kinder und Jugendliche mit ausländischem Hintergrund haben in Berlin schlechte Karten. Die Qualität der Schulausbildung ist für viele Arbeitgeber ein entscheidendes Kriterium bei der Einstellung. Berlin muss hier endlich nachhaltige Fortschritte schaffen.*“<sup>120</sup>

**ALEXANDER SCHIRP** Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)

---



### ***It's the education, stupid***

Die Berliner Wirtschaft mahnt bei der Politik seit Jahren den Fachkräftemangel vor allem in MINT-Bereichen vehement an. **Würde dieses Problem gelöst und hätte Berlin eine hohe Anzahl an MINT-Spitzenkräften, würden sie hochproduktive Unternehmen in die Hauptstadt locken**, die dem heimischen Markt und den internationalen Märkten nachgefragte innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten. Die Produktivität und die Wirtschaftskraft würden steigen und mit ihnen der Wohlstand der Berliner. Eine bessere finanzielle Lage würde weitere Investitionen in Bildung und städtische Infrastruktur ermöglichen. Kurzum, den Knoten löst man nur mit exzellenter Bildung.



Diese Erkenntnis scheint bei Rot-Rot-Grün noch nicht angekommen zu sein. Denn obwohl der von Wirtschaftsministerin (Grüne) vorgelegte Masterplan Industriestadt Berlin 2018-2021 mit Wirtschaftsvertretern abgestimmt wurde, behandelt er das Aufgabenfeld Schule viel zu zaghaft und vor allem unverbindlich. Die Federführung für dieses Aufgabenfeld sieht der Masterplan hauptsächlich bei der SPD-geführten Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF).<sup>121</sup> Das lässt erwarten, dass sich das Problem des MINT-Fachkräftemangels in den nächsten Jahren eher noch verschlimmert.

Das MINT Nachwuchsbarometer von acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und Körber-Stiftung) zeigte 2020, dass das Interesse und die Leistungen der Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften im gesamten Bundesgebiet seit 2012 stetig nachlassen. Ein Drittel hinkt bei grundlegenden computer- und informationsbezogenen Kenntnissen hinterher.<sup>122</sup>

*"Rund 20 Prozent der Jugendlichen sind nicht auf einem Niveau, das für den weiteren Ausbildungsweg in der Schule oder im Beruf als tragfähige Basis angesehen werden kann (...) Im Fach Mathematik der neunten Klasse entspricht der Abstand zwischen den Schülerinnen und Schülern im leistungsstärksten und -schwächsten Land einer Lerndifferenz von etwa zwei Schuljahren."<sup>123</sup>*

### **Im Klartext: Berliner Schüler der neunten Klassen hinken Bayerns und Sachsens Schülern in Mathematik um etwa zwei Jahre hinterher.**

Die Initiative „MINT Zukunft schaffen!“ unter Schirmherrschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) verleiht Schulen, die einen Schwerpunkt auf die MINT-Bildung ihrer Schüler legen, das Siegel „Mint-freundliche Schule“ oder „digitale Schule“. Berlin steht mit nur 35 Mint-freundlichen Schulen (2,8 Prozent) und 10 digitalen Schulen (0,8 Prozent) nicht besonders gut da. In Bayern werden die Schüler in 300 Mint-freundlichen (6,5 Prozent) und 100 digitalen Schulen (2,2 Prozent) dagegen auf die Arbeitswelt 4.0 vorbereitet.<sup>124</sup>

### **Schulen mit Schwerpunkt auf MINT-Bildung<sup>125</sup>**

**Berlin im Vergleich** im Jahr 2020

BUNDESLAND	ANZAHL ALLGEMEINBILDENDER SCHULEN	MINT-FREUNDLICHE SCHULEN	DIGITALE SCHULEN
Bayern	ca. 4.650	300 / 6,45 %	100 / 2,15 %
Baden-Württemberg	ca. 4.760	300 / 6,30 %	100 / 2,10 %
Berlin	ca. 1.270	35 / 2,76 %	10 / 0,79 %

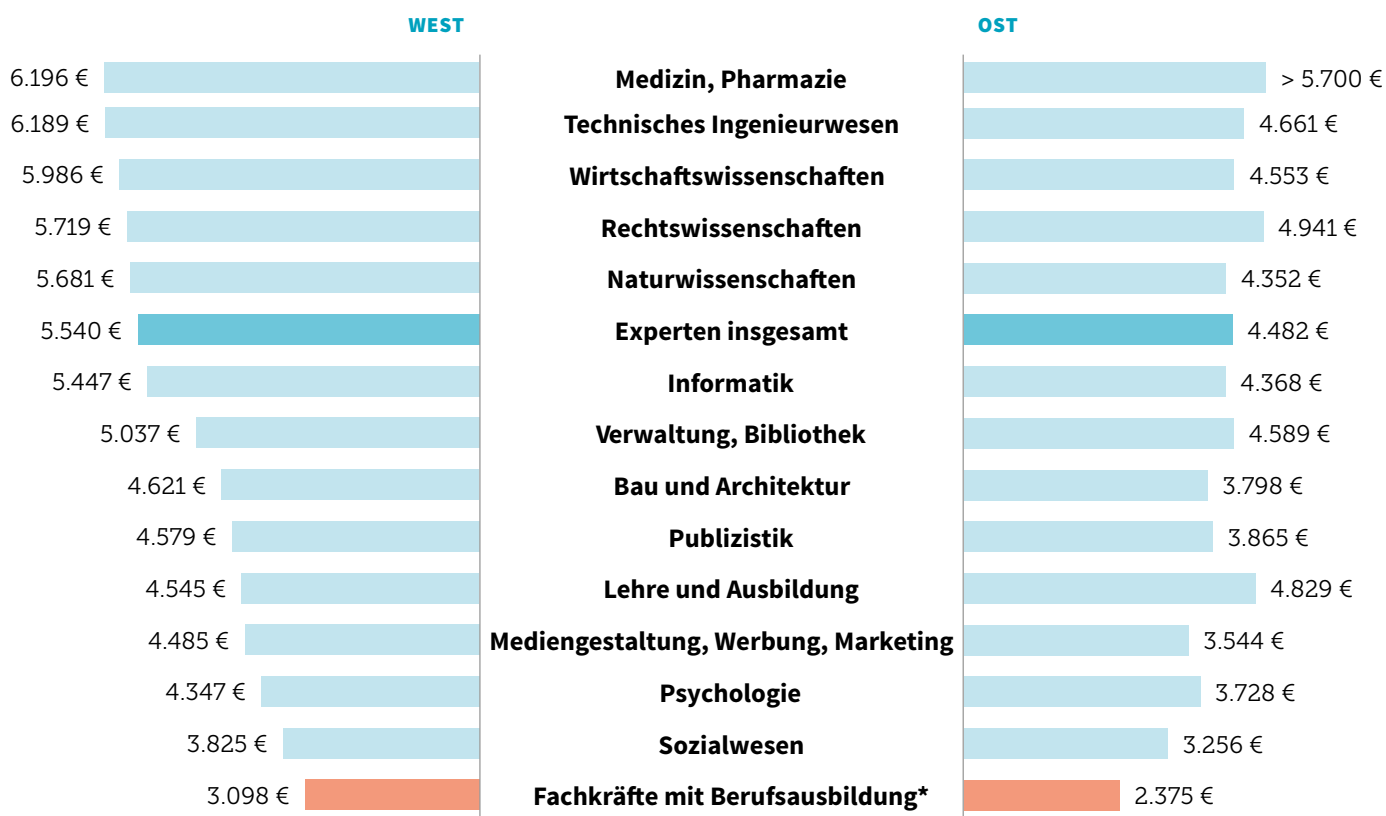
Quelle: Statistisches Bundesamt und "MINT Zukunft schaffen!"

Gut ausgebildete Menschen sind der Reichtum Deutschlands, Bildung ist unser Erdöl. **Aber die Fähigkeiten der Berliner Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, jetzt und in Zukunft innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, sind bei Weitem nicht ausgeschöpft.** Deshalb gibt es nur einen Weg, nämlich die Investition in Bildung, in Humanvermögen. Wir fordern, die vorhandenen finanziellen Mittel immer mit Blick auf eine Steigerung der Bildungsqualität einzusetzen und flankierend Rahmenbedingungen zu schaffen, die alle Berliner anspornt, sich stetig zu bilden. Bildung ist kein Kostenfaktor, wie es die derzeitige Politik



**In medizinischen, technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Berufen werden die höchsten Gehälter erzielt<sup>126</sup>**

Mittleres Monats-bruttoentgelt von sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-beschäftigten Experten nach West und Ost im Jahr 2017



\*Anforderungsniveau 2 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

sieht, sondern eine risikoarme und dabei gewinnbringende Investition. Je höher die Investition in Humanvermögen, desto höher das Lebenseinkommen und desto niedriger das Risiko der Arbeitslosigkeit.

**Klar ist: Eine Investition in Humanvermögen ist allen Geld- und Sachwertanlagen weit überlegen.** Wenn die Politik ihre Hausaufgaben erfüllt, dann besteht das zusätzliche Investitionsvolumen vor allem in Zeit, Fleiß und Leistung, die jeder Berliner investiert. Belohnt wird am Ende jeder Einzelne, und das doppelt: zum einen mit einem höheren Einkommen und einer zufriedenstellenderen Arbeit und andererseits mit einem höheren Lebensstandard aufgrund einer florierenden Wirtschaft.



### III Strategie und Businessplan

Nachdem die Ziele dieses „Blue Deal 2030“ als auch die Mängel der Berliner Politik und hier insbesondere der Wirtschafts- und Bildungspolitik klar umrissen wurden, gilt es, den Weg aus diesem Dilemma aufzuzeigen. Diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, wird jedoch nur gelingen, wenn die im Folgenden aufgezeigten Maßnahmen insgesamt umgesetzt werden. **Denn dieser Businessplan ist kein Sammelsurium einzelner Maßnahmen, aus denen man sich beliebig welche herauspicken kann. Vielmehr greifen sie ineinander und ergeben eine in sich schlüssige Strategie.** Manche Schritte können und müssen sofort umgesetzt werden, andere benötigen mehr Zeit. Doch insgesamt werden sie dazu führen, dass Berlin in 2030 eine Stadt sein wird, die ganz im positiven Sinne neue Maßstäbe für Deutschland und die Welt setzt. Sie ist dann eine führende Smart City und ein breit aufgestellter internationaler Wirtschaftsstandort. Das verstaubte und mit Scheuklappen vor den Augen begrenzte Denken vieler Amtsstuben hat man weit hinter sich gelassen, Klientelpolitik und die Wirtschaft behindernde Ideologie sind Fremdwörter geworden. In den 2020ern hat Berlin mit offenem Geist, Wissensdurst, Elan und Willensstärke von den Vorbildern aus aller Welt gelernt und seine Versäumnisse zielstrebig aufgeholt. Brennpunktschulen, Perspektiv- und Arbeitslosigkeit, No-go-Areas, Drogen- und Clankriminalität, Wohnungsnot, eine marode Infrastruktur und ein staatliches Großprojekt wie der Pleite-Flughafen BER, dessen Kosten aufgrund von Fehlplanungen ins Unermessliche explodieren und das von der Planung bis zur Eröffnung 30 Jahre benötigt hat, gehören in 2030 endlich der Vergangenheit an. Das „Unternehmen Berlin“ floriert nachhaltig und ist zum Singapur Deutschlands geworden.





**Ludwig Erhard**

Um diese Veränderung zu erreichen, ist eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik nötig: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben, Fehlentwicklungen korrigieren und Wohlstand für alle schaffen.

---

” Die Coronakrise zwingt Berlin jedoch dazu, seine Assets endlich effizienter zu verwalten und sich wieder klar zu Wirtschaft, Wachstum und freiem Markt zu bekennen. Eine Haltung, die wir von der Landespolitik immer nachdrücklicher einfordern müssen. Doch ist sie Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt auf einen neuen Wachstumspfad findet - und zukünftige Statistiken wieder von steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit berichten können.“ <sup>127</sup>

**JÖRG NOLTE** Geschäftsführer Wirtschaft und Politik der IHK Berlin

---

Hierfür baut der „Blue Deal 2030“ auf drei Säulen auf:

- 1** Steigerung der Produktivität in allen Bereichen
- 2** Effektive Finanzplanung und gezielte Investitionsförderung
- 3** Steigerung der Attraktivität und architektonische Unterstreichung der Weltbedeutung Berlins

### **F** STEIGERUNG DER PRODUKTIVITÄT – SCHLÜSSELAKTIVITÄTEN

#### A.1 Umbau der Berliner Wirtschaft

##### ***Von der Dienstleistungsmetropole zur innovativen Industriemetropole***

Eine kluge Politik legt ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung der eingangs festgestellten Mängel. Hierzu gehört der Berlin in der Corona-Krise zum Verhängnis gewordene zu geringe Anteil der Industrie. **Wir wollen daher das produzierende Gewerbe mit seiner hohen Wertschöpfung als Motor der Berliner Wirtschaft um ein Vielfaches erhöhen.** Dabei kann man sich nicht allein auf die Marketingbemühungen von Berlin Partner verlassen, wie dies Rot-Rot-Grün nur allzu gerne tut, denn das beste Marketing bringt nichts, wenn die Rahmenbedingungen der Politik dem Ziel zuwiderlaufen. Vielmehr müssen sich alle Senatsverwaltungen diesem politischen Willen gemeinsam und übergeordnet verpflichtet fühlen, um daraus ableitend die für ihren Bereich nötigen Maßnahmen umzusetzen. Im Falle von Hypoport hätte es geheißen, dass sich die Finanzverwaltung, bevor sie mit dem Gedanken spielt, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen, bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe informiert hätte, ob anderweitige Interessen für das Objekt bestehen.



***Die gesamte Berliner Verwaltung muss es als ihren Zukunftsauftrag und als Daueraufgabe sehen, deutsche, europäische und internationale hochproduktive (Industrie-) Unternehmen in Berlin anzusiedeln und gleichzeitig Bestandsfirmen die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, um sie in der Hauptstadt zu halten. Eine enge Kooperation der einzelnen Ressorts ist hierfür der Schlüssel zum Erfolg.***

Der Umbau der Berliner Wirtschaft bis 2030 gelingt anders als bisher nur mit konkreten, ressortübergreifenden, aufeinander aufbauenden und verbindlich getroffenen Zielen zu fest definierten Zeitpunkten, deren Realisierung eine Taskforce mit den nötigen Befugnissen koordiniert, überwacht und evaluiert. Am Beginn steht die Identifizierung von zukunftsweisenden Technologiefeldern, bei denen Berlin bereits Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Standorten besitzt oder im Rahmen dieses „Blue Deal 2030“



schaffen wird. Darauf aufbauend muss analysiert werden, welche relevanten hochproduktiven Bestandsunternehmen Berlin im jeweiligen Zukunftsfeld vorzuweisen hat und welche gezielt angeworben werden müssen. **Das Augenmerk liegt dabei auf Industrieunternehmen, die hochwertige Produkte mit Know-how produzieren, denn arbeitsintensive Branchen mit geringer Wertschöpfung hat Berlin bereits ausreichend.**



Eine Zukunftsbranche mit enormem Potential ist die Gesundheitswirtschaft. Mehr als 20.000 Unternehmen in Berlin erwirtschaften etwa 30 Mrd. Euro Umsatz. Mit über 130 Kliniken, unter ihnen die international renommierte Charité, rund 40 wissenschaftlichen Einrichtungen mit Life-Science-Bezug, darunter die Helmholtz-, Leibniz- und Max-Planck-Institute, 34 Pharmaunternehmen, eins davon ist die Bayer Pharma AG aus Wedding, 332 Medizintechnik- und 255 Biotechnologiefirmen ist die Gesundheitswirtschaft in Berlin traditionell schon sehr gut aufgestellt. Über 50 Start-ups sind in den letzten Jahren im Bereich der digitalen Medizin gegründet worden. Für die Zukunft gilt es, diese gute Basis weiterzuentwickeln.<sup>128</sup> Dafür sind verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich, z. B. schnellere und bessere Zulassungsverfahren und öffentliche Fördermöglichkeiten. Auch der UVB-Chef sieht noch Entwicklungspotential:

” *Unsere Gelehrten sind gut darin, Dinge zu entdecken und zu entwickeln. Beim nächsten Schritt, daraus neue Produkte und Anwendungen zu machen, gibt es noch Luft nach oben. Gerade in der Gesundheitswirtschaft ist vieles möglich. Wenn Berlin hier vorankommt, kann es auch von der Neuordnung der Lieferketten profitieren. Die Pharmaindustrie etwa organisiert ihre Produktions- und Lieferverbände nach Corona neu, um widerstandsfähiger gegen Krisen zu werden. Fertigung wird nach Europa verlagert. Warum sollte nicht auch die Hauptstadtregion den Zuschlag für neue Werke bekommen?“<sup>129</sup>*

**CHRISTIAN AMSINCK** Hauptgeschäftsführer  
der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)

Im Bereich von Forschung und Entwicklung ist der Schutz des geistigen Eigentums die Voraussetzung für die Entwicklung innovativer Produkte, um Erfindungen überhaupt erst möglich zu machen. Forderungen nach Zwangslizenzen, wie sie im Zuge der Diskussionen um die Impfungen gegen Sars-CoV-2 immer wieder zu hören waren, sind kontraproduktiv, wenn nicht gefährlich.



**Es gilt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und das Gesundheitswesen aktiv und nachhaltig zu gestalten.** Für eine Digitalisierungsstrategie der Berliner Krankenhauslandschaft ist ausreichendes Investitionskapital unabdingbar. Nach jahrelanger Unterfinanzierung muss das Land Berlin endlich seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen und für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen, die in eine Regelfinanzierung überführt werden muss.

Nicht nur die Gesundheitswirtschaft, auch IT-Bereiche, Infrastruktur oder Transportwesen, ja annähernd jede Branche erfährt gegenwärtig tiefgreifende Veränderungen. Diese Veränderungen gilt es, als Chance zu nutzen, um Berlin und seine Bevölkerung auf Jahrzehnte hin zukunftsfähig auszurichten. Damit dies gelingt, müssen die Unternehmen jedoch im Transformationsprozess unterstützt werden, **weshalb dieser „Blue Deal 2030“ im weiteren Verlauf konkrete Aufgaben für die Politik vorsieht.** Statt Unternehmen aus Berlin zu vergraulen, müssen bestehende Industriebetriebe Anreize erhalten, damit sie ihre Produktion in Berlin erhalten und bestenfalls ausweiten. Diese reichen von einem exzellenten Zugang zu Fachkräften über eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung und eine optimale Verkehrsanbindung bis hin zu einer Kapitalversorgung zur Finanzierung von Unternehmenswachstum.

Weitere hochproduktive Technologiebranchen, auf die Berlin bauen sollte, sind die Luft- und Raumfahrttechnik, Mobilität (autonomes vernetztes Fahren), Halbleiter- und Chipindustrie, Robotik, Künstliche Intelligenz (KI), 3D-Druck sowie IT-Bereiche, darunter Quantencomputer. Sie werden nicht nur gut bezahlte Arbeitsplätze sichern, sondern auch als Multiplikator andere Branchen in die Stadt ziehen, seien es Zulieferer oder unternehmensorientierte Dienstleister. Gerade für die Dienstleistungsbranche besteht mit der Reindustrialisierung die Chance, sich produktiver aufzustellen, denn die Industrie braucht Partner im **Dienstleistungssektor. Der Fokus wird sich insbesondere auf die Bereiche Informations-, Kommunikations- und Unternehmensdienstleistungen richten und Berlin mithilfe dieser neuen Dienstleistungswirtschaft zu einer Innovations- und Industriemetropole verhelfen.**

Diese Umstrukturierung geht über die bisherigen Konzepte von Wirtschaftssenatorin Pop (Grüne) nicht nur hinaus, sondern wird wirtschaftspolitisch auch erfolgreich sein. Daneben sollte auch die bisherige Clusterförderung erweitert werden. Diese begnügt sich nämlich bisher damit, Unterneh-



men verwandter Branchen eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Eine neue Stufe der Clusterförderung wäre es, wenn Projekte taktisch und gezielt, z. B. in Form von Projektkonsortien, gemanagt werden.<sup>130</sup>

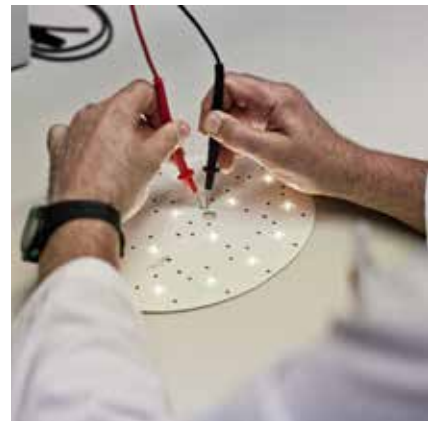
### ***Bestandspflege mit Leidenschaft und Unternehmergeist***

Neben dem energischen Werben um Neuansiedlungen ist die Bestandspflege ein absolutes Muss. Die bisherige Berliner Industriestruktur zeichnet sich durch eine große Anzahl kleinerer Unternehmen und einiger Großkonzerne aus, deren Firmenzentrale außerhalb der Hauptstadt sitzt. Letztere schätzen Berlin aufgrund seiner Wissenschaftsstandorte, vor allem für die Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungszentren. Das ist per se gut, doch sollte die Produktion der hier entwickelten innovativen Produkte und Dienstleistungen durch eine gute Vernetzung von Forschung und Produktion zukünftig auch in Berlin selbst stattfinden. Hier gilt es, das Potential auszuloten und die Unternehmen von den Vorteilen einer Produktion in Berlin zu überzeugen. **Diese Überzeugungsarbeit muss allerdings auch mit Taten untermauert werden, sei es, dass die neue Produktionsstätte eine hervorragende Verkehrsanbindung benötigt oder aber Denkmalpflegeaspekte wie im Falle von Siemensstadt 2.0 zweitrangig sind.**



Ein enger Kontakt zu den Unternehmen Berlins und unternehmerischer Geist müssen das neue Leitbild des Wirtschaftsressorts sein. **Beispiel Osram Licht AG:** Das einst in Berlin 1919 gegründete Unternehmen ist heute ein weltweit agierendes Unternehmen mit Sitz in München. Von den etwa 27.000 Beschäftigten sind in Berlin rund 600 im Spandauer Werk damit beschäftigt, Speziallampen für die Filmbranche und Handyhersteller sowie Xenon-Lampen für Autoscheinwerfer herzustellen. Segmente, deren Absatzmärkte stetig schrumpfen.<sup>131</sup>

Seit dem Ende der klassischen Glühbirne positioniert sich Osram zunehmend als Hightech-Photonik-Unternehmen, doch hat sich dies noch nicht in einem Engagement in Berlin niedergeschlagen. Vielmehr hat Osram seine neue LED-Chipfabrik in Malaysia gebaut. 2020 fertiggestellt, produzieren dort 1.500 Fachkräfte modernste 6-Zoll-Wafer LED-Chips für Displays, Auto-Interieurs, Büros und Geschäfte. Recherchiert man nach den Gründen für die Standortwahl, wird man auf den Firmenseiten schnell fündig. Dort heißt es: „Kulim ist der perfekte Standortplatz für das neue Werk mit hervorragenden Produktionsbedingungen, qualifiziertem Personal und exzellenter Infrastruktur.“<sup>132</sup> Exzellente Infrastruktur heißt für Osram in Malaysia direkte Nachbarschaft zum jungen Gewerbegebiet „Kulim Hi-Tech Park“, Flughafenanbindung und Autobahn vor der Haustür.<sup>133</sup>



**LED Fertigung**

Das Wachstum des LED-Segments wird jährlich um bis zu sieben Prozent prognostiziert. Ein Grund mehr, weshalb eine solche Hightech-Fabrik in Berlin entstehen müsste. Doch dazu sind ein enger und guter Kontakt zu den Berliner Unternehmen und eine strategische Zielsetzung eine Grundvoraussetzung. Vorausschauend und proaktiv handeln ist das Gebot der Stunde, anstatt erst aktiv zu werden, wenn es schon brennt. Als Ende 2017 in der Presse bekannt wurde, dass die Ledvance GmbH - eine Ausgründung von Osram - ihr Werk mit 220 Beschäftigten in Berlin schließen will, gab die Wirtschaftssenatorin (Grüne) darauf angesprochen in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses zu:

” Wir haben erst den Kontakt aufgenommen, nachdem öffentlich bekannt wurde – offensichtlich durch ein Leak aus dem Unternehmen selbst –, dass die Schließung des Werkes beabsichtigt ist. Das Unternehmen selbst hat zu uns bislang keinen Kontakt gesucht.“<sup>134</sup>

**RAMONA POP** *Wirtschaftssenatorin (Grüne)*

---

Eine solche Mentalität ist für eine kluge Wirtschaftspolitik absolut schädlich. Deshalb plädieren wir für **eine Politik mit leidenschaftlichem und strategischem Unternehmergeist.**

### Unser Leitbild: Soziale Marktwirtschaft



**Christian Buchholz, MDA**

*Sprecher für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe*

Wenn wir davon sprechen, dass wir die Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard (1897-1977) wiederbeleben wollen, dann haben wir auch deren Väter Walter Eucken (1891-1950) und Alfred Müller-Armack (1901-1978) im Blick. Walter Eucken prägte den Ordoliberalismus mit einem Vergleich aus dem Sport. Dabei sind die Wirtschaftsunternehmen die Mannschaften und der Staat ist der Schiedsrichter. Der Staat macht die Regeln und setzt sie durch, greift aber nicht ins Spiel ein, solange die Regeln eingehalten werden. Alfred Müller-Armack entwickelte das Konzept weiter und erfand den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“, indem er dem Ordoliberalismus die sozialen Elemente und Regeln „Wettbewerbswirtschaft und soziale Korrektur unerwünschter Ergebnisse des Wettbewerbs“ hinzufügte. Der Wirtschaftswissenschaftler, ehemalige Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard setzte schließlich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft konsequent um und begründete darauf den Wirtschaftsaufschwung der jungen Bundesrepublik Deutschland.

#### **DIE KERNELEMENTE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT SIND:**

---

- *Wettbewerb*
- *Freie Preisbildung für Güter und Leistungen am Markt*
- *Privateigentum an Produktionsmitteln*
- *Gewinnstreben als Leistungsanreiz*
- *Stabiler Geldwert (Inflation und Deflation verhindern)*
- *Eine konvertierbare Währung, freie Wechselkurse*
- *Offener Markt*
- *Vertragsfreiheit*
- *Ökonomisches Handeln ist mit dem Haftungsprinzip verbunden*
- *Konstante Wirtschaftspolitik für langfristiges wirtschaftliches Handeln (Risiken)*
- *Konjunkturpolitik und das Abfedern von schweren Krisen*

Auch wenn andere Parteien wie die CDU den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ hin und wieder in den Mund nehmen, so zeigt allein ihr jüngster Antrag (18/3385), wohin die Reise mit ihnen gehen würde. Denn darin setzt sich die CDU für einen „Großen Sprung nach vorn“ ein, dem verheerendsten Projekt im China Mao Tse-tungs, das eine einzelne Industrie nach vorne bringen sollte, aber alle anderen Zweige der Wirtschaft zerstörte und eine wirtschaftliche Katastrophe auslöste. Deshalb gilt: Nur mit der AfD kann die Soziale Marktwirtschaft wieder vollends zum Tragen kommen und Wohlstand für alle generieren.

### **DIE INSTRUMENTE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT SIND:**

---

- *Mitbestimmungsgesetz*
- *Paritätische Besetzung der Aufsichtsräte*
- *Arbeitgeberbeteiligung an Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung*
- *Tarifverträge / Tarifautonomie*
- *Maßnahmen / Weiterbildungen für Arbeitssuchende (SG I +II)*

### **Gezielte KMU-Politik**

Eine solche Industriepolitik hat auch die Bestandspflege der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Blick. Sie profitieren bisher noch nicht so gut von den Technologiegebern der Stadt wie die Großkonzerne. Deshalb sollten ihnen Angebote im Rahmen eines One-Stop-Shops bereitgestellt werden, die auf ihre besonderen Bedingungen zugeschnitten sind. **Oftmals haben sie nicht die Zeit und Ressourcen, um sich im Dickicht öffentlicher Förderprogramme zurechtzufinden oder den richtigen Kooperationspartner in Wissenschaft und Forschung ausfindig zu machen.** Auch die Digitalisierung ihrer Geschäfts- und Produktionsprozesse oder die Qualifizierung der Beschäftigten stellt sie vor ganz andere Herausforderungen, als dies große Unternehmen leisten können. Hier sollte eine zentrale Stelle Abhilfe schaffen. Großes, bisher noch wenig genutztes Potential steckt auch in der Zusammenarbeit von KMU und Start-ups. Wenn diese Synergien verstärkt geschaffen werden, entsteht eine Win-win-Situation für alle Beteiligten.<sup>135</sup>

**Eine gute Wirtschaftspolitik für Berlin hat die besonderen Bedingungen des Mittelstands im Blick.** Diese Mittelstandspolitik berücksichtigt unter anderem ihre wichtige Ausbilderrolle als auch die vermehrt anstehende Frage der Unternehmensnachfolge. Eines der dringenden Probleme, die Berliner KMU beschäftigt, ist die Frage der Flächenkonkurrenz. Die aktuelle Situation ist davon geprägt, dass die Flächen in der Innenstadt zurzeit nur für das Wohnen ausgewiesen sind. Eine gute Mischung zwischen produzierendem Gewerbe, Handel und Wohnen ist jedoch förderlich für Berlin und seine Einwohner. Deshalb muss die Verwaltung schneller und effizienter handeln, damit KMU bei der Standortkonkurrenz mithalten können. Wenn nötig, sind Flächen anders auszuweisen, Vermieter und Mieter an einen Tisch zu bringen, damit auch kleine Unternehmen die Mieten der Innenstadt aufbringen können, oder andere kreative Lösungen zu finden, um das Gewerbe zu erhalten.

” *Aber die Mieten in der Innenstadt gehen durch die Decke und Gewerbemieter haben häufig befristete Verträge, der Milieuschutz mit seinem verankerten Vorkaufsrecht bezieht sich vor allem auf Wohnhäuser. Kieze mit der Mischung aus Wohnen und Handwerk müssen erhalten bleiben. Das Handwerk wird aus der City verdrängt. Deshalb brauchen wir kleine Einheiten für Handwerksbetriebe, damit unsere Kieze mit der gut funktionierenden Mischung aus Wohnen und Handwerk erhalten bleiben.*“<sup>136</sup>

**CAROLA ZARTH** Präsidentin der Handwerkskammer Berlin



### Unsere Position:

- Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben, Fehlentwicklungen einer ideologischen Klientelpolitik der letzten Jahre korrigieren und Wohlstand für alle schaffen. Die Grundvoraussetzungen hierfür sind der Schutz des Eigentums, die Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung und eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung. **Deshalb fordern wir eine Präzisierung des Artikels 23 der Berliner Landesverfassung und soweit möglich die Streichung des Absatzes 2, der eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässt.**
- Berlins Wirtschaft hat aufgrund ihrer Struktur mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Dienstleistungswirtschaft in besonderem Maße unter der Corona-Pandemie gelitten. Eine krisensichere Wirtschaft braucht jedoch einen starken industriellen Kern. **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Berlin von einer Dienstleistungsmetropole zur innovativen Industriemetropole umgebaut wird.**

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Deutsche, europäische und internationale hochproduktive **Industrieunternehmen in Berlin anzusiedeln** und gleichzeitig **Bestandsfirmen in der Hauptstadt zu halten**, muss die oberste Prämisse der gesamten Berliner Politik sein. Alle Ressorts müssen hierfür in enger Kooperation und mit unternehmerischem Geist an der Realisierung dieses übergeordneten Ziels arbeiten.
- Es muss eine **Taskforce** mit den nötigen Befugnissen eingerichtet werden, die verbindlich getroffene Ziele koordiniert, überwacht und evaluiert.

### *Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert weiter:*

- Das Augenmerk bei der Neuansiedlung und Bestandspflege muss auf Industrieunternehmen, die **hochwertige Produkte mit Know-how und hoher Wertschöpfung aus Zukunftsbranchen** produzieren, liegen.
- Das Mittel der **Clusterförderung** muss durch ein Management von Projekten auf eine effektivere Ebene gehoben werden.
- Die Rahmenbedingungen für Bestandsunternehmen müssen deutlich verbessert werden, sodass diese in Berlin bleiben oder bestenfalls ihre Produktion ausweiten. Hierzu gehört ein enger Kontakt zu den Unternehmen, **ein vorausschauendes, proaktives und unternehmerisches Handeln der Politik** und keine Mentalität, bei der erst gehandelt wird, wenn es schon brennt.
- Die große Zahl der KMU in Berlin müssen in ihren spezifischen Herausforderungen gezielt, z. B. im Rahmen eines **One-Stop-Shops** unterstützt werden, damit sie sich zukunftsicher aufstellen können. Bei der Frage der Flächenkonkurrenz in der Innenstadt muss das Gewerbe im Sinne einer guten Mischung von produzierendem Gewerbe, Handel und Wohnen bestmöglich - notfalls auch mit kreativen Lösungen - unterstützt werden.

### A.2 Investitionsoffensive

#### **Dringend Konjunktur ankurbeln**

Experten, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sind sich einig. Nachdem die Corona-Politik mit ihren Lockdowns und Arbeitsverboten die Berliner Wirtschaft ins Mark getroffen hat, braucht es zur Wiederbelebung neben einer klaren Öffnungsperspektive dringend **konjunkturfördernde Impulse**. Einer dieser Hebel, den die Politik nun dringend betätigen muss, sind **Investitionen**.

Nach Meinung von *Reiner Hoffmann*, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist in Deutschland in 2020 *... der Arbeitsmarkt vor dem Absturz bewahrt worden und die Hilfen haben stabilisierend gewirkt. Nun müssen wir massiv in die Modernisierung der Wirtschaft investieren. (...) Es wäre fatal, jetzt mit einer Sparpolitik den Haushalt wieder ausgleichen zu wollen.*<sup>137</sup> *Jan Eder*, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin: *... der Neustart wird kein Selbstläufer. Jetzt ist ein kluger Dreiklang aus Entlastung, Förderung und Investition notwendig.*<sup>138</sup>



---

” Umso wichtiger ist es nun, dass Unternehmen und die öffentliche Hand den Neustart nach dem Lockdown zu einer Investitionsoffensive nutzen.“<sup>139</sup>

**MARTIN GORNIG** *Forschungsdirektor für Industriepolitik und stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*

---

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hob in seinem Policy Paper schon 2018 hervor: *„Dass öffentliche Investitionen einen positiven gesamtwirtschaftlichen Effekt aufweisen, haben bereits zahlreiche Studien belegt.“*<sup>140</sup> Einer neuen Studie des DIW zufolge setzen öffentliche Investitionen *„Investitionsketten in Gang und regen die private Investitionstätigkeit so nachweislich und spürbar an. (...) Ein Euro öffentlicher Bruttoanlageinvestitionen generiert im Durchschnitt über alle Jahre und Zustände rund 1,5 Euro private Investitionen.“* Als Fazit erachtet die Studie besonders in Wirtschaftskrisen öffentliche Investitionen als *„ein außerordentlich gutes Stabilisierungsinstrument.“*<sup>141</sup>

Dem Senat fehlt es dabei auch nicht an möglichen Investitionsprojekten - ganz im Gegenteil. **Über Jahrzehnte** hat sich ein **Investitionsrückstand** angehäuft. Der gesamte Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Sektors ist allerdings weitgehend unbekannt. Er liegt nach unserer Schätzung bei ca. 35 Milliarden Euro. Bekannt ist lediglich, dass öffentliche Einrichtungen, Bezirksämter, Schulen, Straßen, Brücken, Polizei- und Feuerwehrgebäude und vieles mehr marode sind, teilweise einstürzen und dringend saniert werden müssen. Verantwortlich für diesen desolaten Zustand sind politische Fehlentscheidungen der Vorgängerregierungen.

Für eine nachvollziehbare und nach Prioritäten abzuarbeitende Investitionsoffensive bedarf es zuerst eines genauen Überblicks der tatsächlichen Situation. Erst danach ist eine Priorisierung möglich. Die Investitions- und Sanierungsmaßnahmen sind auf dieser Grundlage zu formulieren und nicht wie bisher unter Rot-Rot-Grün nach ideologischen Vorgaben.

Investitionen bringen langfristig Rendite, doch Berlins Bauinvestitionsquote lag bisher nur bei drei Prozent. Zum Vergleich: Andere Länder schaffen das Doppelte. In Berlin werden nicht genügend Straßen gebaut, der U-Bahn-Ausbau wird aus ideologischen Gründen vernachlässigt. Andere öffentliche Bauaufträge? Fehlanzeige. Allein in der Verkehrsinfrastruktur liegt der Investitionsstau bei 1,4 Milliarden Euro. Das Geld ist da, doch wenn der Senat nur ein Drittel der benötigten Summe investiert, muss man sich über bröckelnde Brücken wie die Rudolf-Wissell-Brücke, die Autobahnbrücke in Westend und gleichzeitig längste Brücke der Stadt, nicht wundern. Insgesamt sind etwa 100 der rund 830 Brücken der Stadt marode. Doch Rot-Rot-Grün zieht es vor, die Steuergelder im Gießkannenprinzip zu verteilen und ihrer Klientel zu geben.<sup>142</sup>

---

” *Kostenfreie Kitas sind schön und wichtig, aber dafür steht man ewig auf kaputten Straßen im Stau.*“

**ROBERT MOMBERG** *Chef des Bauindustrieverbands Ost*

---

Momberg beklagt: „*Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft.*“ und bezichtigt den Senat, den U-Bahn-Bau ideologisch abzulehnen, Projekte zu verschleppen und Berlin in eine autofreie Stadt umbauen zu wollen.<sup>143</sup>

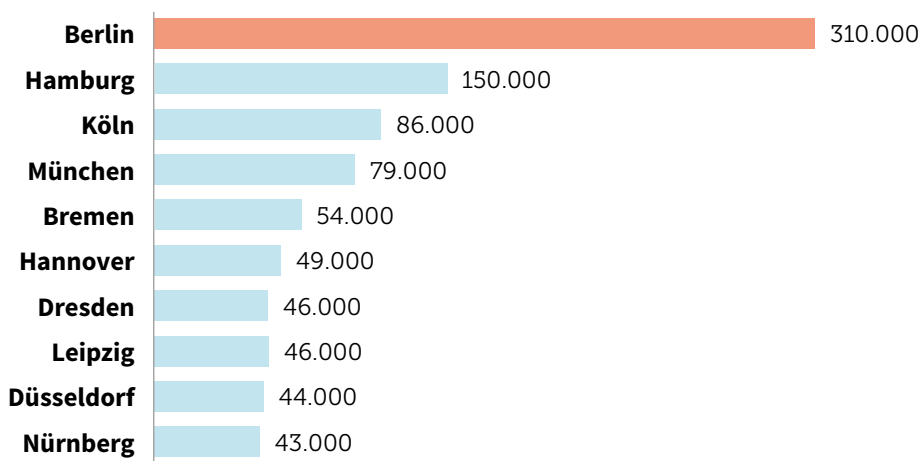
Unser detailliertes [Verkehrskonzept „Schnell, zuverlässig, sicher und fortschrittlich. 2019-2050“](#) hat zahlreiche, dringend nötige Investitionsprojekte aufgelistet. Aber auch in anderen Bereichen wie dem Wohnungsbau, der Stadtentwicklung oder in der Bildungspolitik gibt es unzählige Löcher, die geflickt werden



müssen. Ausführlich haben wir in unserem [Bildungskonzept „Zurück in die Zukunft“](#) und im [Konzept „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung 2020-2050“](#) klargemacht, wo und wie Defizite auszumergen sind. Allein auf dem Wohnungsmarkt fehlen in Berlin 310.000 bezahlbare Wohnungen, deutlich mehr als anderswo.

### Wo die Wohnungsnot groß ist<sup>144</sup>

So viele bezahlbare Wohnungen fehlen in... stand Jahr 2018



Quelle: Lebuhn u.a. 2018

Diesem drängenden Problem begegnet Rot-Rot-Grün jedoch nicht mit Wohnungsbau, sondern mit einem Kauf bestehender Wohnungen. Das Fatale: Dadurch entsteht keine einzige neue Wohnung.

” So ist es aus Sicht der Wirtschaft unverständlich, warum allein 100 Millionen Euro für den Ankaufsfonds geplant sind, der es Bezirken ermöglicht, im Rahmen des Vorkaufsrechts Wohnungen zu kaufen. Das hat nichts mit der Bewältigung der Corona-Krise zu tun und sehr viel mit Klientelpolitik. Wohnungsbau wäre konjunkturfördernd, Wohnungskauf ist es nicht.“<sup>145</sup>

**JAN EDER** Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin

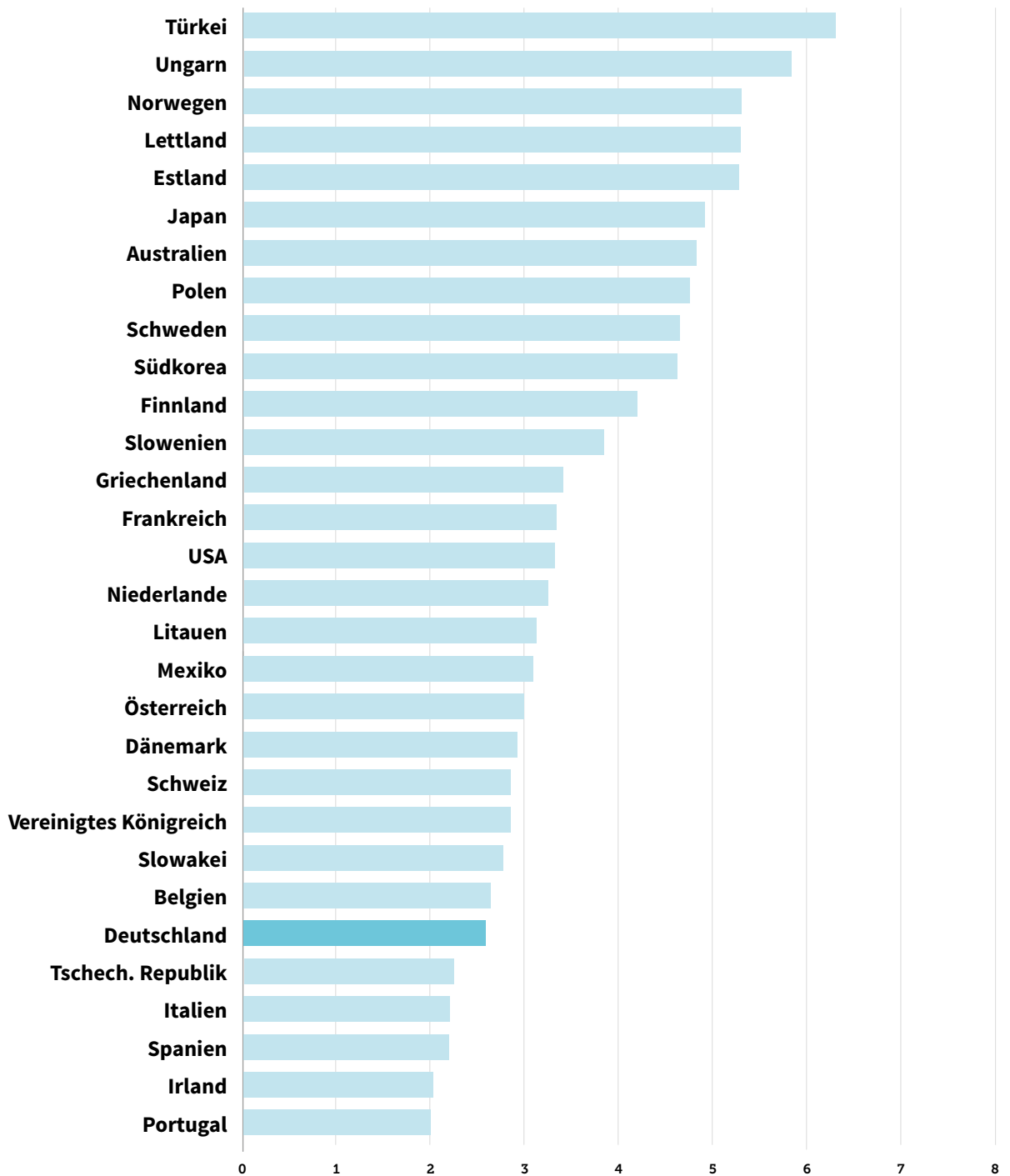
**Projekte und Investitionsmöglichkeiten gibt es also zur Genüge.** Der Industrieverband BDI und der Deutsche Gewerkschaftsverband mahnen schon seit Langem, dass Deutschland bundesweit einen enormen Investitionsbedarf in Bereichen wie Bildung, Digitalisierung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Straßen und dem öffentlichen Personennahverkehr hat und forderten schon vor der Corona-Krise eine bundesweite Investitionsoffensive in Höhe von 450 Milliarden Euro verteilt über die nächsten zehn Jahre.<sup>146</sup>



Im OECD-Vergleich erreichte Deutschland 2018 mit 2,4 Prozent des BIP öffentlicher Investitionen den sechstletzten Platz von 30 Staaten. Das sollte zu denken geben.<sup>147</sup>

### Öffentliche Investitionen im OECD-Vergleich<sup>148</sup>

Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Ländern im Jahr 2018



Quellen: IW Policy Paper 18.11.2019, Haver Analytics; Institut der deutschen Wirtschaft, Oxford Economics



**Investitionspolitik ist Zukunftspolitik.** Und genauso muss sie auch behandelt werden, nämlich als **Chefsache** und gerade in Wirtschaftskrisen als Stabilisierungsinstrument. Um das zu erkennen und umzusetzen, muss man sich nicht erst in der Welt wie z. B. in Singapur umschaun, wo staatliche Aufträge eingesetzt werden, um Wirtschaftsschwankungen aufzufangen. Es genügt, ideologischen Ballast abzuwerfen und Experten aus Wirtschaft und Industrie offen zuzuhören.

### Unsere Position:

Die so stark wie noch nie geschädigte Berliner Wirtschaft muss dringend wiederbelebt werden. Dazu braucht es konjunkturfördernde Impulse wie Investitionen der öffentlichen Hand. **Diese sind in dieser Wirtschaftskrise jedoch nicht zögerlich, sondern als Offensive zu realisieren.**

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- In Berlin hat sich über Jahrzehnte ein immenser Investitionsrückstand angehäuft. Der gesamte Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Sektors beläuft sich nach unserer Schätzung auf ca. 35 Milliarden Euro. **Die Politik muss mit dem Rückbau dieses Investitionsrückstaus sofort beginnen.**
- Für eine nachvollziehbare und nach Prioritäten abzuarbeitende Investitionsoffensive bedarf es zuerst eines genauen **Überblicks der tatsächlichen Situation**. Erst danach ist eine Priorisierung möglich. Die Investitions- und Sanierungsmaßnahmen sind auf dieser Grundlage zu formulieren und nicht wie bisher unter Rot-Rot-Grün nach ideologischen Vorgaben.
- Unsere detaillierten Konzepte für eine vernünftige Verkehrspolitik, eine exzellente Bildungspolitik und für den Bereich Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung haben **unzählige Investitionsprojekte identifiziert**. Diese gilt es, der Priorität entsprechend umzusetzen.



### A.3 Rückabwicklung von Hindernissen

Bei der Umsetzung der nötigen Investitionen geht es vorrangig nicht um zusätzliche Mittel, sondern um das sinnvolle Einsetzen der vorhandenen finanziellen Mittel. Was für Klientelpolitik und ideologische Agenda wie das nicht bedarfsorientierte, kostenlose Schulmittagessen, die ebenfalls nicht bedarfsorientierte gebührenfreie Nutzung von Bus und Bahn für Schüler oder die Umstellung der BVG-Busflotte auf Elektromobilität (bis zu drei Milliarden Euro bis 2030)<sup>149</sup> ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Auf einem anderen Blatt steht die Beseitigung des Umsetzungsrückstaus. Grund dafür sind oftmals hohe bürokratische Hürden und andere politisch herbeigeführte Belastungen der Wirtschaft.



Ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsverantwortung (2017) sagte die Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne): „*Ich sage euch, die Stadt wird auf dem Kopf stehen, wenn wir richtig damit anfangen - und das ist gut so.*“<sup>150</sup> Dieser gezielte Umbau der Stadt durch Rot-Rot-Grün hat mittlerweile einen immensen Schaden angerichtet. Denn ihre Politik ist wirtschaftsfeindlich, wie Berliner Unternehmen – ob groß oder klein – täglich erleben. **Damit Berlin überhaupt ein Restart gelingt, wollen wir all die wirtschaftsfeindlichen Gesetze der vergangenen Jahre und Hindernisse rückabwickeln.** Ganz im Sinne der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wollen wir Berlin aus dieser Krise nicht über Verstaatlichung, Gängelung, Behinderung und Einschränkung, sondern über die **Befreiung der Wirtschaft von unnötigen staatlichen Fesseln** führen.

” Wenn Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Metropolregion zunehmend als kritisch für die Entwicklung des Unternehmens einstufen, müssten in Politik und Verwaltung eigentlich die Alarmglocken läuten. Wenn sich dann auch noch die Konjunkturaussichten eintrüben, ist Handeln geboten. Die öffentlichen Investitionen müssen endlich auf den Weg gebracht, der Wohnungsbau beschleunigt und das Vergaberecht attraktiver gemacht werden. Vor allem jedoch braucht die Wirtschaft ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft seitens der Politik. Gedankenspielerereien zur Verstaatlichung von Privateigentum schaden dem Standort, und dass eine staatlich gelenkte Wirtschaft ökonomisch nicht funktioniert, dürfte die Vergangenheit hinreichend bewiesen haben.“<sup>151</sup>

**JAN EDER** Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin

### ***Vergabegesetz gehört in die Tonne***

IHK-Chef Eder mahnt immer wieder und nicht nur an dieser Stelle eines der großen Hindernisse von Rot-Rot-Grün an: **Das Berliner Vergabegesetz.** Denn das jährliche Auftragsvolumen des Landes Berlin und seiner Beteiligungsgesellschaften über Dienstleistungen und Produkte im Wert von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr<sup>152</sup> nutzt der Senat, um die Stadt in seinem Sinne umzubauen: divers, autofrei, unpraktikabel ökologisch. Somit regelt das Vergabegesetz, wer sich für öffentliche Aufträge bewerben darf und welche Auflagen erfüllt sein müssen. Das Bauunternehmen, das eine Schule sanieren oder eine Kita bauen will, beschäftigt naturgemäß hauptsächlich Männer, muss aber einen Frauenförderplan vorlegen. Umweltauflagen, der Nachweis über die Verwendung von Ökostrom und überzogene Mitbestimmungsfragen gegen Frauendiskriminierung vergraulen die Unternehmen zunehmend.



Wie weit entfernt Rot-Rot-Grün von den Interessen der Wirtschaft ist, wird auch an der Tatsache deutlich, dass die Koalition mitten in der Corona-Krise die Regeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge nochmals verschärft hat, anstatt sie rigoros zu lockern, um die Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen zu unterstützen. Kein Wunder, dass neun Verbände – darunter die Industrie- und Handelskammer, der Bauindustrieverband, der Verband der Digitalwirtschaft und die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg – Sturm liefen und dazu aufriefen, die Novelle des Gesetzes nicht zu verabschieden. Manja Schreiner, Chefin der Fachgemeinschaft Bau, kritisiert: *„Das bremst die Bauwirtschaft aus, die von der Krise bisher weniger betroffen ist als andere.“*<sup>153</sup> Die Unternehmen müssten ellenlange Angebote einreichen, 50 bis 120 Seiten, nur um einen öffentlichen Auftrag mit einem Volumen über 10.000 bis 20.000 Euro zu erhalten. Hinzu kämen die Vorgaben zur *„grünen Beschaffung“* und zum Schutz vor Frauendiskriminierung. Ein Tischlereibetrieb mit einem Meister und wenigen Gesellen hat keine Kapazitäten, dafür viele Tage am Schreibtisch zu sitzen.<sup>154</sup>

**Die Folge ist, dass sich immer weniger Unternehmen um Aufträge des Landes Berlin bewerben.** Die IHK Berlin hat ermittelt, dass sich sieben von zehn Unternehmen nicht mehr an öffentli-

chen Ausschreibungen beteiligen und durch das Antragsverfahren quälen. „Vor allem die vergabefremden Kriterien sowie nicht immer marktgerechte Preise machen Aufträge der öffentlichen Hand unattraktiv“, so der Bericht.<sup>155</sup> Das wiederum führt dazu, dass das Land Berlin kaum noch Unternehmen findet, die wichtige Projekte verwirklichen. Beispiel: Anfang 2019 machte der Umstand Schlagzeilen, dass Berlin kein einziges Unternehmen für den Bau von 27 Kitas fand.

---

” Wir stehen in Berlin vor einem riesigen Investitionsstau: Die Mittel sind da, kommen aber nicht auf die Straße.“<sup>156</sup>

**JAN EDER** Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin

---



Schulbau in Treptow-Köpenick

Eines der großen Investitionsvorhaben der Landesregierung ist die Schulbauoffensive, wo etwa elf Milliarden Euro bis 2026 verbaut werden sollen. Doch ausgerechnet regionale KMU werden bei der Auftragsvergabe benachteiligt. Die Handwerkskammer und die Fachgemeinschaft Bau beklagen die mittelstandsfeindliche Vergabepaxis der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und signalisierten, dass sich KMU häufiger bewerben würden, wenn die Bedingungen besser wären.<sup>157</sup>

Am Beispiel des Vergabegesetzes wird deutlich, wie **viele Probleme Berlins hausgemacht** sind. Der Senat könnte die Wirtschaft gerade jetzt in der Corona-Krise ankurbeln und stärken, indem er die zahlreichen, dringend nötigen Investitionen auf den Weg bringt. Mit einem Vergabegesetz aber, das die Unternehmen davor abschreckt, sich für öffentliche Aufträge zu bewerben, stellt sich Berlin selbst ein Bein. **Die einzige Lösung zum Wohle aller sehen wir deshalb in der kompletten Abschaffung von politisch herbeigeführten Belastungen wie dem Vergabegesetz.**

### **Nulltoleranz gegen Bürokratie**

Als wäre das Vergabegesetz nicht schon eine bürokratische Hürde genug, müssen sich die Unternehmen leider noch mit deutlich mehr Bürokratie herumschlagen. Denn Berlin schlägt andere Bundesländer zum Leidwesen der Wirtschaft auch in dieser Kategorie. Die Ergebnisse der bundesweiten Unternehmerumfrage des größten Unternehmerverbandes Deutschlands, des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), aus 2020/21 zeigen, dass gut 84 Prozent der Mittelständler die dringlichste Aufgabe der Politik im Bürokratieabbau sehen. Ganze 60 Prozent der Unternehmer leiden sogar unter der Bürokratie.<sup>158</sup>



Die zunehmende bürokratische Belastung des Mittelstands frisst Zeit und verursacht Kosten. Es entsteht ein enormer Arbeitsaufwand, der die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen behindert. In Berlin fehlen etwa 310.000 bezahlbare Wohnungen, doch wer sie bauen will, muss unzählige Vorschriften beachten. Seit 1990 haben sich diese deutschlandweit von 5.000 auf 20.000 vervierfacht. In Berlin muss sich der Bauwillige mit den baueindlichsten Regulierungen quälen, so die Erfahrungen des Bauindustrieverbandes Ost e. V. **Fast jeder zweite Unternehmensgründer sieht einer Commerzbank-Studie zufolge nicht die Konkurrenz als größte Herausforderung, sondern die Regulierungen.**<sup>159</sup>

Unser Ziel der Wohlstandsmaximierung für alle können wir nur erreichen, wenn wir die Wirkzusammenhänge umfassend aufdecken und die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Im Fall der Bürokratie kann dies nur **Nulltoleranz** bedeuten. Wir wollen deshalb eine Halbierung der Bürokratiebelastung mit einer einhergehenden Vereinfachung der Prozesse. So sollen z. B. kleine Unternehmen von aufwendigen Melde- und Berichtspflichten befreit werden, die Kassenbon-Pflicht muss abgeschafft und unbürokratische Lösungen für Gründer und Innovationen müssen umgesetzt werden. Sämtliche überflüssige Bürokratie muss über Bord geworfen werden, damit sich die Unternehmen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, der Handwerker sich also beim Kunden befindet und nicht am Schreibtisch sitzt. Um überflüssige Regularien zu identifizieren, sollte die Expertise der Wirtschaft zu Rate gezogen werden. Denn sie weiß besser, welche Vorschriften ihr am meisten zu schaffen machen und wie man effizienter arbeitet.



### **Berliner „Immobilitätsgesetz“**



Mitte 2018 beschloss Rot-Rot-Grün das „Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mobilitätsgewährleistung“, das sogenannte Mobilitätsgesetz, um die Hauptstadt autofrei umzugestalten. Auf den Senatsseiten lesen sich die Ziele so: „Erstmals hat mit dem Mobilitätsgesetz ein deutsches Bundesland den Vorrang des Umweltverbundes aus öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fuß- und Radverkehr festgeschrieben.“<sup>160</sup> Wie wirtschaftsfeindlich der Senat denkt, wird an den drei Themenbereichen des Gesetzes deutlich: Allgemeines, ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr. Der für die Lebensadern der Stadt wichtige Wirtschafts- und Lieferverkehr fehlte komplett und lässt das Gesetz zu einem „Immobilitätsgesetz“ werden. Denn der Wirtschaftsverkehr umfasst nicht nur den Warenverkehr für Supermärkte, Hotels, Unternehmen und Baustellen, sondern auch die Fahrten von Handwerkern, Pflegediensten, Paketdienstleistern und Stadtreinigungsunternehmen und im weiteren Sinne selbst den Pendlerverkehr.<sup>161</sup> So verwundert es nicht, dass zahlreiche Wirtschafts- und Branchenverbände der Stadt Sturm liefen.

Nach langwierigen Erörterungen legte der Senat Mitte 2020 schließlich Ergänzungen in Form von Eckpunkten für die Themen „Neue Mobilität“ und „Wirtschaftsverkehr“ vor. Und wieder sahen die Verbände ihre Forderungen für einen reibungslosen Wirtschaftsverkehr nur halbherzig umgesetzt und protestierten.<sup>162</sup> Sie übersandten eine gemeinsame Stellungnahme mit konstruktiven Vorschlägen, doch vom Senat kam nur Funkstille. Schließlich wurden im September 2020 Referententwürfe zur Änderung des Gesetzes vorgelegt. Doch erneut sahen sich die Verbände gezwungen, ihre Vorschläge zu wiederholen, da nicht alles berücksichtigt wurde.<sup>163</sup>

Es ist ein zähes Ringen der Berliner Wirtschaft um ihr Existenzrecht, um das reibungslose Funktionieren eines effizienten Wirtschaftsverkehrs, der die Stadt am Leben hält. Wir als AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sagen: Verkehrspolitiker und Stadtplaner müssen Lösungen finden, um die Erwartungen aller Beteiligten gleichermaßen zu erfüllen und die Standortattraktivität Berlins für Bewohner, Handel und Gewerbe sicherzustellen. **Deshalb lehnen wir das „Immobilitätsgesetz“ ab und plädieren für ein Mobilitätsgesetz, das seinen Namen verdient.**



### **Keine grundgesetzwidrige Politik**

Am 15. April 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel einstimmig für verfassungswidrig. Im Beschluss heißt es, dass der Mietendeckel „mit dem Grundgesetz unvereinbar und deshalb nichtig“ sei. Es war das zentrale Projekt des rot-rot-grünen Senats und zugleich eine Berliner Besonderheit, die Anfang 2020 in Kraft getreten war. Der Mietendeckel sollte dafür sorgen, dass die Mietpreise nicht weiter steigen und Geringverdiener leichter eine bezahlbare Wohnung finden.<sup>164</sup> Doch die Mietenabsenkung war nicht nur ein verfassungswidriger Eingriff in das Eigentum, sondern entfaltete auch eine negative Wirkung auf den Bau neuer Wohnungen. Im Laufe des letzten Jahres ist das Angebot an neu inserierten Mietwohnungen, auf die der Mietendeckel fällt, laut „Immoscout24“ um 30 Prozent gesunken, an Wohnungen um insgesamt 19 Prozent. Zum Vergleich: In anderen Großstädten Deutschlands verbesserte sich das Angebot um 11 bis 66 Prozent.<sup>165</sup>



„Es ist Fakt, dass das Vorgehen des Berliner Senats nicht die beabsichtigte Wirkung auf den Markt hatte. Das Angebot an freien Wohnungen ist nicht gestiegen, sondern gesunken.“<sup>166</sup>

**ROLF BUCH** Vorstandsvorsitzender des Immobilienkonzerns Vonovia

**Wir als AfD-Fraktion haben den Mietendeckel von Beginn an als grundgesetzwidrige und unsoziale Scheinlösung kategorisch abgelehnt.**

#### **Unsere Position:**

**Damit Berlin überhaupt ein Restart gelingt, wollen wir all die hinderlichen Gesetze und Hindernisse rückabwickeln.** Ganz im Sinne der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wollen wir Berlin aus dieser Krise nicht über Verstaatlichung, Gängelung, Behinderung und Einschränkung, sondern über die Befreiung der Wirtschaft von ihren staatlichen Fesseln führen. **Eine grundgesetzwidrige Politik, wie sie Rot-Rot-Grün betreibt, ist mit der AfD nicht zu machen.**

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Das gegenwärtige **Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz** ist wirtschaftsfeindlich und verhindert, dass sich eine Vielzahl von freien Anbietern an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Im Gegenteil: Der Senat hat zunehmend Schwierigkeiten, Unternehmen zu finden, die wichtige Projekte umsetzen. Die öffentliche Hand verliert damit ihre Möglichkeit, die Konjunktur gerade in der Krise zu beleben. Deshalb muss das Gesetz **komplett abgeschafft** werden.
- Die Wirtschaft sieht den Bürokratieabbau als dringendste Aufgabe der Politik. Umso mehr trifft dies auf Berlin zu, wo die Bürokratiebelastung deutlich höher ist als anderswo. Wir wollen deshalb eine **Nulltoleranz gegenüber Bürokratie** und eine Halbierung der gegenwärtigen Belastung.
- Wir lehnen das von Rot-Rot-Grün 2018 geschaffene, unternehmensfeindliche „Immobilitätsgesetz“ für eine autofreie Stadt ab und **plädieren stattdessen für ein Mobilitätsgesetz, das seinen Namen verdient.**
- Der **verfassungswidrige Mietendeckel** hat seine negativen Auswirkungen auf den Berliner Wohnungsmarkt bereits nach einem Jahr gezeigt. Das Angebot an neu inserierten Mietwohnungen ist zurückgegangen, Geringverdiener finden noch schwerer als vorher eine bezahlbare Wohnung. Wir wollen, dass die große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage schnellstens geschlossen wird. Dafür soll es sich wieder lohnen zu bauen, zu sanieren und zu modernisieren. Das Vergabegesetz, die Berliner Bürokratie und letztlich der Mietendeckel haben den Wohnungsbau verteuert und unattraktiv gemacht. Damit grundgesetzwidrige Experimente endlich zur Vergangenheit von Berlin gehören, darf Rot-Rot-Grün nicht noch einmal auf die Regierungsbank kommen.

### A.4 Produktivitätspotential im öffentlichen Sektor ausschöpfen

Mit dem Abbau der Bürokratiebelastung muss auch **eine deutlich spürbare Verbesserung der Verwaltungsleistung** einhergehen. Allen voran steht eine **Veränderung der Mentalität. Die Berliner Verwaltung muss sich als proaktiver, die Unternehmen und Bürger unterstützender Dienstleister verstehen.** Dazu gehört, dass sie die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen erhält. Unternehmergeist muss in die Verwaltung einziehen, klare Zuständigkeiten, sodass Vorhaben nicht von einer zur anderen Behörde hin und her geschoben werden, sowie effiziente und schlanke Strukturen. Die Verwaltung muss an einem Strang ziehen und sich verändern von einem Bleiklumpen hin zu einem Triebwerk, was die Prozesse beschleunigt, vereinfacht und unterstützt. Andere Städte haben diesen Mentalitätswechsel bereits vollzogen und fragen Investoren: „Was können wir für Euch tun?“<sup>167</sup>

#### **Vom Schnarchgang zum Formel-1-Rennwagen**

Stichwort **Effizienz**: Das Potential der Berliner Verwaltung ist hier besonders groß. Viele Unternehmen verzweifeln gerade an diesem Punkt. **Beispiel Bauwirtschaft: Mitten in der Corona-Krise, wo andere Länder und Städte die Wirtschaft mit allen erdenklichen Mitteln unterstützen, ändert Berlin seine Bauordnung mit nochmals längeren Fristen für Baugenehmigungen.** Im Vergleich zu Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt dauerte es in der Hauptstadt schon vor der Novellierung am längsten, so Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost. Ein anderes Beispiel ist die verkehrsrechtliche Anordnung, womit Baustellen abgeriegelt werden können. Die Abteilung für Verkehrsmanagement lässt sich bis zu zwei Jahre Zeit damit. Zeit, in der Unternehmen nicht bauen können, was Kosten und Stress erhöht.<sup>168</sup>



Es ist ein Unding, dass eine Baufirma bei einem öffentlichen Auftrag 40 Tage kein Geld bekommt, weil ein Sachbearbeiter des Bezirksamtes im Urlaub und sein Vertreter krank ist, wie die Presse zu berichten weiß. Das gleiche Unternehmen wartete ein Jahr lang auf die Genehmigung für ein Bauvorhaben. Grund war ein Zuständigkeitsgerangel zwischen Bau- und Grünflächenamt und Verkehrsbehörde, was dazu führte, dass die Firma ständig ihre Pläne

ändern sollte. Ein sinnloser Mehraufwand, da schließlich der erste Entwurf genehmigt wurde. „*Wir konnten überhaupt nicht planen*“, so der in der Presse zitierte Firmenchef. Um während der Wartezeit nicht untätig zu sein, entschied er, Material bereits auf die Baustelle zu bringen. Die Quittung kam prompt in Form einer Anzeige wegen nicht genehmigten Parkens des Lkws.<sup>169</sup> Enttäuscht berichtet er: „*Das hat mich bestimmt 1.000 Euro gekostet.*“<sup>170</sup>



Martin Gornig vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) untersuchte die Entwicklung Berlins seit 2008 und legte die Ergebnisse seiner Studie Ende 2019 vor. „*In der Verwaltung ist Berlin zurückgefallen*“, heißt es darin. **Im Vergleich mit 15 europäischen Hauptstädten arbeitet nur Roms Verwaltung noch schlechter.**<sup>171</sup>

Rot-Rot-Grün fehlt offenbar der Blick für die Zusammenhänge und Wechselwirkungen. Denn Verwaltung ist kein notwendiges Übel, mit dem Wirtschaft und Bürger drangsaliert werden sollen. **Nein, eine effizient und dienstleistungsorientiert arbeitende Verwaltung ist ein starker Standortfaktor.** Von ihm kann es abhängen, ob sich Unternehmen für oder gegen Berlin entscheiden. Wenn sich die Politik also zur Aufgabe gemacht hat, die Wirtschaft zu stärken und den Wohlstand aller zu maximieren, so liegt in der Verbesserung von Verwaltungshandeln eine wichtige Stellschraube.

Handwerkskammerchefin Carola Zarth hat eine Vision:

---

” ... *schnelles Verwaltungshandeln, damit das Handwerk da, wo es selbst in einer Pandemie funktioniert, ungehindert arbeiten kann.*“<sup>172</sup>

**CAROLA ZARTH** Präsidentin der Handwerkskammer Berlin

---

### ***Umfassende Verwaltungsreform für das Berlin des 21. Jahrhunderts***

**Typisch Berlin!** Ein Unternehmen kann schon mal fünf Jahre darauf warten, bis es sich ansiedeln darf, weil der Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet so lange braucht.<sup>173</sup> Damit ein neuer Zebrastreifen auf die Straße kommt, müssen sich sieben Verwaltungseinheiten in 18 Verfahrensschritten einigen. Dabei können drei Jahre ins Land gehen. Was Gastwirte bei der Außenbewirtung beachten müssen, ändert sich von Bezirk zu Bezirk.<sup>174</sup> Wenn eine Straße durch zwei Bezirke führt, muss ein Tiefbauer beim Verlegen eines Kabels auch schon mal zwei unterschiedliche Auslegungen derselben Rechtsvorschrift befolgen.<sup>175</sup>



Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der von den Grünen seit Jahrzehnten dominiert wird, setzt sich ein Baustadtrat der Grünen über Gesetze und Verordnungen hinweg, sodass mittlerweile die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt. Es geht um den Vorwurf der Steuergeldverschwendung bei seinen besonders intensiv betriebenen Immobilienkäufen durch das bezirkliche Vorkaufsrecht.<sup>176</sup> Der österreichische Investor Signa beabsichtigt, das Karstadt-Kaufhaus am Hermannplatz mit rund 450 Millionen Euro zu erneuern, doch besagter Baustadtrat verweigert sich dem Investor und ist nicht erreichbar.<sup>177</sup>

Anderer Investor, ähnliches wirtschaftsfeindliches Verhalten: Die Pro36 Area GmbH wollte ein Hotel mit 750 Betten und einer Shopping-Mall an der Skalitzer Straße bauen, doch der grüne Baustadtrat verhinderte es. Er wolle zudem eine „Hotelpräventionsstrategie“.<sup>178</sup>

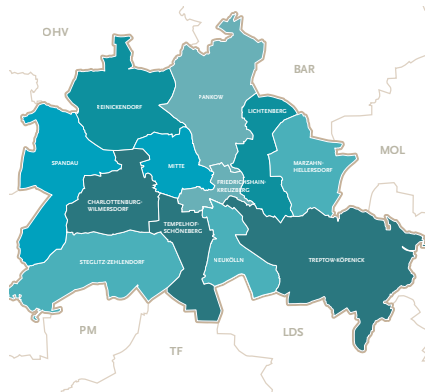


***„Kreuzbergrocks“ auf der Bergmannstraße<sup>180</sup>***

Willkommenskultur für Unternehmen und Industrie im grün regierten Friedrichshain-Kreuzberg? Fehlanzeige! Stattdessen stößt man auf Straßen, auf denen Felsbrocken oder Parklets für mehr als eine Million Euro Steuergeld<sup>179</sup> Autos behindern, weil Verkehr und Straßenlärm angeblich stören. Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt lehnt eine solche Behinderungspolitik kategorisch ab und stellte Anfang 2019 den Antrag, diese „Begegnungszonen“ ersatzlos abzuschaffen ([Drucksache 18/1632](#)).



Man betreibt vom normalen Bürger abgehobene und weltfremde Luxus- und Klientelpolitik. Es klingt wie eine Provinzposse, ist aber leider Realität in Berlin.



Einer der Gründe: **Berlin ist in zwölf Bezirke eingeteilt, deren Bezirksverwaltungen jeweils für sich entscheiden.** Dabei werden die Positionen der Stadträte nicht nach Kompetenz, sondern nach Parteienproporz und Vorlieben zugeschnitten und verteilt. Erschwerend kommt hinzu, dass oftmals unklar ist, ob der Senat oder die Bezirke für bestimmte Aufgaben federführend sind. Nicht selten werden Aufgaben doppelt ausgeführt, weil der Senat und die stark politisierten Bezirke sich gegenseitig behindern. So landet ein Bebauungsplan, den ein Bezirk bereits beschlossen hat, nochmals auf dem Prüftisch des Senats. Die Folge sind unnötige weitere Verzögerungen.<sup>181</sup>

Es ist offenbar, dass strukturelle Gründe mitverantwortlich dafür sind, dass die Berliner Verwaltung in ihrer bisherigen Form alles andere als effektiv und produktiv arbeitet.

**Berlin braucht eine Verwaltung mit einheitlichen Ansprechpartnern und Verfahren, mit klaren Hierarchien, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen,** bei der wichtige Projekte beim Senat angesiedelt sind und die effektiv und zügig ihre Kernaufgaben erfüllt. Um dies zu erreichen, hat die AfD-Fraktion in der Hauptstadt das Jubiläum „100 Jahre Groß-Berlin“ 2018 zum Anlass genommen, eine **umfassende Verwaltungsreform** zu fordern ([Antrag Drucksache 18/0806](#)). Ziel ist es, Berlin für das 21. Jahrhundert zu rüsten. Deshalb werden wir unseren Vorschlag einer Enquete-Kommission für eine umfassende Verwaltungsreform in der kommenden Legislaturperiode erneuern. Die interfraktionelle Kommission soll nach eingehender Analyse der Verwaltungen ähnlicher Städte wie Hamburg, Paris und London Empfehlungen erarbeiten, wie eine transparente, effiziente und effektive Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken institutionell neu gestaltet werden kann.<sup>182</sup>





### **Amtsstuben chronisch unterbesetzt und kaum digital**

Grund für die viel zu langen Genehmigungsverfahren sind nicht nur unnötige Gesetze und Verordnungen, unklare Zuständigkeiten, Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Bezirken und dem Senat sowie eine überkommene Mentalität, sondern auch eine chronische Personalnot in den Ämtern, die noch von den Sparjahren herrührt. **Der Landesrechnungshof** wirft seit Jahren einen kritischen Blick auf die Verwaltung. **Seine Präsidentin Karin Klingen hält dem Senat vor, dass er die Personalfrage und die Digitalisierung versäumt.** Denn der Personalmangel wird sich aufgrund einer Pensionierungswelle in den kommenden Jahren noch drastisch verschärfen, wenn die Politik nicht gegensteuert. Fast 30 Prozent der Beschäftigten gehen bis 2025 in Rente.<sup>183</sup>



Die unflexiblen personalrechtlichen Vorschriften und Verfahren der Sparjahre, das strenge Berliner Laufbahnrecht und die Bedeutung der Arbeitsplatzbeschreibung müssen schnellstens auf den Prüfstand. Es gilt, sie für **Wechsel- und Karrieremöglichkeiten** innerhalb der Verwaltung und für das Anwerben von neuem Personal attraktiv zu machen. Neben der Verbesserung dieser Rahmenbedingungen gibt es einen enormen Handlungsbedarf bei der **Digitalisierung**. Obwohl dieser schon vor Jahren identifiziert wurde und mit einem Masterplan zur Digitalisierung (2016) angegangen werden sollte, ist gerade in der Corona-Krise kaum etwas davon zu spüren. Fazit: Der Plan steht nur auf dem Papier, umgesetzt wurde er in vier Jahren nicht. Es fehlt heute genauso wie 2016 an IT-Infrastruktur und Ausstattung. Die Prozesse können nicht digital vereinfacht werden – Stichwort E-Akte – und Online-Dienste sind Zukunftsmusik.<sup>184</sup> **Die Schweden bekommen ihre Steuererklärung schon ausgefüllt aufs Handy.** Durchlesen, Häkchenbutton drücken, fertig, so geht digital und effizient anderswo.<sup>185</sup>

Mitten im Winter-Lockdown 2020/21, wo die Politik alle Arbeitgeber dazu aufrief, ihre Mitarbeiter wenn irgend möglich ins Homeoffice zu schicken und somit Kontakte zu reduzieren, musste das Personal der Berliner Verwaltung ins Büro marschieren. In Berlin sind nämlich **gerade einmal 12 Prozent der Mitarbeiter überhaupt in der Lage, an einem Computerarbeitsplatz in den eigenen vier Wänden zu arbeiten.**<sup>186</sup>

Bei der Digitalisierung sollte aber nicht nur an Endgeräte, Breitbandanschluss und IT-Infrastruktur gedacht werden. Vielmehr sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung vollends zur Effizienzsteigerung genutzt werden. In Zusammenarbeit mit Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann so, **ein Behördenportal für alle Verwaltungsvorgänge** entstehen, bei dem die Betonung auf *eins* und *nutzerfreundlich* liegt.

### ***Landeseigene Unternehmen – private Wirtschaft nicht behindern***

Das Land Berlin beteiligt sich zurzeit an **55 Unternehmen aus neun wesentlichen Branchen.**<sup>187</sup> Kennzeichnend für die landeseigenen Unternehmen sind oftmals ineffiziente Prozesse, eine aufgeblähte Verwaltung und geringe Wertschöpfung. So stiegen deren Schulden innerhalb von zehn Jahren um mehr als 50 Prozent.<sup>188</sup> Das Problem daran ist, anders als in der Privatwirtschaft, dass der Steuerzahler für dieses schlechte Wirtschaften zahlen muss und das Geld für wichtige Investitionen an anderer Stelle fehlt.



Rot-Rot-Grün behindert mit seiner Politik und den landeseigenen Unternehmen immer mehr die Entfaltung der freien Wirtschaft. Sei es, dass sie die Wohnungswirtschaft durch Gesetze behindert oder, wo das nicht ausreicht, mit unrentablen Geschäftsaktivitäten in die freie Wirtschaft eingreift. Eines dieser Beispiele ist der „Berlkönig“. Hier hat man zusätzlich zu den bekannten Transportmöglichkeiten wie Bahnen und Bussen eine Art Sammeltaxi zur Versorgung der Bevölkerung durch den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen. Anders als in Istanbul ist das Berliner Modell aber nicht in privater Hand von Kleinunternehmern. Auf diese Weise zerstört es das sich ohnehin schon unter massivem Druck befindliche Geschäft der Taxifahrer.

Berlin brachte es fertig, dieses geschäftsschädigende Wirken noch zu steigern, wie der Fall der **Wall AG zeigt**. Hier hatte der rot-rot-grüne Senat festgestellt, dass deren Geschäftskonzept, nämlich Stadtmöblierung durch Werbung gegenzufinanzieren, lukrativ ist. Anstatt das Unternehmen aber zu unterstützen, wurde der Wall AG die Geschäftsgrundlage entzogen, und das Land Berlin machte sich dieses Geschäftskonzept zu eigen.<sup>189</sup>

Anstatt anzuerkennen, dass die freie Wirtschaft effiziente und damit kostengünstige Lösungen produziert, wird die Berliner Privatwirtschaft vor allem durch die landeseigenen Gesellschaften immer weiter zurückgedrängt. Dementsprechend müssen zum Wohlergehen der Bevölkerung die Aktivitäten des Landes auf das absolute Mindestmaß zurückgefahren werden. „*So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig*“ ist der Lösungsansatz, den schon der einstige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller befolgte.<sup>190</sup>



**Nur dort, wo wirtschaftliche Lösungen zur Benachteiligung von Bürgern führen oder monopolistische Akteure wüten würden, gilt es, als Staat und damit Land Berlin einzugreifen.**

Dass diese Bereiche begrenzt sind, zeigen die Beispiele anderer Länder und Städte. Zu nennen sei hier der Betrieb des größten deutschen Flughafens in Frankfurt durch die Fraport AG oder das private Abfall- und Entsorgungsunternehmen Veolia S.A. In vielen Bereichen werden wesentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung durch private Unternehmen in ausgezeichneter Form angeboten. Eine Untersuchung bedeutender Privatisierungen in den Jahren 1961 bis 1990 ergab, dass die Unternehmen ihre Aufgaben nach dem Umbau produktiver und mit mehr Beschäftigten leisteten.<sup>191</sup> Dementsprechend muss bei allen landeseigenen Gesellschaften überprüft werden, ob ihre Dienstleistungen durch die private Wirtschaft erbracht werden sollten. Durch eine **weitgehende Privatisierung** würden sowohl günstigere Lösungen als bisher entstehen als auch Gelder in den Landeshaushalt der Stadt fließen. Kurzum, eine Win-win-Situation für alle Berliner.

**Wir wollen diesen ausufernden Sozialismus stoppen.**

### Unsere Position:

Berlin braucht eine **Verwaltung, die sich als proaktiver, die Unternehmen und Bürger unterstützen-der Dienstleister versteht** und dank eindeutiger Zuständigkeiten, ausreichender Ressourcen und schlanker Strukturen effizient handeln kann.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Berlin braucht eine **umfassende Verwaltungsreform**. Eine Enquete-Kommission soll hierfür Empfehlungen erarbeiten, wie eine transparente, effiziente und effektive Verwaltung institutionell neu gestaltet werden kann.
- Zur Steigerung der Effektivität der Berliner Verwaltung müssen die unflexiblen personalrechtlichen Vorschriften und Verfahren der Sparjahre, das strenge Berliner Laufbahnrecht und die Bedeutung der Arbeitsplatzbeschreibung auf den Prüfstand. Es gilt, sie für **Wechsel- und Karrieremöglichkeiten innerhalb der Verwaltung** und für das Anwerben von neuem Personal attraktiv zu machen.
- Die Verwaltung muss endlich **für das digitale Zeitalter fit gemacht werden**.
- Daneben braucht Berlin **ein einziges, vom Kunden aus gedachtes Behördenportal** für alle Verwaltungsvorgänge.
- Bei allen landeseigenen Gesellschaften muss überprüft werden, ob ihre Dienstleistungen durch die freie Wirtschaft erbracht werden sollten. Der Grundsatz muss sein, die **Aktivitäten des Landes auf das absolute Mindestmaß zurückzufahren**.

### A.5 Humankapital erhöhen und nutzen

#### **Resetknopf jetzt!**

Damit Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, IT-Technologien, Hirnforschung, Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt keine leeren Schlagwörter sind, sondern sich in innovativen Produkten „Made in Berlin“ niederschlagen, **braucht es hoch qualifizierte Köpfe**. Diese fallen weder vom Himmel, noch kann man junge Menschen plötzlich von Naturwissenschaften begeistern, wenn sie ihre kindliche Neugier in den Mühlen des miserablen Berliner Bildungssystems (siehe S. 45-57) verloren haben. Mit Mittelmaß haben die Forscher und Wissenschaftler des einstigen Berlins keine bahnbrechenden Entwicklungen in Gang gesetzt. Es waren immer unermüdlicher Eifer, Ehrgeiz, Fachwissen und Forscherdrang, die zum Ziel führten. Wie im Sport oder der Musik gilt auch in der Bildung: **Wer Berge erklimmen will, muss so früh wie möglich mit dem Training beginnen.**



**Deshalb steht am Anfang aller Bemühungen um eine florierende Wirtschaft und den Wohlstand für alle, das immense Bildungspotential der Berliner** - ob groß oder klein - vollends auszuschöpfen. Unsere Stadt braucht ab sofort eine Gesamtstrategie und Qualitätsexpansion in der Bildung. Wir wollen den **Neustartknopf** drücken und das Niveau in allen Bereichen deutlich anheben. Dafür brauchen wir eine **Wiedereinführung der Leistungskultur**. **Fachwissen** muss wieder einen hohen Stellenwert genießen. Maßstab müssen stets die besten Beispiele sein. Schließlich gilt: Wer auf Neuerungen nicht reagieren kann, bleibt auf der Strecke. Berlin soll sich als Ideenschmiede besonders in hochproduktiven Zukunftsbranchen verstehen. Das bisherige Motto „Dabei sein ist alles“ weckt keine Höchstleistungen und wird deshalb in die Mottenkiste verbannt. Die Corporate Identity, das Selbstverständnis des „Unternehmens Berlin“ muss ab sofort sein: **„Spitze sein ist geil“**.

---

” *Als Unternehmer braucht man eine Vision. Und man muss sich schnell mit guten Leuten umgeben. Und vor allem lernen. Ständiges Lernen ist die Geheimwaffe erfolgreicher Menschen.*“  
192

**JENSEN HUANG** Gründer und Chef des Chipentwicklers Nvidia

---



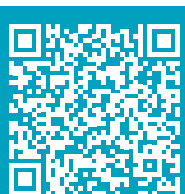


Genau an dieser Stelle setzt das [Bildungskonzept der AfD-Fraktion „Zurück in die Zukunft“](#) an. Auf 154 Seiten haben wir uns detailliert mit dem Verbesserungspotential auseinandergesetzt und konkrete Vorschläge und Forderungen formuliert. An dieser Stelle haben wir deshalb nur diejenigen Punkte in den Blick genommen, die mit zusätzlichen Ideen nochmals einen besonderen Schub im Sinne des „Blue Deal 2030“ geben.

Die im Herbst 2019 von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) um Hilfe gerufene Expertenkommission hat in ihrem Abschlussbericht im Oktober 2020 festgestellt, dass der Grund für Scheeres schlechte Noten darin liegt, dass sie statt einer zielgerichteten Strategie häufig nur Ad-hoc-Lösungen sucht, kaum Wert auf guten Unterricht legt, ineffizient ist und es an Zielvorgaben und Erfolgsmessungen fehlt.<sup>193</sup> Dem stimmen wir vollends zu, denn **kein Unternehmen kann in den blauen Dunst hinein und ohne ständige Soll-Ist-Analyse der Unternehmensziele existieren.**

### ***Transparenz schafft Wettbewerb und Qualität***

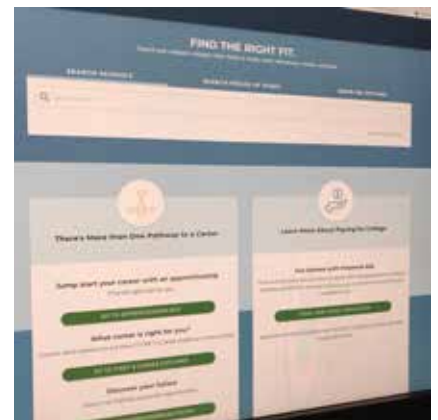
**Um den Leistungsschnitt auf das bayerische oder besser noch finnische Niveau anzuheben,** braucht es in erster Linie nicht mehr Geld (siehe S. 52). Denn in Finnland wird besserer Unterricht mit weniger Geld und bei schlechteren institutionellen Voraussetzungen gemacht.<sup>194</sup> **Es kommt darauf an, dass die Schulen für den Erfolg jedes einzelnen Schülers verantwortlich gemacht werden.** Voraussetzung hierfür ist mehr Wettbewerb zwischen den Schulen. Dafür braucht es **eine bessere Wahlmöglichkeit für Eltern und Schüler** mit einer Aufhebung des Wohnortprinzips. Parallel müssen die Schulen mit Blick auf ihre kurz-, mittel- und langfristigen Erfolgsquoten, die Lehrerqualifikation, das pädagogische Profil und besondere Schwerpunkte transparent sein. Wir fordern das Gegenteil ([AfD-Antrag, Drucksache 18/0774-1](#)) vom „Maulkorb-Erlass“ der amtierenden Bildungssenatorin (SPD): In einem Rundschreiben mahnte sie Lehrer, nicht mehr mit den negativen Berichten über ihre Schule an die Öffentlichkeit zu treten. **Der Unwille zur Transparenz** zieht sich in der Arbeit des SPD-geführten Bildungsressorts fort. Die Senatsverwaltung für Bildung will die Ergebnisse der VERA-Vergleichsarbeiten und die LMB-Quoten der Schulen verheimlichen. Die VERA-Ergebnisse fielen für Berlin erschreckend desaströs aus: Drei Viertel der Berliner Grundschüler erreichten die Mindeststandards beim Schreiben nicht oder nur knapp.<sup>195</sup>





Wer derzeit vor dem Problem steht, eine bessere Schule als die des Einzugsgebiets für den kleinen Schulanfänger zu suchen, sieht sich einem Dickicht aus verstreuten Informationen und zu wenig Transparenz gegenüber. Mit Webseiten oder einem Tag der offenen Tür versuchen manche Schulen, sich den Eltern bestens zu präsentieren. Eine magere Auflistung der Schulen gibt der Senat den Eltern an die Hand. Doch spätestens bei der Einschulung tritt dann Ernüchterung über den wirklichen Schulalltag ein.

Um **Wettbewerb und größtmögliche Transparenz** bei gleichzeitiger **Verantwortung der Schulen für den Erfolg** jedes einzelnen Schülers zu bieten, bedarf es einer **Internetplattform nach amerikanischem Vorbild**, auf der alle Berliner Eltern die Wunschschule für ihre Kinder ermitteln können. Alle öffentlichen und privaten Grund- und Sekundarschulen Berlins sind darin in einem Ranking mit ihren jeweiligen Ergebnissen und detaillierten Informationen verzeichnet. Hierzu zählen: ihre jährlichen Erfolgsquoten und Notendurchschnitte in einzelnen Fächern, Anzahl an Rückstellungen, die Ergebnisse der VERA-Vergleichsarbeiten der 3. und 8. Jahrgangsstufen, die LMB-Quoten, Anzahl der Gymnasialempfehlungen, die Quote der Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag und ohne Abschluss, die Lehrerqualifikation und Ausstattung, Informationen zum Einsatz von Mathematik-Fachlehrern und von Quereinsteigern nach Fach, das pädagogische Profil, Informationen zur Teilnahme an Schülerwettbewerben und Olympiaden, Kooperationen mit Schülerlaboren, Universitäten, Stiftungen, MINT-Initiativen und Ausbildungsunternehmen sowie die Anzahl vermittelter Praktika zur Berufsvorbereitung.



### ***Berufsorientierung: Der frühe Vogel fängt den Wurm***



Eine solche transparente Plattform schafft Wettbewerb und bringt Schulen dazu, sich mehr auf den Erfolg ihrer Schüler zu konzentrieren. Erst dann wird es für jede Schule wichtig sein, dass möglichst alle für den Übergang ins Berufsleben optimal vorbereitet sind. Heute ist das eine Seltenheit (siehe S. 49-51). Doch wenn transparent ist, wie viele Schulabgänger einer Schule keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnten, in wie vielen Fällen er vorzeitig aufgelöst wurde oder wie viele sogar ohne Abschluss die Schule verlassen haben, dann lenkt dies das Augenmerk der Verantwortlichen auf Unterrichtsqualität und frühzeitige feste Kooperationen mit Ausbildungsunternehmen. Anfragen der AfD-Fraktion in der Hauptstadt ergaben, dass dem Berliner Senat bisher jegliche Kenntnis über **Kooperationspartner der beruflichen Praxis** fehlt. Das wird sich ändern, wenn diese zentral auf der Plattform aufgelistet sind und Schulen so der Zugang zu Ansprechpartnern erleichtert wird. Gleichzeitig muss der Senat hier nachsteuern und verbindliche Vorgaben zu Kooperationen zwecks Berufsorientierung formulieren. Wir brauchen „**Co-Piloten**“ aus **Handwerk und Wirtschaft**, die den Lehrern im Unterricht schon in der Grundschule zur Seite stehen. Gerade im Corona-Jahr sind viele Schulabgänger hilflos (siehe S. 49-52). Sie haben oft keine Vorstellung über ihr Berufsziel, denn die Berufsorientierung kurz vor dem Schulabschluss fiel dieses Mal aus.<sup>196</sup> IHK-Präsidentin Dr. Beatrice Kramm dazu im Februar 2021: „*Wir kommen nicht an die Jugendlichen ran, das Thema Ausbildung erreicht sie nicht, und die Betriebe kommen nicht an neue Azubis.*“<sup>197</sup>

---

„*Leider bleiben immer mehr Stellen unbesetzt, weil es für Betriebe schwieriger wird, geeignete Bewerber zu finden. Das zentrale Problem sehen wir in der fehlenden Ausbildungsreife. Die Schulqualität muss endlich besser werden (...) Jungen und Mädchen brauchen daneben eine intensivere Berufsorientierung mit mehr Praxisbezug.*“<sup>198</sup>

**UNTERNEHMERVERBÄNDE BERLIN - BRANDENBURG (UVB)**

*Positionspapier zur Bildungsförderung, 2019*

---

Um allen Schülern die besten Chancen zu ermöglichen, müssen Schulabgängern und Schülern im letzten Schuljahr darüber hinaus **konkrete Vermittlungsvorschläge** vorgelegt und **Bewerbungscoachings** angeboten werden. Das gilt auch für **Gymnasiasten**, denen noch zu selten **Berufsorientierungskurse, Informationen zum dualen Studium oder zur dualen Ausbildung** zur Verfügung stehen,

da in Gymnasien kein Schulfach zur Berufsorientierung vorgesehen ist. Die hohe Abbrecherquote von Studienanfängern beweist jedoch, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht.<sup>199</sup>

### ***Wieso? Weshalb? Warum?*** ***MINT für unsere Zukunftschancen***

Um Talente zu fördern und das Ziel zu erreichen, **Berlin als Stadt der MINT-Fachkräfte zu entwickeln**, braucht es schon in der Grundschule eine gezielte MINT-Förderung. Denn Kinder zeigen bereits in diesem Alter einen ausgeprägten Entdeckergeist für ihre Umwelt. Nicht jedes Kind muss hochbegabt sein, um Spaß am naturwissenschaftlichen Forschen zu haben. Aber ein abwechslungsreicher, fächerübergreifender und praxisnaher MINT-Unterricht kann im Sinne einer Breitenförderung Interesse bei allen Kindern wecken, gleichzeitig Talente fördern und Karrierewege aufzeigen.



In Berlin setzen sich bereits etwa 80 Initiativen dafür ein, das Interesse an MINT-Fächern und MINT-Karrieren zu steigern, um dem Fachkräftemangel auf lange Sicht entgegenzuwirken. Dazu gehören Schülerlabore, MINT-Camps, Schülerforschungszentren, AGs, Mitmachprogramme von Werkstätten und Museen.<sup>200</sup> Trotz dieser unzähligen Angebote und Schülerlabore, von denen viele Kleinstädte nur träumen können, hat Berlin im Vergleich zu Bayern und Baden-Württemberg so wenig MINT-freundliche Schulen (siehe S. 56). Hier gilt es, die Kooperationen zu verstärken und über die neue Internetplattform sichtbar zu machen. Die bereits eingesetzten Quereinsteiger können – wo angebracht – intensiv weitergebildet werden und die Versorgung mit MINT-Lehrkräften unterstützen.

Moderne Medien (Notebooks, Tablets usw.) und spielerisches Programmieren von Robotern, Ozobots und Co. müssen Einzug in die Lehrpläne halten. **Deshalb fordern wir eine altersgerechte Informatik als Schulfach schon für Grundschüler.** Damit das geweckte Interesse sich in Zukunft auch in erfolgreichen Start-ups niederschlägt, sind Wirtschaftskennntnisse unverzichtbar. Folgerichtig müssen auch Wirtschaft und Ökonomie bereits in der Grundschule unterrichtet werden.



**Schülerwettbewerbe** sind ein weiterer wichtiger Baustein, um Leistungsfreude und Interesse an MINT-Fächern zu wecken. Selbst Kinder mit Lernproblemen können durch die intensive Beschäftigung mit einem Projekt Spaß an dem Thema entdecken. Erfolgserlebnisse spornen die Schüler an, sich auch nach dem Wettbewerb in dieses Gebiet zu vertiefen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass das Interesse mancher Lehrer, Schülerwettbewerbe in den Unterricht zu integrieren, stark begrenzt ist. Ein Anreiz zu mehr Engagement fehlt hier bislang. Diese Lücke füllt die **Internetplattform**. Die Leistungen der Schüler werden sichtbar, der Lehrer erfährt Anerkennung. Dies ist nicht zu unterschätzen, denn Lehrer werden weniger durch materielle Anreize motiviert als durch ein hohes Berufsethos und soziales Prestige.

### ***Auf die Lehrer kommt es an!***

Es sind die Lehrer, bei denen die neue Bildungsqualität beginnt. Denn wie die Hattie-Studie aufzeigt, hat die Qualität des Lehrers einen entscheidenden Einfluss auf die Schülerleistung.<sup>201</sup> Die Expertenkommission fordert deshalb auch eine Verbesserung der Lehramtsausbildung sowie bedarfsgerechte Fortbildung der Lehrkräfte.<sup>202</sup> Damit sich die Lehrer auf einen qualitativen Unterricht konzentrieren können, fordert die Bildungsgewerkschaft (GEW) eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrer.<sup>203</sup> Das unterstützen wir, denn 60 Prozent der Lehrer Deutschlands fühlen sich überfordert, unzufrieden und niedergeschlagen.<sup>204</sup> Nicht weniger als 1.400 Berliner Lehrer waren 2013 langzeiterkrankt, 2019 waren es rund 1.000.<sup>205</sup> Zudem fordern wir in unserem **Bildungskonzept** weitere Maßnahmen zur Lehrerqualität wie das Schüler-Feedback.



### **Kindern aus bildungsfernen Familien Chancen geben**

Ein weiterer wichtiger Faktor, der den Bildungsweg eines Kindes bestimmt, ist das Elternhaus. Umso wichtiger ist es, gerade auch Kindern aus bildungsfernen Familien eine Chance zu geben, dem Schicksal aus schlechter Bildung und Arbeitslosigkeit zu entkommen (siehe S. 48).

---



” Viele der Schülerinnen und Schüler, welche die Mindeststandards verfehlen, kommen aus der Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, die in Berlin am Ende der 4. Jahrgangsstufe bei 41,4% liegt.“<sup>206</sup>

**QUALITÄTSKOMMISSION ZUR SCHULQUALITÄT IN BERLIN**, Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin

---

Eine Lehrerin, die ihre erschütternden Erfahrungen an einer Berliner Brennpunktschule in einem Buch veröffentlicht, verweist darauf, dass in ihrer Klasse viele Kinder aus Problem-Familien mit unzureichenden Deutschkenntnissen stammten. Ein normaler Unterricht sei ihr nicht möglich gewesen:

---

” In der 5. Klasse unterrichtete ich auf dem Niveau einer Zweiten. (...) Schule gilt als uncool, wer gute Noten hat, bekommt Klassenkeile.“ Und den Eltern wirft sie vor: „Sie entziehen sich der Verantwortung, sagen "Sie Lehrerin, Sie doch machen.“<sup>207</sup>

**KLIER, SABINE** „Ich fi\*\*e dein Klassenbuch!“ 14.11.2020

---

Wir wollen, dass diese Kinder später nicht perspektivlos weil arbeitslos sind und schlimmstenfalls in die Kriminalität oder Radikalisierung abrutschen. Auch die an der Leistung ihrer Kinder nicht interessierten Eltern muss die Botschaft erreichen, dass Schulbildung wichtig ist. Schule und gute Noten müssen cool werden. Genau hier setzt unsere bereits im [Bildungskonzept](#) formulierte Forderung nach der **Schaffung von Prämien und Stipendien an, um gute schulische Leistungen zu belohnen.**<sup>208</sup>





Dass Rot-Rot-Grün Unmengen an Steuergeldern in vielen Bereichen sinnlos nach dem Gießkannenprinzip verteilt, hat dieser Businessplan an verschiedenen Stellen aufgezeigt. Wir wollen strategisch handeln und vorhandene Gelder so einsetzen, dass mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt werden. Anstatt 73,62 Millionen Euro in 2021 für das kostenlose Schulesen von 170.000 Grundschulern auszugeben, schlägt dieser „Blue Deal 2030“ vor, den Eltern der besten Kinder einer Klasse gemäß Lehrplan halbjährlich eine Bildungsprämie auszuzahlen. Laut Schulstatistik betrug die Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen Berlins in 2019/20 insgesamt 365.942.<sup>209</sup> Wenn pro Klasse á 28 Schüler die besten acht Kinder eine Prämie erhalten, dann erscheint das Erreichen dieses Ziels vielen machbar und motiviert sie. Je höher die Prämie, desto höher der Anreiz auch bei bildungsfernen Eltern, sich für gute schulische Leistungen ihrer Kinder einzusetzen. Werden bspw. pro Kind, dessen Zeugnis zu den acht besten der Klasse gehört, halbjährlich 200 Euro an die Eltern ausgezahlt, so kostet dies den Senat etwa 42 Millionen Euro jährlich, fast halb so viel wie das Grundschulwesen. An die Geldprämie sollten zusätzlich Gutscheine für außerschulische Bildungsangebote und MINT-Initiativen gekoppelt werden, um den Kindern weitere Lernfreude zu ermöglichen, die ihnen sonst möglicherweise vorenthalten bliebe. Diese können zusammen mit weiteren Gutscheinen für Freizeitangebote durch eine Kooperation mit privaten Unternehmen ähnlich denen für ehrenamtlich Tätige ausgegeben werden.



**Eine derart angelegte Prämie nimmt alle Bildungsschichten beim Mentalitätswechsel hin zur Leistungskultur mit und spricht Eltern genauso an wie Kinder.** Kinder motivieren sich und ziehen den Klassendurchschnitt hoch. Gleichzeitig erfahren selbst die Kleinsten in relativ kurzer Zeit die Früchte ihrer Anstrengungen und nicht erst in einer fernen Berufswelt.

### ***Bildungspotential der Akademiker endlich ausschöpfen***

Auch im **universitären Bereich** finden sich reichlich Potentiale, die noch nicht genutzt und damit verschwendet werden. Was sich im Ausland bewährt hat, muss auch an Berliner Universitäten umgesetzt werden. Gemeint ist die verstärkte Ausrichtung auf die Lehre und somit auf jene Studenten, deren Ziel nicht die Wissenschaft, sondern der Arbeitsmarkt ist. Eine Orientierung an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ist dabei unerlässlich,



um die **hohe Zahl der Studienabbrecher** endlich zu senken. Die privaten Hochschulen dienen hier als hervorragendes Beispiel, denn sie lassen die aktuellen Arbeitserfahrungen ihrer Alumni in die Qualitätskontrolle einfließen, indem sie in Hochschulräten und Kuratorien eingebunden werden. So erfahren die Unis die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer potentiellen Klientel. Auch wie die Privaten sich bemühen, ihren Studenten den Berufseinstieg zu erleichtern, sollte insbesondere zur Vernetzung mit Berliner Arbeitgebern übernommen und verstärkt werden.<sup>210</sup> Noch vor gar nicht allzu langer Zeit ließ die FU Berlin ihre Absolventen absolut desinteressiert allein bei ihrem Sprung in die Arbeitswelt. Ganz anders private Universitäten. Sie sind sehr am beruflichen Erfolg ihrer Absolventen interessiert.<sup>211</sup>

In unserem [Bildungskonzept](#) fordern wir, dass sich die Studenten durch **nachgelagerte Studiengebühren** an den Kosten ihres Studiums beteiligen. Um kein unwägbares Risiko durch die Aufnahme eines Studiums einzugehen, muss die Höhe der Rückzahlung von der Höhe des späteren Einkommens abhängig sein.<sup>212</sup> **Damit erhalten die öffentlichen Hochschulen zudem einen starken Anreiz, eine hochwertige Lehre anzubieten und sich um den bestmöglichen Einstieg ihrer Absolventen in den Arbeitsmarkt zu kümmern.**

Letztlich haben unsere Universitäten noch erhebliche Defizite, ihre wissenschaftliche Forschung in praktische Anwendungen zu übertragen. Besonders kleine und mittlere Unternehmen profitieren noch zu selten von dem Wissenspotential. Hier kann und muss die Politik nachhelfen, indem in den Hochschulverträgen auch Leistungsanforderungen an Zuschüsse gekoppelt werden, die diesem Zweck dienen. So sollten Hochschulen mehr Gelder erhalten, wenn sie Kooperationen mit KMU aufbauen. In den Vertrag könnten auch, analog zu den Forschungssemestern für Professoren, Transfersemester aufgenommen werden, in denen die Professoren ihr neues Wissen in relevante Wirtschaftsunternehmen einbringen.<sup>213</sup>

Eine weitere Möglichkeit, dem Fachkräftebedarf zu begegnen, ist ein **Ausbau des dualen Studiums**. Speziell für KMUs böte sich mit einer Verbundausbildung die Möglichkeit, davon zu profitieren. Im Februar 2020 legte die Landeskommission Duales Studium eine Roadmap vor. Nun ist die Politik am Zuge, diese Empfehlungen umzusetzen.



### **Elite-Uni für die oberste Liga**

Ein Vergleich der Berliner Universitäten mit Hochschulen aus aller Welt zeigt deutlich, dass **bei der Qualität von Lehre und Forschung deutlich Luft nach oben besteht**. Die besten 20 Universitäten der Welt stammen den QS World University Rankings™ zufolge aus den USA, Großbritannien, der Schweiz, Singapur und China. Deutschland taucht erstmals mit der Technischen Universität München auf Platz 50 und Berlin mit der Humboldt-Universität auf Platz 117 auf. Die Freie Universität und die Technische Universität schneiden mit den Plätzen 130 bzw. 148 noch schlechter ab.<sup>214</sup>

Die 2005/06 ins Leben gerufene Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder sollte dazu dienen, die Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen nachhaltig zu fördern. Auch wenn die Freie Universität, die Humboldt-Universität, die Technische Universität und die Charité – Universitätsmedizin Berlin im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert werden,<sup>215</sup> so haben sie immer noch nicht den Level erreicht, der im internationalen Wettbewerb möglich und dringend erforderlich wäre.

Wenn Berlin in naher Zukunft in der Weltklasse der Hightech-Zukunftstechnologien mit hoch qualifizierten Spezialisten und Fachkräften mithalten will, braucht es nicht nur eine exzellente Breitenförderung, sondern auch eine gezielte Förderung herausragender Talente. Auf akademischem Niveau leisten dies oftmals Elite-Universitäten mit ihren erfolgreichen Absolventen und Nobelpreisträgern. Neben einer besonders hohen Qualität der Lehre und Forschung zeichnen sie sich vor allem durch ihre Auswahl der besten Studenten aus aller Welt aus. Ein Abitur mit 1,0 oder ein abgeschlossenes Studium sind Grundvoraussetzung, um einen der wenigen Studienplätze zu bekommen. Im Gegenzug profitieren die Absolventen von hervorragend ausgestatteten Universitäten und deren Spitzenplatz in Lehre und Forschung und den daraus resultierenden besonders guten Verbindungen der Elite-Universitäten zur Wirtschaft und Arbeitswelt. Sie starten nicht nur mit den besten Chancen ins Berufsleben, sondern erhalten in vielen Fällen auch wichtige Positionen in großen Unternehmen.

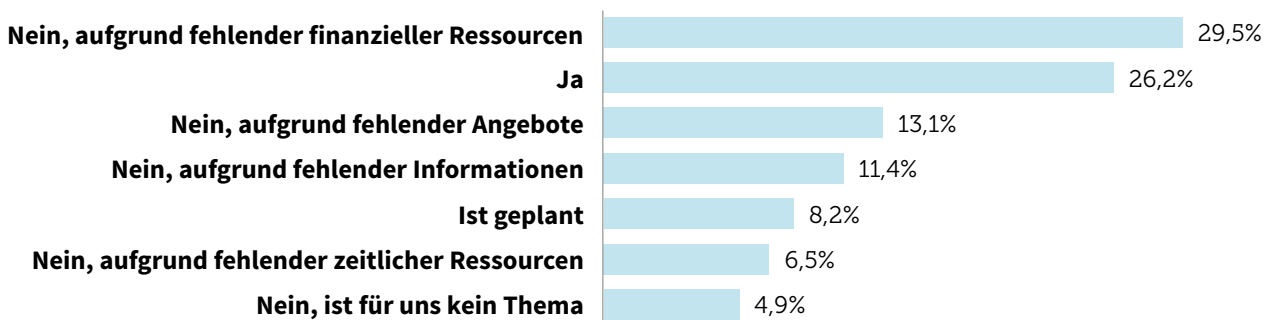
Wir sind davon überzeugt, Berlin kann mehr und wurde bisher deutlich unter Wert regiert. Nötig sind die richtigen Weichenstellungen. **Folgerichtig braucht auch und gerade Berlin eine Elite-Universität, die es mindestens unter die ersten 25 im internationalen Ranking schafft.**



### **Lebenslanges Lernen durch Weiterbildung nicht länger unterschätzen**

Wenn wir das Humankapital insgesamt steigern wollen, müssen wir alle Berliner mitnehmen. Weiterbildungen, egal in welchem Alter, sind dabei eine Grundvoraussetzung zur Erhaltung von Arbeitsplatz und Produktivität jedes Einzelnen, ihr Potential wird aber noch viel zu sehr verkannt. Das zeigt sich auch darin, dass sie nur selten tariflich vereinbart werden. Proaktiv im Sinne der Wirtschaft zu handeln, stand bisher nicht auf der Agenda von Rot-Rot-Grün. Und so kommen Weiterbildungen auch erst in Frage, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen und der Betroffene arbeitslos ist. **Den Anschluss dann wiederzuerlangen, ist dabei um ein Vielfaches schwerer.** Die Niederlande machen uns vor, wie es besser geht. Hier gibt es in fast allen Wirtschaftszweigen tariflich vereinbarte sektorale Aus-, Weiter- und Fortbildungsfonds. Finanziert werden sie mit bis zu drei Prozent des Gehalts.<sup>216</sup> Gäbe es solche Weiterbildungsfonds auch in Berlin, könnten fast ein Drittel der Corona-Kurzarbeiter ihre Zeit nutzen und sich zusätzlich bilden. Derzeit fehlt ihnen aber leider das Geld dazu, wie die IHK Berlin herausfand.<sup>217</sup>

### **Nutzen Sie während Kurzarbeit betriebliche Weiterbildungsangebote ?<sup>218</sup>**



Quelle: IHK Berlin

Nicht so weit, sondern nur über die Stadtgrenzen hinweg geschaut, tut sich ein weiteres positives Beispiel auf, von dem Berlin lernen sollte. Brandenburg hat ein Weiterbildungsgesetz, das Vorhaben im Bildungssektor strategisch ausrichtet und Zuständigkeiten festlegt.<sup>219</sup>

Anders als die Programme der Arbeitsagenturen, deren Wirksamkeit bezweifelt wird, sind die Weiterbildungsmaßnahmen der Berliner IHK und Handwerkskammer (HWK) erfolgreich. Umso wichtiger ist es, sie auszubauen.<sup>220</sup>

### Unsere Position:

Für eine florierende Wirtschaft und den Wohlstand aller braucht unsere Stadt eine **Gesamtstrategie und Qualitätsoffensive in der Bildung**. Wir wollen den Resetknopf drücken, das Bildungsniveau deutlich anheben und die Leistungskultur wieder einführen.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Berlins allgemeinbildende **Schulen brauchen Wettbewerb**, um ihre Unterrichtsqualität nachhaltig zu steigern. Nötig ist dafür eine bessere Wahlmöglichkeit für Eltern mit Aufhebung des Wohnortprinzips. Gleichzeitig braucht es eine **Internetplattform nach amerikanischem Vorbild** mit einem transparenten und detaillierten Ranking.
- Schulen müssen die Kinder **besser auf das Berufsleben vorbereiten**. Nötig sind frühzeitige feste Kooperationen mit Ausbildungsunternehmen und „Co-Piloten“ aus Handwerk und Wirtschaft, die den Lehrern im Unterricht schon in der Grundschule zur Seite stehen.
- Berlin soll ein **Leuchtturm bei der Beseitigung des MINT-Fachkräftemangels werden**. MINT-Förderung muss deshalb schon in der Grundschule beginnen, Kooperationen mit MINT-Initiativen und Schülerwettbewerb müssen verstärkt werden und ins Ranking einfließen.
- Wir brauchen **Informatik und Wirtschaft als Schulfach** in der Grundschule.
- Die Qualifikation der Lehrer und ihre Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden.
- Auch **Kinder aus bildungsfernen Familien müssen gefördert werden**. Ein besonderer Anreiz für diese Schüler und ihre Eltern kann eine halbjährliche **Bildungsprämie** zusammen mit **Gutscheinen für außerschulische Bildungsangebote** für die besten acht Zeugnisse einer Klasse sein.

*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert weiter:*

- Im universitären Bereich braucht es eine verstärkte, auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes orientierte Ausrichtung auf die Lehre. Die Expertise von erfolgreichen Absolventen wird zur Qualitätskontrolle genutzt, indem sie in Hochschulräten und Kuratorien eingebunden werden. Außerdem motivieren **nachgelagerte, an die Höhe des Einkommens angepasste Studiengebühren** die Hochschulen, ihre Lehre stetig zu verbessern und sich um den bestmöglichen Einstieg ihrer Absolventen in den Arbeitsmarkt zu kümmern. Um wissenschaftliche Forschung für die Wirtschaft nutzbar zu machen, müssen **Kooperationen insbesondere mit KMU** verstärkt werden. Diese Anforderung ist in die Hochschulverträge an Zuschüsse zu koppeln. Zudem ist ein **Ausbau des dualen Studiums** sinnvoll.
- Um für die besten Talente weltweit attraktiv zu sein und in der Weltklasse der Hightech-Zukunftstechnologien mit hoch qualifizierten Spezialisten und Fachkräften mithalten zu können, **braucht Berlin eine Elite-Universität**, die im internationalen Ranking zu den besten 25 gehört.
- Lebenslanges Lernen ist durch Weiterbildung deutlich zu stärken. Zu diesem Zweck muss das niederländische **Modell eines Fortbildungsfonds** auch in Berlin eingeführt werden. Zusätzlich braucht die Stadt analog zu Brandenburg ein Weiterbildungsgesetz mit einer Strategie und festen Zuständigkeiten. Die erfolgreichen Programme der IHK und HWK sind auszubauen.

### A.6 Sicherheit als Rahmenbedingung

*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

- Die Sicherheit Berlins ist essenziell und ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Bürger. Nur da, wo ein starker Staat sein Gewaltmonopol durchsetzt, ist es für die Wirtschaft lukrativ zu investieren. In Berlin haben die Untätigkeit und „Kuscheljustiz“ des Senats über viele Jahre hinweg jedoch sogar dazu geführt, dass sich gerade im Bereich der Clan-Kriminalität zum Teil rechtsfreie Räume entwickelt haben. Ein zwingender Schluss aus den vergangenen Versäumnissen ist eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber Gesetzesbrechern.
- Das erklärte Ziel muss die Herbeiführung einer positiven Trendwende sein. Dafür bedarf es mehr Personal bei Polizei, Justiz und Ordnungsamt sowie eine moderne Ausstattung.
- Auch strukturell müssen Änderungen vorgenommen werden. Insbesondere ist eine bessere behördenübergreifende Zusammenarbeit dringend nötig.
- Weitere Vorschläge haben wir als AfD-Fraktion in unserem Konzeptpapier „Organisierte Kriminalität - Schwerpunkt Clan-Kriminalität“ formuliert.





### A.7 Gemeinsame Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg nötig

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg ist mittlerweile wirtschaftlich so eng verflochten, dass die Entwicklung der Hauptstadt ohne Brandenburg nicht mehr vorstellbar ist und umgekehrt. Über 200.000 Menschen pendeln jeden Tag aus Brandenburg nach Berlin; in die andere Richtung sind es 84.000 Beschäftigte. Die gesamte Region einschließlich des weiteren Metropolraums könnte von den Vorteilen beider Bundesländer einen Entwicklungsschub bekommen, **wenn die Politik wichtige Weichenstellungen gemeinsam angehen würde**. Doch gerade daran fehlt es noch zu oft. Abstimmungen und Planungen trifft jedes Land zumeist für sich und nicht selten gegeneinander. Ein weitsichtiger Blick für die Region als Ganzes fehlt in vielen Bereichen.<sup>221</sup>

Bei den Bemühungen um eine Ansiedlung der Tesla-Milliardenfabrik hat Wirtschaftssenatorin Pop (Grüne) Brandenburg komplett unerwähnt gelassen. Brandenburg wiederum führt den Erfolg auf seinen Alleingang zurück.<sup>222</sup> Anstatt eine **gemeinsame Ansiedlungspolitik** zu betreiben, geschieht in vielen Fällen das Gegenteil. Barbro Dreher, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, bringt diese Haltung zum Ausdruck: „*Wir als Berliner Wirtschaftsverwaltung kümmern uns vornehmlich um die Ansiedlung von Gewerbe in Berlin*“.<sup>223</sup> Anlass für ihre Äußerung war ein Streit zwischen dem Landkreis Märkisch-Oderland und Berlin. Der Brandenburger Landkreis wollte gerne eine Schafweide für ein Industrieunternehmen umwidmen, doch Berlin als Grundstückseigner stellt sich quer.<sup>224</sup> Dabei könnten beide Länder gerade **in der Frage des Flächenpotentials voneinander profitieren**. Während Flächen für Gewerbe und Industrie in Berlin und seinem Speckgürtel immer knapper werden und sie aufgrund des Bevölkerungswachstums zunehmend der Wohnnutzung weichen müssen, hat Brandenburg im weiteren Metropolraum gerade davon ausreichend zu bieten. Bei einer gemeinsamen und grenzüberschreitenden Wirtschaftsförderung würden Win-win-Situationen entstehen mit **Wachstumschancen** für Berlin und weite Teile Brandenburgs, die ihren Niedergang befürchten.<sup>225</sup>

Die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg – unter Berücksichtigung aller Politikfelder (Infrastruktur, Wohnungsbau, Wirtschaftsentwicklung, Bildung, usw.) – ist der Schlüssel zum Erfolg, denn Berlin und Brandenburg enden längst nicht mehr an den gemeinsamen Grenzlinien. Die Wirtschafts- und Handelsströme suchen sich längst – an der

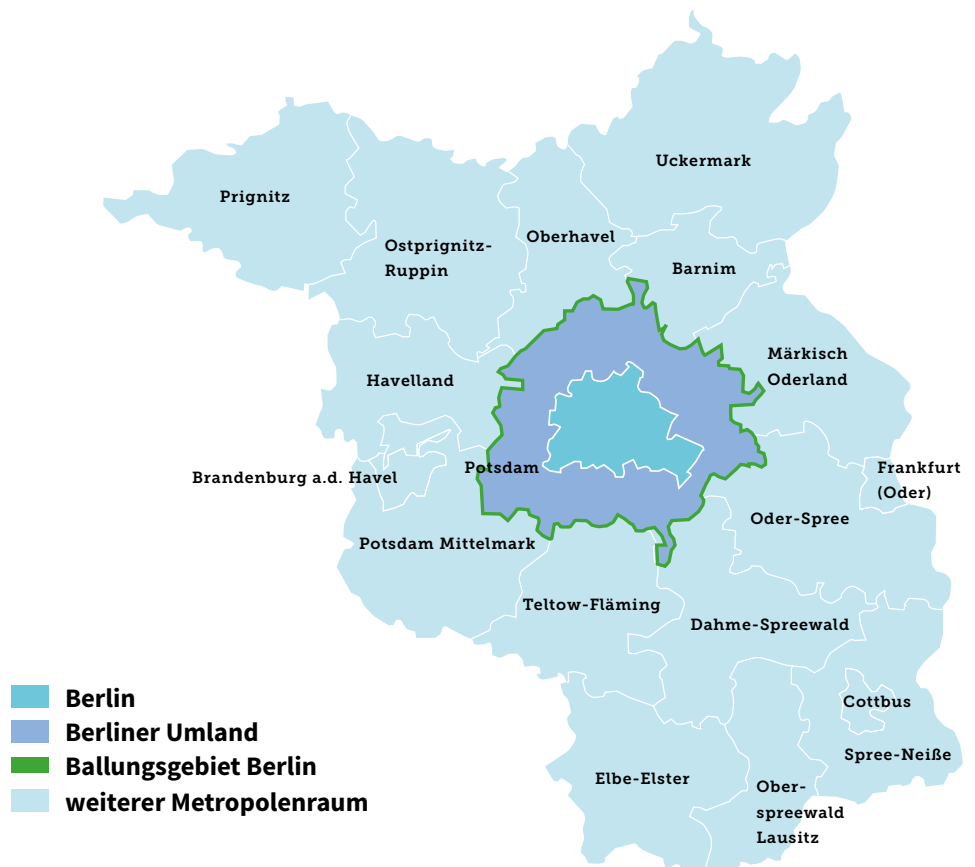


Berliner Politik vorbei – eigene Wege, weil das desaströse Staatsversagen der letzten Dekaden die notwendigen Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin vereitelt hat.

Zwar gibt es offizielle Bekundungen auf höchster Ebene beider Länder, z. B. in Form von Staatsverträgen oder sporadischen Zusammenschlüssen, doch auf den unteren operativen Ebenen, in Bezirken, Landkreisen und Kommunen, wo Projekte umgesetzt werden, fehlt es meist an gegenseitigem Interesse. **Es fehlen Institutionen, die für die gesamte Metropolregion politisch strategisch Konzepte entwickeln und kooperativ alle Interessen berücksichtigen.** Die Metropolregionen Hamburg und Frankfurt/Rhein-Main zeigen schon seit vielen Jahren, dass ein koordiniertes Handeln möglich ist. Dort hat man den politischen Willen in einen Vertrag gegossen und die Institution des Metropolenmanagements mit entsprechenden Ressourcen ins Leben gerufen. Ähnliches ist auch für die Region Berlin-Brandenburg dringend erforderlich.<sup>226</sup>

### ***Metropolregion Berlin-Brandenburg***<sup>227</sup>

---



Quelle: IHK Berlin Brandenburg

### Unsere Position:

Die AfD-Fraktion unterstützt das von der Berliner und Brandenburger Wirtschaft seit Langem geforderte „**Management für die Metropolregion**“, das möglichst alle Stakeholder einbezieht, die Region als Einheit begreift, dementsprechend Konzepte entwickelt und deren Umsetzung als Zukunftsaufgabe betrachtet.<sup>228</sup>

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Über die Einrichtung eines gemeinsamen **Metropolraummanagements** hinaus muss die **integrative Entwicklung der Region** als Querschnittsaufgabe bei allen Planungen berücksichtigt werden. So kann z. B. mit einer gemeinsamen und kooperativen Wohnungspolitik preiswerter und ausreichender Wohnraum entstehen.
- Der Wirtschaftsraum braucht eine **kooperative Industrie- und Ansiedlungsstrategie** mit gemeinsamen Investitionsfeldern. Beide Länder brauchen ein Gesamtkonzept für die Industriestandorte von morgen.
- Für eine zukunftstaugliche Wirtschaftsentwicklung in Schlüsseltechnologien müssen sich Berlin und Brandenburg gemeinsam und engagiert um **Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes** bemühen. Bisher bleibt dieses Potential noch weitgehend ungenutzt.<sup>229</sup>

*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert weiter:*

- Als elementare Voraussetzung braucht die Region ein **eng verflochtenes Verkehrssystem**. Die rot-rot-grüne Landesregierung muss unverzüglich mit ihrer bürger- und wirtschaftsfeindlichen Verkehrspolitik aufhören, die manche Straßen wie die Bundesstraße 158<sup>230</sup> und den ÖPNV an die Belastungsgrenze und zum Kollaps führt. Ein Blick auf die Stadtautobahn oder der Versuch, von Zehlendorf nach Berlin-Buch zu fahren genügen, um zu wissen, dass der Autoverkehr in vielen Teilen der Stadt zum Erliegen gekommen ist. Stattdessen braucht die Metropolregion einen **Ausbau von Straßen, einen eng getakteten, aufeinander abgestimmten ÖPNV**, der durch neue und zweigleisige Schienenverbindungen bis in äußere ländliche Regionen reicht. Das Ziel muss sein, den Weg vom ruhigen Heim oder dem neuen Hightech-Industriestandort in Brandenburger Landschaft bis zum Zentrum Berlins im WLAN-fähigen Regionalzug in nur einer halben Stunde zurückzulegen, anstatt wie heute dank Verspätungen, defekter Züge, Schienenersatzverkehr, schlechter Schieneninfrastruktur, Taktung und Abstimmungen drei Stunden und mehr.

### A.8 Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern

Junge Menschen sehen sich zusehends mit der Situation konfrontiert, dass ein „entweder-oder“ ihr Leben bestimmt. Eine Vereinbarkeit von Ausbildung, Karriere und Familie ist kaum möglich. Diese Tatsache ist nicht neu und liegt mitunter darin begründet, dass die finanziellen Möglichkeiten eines berufstätigen Familienmitglieds allein meistens nicht ausreichen, um einen gehobenen Lebensstandard zu erreichen. So verwundert es nicht, dass sich viele junge, oftmals qualifizierte Menschen gegen eine Familie und für eine Karriere entscheiden. **Die Ursache des Problems liegt in der Armut begründet, in viel zu hohen Steuern, Abgaben, Abzügen, indirekten Steuern und Gebühren.**



#### Unsere Position:

Wir als AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin lehnen dies ab, denn die Konsequenzen dieses Staatsverhaltens sind katastrophal. Die Kinderlosenquote ist gerade bei gut ausgebildeten Fachkräften hoch und führt auf lange Sicht zu einem schleichenden Tod der Gesellschaft.<sup>231</sup> Kurz- und mittelfristig schadet es der Wirtschaft, denn die Binnennachfrage und der Konsum schwinden. Der Import von kaum gebildeten, kulturfremden Menschen stellt keine Lösung dar.

Vielmehr wird der Fachkräftemangel auf lange Sicht reduziert, wenn in bildungsnahe Familien mit Erwerbsbiografie mehr Kinder hineingeboren werden. Selbst eine höhere Kinderzahl in vermögenden Familien führt auf Sicht von Generationen zu einer größeren Verteilung des Wohlstandes und wirkt damit einer immer größeren Vermögenskonzentration bei Einzelnen über Generationen entgegen.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Wir fordern ein komplettes und kategorisches Umdenken dahin, **dass Familiengründung nicht zu Armut, sondern zu mehr Wohlstand und Anerkennung führt.**
- Die Geburtenrate ist in Europa nirgends höher als in Frankreich. Sie liegt bei etwa 2 Kindern pro Frau, während Deutschlands Frauen etwa 1,5 Kindern auf die Welt bringen. Um auch hier **stärkere Anreize zur Familiengründung** im Sinne einer familienfreundlichen Politik zu geben, schlagen wir ein Familiensplitting nach dem französischen Modell, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages, vor.
- Jegliche Bildungskosten der Kinder müssen – wie bei Erwachsenen – in der Einkommenssteuerberechnung der Eltern Berücksichtigung finden. Ergänzend fordern wir die **vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben** im Allgemeinen und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz.
- Wir fordern, dass denjenigen, die ihr Abitur mit der Note 1 absolvieren und in ihrem Studium ebenso gut sind, unsere Anerkennung und Unterstützung gehört, z. B. durch eine **monatliche finanzielle Förderung ab einem Notendurchschnitt von 1,5 aufwärts**. So müssen sie sich neben ihrem Studium nicht mit Aushilfstätigkeiten ihr Brot verdienen. Diese Förderung kann auf ausgewählte Fächer wie MINT begrenzt werden.
- Sind unter ihnen Paare, die ein Kind erwarten, sollten sie **ausreichend großen Wohnraum** in Campusnähe erhalten. Gleiches gilt für eine unterstützende Kinderbetreuung, die ähnlich einer ambulanten Pflege auch zur Familie nach Hause kommt, damit die junge Mutter wenigstens ein paar Stunden am Tag für ihr Studium lernen kann.
- BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden. Gleichzeitig soll allen Studenten mit Kindern die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 4 Semestern verlängert werden.
- Wir fordern **weitere Entlastungen für Familien**. Überall dort, wo der Staat indirekte, intransparente Kosten eingebaut hat, ist anzusetzen.



### **B** INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

#### **B.1 Finanzplan überprüfen und entrümpeln**

Anfang Juni 2020 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin den Nachtragshaushalt 2020/21 und damit coronabedingt die Aufnahme von neuen Schulden in Höhe von bis zu sechs Milliarden Euro beschlossen. Mit **63 Milliarden Euro Verschuldung** nähert sich Berlin aber wieder der Spitzengruppe der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Hinzu kommt die **implizite Verschuldung (u.a. Pensionsverpflichtungen)** von rund 57 Milliarden Euro allein in 2019. Gleichzeitig sieht sich Berlin aufgrund der Corona-Krise dramatischen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen ausgesetzt. Allein im Doppelhaushalt 2020/2021 werden 4,7 Milliarden Euro weniger als geplant erwartet.<sup>232</sup>



#### *Unsere Position:*

In dieser Situation ist es umso wichtiger, die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen, welche Prioritäten gesetzt und für welche Projekte und Vorhaben die vorhandenen Steuergelder ausgegeben werden. **Klientelpolitik und Geldverschwendung sind für die Zukunft Berlins fehl am Platze.** Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass **Steuergeldverschwendung als Straftatbestand in die Strafgesetzgebung aufgenommen wird.** Ein entsprechender Antrag zur Erweiterung des Strafgesetzbuches um die „Haushaltsuntreue“ wurde von der AfD-Fraktion im Bundestag bereits eingebracht.

Eine sinnvolle Zukunftspolitik schafft einen Gleichklang aus nachhaltigen Investitionen und dem Kürzen ideologischer Vorhaben.

#### *Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

Wir fordern einen **Kassensturz**, bei dem sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Mit dieser Forderung sind wir nicht allein. Auch Rechnungshof-Präsidentin Karin Klingen verlangt eine deutliche Zäsur.<sup>233</sup>



*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert weiter:*

Sämtliche **überteuerten Ideologieprojekte müssen gestrichen werden**. Dies sind zum Beispiel die Umstellung der BVG-Busflotte auf leistungsschwache und überteuerte E-Busse (bis zu drei Milliarden Euro bis 2030) (**AfD-Antrag Drucksache 18/2701**), das „Solidarische Grundeinkommen“ (170 Mio. Euro), die Verstaatlichungen von Häusern über Vorkaufsrechte und teure Immobilienankäufe, Fördergelder für linke Vereine, das kostenlose Nahverkehrsticket für Landesbeschäftigte, das Schülerticket und Schulesen sowie die unkontrollierte Zuwanderung.<sup>234</sup>

Investitionen, die der „Blue Deal 2030“ identifiziert hat, weil sie zu Steuereinnahmen führen und Arbeitsplätze sichern, müssen dagegen umgehend angegangen werden.

### B.2 Investitionsbremse lösen

**Der miserable Umgang der Politik mit Unternehmen wie Hypoport, Amazon und Google**, die Bewerbung um die Auto-Leitmesse IAA (siehe S. 41-43) oder die Schließung des City-Airports Tegel sind nur die Spitze des Eisbergs, zeigen aber deutlich, mit welcher Abneigung sich Unternehmen in Berlin konfrontiert sehen. Wirtschaftsverbände, Kammern und die IG Metall finden für das Handeln des Senats klare Worte: „Kunde droht mit Auftrag“. Das sei die Prämisse der Berliner Behörden und Verwaltungen.<sup>235</sup>

Deutsche Erfinder können mit ausgeklügelten Technologien die Jobs von morgen sichern. Aber anders als früher sind sie heute mobil. **Wenn sich das Klima für sie nicht ändert, droht uns in den nächsten Jahren eine Abwanderungswelle mitsamt ihrem Know-how**, da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungsunterstützung und Geldgeber finden, die den Aufbau eines Unternehmens fördern. Deeptech-Gründer berichten nur allzu oft davon, dass sie von Behörden ausgebremst oder von oben herab behandelt werden. Öffentliche Auftraggeber betrachten Jungunternehmer mit Argwohn. Anders in Amerika: Dort werden junge Tech-Firmen mit milliardenschweren Staatsaufträgen unterstützt. Seit 1982 existiert dort das Innovationsprogramm SBIR, das Jungunternehmen über eine Art Start-up-Quote bei öffentlichen Aufträgen stärkt und Kapitalgebern Anreize für Investitionen gibt. Daneben gibt

es eine Reihe von Instrumenten, über die Zukunftsfirmen unabhängig von normalen Ausschreibungen an öffentliche Aufträge kommen. **Selbst das deutsche Beschaffungswesen kennt solche legalen Wege z. B. durch Investitionspartnerschaften, doch fehlt in den Amtsstuben bisher allzu oft die Einsicht, die Kenntnis und der Mut, diese Wege zu beschreiten.**<sup>236</sup>

### *Unsere Position:*

Anstatt sich wie bisher oftmals überheblich zu brüsten, sollte Berlin sich im Klaren darüber werden, dass es in einem **Konkurrenzkampf mit anderen hervorragenden Standorten im In- und Ausland steht**. Die Politik muss sich endlich auf eine ihrer Kernaufgaben konzentrieren, nämlich sich mit aller Kraft um Investitionen und Jobs zu kümmern. Jedes Unternehmen, das in der Hauptstadt bleibt, jede Firma, die sich neu ansiedelt und jedes Start-up bringt Arbeitsplätze und muss umworben und unterstützt werden. Debatten über die Enteignung von Unternehmen und Investoren bringen das Gegenteil, wir lehnen sie daher kategorisch ab.

### *Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

- Berlin braucht ab sofort eine Willkommenskultur für etablierte Unternehmen und wagemutige Gründer, die sich in Verwaltung und Stadtgesellschaft niederschlägt.
- Wie in anderen Metropolen üblich - selbst in Havanna/Kuba - braucht Berlin **eine einzige, dienstleistungsorientierte Behörde, ein Single-Window-System speziell für Unternehmen**, die von der Gewerbeanmeldung über Steuern bis zu Genehmigungen für ausländische Unternehmer alle Informationen und Formalitäten lenkt bzw. bereitstellt.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert weiter:

- Ein **umfangreiches Mentoringprogramm**, in dem ein Gründungs-, Umsiedlungs- oder Investitionswilliger in allen dafür erforderlichen Phasen von Anfang bis zum Ende betreut wird, ist nötig. In jedem Berliner Bezirk muss es zukünftig einen **Lotsendienst** geben, der die Gründungs-, Umsiedlungs- oder Investitionswilligen von der Entwicklung einer Idee bis hin zu einem Geschäftsmodell begleitet.
- Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte Anfang 2017 das Ziel formuliert, ein öffentlich zugängliches, flächendeckendes Gewerbeflächenkataster zur Verfügung zu stellen.<sup>237</sup> Investoren und Unternehmen erhalten über ein solches Kataster aktuelle Informationen über das zur Verfügung stehende gewerbliche Flächenpotenzial und können abschätzen, welche Fläche für ihr Projekt in Frage kommt. Wirtschaftssenatorin Pop versprach es für 2018.<sup>238</sup> Verwirklicht hat der Senat jedoch nur ein verwaltungsinternes sogenanntes Gewerbeflächeninformationssystem (GeFIS). Im Sinne einer neuen Wirtschaftsfreundlichkeit fordern wir, dass dieses **Gewerbeflächenkataster öffentlich zugänglich** wird.
- Die Verwaltung muss **Vertrauen in Jungunternehmer** setzen und sie mit öffentlichen Aufträgen unterstützen. Dafür sind geeignete Instrumente nach amerikanischem Vorbild zu installieren. Staatliche Förderungen müssen wesentlich schneller und unbürokratischer abgewickelt werden. Das bedeutet auch, dass Start-ups nicht wie bisher oftmals auf Fördergelder verzichten sollen, weil sie keine Kapazitäten haben, um sich mit Unmengen Papierkram zu beschäftigen.
- Das **Handwerk ist ein unverzichtbarer Teil der klein- und mittelständischen Wirtschaft**. Gleichzeitig wollen wir das berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem stärken. Dementsprechend fordern wir eine **Meistergründungsprämie** für all diejenigen, die voller Wagemut und Unternehmergeist das Handwerk aufrechterhalten. Selbstverständlich halten wir am **Meistertitel** fest und fordern zusätzlich die Abschaffung aller finanziellen Hürden.

### von Steuersenkung bis Sonderwirtschaftszone

#### **Wirtschaft entfesseln durch weniger Steuern**

Deutschland ist das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast.<sup>239</sup> Das bedeutet, dass Leistungsträger und Arbeitnehmer unverhältnismäßig hoch belastet werden. **Wir wollen eine zukunftsorientierte Steuerpolitik, eine Absenkung der zu hohen Steuer- und Abgabenlast.** Denn eine steigende Steuerlast gefährdet Wachstum und unsere Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb.

An der traditionellen Unternehmerumfrage des BVMW zum Jahreswechsel 2020/21 beteiligten sich 2.300 Firmen. Auf die Frage, welche wirtschaftspolitischen Aufgaben die Politik angehen sollte, sprachen sich mehr als 55 Prozent für eine Verringerung der Unternehmenssteuern und fast 42 Prozent für eine **Senkung der Sozialabgaben** aus. Nach Bürokratieabbau und Breitbandausbau brannten diese beiden Maßnahmen den Unternehmern am meisten unter den Nägeln.<sup>240</sup> Mario Ohoven, bis vor Kurzem noch Präsident des BVMW, forderte von der Politik wiederholt, die Wirtschaft zu entlasten.

” *Der Mittelstand muss deshalb rasch und nachhaltig entlastet werden, um auch international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür benötigen wir eine politische Reformagenda: weniger Steuern und Abgaben, mehr Flexibilität, zum Beispiel bei der Arbeitszeit (...) Mehr Abgaben bedeutet weniger Investitionen, und das kostet Arbeitsplätze.*“ <sup>241</sup>

**MARIO OHOVEN** ehemaliger Präsident des BVMW, 2020

**Auf Landesebene** können allerdings aufgrund der Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern nur einzelne Steuerarten beeinflusst werden. Wir fordern deshalb wenn nötig auch den Weg über den Bundesrat als letzte Instanz, um die Abgabenlast zu verringern.

### **Wo sehen wir konkreten und unverzüglichen Handlungsbedarf?**

- ← Um die sehr niedrige **Berliner Eigentumsquote von ca. 15 Prozent zu erhöhen**, muss die Grunderwerbsteuer für Erstkäufer von Immobilien zur Eigennutzung im Rahmen einmaliger Freibeträge entfallen. Gleichzeitig muss die Grunderwerbsteuer von derzeit 6 Prozent auf 3,5 Prozent abgesenkt werden.
- ← Die **Grundsteuer** soll **vollständig abgeschafft** werden, um alle Bürger zu entlasten. Denn die vom Bund beschlossene und an die Länder übertragene Neuberechnung der Grundsteuer löst das Problem der steuerlichen Ungerechtigkeit nicht.
- ← Die **Gewerbsteuer muss umstrukturiert werden**. Den Bezirken soll die Möglichkeit gegeben werden, eigene Einkünfte zu generieren. Wir fordern, dabei 30 Prozent der Gewerbesteuereinnahmen direkt den Bezirken zukommen zu lassen, um das bezirkliche Interesse an einer guten regionalen Wirtschaftsstruktur zu verstärken.
- ← Im Mai 2020 hat die AfD-Fraktion per Antrag im Abgeordnetenhaus gefordert, die **Berliner Übernachtungssteuer City-Tax abzuschaffen (Drucksache 18/2700)**, um den Berliner Tourismus zu fördern statt abzuwürgen. Gerade Hotellerie und Gastwirtschaft dürfen nicht durch zusätzliche Steuern belastet werden.
- ← Die **Erbschaftssteuer** muss zumindest für die Unternehmensnachfolge ersatzlos gestrichen werden, denn sie benachteiligt deutsche Unternehmen beim Generationenwechsel im internationalen Vergleich besonders stark. Die Reform des Erbschaftsteuerrechts im Jahr 2016 hat die Lage deutlich verschlechtert. Deutschland steht nun im Vergleich mit den 18 OECD-Staaten auf dem vorletzten bzw. letzten Platz (mit und ohne Vorwegabschlag).<sup>242</sup> Laut einer ifo-Umfrage im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen gaben 43 Prozent der befragten Familienunternehmen an, „dass sie ohne Verschonungsregelung beim Generationenübergang das Unternehmen oder Teile davon hätten verkaufen müssen. 66 Prozent schätzten, dass sie ohne Verschonung im Erbfall ihre Investitionen senken müssten, und 52 Prozent gingen davon aus, dass sie in dem Fall Arbeitsplätze abbauen müssten.“<sup>243</sup>





### **Wirtschaftsförderung durch Sonderwirtschaftszone (SWZ)**

Nicht nur Steuersenkungen sollten als probates Mittel einer Wirtschaftspolitik, deren oberste Prämisse eine florierende Wirtschaft ist, ins Auge gefasst werden. Gerade vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen nach der Corona-Krise ist es für Berlin besonders wichtig, auch neue Modelle in Betracht zu ziehen. Wir denken dabei zum Beispiel an das **starke Instrument der Sonderwirtschaftszone (SWZ)**, in der Unternehmen steuerliche und/oder bürokratische Erleichterungen genießen. Oftmals ist dies gerade für strukturschwache Regionen eine vielversprechende Möglichkeit, um wirtschaftlich aufzuholen. Singapur, Hongkong und Shanghai sind beste Beispiele dafür. Sie haben bestimmte Bereiche innerhalb des Stadtgebietes definiert und mit umfassenden Erleichterungen Unternehmen angelockt. Weltweit versuchen bereits 2.500 bis 5.300 Sonderfördergebiete, Unternehmensansiedlungen und Gründungen zu forcieren.<sup>244</sup> Selbst der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), Bertram Brossardt, forderte jüngst die Schaffung von „Innovationsregionen“, die Sonderwirtschaftszonen ähneln, um die Wirtschaft von den Corona-Folgen zu befreien.<sup>245</sup>

Trotz der Vorteile gibt es jedoch auch Kritik an diesem wirtschaftspolitischen Mittel. Diese befürchtet einen Deregulierungswettbewerb nach unten, wenn Unternehmen in die Sonderwirtschaftszone abwandern und damit regionale Ungleichgewichte entstehen. Weitere Kritikpunkte sehen Skeptiker darin, dass landesweite Reformen stagnieren oder Arbeitnehmerrechte unterdrückt werden könnten. Mitunter sind es diese Befürchtungen, weshalb Sonderwirtschaftszonen in Deutschland bisher keine zentrale Rolle gespielt haben.<sup>246</sup> Diese Punkte gilt es, durch eine **gezielte Ausgestaltung der Sonderwirtschaftszone** von vornherein zu unterbinden oder möglichst gering zu halten, denn SWZ sind keine starren Gebilde, sondern können individuell an regionale Bedingungen angepasst werden.<sup>247</sup> Sei es, sie auf spezifische Branchen zu beschränken oder verschiedene SWZ-Formen



**Singapur, Hongkong und auch Polen haben erfolgreiche Sonderwirtschaftszonen, die weltweit und in der EU als gelungene Modelle für die Ansiedlung von Unternehmen kopiert werden.**

bei **Steuervergünstigungen, Förderungen, Bürokratierleichterung und Planungsbeschleunigung** in Betracht zu ziehen.<sup>248</sup> Bei der Ausgestaltung setzt die Europäische Union rechtlich feste Grenzen. Das hat die europäischen Länder Polen, Litauen und Irland nicht davon abgehalten, dieses strukturpolitische Instrument zu nutzen.<sup>249</sup> Polen hat auf dieses Mittel in besonderem Maße gebaut und war mit seinen 14 Sonderwirtschaftszonen erfolgreich.<sup>250</sup>

### *Unsere Position:*

Wir als AfD-Fraktion stehen nicht für eine Politik, die von Ideologie getrieben ist, sondern für pragmatisches und wirtschaftsförderndes Handeln. Gerade für die anstehenden Herausforderungen nach Corona ist dies umso wichtiger. Das Credo muss lauten: entlasten, entlasten, entlasten und fördern, wo notwendig.

### *Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

- **Sofort umzusetzende Maßnahmen zur Entlastung von Unternehmen und Bürgern sind die Absenkung der Grunderwerbsteuer von derzeit sechs Prozent auf 3,5 Prozent, die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Immobilienerstkäufer bei Eigennutzung durch Freibeträge, die Abschaffung der Grundsteuer, die Umstrukturierung der Gewerbesteuer, die Abschaffung der City-Tax und die Abschaffung der Erbschaftsteuer im Falle einer Unternehmensnachfolge.**
- **Auch das Instrument einer Sonderwirtschaftszone für die Metropolregion Berlin-Brandenburg muss in politische Überlegungen miteinbezogen werden. Ob Berlin als Ganzes oder mit Brandenburg insgesamt oder teilweise mit in ein solches Sonderfördergebiet einbezogen werden soll, ist eine Frage, die in der nächsten Legislaturperiode von beiden Ländern gemeinsam entschieden werden muss.**

## B.4 Finanz- und Kapitalmarkt

In den letzten Jahren sind in Berlin zahlreiche Start-ups der Finanzdienstleistungsbranche entstanden. Damit befinden sich mittlerweile mehr Fintechs in der Hauptstadt als am Bankenstandort Frankfurt am Main.<sup>251</sup> Doch in anderen Bereichen des Finanz- und Kapitalmarkts hat Berlin noch deutlich Luft nach oben. So glänzt München als deutsche Hauptstadt der Aktiengesellschaften mit 97 börsengelisteden Unternehmen und 576 Milliarden Euro Marktkapitalisierung. Berlin hat dagegen mit nur 51 börsengelisteden Unternehmen und 110 Milliarden Euro Marktkapitalisierung noch reichlich Potential, das es auszubauen gilt. Selbst die Stuttgarter und Bonner AGs haben einen höheren Marktwert als die Berliner.<sup>252</sup> Schaut man über die Grenzen Deutschlands hinaus, dann steht Berlin noch schlechter da. So sind beispielsweise in Singapur über 700 Unternehmen mit einer Marktkapitalisierung von fast 650 Milliarden US-Dollar an der Börse gelistet.<sup>253</sup>



### Unsere Position:

Von der rot-rot-grünen Denkweise, „Alles, was mit Kapital und Finanzen zu tun hat, ist Teufelszeug.“ müssen wir endlich wegkommen hin zu einem positiven Image. Darum braucht es insbesondere in der Hauptstadt einen „Klimawandel“. Damit Berlin seinem Anspruch gerecht wird und seine Defizite im Kapital- und Finanzmarktbereich abbaut, sehen wir verschiedene Handlungsschritte als dringend notwendig. So ist die Anzahl an börsennotierten Unternehmen in Berlin noch stark ausbaufähig. Zur Verbesserung der Lage sollten vermehrt Anstrengungen unternommen werden, sodass Unternehmen über die Börse Investitionen in Wachstum und Innovationen finanzieren können und so zu einer florierenden Wirtschaft und mehr Arbeitsplätzen beitragen. Helfen kann eine **Entbürokratisierung des Börsengangs und der Börsennotierung**.<sup>254</sup> Auch auf Seiten der Beschäftigten gibt es noch reichlich Potential. So nutzen die Deutschen im Allgemeinen noch zu selten Aktien oder Aktienfondsanteile zur Vermögensbildung. **Mitarbeiteraktien** können hier helfen, einerseits Vorurteile und Berührungsängste abzubauen und andererseits den Wirtschaftsstandort Berlin zu stärken.<sup>255</sup>

*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

- Wegen der negativen Auswirkungen auf den Finanzstandort Deutschland sprechen wir uns gegen eine **Finanztransaktionssteuer** aus.
- Berlin muss in die **aktive Akquise von Finanzinstitutionen und Finanzdienstleistern** einsteigen, die aufgrund des Brexit London verlassen müssen und auf dem Kontinent ein neues europäisches Standbein suchen.

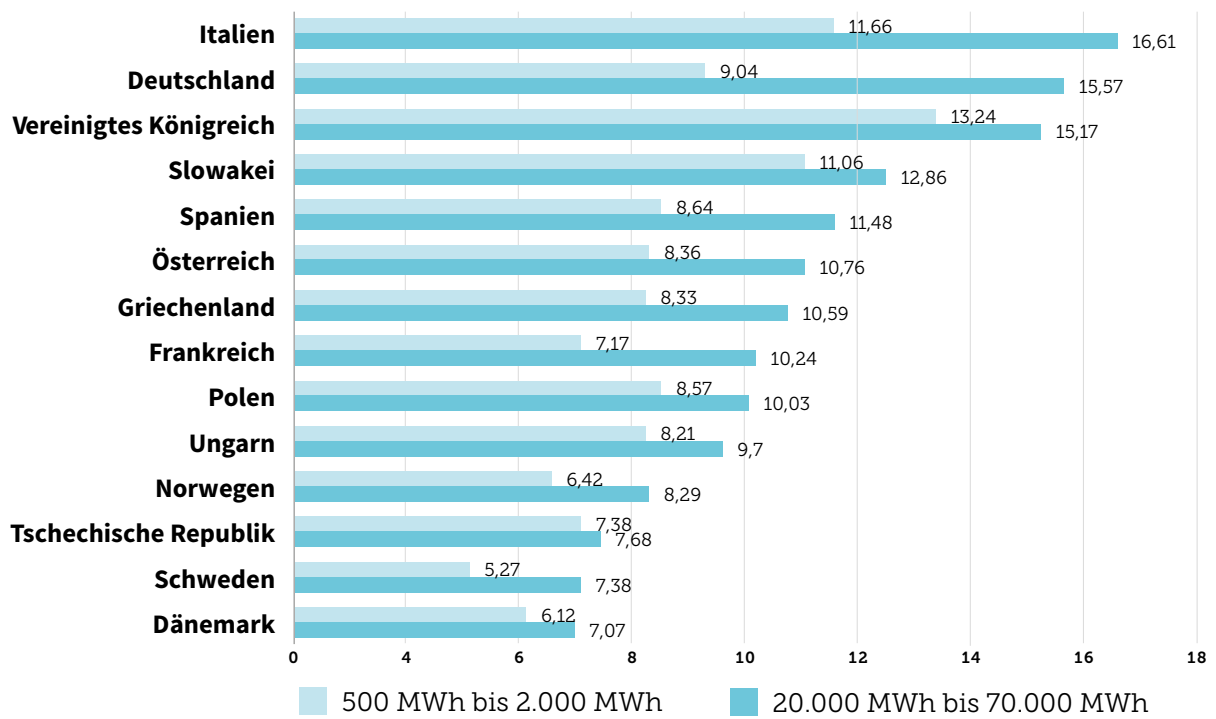
### **B.5 Energieversorgung lösungs- und marktorientiert gestalten**

Die Energiepolitik eines Landes bestimmt in hohem Maße viele ökonomische, ökologische und soziale Optionen. Ob in der Stahlproduktion, der chemischen Industrie, dem Autobau, der Papierfabrik, der Glas- oder Aluminiumhütte, der Preis der zum Wertschöpfungsprozess erforderlichen Energie bestimmt zu einem hohen Maß die Kosten und entscheidet, ob ein Unternehmen im weltweiten Wettbewerb bestehen kann oder nicht. Im Dienstleistungssektor, bei Textilreinigungen, Friseuren, Restaurants und anderen kommt ebenso Energie zum Einsatz wie bei Taxiunternehmen, dem öffentlichen Personennahverkehr oder der Messe Berlin zum Beheizen der Hallen. Mit ca. 25 Prozent sind auch die Privathaushalte ein wesentlicher Energieverbraucher. In Europa müssen deutsche und italienische Industrieunternehmen **die höchsten Energiepreise** zahlen und haben damit gegenüber der ausländischen Konkurrenz einen Wettbewerbsnachteil.

Die steigenden Stromkosten bedrohen vor allem die Existenz der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Selbst die deutschen Privathaushalte zahlten im Jahr 2020 im europäischen Vergleich am meisten. Eine vierköpfige Familie bezahlt in Deutschland im Schnitt zwischen 1.270 und 1.590 Euro pro Jahr für ihren Energieverbrauch.<sup>257</sup> Eine gleich große österreichische Familie zahlt dagegen nur etwa 800 Euro

**Strompreise für Industriekunden in ausgewählten europäischen Ländern<sup>256</sup>**

**Nach Verbrauchsmenge** in Euro-Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2018



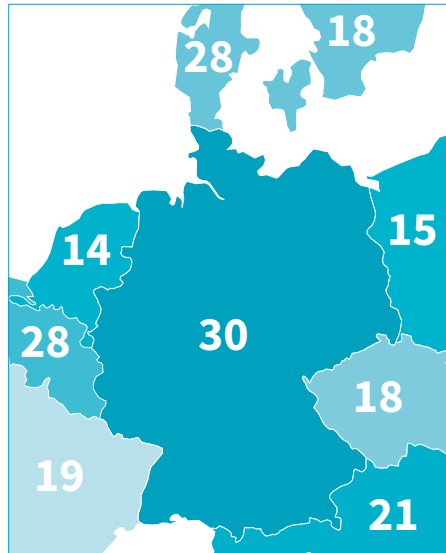
Quelle: Statista, Eurostat 03/2020; Erhebungszeitraum 2018

## Strompreise in Europa 2020 <sup>259</sup>

**Deutschland im Vergleich zu Nachbarländern** Im Jahr 2020

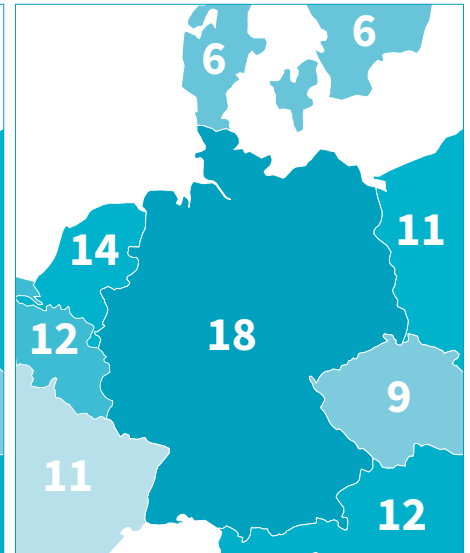
### STROMPREISE FÜR HAUSHALTSKUNDEN

inklusive Steuern und Abgaben  
in ct



### STROMPREISE FÜR GEWERBEKUNDEN

abzüglich erstattbarer  
Steuern und Abgaben in ct



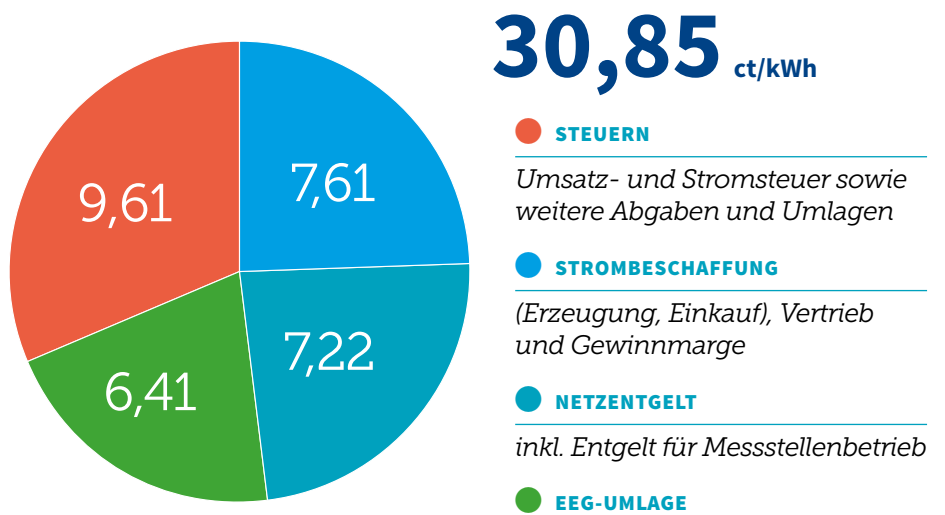
Quelle: Strom-Report.de; Daten: Eurostat 2021

und liegt damit im europäischen Mittel.<sup>258</sup> Dieser Trend ist nicht hinnehmbar und führt zu massiven Wohlstandsverlusten.

Wer nach den Gründen für diese Preisexplosion sucht, wird schnell fündig. **Mehr als die Hälfte des Strompreises für Haushaltskunden besteht aus Steuern und Abgaben**, darunter in erheblichem Umfang die EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

## Strompreiszusammensetzung 2019 <sup>260</sup>

**Deutschland** Werte in cent pro kilowattstunde





### Unsere Position:

Gesicherte und günstige Energieversorgung ist eine der Grundvoraussetzungen für Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit. Diese sicherzustellen ist Kernaufgabe des Staates. Energiepolitik bedeutet, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energieversorgung zuverlässig, umweltfreundlich und kostengünstig im Rahmen des freien Marktes gewährleistet ist.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- Der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat die Netzkosten geradezu explodieren lassen. Dabei ist eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten unsicher, unökologisch und unrealistisch. **Vielmehr erfordert eine sichere Energieversorgung einen breiten, verlässlichen Energiemix.** Deshalb wollen wir das EEG ersatzlos streichen und die Vorrangspeisung beenden. Dafür sollte sich Berlin auf Bundesebene stark machen.
- Bei seiner Energiepolitik setzt der rot-rot-grüne Senat auf ideologiegetriebenen Umbau der Energieversorgung und Verstaatlichung. So wurden 2013 das landeseigene (Ökostrom-) Stadtwerk unter dem Dach der Berliner Wasserbetriebe gegründet<sup>261</sup>, Erzeugungsanlagen wie das Kraftwerk Klingenberg 2017 von Kohle auf Gas umgebaut<sup>262</sup> und das Steinkohlekraftwerk „Reuter“ im Berliner Stadtteil Spandau stillgelegt.<sup>263</sup> Bis 2030 will R2G aus Braun- und Steinkohle aussteigen.<sup>264</sup> Wir lehnen das Vorgehen des Berliner Senats ab und fordern den **marktwirtschaftlichen Wettbewerb zugunsten einer breit aufgestellten, technologieoffenen und möglichst unabhängigen Energieversorgung.**

### B.6 Messe- und Veranstaltungswirtschaft nach der Krise auf neues Niveau katapultieren

Berlins starke Messe- und Veranstaltungswirtschaft leidet unter der Corona-Krise besonders stark. Allein die Verluste der Messegesellschaft „Messe Berlin GmbH“ belaufen sich für das verheerende Jahr 2020 auf etwa 75 Millionen Euro.<sup>265</sup> Folglich ist das Berliner Landesunternehmen mit seinen 27 Hallen nach unzähligen abgesagten Messen und Kongressen in finanzielle Not geraten.<sup>266</sup> Der Rotstift wird bereits angesetzt und erste Messen werden für immer eingestellt, darunter die traditionsreiche Bautech, eine internationale Branchenschau für Bauen und Gebäudetechnik. Der Verband der deutschen Messewirtschaft AUMA, der von einem Umsatzeinbruch von fast drei Viertel für die gesamte Messewirtschaft ausgeht, drängt auf einen **schnellstmöglichen Neustart**. Denn letztlich geht es auch um all diejenigen Firmen, die über ihre Messeteilnahmen Aufträge akquirieren.<sup>267</sup> Entsprechend hat die AfD-Fraktion in der Hauptstadt schon im September 2020 in einem Antrag ([Drucksache 18/3026](#)) gefordert, die weltweit führende Bahntechnologie-Leitmesse InnoTrans im April 2021 wie geplant stattfinden zu lassen.



Wie soll es nach Corona weitergehen? **Die in Berlin eigentlich gut aufgestellte Messe- und Veranstaltungsbranche braucht einen Schub, mit dem die Hauptstadt wieder an die oberste Liga katapultiert wird.** Bei Großveranstaltungen denken wir mit Blick auf die Tourismusbranche an Sportveranstaltungen, Open-Air-Konzerte, den Christopher Street Day (CSD), die Kirchentage, den Karneval der Kulturen, vor allem aber an Tagungen und Kongresse. Denn wie eine AfD-Anfrage ([Drucksache 18/16 944](#)) aus dem Jahr 2018 ergab, hat Berlin schon vor Corona **aufgrund fehlender ausreichender Tagungskapazitäten oftmals Absagen erteilen müssen**. Der Senat führte in seiner Antwort aus:



” Die wichtigsten internationalen Mitbewerber im Kongressgeschäft verfügen über mindestens ein Kongresszentrum, meist zwei oder drei.“ <sup>268</sup> **DER SENAT VON BERLIN**

Vor gut 40 Jahren eröffnete Bundespräsident Walter Scheel das **Internationale Congress Centrum (ICC)** in Charlottenburg als größtes Kongresszentrum Europas. Mit zwei Sälen und 80 Tagungsräumen kann es bis zu 20.000 Besucher aufnehmen.<sup>269</sup> Doch nachdem es 2004 wegen seiner Asbestbelastung zum Sanierungsfall erklärt und 2014 geschlossen wurde, verrottet es mit hohen Leerstandskosten. Seine Fassade, 1998 zum letzten

Mal gereinigt, ist schmutzig und der Koloss ein trostloser Schandfleck für den unfähigen rot-rot-grünen Senat und seine grüne Wirtschaftssenatorin. Diese hatte nach ihrem Amtsantritt 2017 versprochen, den Fall ICC zu lösen und einen Investor für die Nachnutzung zu finden, der sich an der Sanierung beteiligt.<sup>270</sup> Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Das ICC soll saniert und künftig wieder als Kongresszentrum genutzt werden.“<sup>271</sup> In weiteren Anfragen ([Drucksache 18/12 780](#) und [18/15 044](#)) haben wir den Senat zur Rede gestellt, weshalb er auf vorliegende Investorenangebote nicht reagiere. Die lapidare Antwort: Der Investor könne sich am geplanten öffentlichen Wettbewerb beteiligen. Stand heute: Eine desinteressierte Senatorin, Querschüsse aus den eigenen Reihen, ein fünf Monate dauernder Workshop mit dem Ergebnis, dass die Investorensuche auf einen Zeitraum nach der Wahl 2021 verschoben wurde und Sanierungsarbeiten in weite Ferne gerückt sind.<sup>272</sup>



### Unsere Position:

Dieses Desaster hat Berlin nicht verdient. **Wir brauchen eine Stadt mit Leuchtturmprojekten**, die blüht und nationale sowie internationale Zeichen setzt. Eine Stadt, für die sich die Politik vehement und mit aller Kraft einsetzt, sei es beim Relaunch des ICC oder der Vergabe und dem Halten von erfolgreichen Messen. Welche negativen Auswirkungen eine desinteressierte Politik hat, zeigte sich gerade bei der Vergabe der Auto-Leitmesse IAA, die nun München eine halbe Milliarde Umsatz bringen wird, weil die letztlich wirtschaftsfeindlichen Grünen kein Partner für eine verlässliche Landesregierung sein können. Auch die Leitmesse „Premium“ und „Neonyt“ der „Fashion Week“ verlassen mit Berlin ein politisches Umfeld, wo ambitionierte Messepolitik keine Top-Priorität genießt.<sup>273</sup>

Wir glauben nicht an eine neue Normalität nach Corona. Persönliche Kontakte auf Messen und Konferenzen sind ein unverzichtbarer Bestandteil für Geschäftsanbahnungen, unternehmerische Kooperationen oder wissenschaftlichen Fachaustausch. Das kreative Flair oder die Aufbruchstimmung einer Branche, die Messen

vermitteln können, sind virtuell nicht fassbar. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass ihre Bedeutung auch nach der Krise nicht abnehmen, sondern sogar dynamisch zunehmen wird. Flankierend muss die „Messe Berlin“ auch für hybride und rein digitale Formate fit gemacht werden.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- In den vergangenen zehn Jahren war Berlin für keine der 25.000 bis 35.000 Teilnehmer starken internationalen medizinischen Konferenzen für Kardiologen, Diabetologen oder Onkologen interessant. Ziel muss es jedoch sein, bis 2030 mindestens **zwei der größten zehn Konferenzen Europas als Wissenschaftsstandort an sich zu binden**. Ein Umsatzvolumen von 85 Millionen Euro pro Tagung ist dabei möglich.<sup>274</sup>
- Daneben muss Berlin sich auf **internationale Konferenzen mittlerer Größe** – 5.000 bis 10.000 Teilnehmer – fokussieren. Weltweit gibt es insgesamt etwa 4.000 Konferenzen mit mehr als 1.000 Teilnehmern, die noch nie in Berlin stattgefunden haben. Dieses Potential gilt es aktiv zu bewerben.<sup>275</sup>
- Dreh- und Angelpunkt hierfür ist das ICC. **Es soll wieder einer der Leuchttürme Berlins werden** und als größtes und innovativstes Kongresszentrum Europas wie einst Zukunft symbolisieren. Die hierfür erforderlichen Schritte müssen unbürokratisch, kooperativ, schnell und investorenfreundlich eingeleitet werden. Wir fordern ehrgeizige Pläne, um das ICC in Rekordzeit wieder fit zu machen.
- Sportveranstaltungen wie der Berlin-Marathon aber auch der CSD haben eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftskraft für Berlin. Für die Zukunft braucht Berlin **eine Strategie und einen Marketingplan**, nach denen zusätzliche, wirtschaftsstarke Events angeworben werden.

## B.7 Mobilität der dritten Dimension – Flugtaxis und alternative Mobilität nach Tempelhof

Rot-Rot-Grün will zurück ins China Mao Tse-tungs und ist emsig dabei, die Stadt für viele Radfahrer autofrei umzubauen. Die Metropole Tel Aviv baut die zweisitzige, solarbetriebene Hightech-Magnetschwebbahn SkyTran des amerikanischen Luft- und Raumfahrtgenieurs Douglas Malewicki, die per Smart-Phone geordert werden kann.<sup>276 277</sup>

Die drei Millionen Einwohnerstadt Dubai avanciert zur Teststrecke für eine Mobilität der Zukunft in großem Stil. Hier entsteht eine 140 km lange Strecke der überdimensionierten Rohrpost Hyperloop für den Personenverkehr von Dubai nach Abu Dhabi, und man will den Stadtverkehr mit dem Schwebbahnsystem SkyWay des russischen Erfinders Anatoly Yunitskiy revolutionieren und mit autonom fliegenden Lufttaxis, sogenannten Taxidrohnern, den Verkehrsmix ergänzen.<sup>278</sup> Das Lufttaxi des deutschen Start-ups Volocopter absolvierte bereits 2017 seinen Jungfernflug über Dubai.<sup>279</sup> Warum nicht über den Dächern von Berlin? Wie weltfremd klingen da die Worte des Abgeordneten Georg Kössler (Grüne) im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe vom 8. Februar 2021: „Berlin ist der Hotspot für moderne Mobilität.“<sup>280</sup>

In Nordrhein-Westfalen hat man große Pläne mit dem Unternehmen Lilium aus Oberbayern, das einen senkrecht startenden und landenden Elektro-Jet entwickelt hat. Zusammen mit den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn will Lilium ein Flugtaxi-Netzwerk aufbauen.<sup>281</sup> **Der Berliner Senat dagegen schließt erst den Flughafen Tempelhof, ohne das Potential nachhaltig zu nutzen, und nun auch noch den Flughafen Tegel.** Jetzt plant er, aus dem Gelände des geschlossenen Flughafens Tempelhof ein Kunst-, Kultur- und Kreativquartier zu machen.<sup>282</sup> Wir schätzen Kunst und Kultur, doch sind wir der Meinung, dass sie anders als andere Unternehmen die Infrastruktur Tempelhofs nicht dringend zur Entfaltung benötigen.



**Zurück in das China  
Mao Tse-tungs ...**

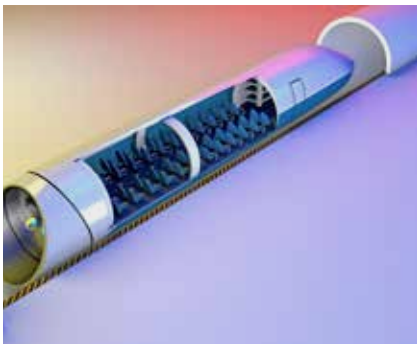


**... oder vorwärts in die Moderne der  
Metropolen Tel Aviv (o.) und Dubai  
(u.) ?**





**Starling Jet**



**Hyperloop**



**Konzeptstudie Airbus Flugtaxi**

Ob Sensortechnik für Lufttaxis, die Entwicklung von Flugzeug-treibstoff aus CO<sub>2</sub> und Zitronensäure, innovative Antriebstechniken für Passagierflugzeuge, senkrecht startende Flugzeuge wie der leise „Starling Jet“ des britischen Start-ups Samand Aerospace oder das in Braunschweig erfundene Gefährt „Carplane“, das genauso wie das in den Niederlanden erfundene PAL-V sowohl Auto als auch Flugzeug ist<sup>283</sup> – all das sollte künftig in einem „Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrt sowie alternative Mobilität“ auf dem Gelände des **ehemaligen Tempelhofer Flughafens** entwickelt werden. **Mitten in der City bietet es mit einer Größe von etwa 450 Fußballplätzen ausreichend Büroräume und Testgelände für die Ideenschmiede von morgen.** Selbst Airbus sollte sein Lufttaxi nicht auf dem Testflughafen im bayerischen Manching erproben, sondern in der Hauptstadt.<sup>284</sup>

Ob Branchenschwergewichte wie Airbus und Boeing oder Start-ups, viele sehen in Flugtaxis eine neue Milliardenindustrie. Berlin muss hier an vorderster Front mitspielen und dem Operetten-Lied „Das ist die Berliner Luft ...“ eine ganz neue Bedeutung verleihen.

Das Hochgeschwindigkeitsverkehrssystem Hyperloop von Elon Musk, bei dem eine Kapsel, in der mehrere Menschen Platz haben, in einer fast luftleeren Unterdruckröhre mit 700 km/h und damit schneller als ein Flugzeug (600 km/h) davonschwebt, könnte in Berlin weiterentwickelt werden. Bisher ist Deutschland auf diesem Technikgebiet sehr träge. Der Chef der Firma Hyperloop Transportation Technologies (HTT) findet klare Worte dafür: „*Deutschland ist ein schwieriges Pflaster.*“<sup>286</sup> Autonome Shuttle, schwebende, spacige Kapseln wie das „The Float“ von Studentin und Designerin Yuchen Cai<sup>287</sup> oder das fliegende Gefährt „Hover Car“ der jungen Chinesin Wang Jia sollten in Tempelhof Wirklichkeit werden.

Beide sind Preisträgerinnen von Wettbewerben, die Autohersteller auslobten. Das Echo auf das in China 2011 von Volkswagen gestartete Online-Projekt „The People’s Car Project“ (PCP) war überragend. Von 33 Millionen chinesischen Website-Besuchern waren unzählige Hobby-Designer kreativ und entwarfen 119.000 visionäre VW-Autos. Darunter die jugendliche Preisträgerin Wang Jia mit ihrem über elektromagnetische Straßennetze emissionsfrei schwebenden „Hover Car“.<sup>290</sup> Dieser Erfolg kam nicht überraschend für die Marketingstrategen von VW, denn nicht umsonst haben sie sich gerade China als technologischen Hotspot für ihren Zukunftswettbewerb ausgesucht.<sup>291</sup>



Es darf nicht mehr vorkommen, dass Hochtechnologieunternehmen wie der junge Raketebauer Isar Aerospace aus Deutschland flüchten, weil ihnen hier Steine in den Weg gelegt werden. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hatte den Gründer bei der Suche nach einem Teststand im Stich gelassen. Ganz anders Schweden, dort kann das Start-up nun wachsen und seine Satellitenträgerrakete „Spectrum“ demnächst ins All schicken.<sup>293</sup>

Im Bereich der Luft- und Raumfahrt kann Berlin bisher mit Unternehmen aufwarten, die Kleinsatelliten herstellen. Der Fokus der Berliner Luftfahrtbranche liegt auf der Entwicklung von Softwarelösungen, elektroakustischen Komponenten und der Nutzung erneuerbarer Energien. Triebwerksentwicklung und -fertigung, Drohnentechnologie sowie Leichtflugzeugbau finden sich vor allem in Brandenburg.<sup>294</sup> Ein **Kompetenzzentrum der Luft- und Raumfahrt in Tempelhof** wäre daher eine ideale Branchenerweiterung und Ergänzung für Berlin an diesem Standort. Mit Corona ist die Fliegerei keinesfalls am Ende. Die Entwicklung zeigt vielmehr in Richtung neue Flugzeugtypen oder kleine, mehrstöckige Flughäfen für senkrecht startende Verkehrsflugzeuge. Sie müssen in naher Zukunft in Tempelhof „Made in Berlin“ werden und damit dem vom britischen Architekten Norman Foster geprägten Claim „Mother of all Airports“ neues Leben verleihen.



**Konzeptstudie Volkswagen  
"Hover Car"**



**Konzeptstudie Renault "Float"**

**Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:**

Der ehemalige Flughafen Tempelhof muss mit einem „Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrt sowie alternative Mobilität“ zu einem technologieoffenen Zukunftsort werden, wo Lufttaxis, Flugzeugkomponenten, innovative Antriebstechniken, Komponenten für die Raumfahrt oder neuartige Verkehrsmittel von Unternehmen der Branche entwickelt und hergestellt werden.

### B.8 Berlin als Zentrum systemrelevanter Chip-Industrie aufbauen: Mikroelektronik und Photonik stärken, Halbleiterhersteller ansiedeln



Wir schreiben das Jahr *eins* nach dem Corona-Ausbruch, und die Fließbänder vieler **Automobilhersteller** von Audi bis Volkswagen über Ford und Toyota stehen still. Grund für dieses teure Desaster ist ein **Mangel an Chips für die Steuerungselektronik**, denn die Halbleiterbranche kommt mit der Produktion nicht hinterher. Auch Industrieunternehmen anderer Branchen wie Siemens leiden darunter.<sup>295</sup> Es gibt kaum noch Bereiche hoher Wertschöpfung, die auf Elektronik verzichten können, ja oftmals gibt gerade sie den entscheidenden Innovationsvorschub.

Die Havarie des Containerschiffs „Ever Green“ und damit die Blockade des Suezkanals im Frühjahr 2021 führen das Problem der „just in time“ getrimmten Lieferketten der Industrie wie unter einem Brennglas vor Augen. Für die ohnehin schon mit Lieferengpässen kämpfende Halbleiterindustrie ist eine Störung der Lieferketten ein zusätzliches Problem.<sup>296</sup>

*Patrick Lepperhoff*, Experte für Lieferkettenmanagement bei der Unternehmensberatung Inverto, warnt, der Chipmangel in der Autoindustrie könnte sich noch verschärfen.

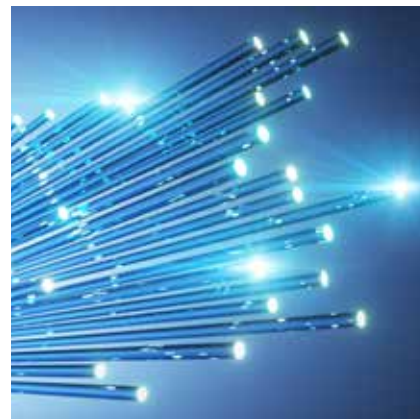
” Die meisten Elektronikkomponenten kommen aus Asien. Wenn etwa keine Chips mehr aus der Region geliefert werden können, dann hat insbesondere die Autoindustrie in Deutschland ein Problem.“<sup>297</sup>

**PATRICK LEPPERHOFF** Experte für Lieferkettenmanagement  
bei der Unternehmensberatung Inverto

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die globalen Lieferketten und die Blockade des Suezkanals beweisen, **dass die Produktionsstätten wieder ins eigene Land geholt werden müssen**. Das haben China und die USA schon vor Corona erkannt. Systematisch haben sie den Aufbau dieser Schlüsselindustrie in ihren Ländern massiv forciert und sind heute Marktführer: China mit 35,1 Prozent Marktanteil und die USA mit 19 Prozent. Deutschland erreicht dagegen gerade einmal 3,3 Prozent. **Wenn Deutschland in Zukunftsbranchen führend und nicht nur Verbraucher sein will, dann braucht es Unabhängigkeit und eine starke eigene Produktion von Mikroelektronik.**<sup>298</sup> Die derzeitige technologische Entwicklung zeigt, dass das Wachstum nach oben offen ist. Die Nachfrage wird dank Digitalisierung und Technologien wie autonomes Fahren, Künstliche Intelligenz (KI), Internet of Things, Industrie 4.0 oder Quanteninformationsverarbeitung auf absehbare Zeit noch größer werden, als die bisherigen Unternehmen Infineon, Taiwan Semiconductor (TSMC), Samsung,

Tokyo Electron, Intel, Nvidia, Qualcomm, Broadcom oder Texas Instruments abdecken können.

Um die steigenden Datenmengen der neuen Technologien mit Höchstgeschwindigkeit verarbeiten zu können, gibt die Photonik der Mikroelektronik den nächsten Schub, weshalb die **Photonik bei der Re-Industrialisierung dringend mitberücksichtigt werden muss**, und zwar weit über das bisherige Maß der Clusterförderung von Berlin und Brandenburg hinaus. Eine Konzentration auf **photonisch-elektronische Mikrochips** birgt die Chance, die bisherigen Versäumnisse Deutschlands aufzuholen und Weltmarktführer zu werden.<sup>299</sup> Der VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik sieht bei der Politik allerdings noch keine Strategie und wirbt deshalb mit einem Positionspapier eindringlich dafür. Einer der Autoren des VDE-Papiers, *Prof. Dr.-Ing. Christian Schäffer*, Professor für Hochfrequenztechnik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, verweist auf ein Positivbeispiel:



” Die Japaner haben einen 5-Jahresplan für fortschrittliche optische Übertragungstechniken EXAT aufgelegt, den sie durchziehen, um ihre starke Position in der Photonik und Elektronik auszubauen und ihre Industrie fit für die Zukunft zu machen.“<sup>300</sup>

**PROF. DR.-ING. CHRISTIAN SCHÄFFER** *Professor für Hochfrequenztechnik*

---

Vor dem Hintergrund, dass wir mit unserem „**Blue Deal 2030**“ fordern, den industriellen Sektor in Berlin zu stärken, ist es nur folgerichtig, **Unternehmen der Mikroelektronik und Photonik in die Hauptstadt zu holen** und sie bei der Herstellung von photonisch-elektronischen Mikrochips zu unterstützen. Jüngst erklärte Intel-Chef Pat Gelsinger, man wolle 20 Milliarden US-Dollar für neue Fertigungstechnologien und -standorte in den USA und Europa investieren.<sup>301</sup> „*Bis 2030 will Intel 20 Prozent seiner Kapazität in der EU installieren. 1.600 neue Arbeitsplätze sollen entstehen und die Investitionen auf das Umfeld wie das Baugewerbe abstrahlen*“, so Christin Eisenschmid, Geschäftsführerin der Intel Deutschland GmbH.<sup>302</sup> Wer jetzt proaktiv und engagiert ist, gewinnt das Rennen. Berlin muss sich bewegen und Intel, aber auch andere wie den weltgrößten Auftragsfertiger TSMC oder den führenden Speicherchiphersteller Samsung zum Bau einer Mega-Chip-Fabrik in der Hauptstadt oder der Metropolregion Berlin-Brandenburg bewegen. Samsung ist gerade auf der Suche nach einem neuen Standort in den USA.<sup>303</sup> Apple hat sich

bereits festgelegt. Mit mehr als einer Milliarde Euro will der Konzern in München das neue Europäische Zentrum für Chipdesign aufbauen.<sup>304</sup>

Der bayerische Halbleiterhersteller Infineon hat Werke in Dresden, in Süd- und Westdeutschland. Jüngst begannen die Bauarbeiten für eine neue Chipfabrik in Villach, Österreich.<sup>305</sup> **Auch in Berlin müssen die Bagger so schnell wie möglich anrollen.** Es muss den wachsenden weltweiten Bedarf an Halbleitern jetzt nutzen und Unternehmen der Branche mit einem langfristigen Masterplan, strategischer Industriepolitik und Anschubfinanzierungen offensiv anwerben. Die Zeichen stehen auf blau, um bei den großen Halbleiterherstellern für eine Produktionsstätte in Berlin zu werben und die Metropole zum Zentrum systemrelevanter Chip-Industrie aufzubauen. Die EU und der Bund wollen die Branche mit Milliardensummen unterstützen.<sup>306</sup> So gaben Anfang Dezember 2020 19 EU-Staaten bekannt, bis 2023 rund 145 Milliarden Euro investieren zu wollen.<sup>307</sup> Einzig der rot-rot-grüne Senat ist träge, wie unsere Anfrage vom Januar 2021 ergab ([Drucksache 18/26377](#)). Auf unsere Frage, ob der Senat konkrete Ansiedlungsgespräche zur Ansiedlung einer Mega-Chip-Fabrik unternimmt, antwortet die *Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe*:



„Aktuell bestehen landesseitig keine konkreten Ansiedlungsgespräche zum Aufbau einer Mega-Chip-Fabrik in Berlin.“<sup>308</sup>

**SENATSVORWORT FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND BETRIEBE**

Anders die USA, wo politischer Wille und Engagement den taiwanesischen Apple-Chiphersteller TSMC dazu gebracht haben, eine Fabrik in Arizona bis 2024 für zwölf Milliarden US-Dollar zu bauen.<sup>309</sup>

**Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:**

Um die Abhängigkeit deutscher Schlüsselindustrien und Zukunftsbranchen von Herstellern aus Übersee zu reduzieren, braucht es eine **starke Halbleiterindustrie vor Ort. Berlin kann und muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen.** Mit einem langfristigen Masterplan und strategischer Industriepolitik muss jetzt eine **Anwerbeoffensive** für die Ansiedlung von systemrelevanten Halbleiterproduzenten gestartet und der Ausbau photonisch-elektronischer Mikrochips intensiv unterstützt werden. Um den schlafenden Senat zu bewegen, haben wir diese Forderung deshalb mit einem Antrag im Abgeordnetenhaus Anfang April 2021 erhoben ([Drucksache 18/3553](#)).



### B.9 Forschungs-, Bildungs- und Industriepark 4.0

Sechs deutsche Erfinder des Fraunhofer-Instituts entwickelten in den 1980er-Jahren bis in die Mitte der 1990er das heute allseits bekannte Musik-Dateiformat MP3. Mit innovativen Anwendungen kommerzialisiert hat es jedoch der US-Konzern Apple.<sup>310</sup> Dieses deutsche Trauma steht auch heute noch beispielhaft für Deutschlands Stand in Zukunftstechnologien.

**Wie sieht es in der digitalen Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz (KI) aus?** In Wissenschaft und Forschung war Deutschland Jahrzehnte an der Pole-Position. Heute sind uns die USA mit ihren großen Techkonzernen und der Menge an Patentanmeldungen technologisch überlegen. Beim **Transfer von Forschungsergebnissen in praktische Anwendung** in Unternehmen führt China inzwischen weltweit. Leider hat sich das MP3-Trauma wiederholt. An der TU München wurde die neuronale Netz-Technologie LSTM entwickelt, Produkte daraus entwickelt haben aber zum Beispiel Apple mit seiner Software „Siri“ oder Amazon mit „Alexa“. Wenn Deutschland die Technologieführerschaft zurückerobert und sich nicht mit seiner jetzigen Mittelfeldposition zufriedengeben will, dann ist jetzt Aufbruch angesagt. **Wir brauchen eine deutlich bessere Vernetzung von Forschung und Industrie**, damit kluge Köpfe zum Beispiel eine medizinische Diagnose-Software wie die des Start-ups Ada entwickeln und kommerzialisieren.<sup>311</sup> Künstliche Intelligenz eröffnet viele Chancen und Anwendungsgebiete.

Berlins KI-Ökosystem wird mit seinen unterschiedlichen Forschungseinrichtungen, konzerneigenen KI-Labs und Start-ups<sup>312</sup> oftmals als sehr gut beschworen, doch gegenüber Israels KI-Landschaft gibt es noch viel Potential nach oben. In dem kleinen Land werden weitaus mehr KI-Start-ups gegründet und 30-mal mehr investiert als hierzulande.<sup>313</sup>

**Wir brauchen zusätzlich zu in jüngster Zeit entstandenen Initiativen<sup>314</sup> einen Kompetenzort, an dem Start-ups und Forscher der KI-Szene sowie Mittelständler physisch zusammenkommen und ihr Know-how teilen können.** Im gegenseitigen inhaltlichen Austausch eines Campus erfahren KI-Experten, an welchem Punkt Prozesse in der Wirtschaft verbessert werden und wie daraus KI-basierte neue Anwendungen entwickelt werden können. Nur im Dialog entstehen in dieser Branche







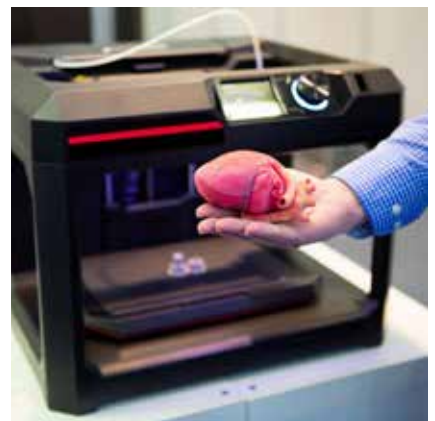
neue Dienstleistungen und Produkte, weshalb nur Flächen in einem herkömmlichen Gewerbepark oder einem Coworking Space anzubieten nicht ausreicht. In diesem **Transfer-Lab** muss der Austausch an oberster Stelle stehen, sei es durch gezielte Matching-Veranstaltungen mit Startups und Anwendern, durch Workshops, bei denen gemeinsam Lösungen entwickelt werden, oder über Messen und Veranstaltungen, bei denen verständliche Best Practice Beispiele Unternehmern aufzeigen, wie KI in der Praxis eingesetzt werden kann.

Berlin hat zwar elf sogenannte Zukunftsorte definiert, die sich als Forschungscampus, Gründerzentrum oder Gewerbepark verstehen, aber keiner fokussiert sich explizit auf die KI-Community.<sup>315</sup> Seit Jahren plant der Senat ein Innovations- und Technologiezentrum für Industrie 4.0 (ITZ 4.0) am Zukunftsort Schöneeweide. 2020 sollte es eröffnet werden, doch bisher ist noch kein Spatenstich erfolgt.<sup>316</sup> Das erinnert sehr an den BER, der mit neun Jahren Verspätung ans Netz ging. Wenn das auch das Ziel für Schöneeweide ist, dann ist der Zug in den sich rasant entwickelnden digitalen Branchen schon abgefahren. Es ist schon bezeichnend für einen Standort, der sich auch als Technologiestandort für IT versteht, dass seine vom Senat verlinkten Webseiten [www.schoeneweide.com](http://www.schoeneweide.com) und [www.suedost-berlin.de](http://www.suedost-berlin.de) nicht erreichbar sind und nur Fehlermeldungen ausgeben.<sup>317</sup>

Ähnliches Szenario, andere Branche: **In der Entwicklung von Quantencomputern hinkt Deutschland hinter den USA (Google, IBM) und China um mehrere Jahre hinterher.**<sup>318</sup> Während diese deutlich mehr Patente anmelden als Europa, wird hier mehr wissenschaftlich publiziert. Quantencomputer sind die Rechner der Zukunft, denn sie können Aufgaben lösen, die mit bisherigen Computern schier unendlich dauern. Damit würde selbst die KI-Technologie auf ein nächstes Level gehoben. Noch ist offen, wer sich unter den Global Playern durchsetzt. **Damit Deutschland eine Führungsposition einnehmen kann, müssen sich Wirtschaft und Wissenschaft intensiver austauschen.** Andernfalls bauen andere den Computer der Zukunft.<sup>319</sup>



**Die dritte Schlüsseltechnologie, die die deutsche Industrie in Zukunft stark verändern wird, ist der 3D-Druck.** Die Wirtschaftsberater von PricewaterhouseCoopers (PwC) gehen davon aus, dass die Nachfrage für Produkte aus dem 3D-Drucker in den nächsten Jahren um 13 bis 23 Prozent jährlich steigen wird. Schon heute lässt die Deutsche Bahn wichtige Ersatzteile mit diesem Verfahren in nur wenigen Stunden herstellen. Der Grund: Konventionell hergestellte Bauteile brauchen bis zu zwei Jahre, worauf auch Verspätungen und Zugausfälle zurückzuführen sind.<sup>320</sup> Die EOS GmbH Electro Optical Systems, ein Pionier des 3D-Drucks aus dem bayerischen Krailing, arbeitet daran, für einen seiner Kunden in Zukunft 60 Prozent einer Flugzeugkabine herzustellen.<sup>321</sup> 2016 konnte man auf der ILA in Berlin den Airbus-Testflieger „Thor“ bestaunen. Er ist zu einem großen Teil im 3D-Drucker entstanden.<sup>322</sup> Gerade bei hochkomplexen Bauteilen punktet der 3D-Druck gegenüber konventioneller Fertigung. Und so setzt auch Siemens in Zukunft auf diese Schlüsseltechnologie. In der Medizintechnik gibt es Einsatzmöglichkeiten bei künstlichen Organen, Gewebe oder passgenauen Prothesen.<sup>323</sup>



### Unsere Position:

---

Die Europäische Union hat die Bedeutung von Schlüsseltechnologien erkannt und will laut ihrem Plan „2030 Digital Compass“, dass der erste Quantencomputer bis spätestens 2026 in Europa gebaut wird.<sup>324</sup> Mit Rot-Rot-Grün und ihrer wirtschafts- und technologiefeindlichen Politik ist dies jedoch nicht zu schaffen. **Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt hat dagegen Deutschlands Spitzenposition in Zukunftsbranchen im Blick und will dieses Ziel schnellstmöglich und unbürokratisch umsetzen.**

*Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

- Wollen wir die Aufholjagd gewinnen, **müssen wir möglichst viele Menschen einbeziehen. Die Themen Quantentechnologie, Künstliche Intelligenz und 3D-Druck müssen in die breite Öffentlichkeit hineingetragen werden**, um Nachwuchs zu fördern und Innovationen schneller zu entwickeln. Dafür braucht es über einen Gewerbepark hinaus einen Raum, der die Akteure der Schlüsseltechnologien aus Forschung und Industrie an einem Ort zusammenbringt und vernetzt. Veranstaltungen verschiedener Formate, ob branchenspezifisch oder interdisziplinär, bis hin zu internationalen Messen, alle Dialogformen sollen genutzt werden, um Synergien zu schaffen und um den **Berliner Forschungs-, Bildungs- und Industriepark 4.0 als Zukunftslabor für Deutschland** zu entwickeln.
- Die **Fachkräfte von morgen** müssen schon heute begeistert werden. Dafür soll auf dem Gelände ein **Bildungspark mit Science-Labs und Work-Spaces** z. B. in Kooperation mit Stiftungen und Bildungsträgern entstehen, wo Kinderaugen aller Altersgruppen zum Leuchten gebracht werden. Diese Bildungsangebote sollten zum Pflichtprogramm Berliner Schulen werden.
- Ein solches Projekt erregt nur breite öffentliche Aufmerksamkeit, wenn es auch architektonisch aus der Normalität von Gewerbeparks heraussticht. Das **Leitgebäude** des Forschungs-, Bildungs- und Industrieparks 4.0 muss deshalb **eine Sehenswürdigkeit werden, die die Branchen futuristisch verkörpert** und zum Anziehungspunkt wird. Dass selbst Industrieanlagen eine touristische Attraktion sein können, beweisen die Müllverbrennungsanlagen in Osaka/Japan und Kopenhagen/Dänemark, Letztere mit integrierter Skipiste.<sup>325</sup>



**Müllverbrennungsanlage in Osaka von Hundertwasser**



**Müllverbrennungsanlage Amager Bakke in Kopenhagen mit Skipiste**

### **ARCHITEKTONISCHE UNTERSTREICHUNG DER WELTBEDEUTUNG BERLINS**

In einem Gastkommentar im Tagesspiegel erklärte ein CDU-Abgeordneter: „Ein ehemaliger Stadtentwicklungsse-nator hat mal zu mir gesagt, so ein Projekt wie den neuen Flughafen oder den Fernsehturm zu bauen, bräuchten wir alle zehn Jahre. Er hat Recht!“<sup>327</sup>

Wir sagen Nein! **Um Berlin in eine attraktive und anziehende Metropole zu verwandeln, braucht es alle zehn Jahre nicht ein Projekt, sondern weitaus mehr. Wir wollen ein Berlin, das für Zukunft steht und mit wirklichen Leuchtturmprojekten seine europäische und Weltbedeutung unterstreicht.** Dabei verstehen wir unter Zukunft nicht ‚Autos raus, Fahrräder rein und Wirtschaft gängeln‘ wie die Grünen. Mit diesem Öko-Ideal wird Berlin vielmehr in vergangene Jahrhunderte zurückversetzt, während andere Nationen und Metropolen den Ton angeben. **Eine zukunfts-fähige Stadt bedeutet für uns im 21. Jahrhundert vor allem Hightech und eine Prise Science-Fiction, gepaart mit lebenswerten Stadtvierteln, einer florierenden Wirtschaft und wohlhabenden, hoch qualifizierten Einwohnern.**

#### **C.1 „Woven-City 2“**

Rot-Rot-Grün feiert sich dafür, den City-Airport Tegel gegen das Votum des Volksentscheids vom September 2017 im Corona-Jahr 2020 für immer geschlossen zu haben, um auf dem ehemaligen Flughafengelände die „**Urban Tech Republic und Schumacher Quartier**“ zu errichten. Der Name klingt verheißungsvoll, doch wenn man die Präsentation anschaut, die die Tegel Projekt GmbH dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe am 11. Januar 2021 vorgelegt hat, tritt Ernüchterung ein.<sup>328</sup> Es soll ein Ort der Zukunft werden, so die Präsentation. Die Frage, die sich dem Betrachter stellt: Welche?

Auf einer Gesamtfläche von etwa 500 Hektar sollen z. B. die Beuth-Hochschule als Technologiegeber in den ehemaligen Terminal A einziehen, Gewerbe- und Industrieparks, ca. 250 Hektar große Landschaftsräume und das 48 Hektar große Schumacher Quartier entstehen. Letzteres soll komplett in Holzbauweise gebaut werden. Dabei dominieren triste Gehwege, die angeblich mit Passanten belebt sein werden, und in langweiliger Architektur entworfene Gebäude ohne besondere Hightech das Stadtbild.



**Schumacher Quartier**



Ein Stadtprojekt, das sich – anders als dieses in Berlin geplante – wirklich als zukunftsweisender Leuchtturm entpuppt, konnte auf der Consumer Electronics Show (CES) im Januar 2020 in Las Vegas bestaunt werden. Dort präsentierte Toyota-Chef Akio Toyoda persönlich erstmals seine futuristische **Modellstadt „Woven City“**, die nach den Plänen des dänischen Stararchitekten Bjarke Ingels auf einem 175 Hektar großen ehemaligen Fabrikgelände des Konzerns am Fuße des Berges Fuji in Japan gebaut werden soll. Nur ein Jahr nach der Präsentation ging es bereits mit dem ersten Spatenstich los.



Diese Science-Fiction-Stadt ist geprägt von neuen Technologien wie autonom fahrenden Autos und den Toyota-Shuttle e-Palette auf einem verwobenen neu gedachten Straßensystem, Flugdrohnen für automatische Paketlieferungen, Flugtaxis sowie Roboter und KI, die sich um einen vollen Kühlschrank, den Müll, den Haushalt und die Gesundheit der Bewohner kümmern. Unter den smart vernetzten Häusern fahren autonome Transportfahrzeuge in unterirdischen Tunneln, wird das Wasser gefiltert und die Energieversorgung aus Solarenergie, geothermischer Energie und Wasserstoffbrennstoffzellen für die etwa 3.000 Bewohner sichergestellt. Dieses Reallabor einer Smart-City, die diesen Namen verdient, lädt Ingenieure und Wissenschaftler aus der ganzen Welt ein, im Bereich neuer Technologien und Smart Homes zu forschen.<sup>329</sup>



**Alle Fotos dieser Seite: Screenshots aus dem Video "Toyota reveals the WOVEN CITY program: studying cities of the future", Link auf der rechten Seite**



### Unsere Position:

Die AfD-Fraktion ist technologieoffen und stellt sich **gegen technikfeindliche und vom Normalbürger abgehobene Politik, die Deutschland in die Rolle des blinden Endabnehmers abrutschen lässt.** Vor dem Hintergrund, dass sich die neuen Technologien in einem atemberaubenden Tempo entwickeln, muss Berlin schnell und entschlossen mitziehen und Leuchtturmprojekte ins Leben rufen.

### Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:

- **Das riesige Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel** mitten im Norden Berlins bietet die Möglichkeit, statt eines langweiligen und wenig ambitionierten Großprojektes, wie es R2G plant, zusätzlich zu Forschungs-, Industrie- und Gewerbeeinheiten eine futuristische, lebenswerte Hightech-Stadt ähnlich der „Woven City“ mit geeigneten Investoren wie z. B. Bosch, die in San Francisco eine Smart-City bauen wollten<sup>331</sup> oder Siemens, das sich mit autonomer Mobilität beschäftigt, zu bauen.
- **KI-Wissenschaftler und Start-ups, Forscher und Unternehmen der Quantentechnologie, Robotik und des 3D-Drucks** könnten hier in einem inspirierenden Umfeld arbeiten, lehren und leben. Die „Woven City 2“ wäre die ideale Ergänzung für den Forschungs-, Bildungs- und Industriepark 4.0.



[Sehen Sie sich hier](#)  
**das Video von Toyota**  
**an**<sup>331</sup>

### C.2 Flaniermeile über der Spree



**Ponte Vecchio in Florenz**



**Goldene Brücke in Vietnam**



**Moskau, Sarjadje-Park, Brücke über der Moskwa**

Wer **Prag** besucht, muss die Karlsbrücke, eine der ältesten Steinbrücken Europas, gesehen und von hier aus den atemberaubenden Blick auf die Moldau und die Burg genossen haben. Es gibt kaum eine Tages- oder Nachtzeit, zu der sich nicht unzählige Menschen auf ihr tummeln. Die Tower Bridge in **London** ist weltweit bekannt und ein touristisches Highlight der Stadt. Die etwa 170 Jahre alte Széchenyi-Kettenbrücke ist das Wahrzeichen von Ungarns Hauptstadt **Budapest**. Hier finden regelmäßig Festivals, das Feuerwerk anlässlich des Nationalfeiertags und Laufwettbewerbe statt. **Venedig** lebt von seinem Charme, den die etwa 400 Brücken und Gondeln ausstrahlen. Wer Italien besucht und **Florenz** auf seiner Reiseroute hat, kommt um die bekannte Brücke Ponte Vecchio mit ihren darauf befindlichen Häusern nicht herum. Die 2018 eröffnete Goldene Brücke in **Vietnam** ist nicht nur ein architektonisches Sahnestück, sie bietet auch einen spektakulären Ausblick auf das umliegende Gebirge und begeistert unzählige Touristen. **Singapur** fasziniert Besucher mit einer Helix-Brücke und der Henderson Waves Fußgängerbrücke durch Baumkronen hindurch.

Seit 2017 können **Moskau-Besucher im Sarjadje-Park** auf einer scheinbar schwebenden Brücke über der Moskwa stehen und die Silhouette der Stadt mitsamt dem Kreml und der Christ-Erlöser-Kathedrale bestaunen.

**Berlin hat mit etwa 960 Brücken mehr als doppelt so viele Brücken wie Venedig**, doch kommt wohl kein Tourist auch nur wegen einer einzigen nach Berlin, obwohl es unter ihnen auch kunsthistorisch sehenswerte gibt. Lediglich die Oberbaumbrücke zwischen Kreuzberg und Friedrichshain und die Glienicker Brücke als Agentenaustauschort im Kalten Krieg genießen noch etwas Bekanntheitsgrad.





*Links: So könnte eine Fußgängerbrücke zwischen der Insel Stralau und dem Festland aussehen<sup>333</sup>*

**Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:**

Berlin sollte sein touristisches Potential als **Wasserstadt nutzen** und zum Beispiel die Insel Stralau mit dem Festland über ein spektakuläres Brückensystem verbinden. Als beleuchtete Fußgängerbrücken mit Hochseilbahn und Sky-Café wären sie Tag und Nacht ein Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt und Erholungsoase für gestresste Berliner. Finanziert werden sollte das Projekt über private Investoren.

Denkbar wäre auch eine **futuristisch anmutende Brücke, die eine Konzernzentrale** z. B. eines Finanzinstituts (siehe S. 119 f.) **beherbergt** und gleichzeitig mit Aussichtsplattform und Gastronomie für Fußgänger öffentlich nutzbar ist.

Etwas **mehr architektonische Kreativität** stünde Berlin auch **beim Neubau und Instandsetzen maroder Brücken** zu Gesicht. Ideen gibt es zur Genüge, z. B. von den jungen Gewinnern des „SC2012 Links: Bridging Rivers Competition“ des spanischen Architekturmagazins „Future Arquitecturas“ (arqfuture), dem Architekten Alexandre Chan, der für seinen Entwurf der Juscelino-Kubitschek-Brücke in der Hauptstadt Brasiliens die Gustav-Lindenthal-Medaille der International Bridge Conference erhielt<sup>333</sup>, oder den 80 Architektenteams, die am internationalen Wettbewerb für die neue Nine Elms Bridge in London 2015 teilgenommen hatten.<sup>334</sup> Der Neubau der Londoner Brücke finanziert sich im Übrigen aus Gemeinschaftsinfrastrukturabgaben der Anwohner und privatem Sponsoring.<sup>335</sup>



*Juscelino-Kubitschek-Brücke in der Hauptstadt von Brasilien*



*Entwurf für Nine Elms Bridge 2015*



*2. Platz " SC2012 Links: Bridging Rivers Competition"*

### C.3 City wiederbeleben und Geschäftsstraßen neu denken



Der **Einzelhandel** beklagt nicht erst seit der Corona-Krise einen wachsenden Umsatzverlust. Leerstände und ein Sterben der Innenstädte sind die Folge. Experten befürchten letztlich ein **Massensterben durch die mehrfachen Lockdowns**. „Es zeichnet sich eine Pleitewelle ab, wie wir sie noch nicht erlebt haben“, so der Handelsverband Deutschland HDE.<sup>338</sup> Branchenriesen des Online-Handels dagegen konnten selbst im Corona-Jahr 2020 einen beispiellosen Boom hinlegen. Amazon Deutschland vermeldete allein 33 Prozent mehr Umsatz im Vergleich zu 2019.<sup>339</sup> Einer Umfrage des Forschungsinstituts ibi research zufolge bieten nur 39 Prozent der Einzelhändler ihre Waren auch online über einen Webshop an.<sup>340</sup> Der Rest versucht, durch den herkömmlichen Weg zu überleben. Die Gründe dafür sind sicher verschieden, aber Zeit- und Personalressourcen sowie Berührungsängste mit dem digitalen Medium spielen gewiss eine Rolle. Doch einzig auf einen Webshop zu setzen wird nicht reichen, um die Einkaufsstraßen und Stadtkerne wieder zu beleben. **Berlins Einkaufsstraßen und Stadtkerne müssen sich neu erfinden, um die Menschen von ihrem heimischen PC hervorzulocken.** Den Überlebenskampf gewinnen die Innenstädte jedoch nicht, wenn sie lediglich den Platzhirsch nachahmen, sondern wenn die eigenen Vorteile und die Nachteile des Online-Handels optimal genutzt werden.

#### **Gesamtkonzept gesucht**

Ev Bangemann, Handelsexpertin der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, plädiert dafür, dass Städte statt allein auf den Handel auf eine **Mischung von Dienstleistungen, Wellness, Kultur und öffentlichen Einrichtungen** setzen sollten. Daneben bemängelt sie die Austauschbarkeit des Angebots, die immer gleichen Filialen. „Die Innenstädte müssen bunter werden.“<sup>341</sup> Auch der Handelsverband Deutschland HDE fordert in einem Elf-Punkte-Plan, dass die **Innenstädte attraktiver werden müssen**. Gesucht ist ein **Gesamtkonzept**, das die Erreichbarkeit, bezahlbare Mieten, attraktive Ankermieter, neue Angebote für Industrie und Handwerk, Leerstandsmanagement und das Ambiente mitberücksichtigt.<sup>342</sup>

Eine der elf Forderungen ist, dass ...

” ... wichtige städtebauliche Maßnahmen (Verkehrsführung, Baustellen, Ansiedlung von Frequenzbringern, Verbesserung der Aufenthaltsqualität etc.) [ ] konsequent auf die Wirkungen bezüglich des Handels und somit der Versorgung der Bevölkerung untersucht werden [müssen].“<sup>343</sup>

**ELF-PUNKTE-PLAN DES HANDELSVERBANDS DEUTSCHLAND - HDE**

**Ein Berliner Negativbeispiel verdeutlicht, was der HDE insbesondere mit der Verkehrsführung im Blick hat.** Seit Jahren beklagen die Einzelhändler in der **Friedrichstraße** stagnierende Umsätze. Nun hat der Senat beschlossen, Autos aus der Straße zu verbannen. Es hört sich nach Fußgängerzone an, ist es aber nicht. Denn der Senat will aus der Friedrichstraße eine Radfahr-Schnellstraße machen. Der Nutzen für die Einzelhändler ist gleich null, denn diese Umwandlung lädt weder zum Flanieren ein, noch bringt sie mehr Fußgänger zum Schaufensterbummeln.<sup>344</sup> Die Kosten für die Sperrung eines Teilstücks der Friedrichstraße in der ersten Projektphase bis 31. Januar 2021 belaufen sich auf mehr als eine Million Euro. Das ist eines der zahllosen Beispiele für Steuergeldverschwendung seitens Rot-Rot-Grün.<sup>345</sup>

Was es braucht, sind **Orte, die zum Verweilen einladen**, die Menschen begeistern, wo man gerne seine Freizeit verbringt, sich mit Freunden trifft und nebenbei shoppen kann.

” Weltweit und seit Jahrzehnten wird die Architektur gegen den Geschmack der Mehrheit von einem modernistischen Brutalismus beherrscht. Aber der notdürftig verkleidete Rohbau hat sich überall als Gift für die Demokratie, das Gemeinwohl, das öffentliche Leben und die Ökologie erwiesen. Die gebaute Umwelt braucht wieder ein menschliches Antlitz.“<sup>346</sup>

**LÉON KRIER** Architekt und Stadtplaner

Dazu gehören auch Plätze mit großzügiger Begrünung und Brunnen.



**Friedrichstraße mit Radfahrschnellstraße**

### **Mit Citymanagement gegen Leerstand und Wildwuchs**

Gesucht sind **Erlebnisräume**, die das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, die die Menschen emotional genauso ansprechen, wie sie die Grundversorgung sichern. Die bisherigen Planungen und Bestrebungen des Senats sind leider viel zu beschränkt an guten Ideen, als dass sie Besserung für den Handel bringen. Auf den Rückgang der Besucherzahlen in der wenig ansprechenden, lieblosen und ältesten Einkaufsstraße Berlins, der Wilmersdorfer Straße im westlichen Bezirk Charlottenburg, will man mit einer Verlängerung der Fußgängerzone reagieren.<sup>347</sup> Doch wird auch das die Menschen nicht dazu verleiten, ihr Einkaufsverhalten zu ändern.



**Berlins Geschäftsstraßen brauchen ein Citymanagement**, das sich um Leerstände kümmert und für eine ausgewogene und ansprechende Vielfalt von Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Grundversorgung sorgt. Ein Citymanagement ähnlich dem Management einer Mall, das dem Wildwuchs von 1-Euro-Shops und Handyläden durch gezieltes Anwerben attraktiver Ankermieter und geeigneter Einzelhändler entgegenwirkt und Eintönigkeit vermeidet. Es bringt **Vermieter und Mieter an einen Tisch**, um die Win-win-Effekte einer Partnerschaft herauszuarbeiten und dauerhaft bezahlbare Mieten zu erreichen.

„Ohne Zweifel gibt es in zentralen Innenstadtlagen teilweise deutlich überhöhte Mieten. Diese werden sinken müssen. (...) Vitale Innenstädte brauchen eine gesunde Mischung aller Branchen. Diese Erkenntnis muss sich auch in den Mieten niederschlagen. Deshalb sind die teilweise schon heute üblichen umsatzbezogenen Mieten sicherlich eine gute Entwicklung. Wenn der Handel die Mieten nicht mehr zahlen kann, wird er sich zurückziehen müssen. Andere gewerbliche Mieter werden noch weniger als der Handel in der Lage sein, hohe Mieten zu zahlen. Daher sollten die Vermieter ein Interesse an dauerhaften Mietbeziehungen mit dem Handel haben.“<sup>348</sup>



### „Karls“ macht's vor

Bis auf die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau verfügen die Berliner Bezirke bereits über eine Art Citymanagement, die bezirklichen Zentren- und Einzelhandelskonzepten zur Einzelhandelssteuerung.<sup>349</sup> Wenn der grün regierte Bezirk Mitte im Herbst 2019 allerdings erst prüfen muss, wie der Einzelhandelsbestand aussieht, obwohl das Zentren- und Einzelhandelskonzept seit Ende 2010 besteht, dann ist es um das Management schlecht bestellt.<sup>350</sup>

**Die Einkaufsstraßen Berlins brauchen ein wirkliches Management, das mit entsprechend qualifiziertem Personal ausgestattet ist.** Dieses sorgt sich auch um das **einheitliche Konzept eines Erlebnisraumes**, das Menschen anzieht und die Geschäftsstraße in eine Erlebnismeile verwandelt. Denn Erlebnis sowie Vielfalt und Komfort ist es, was den Deutschen in den Innenstädten fehlt, wie das Institut für Handelsforschung (IFH) in einer Umfrage 2018 herausfand.<sup>351</sup> Als Inspiration kann das Konzept des Familienunternehmens Karls Tourismus GmbH dienen, das innerhalb von nur wenigen Jahren unter dem Namen „Karls Erlebnis-Dorf“ mehrere landwirtschaftlich thematisierte Freizeitparks, darunter einen in Elstal bei Berlin, eröffnet hat. Bei kostenlosem Eintritt finanzieren sich die liebevoll und mit einem Augenzwinkern gestalteten Freizeitparks hauptsächlich über den Verkauf von großzügig präsentierten Produkten aus überwiegend eigener Produktion (Probiermöglichkeiten), während sie der gesamten Familie ein nachhaltiges Erlebnis mit „gläsernen“ Manufakturen, Gastronomie, Sport und Spiel bieten. Jährlich wächst die Zahl der Familien, die am Wochenende den Weg zu einem der Erlebnis-Dörfer auf sich nehmen und durch den Besuch der Gastronomie im mittleren Preisniveau und durch den Kauf zahlreicher Produkte zur Umsatzsteigerung beitragen. Die Umsatzsteigerung im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr betrug laut Geschäftsbericht fast 20 Prozent und übertraf die Erwartungen der Geschäftsleitung.<sup>352</sup>

**Das Management einer Einkaufsstraße sollte folgende erfolgreiche Punkte übernehmen:**

- a) Großzügigkeit, b) Freizeitgestaltung und Familien einbeziehen, c) Transparenz und d) attraktive räumliche Gestaltung.





- **Großzügigkeit ist ein Kundenmagnet**, sie baut Barrieren ab und kann Kunden überzeugen, ein bisher unbekanntes Produkt zu kaufen oder eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Einzelhändler der Lebensmittelbranche können beispielsweise gemeinsam Verkostungen, Kochkurse oder andere Attraktionen anbieten. Die Schüler einer in der City ansässigen Musikschule runden das Angebot mit einer Musikverkostung ab und ermöglichen Interessierten, sich selbst an einem Musikinstrument auszuprobieren. Die Modehändler organisieren eine Modenschau oder geben kostenlose Stil- und Typberatungen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.
- **Der Besuch der Einkaufsmeile muss zu einem Erlebnis werden**, für das es sich lohnt, nicht im Internet einzukaufen, selbst wenn es bedeutet, einen höheren Preis zu zahlen. Von Schlittschuhbahnen im Winter über großzügige In- und Outdoor-Spielbereiche mit für Kunden verbilligten Eintritten zu Fahrgeschäften bis hin zu Kreativwerkstätten, Science-Labs, öffentlicher Bibliothek und Wellnessangeboten, Möglichkeiten gibt es viele für alle Altersgruppen, ob Familie oder Single. Zur Familienfreundlichkeit gehört ein Betreuungsangebot für Kinder, wie es verschiedene Malls bereits anbieten, um Müttern den Luxus eines entspannten Einkaufsbummels mit oder ohne Freunde zu bieten.
- Im Bereich der digitalen Welt bedeutet **Transparenz eines Standortes**, dass das Citymanagement über eine **kundenoptimierte Webseite alle Gewerbetreibenden der Erlebnismeile und deren Nebenstraßen verzeichnet**, auf die Webshops einzelner Händler verlinkt bzw. **das Warensortiment insgesamt abbildet**. Nur so kann die Erlebnismeile gegenüber dem Online-Handel punkten und der gezielt suchende Kunde vorab entscheiden, welche Erlebnismeile für ihn infrage kommt. Eine zweite Transparenz sollte über offene Manufakturen geschaffen werden. Zahlreiche kreative Berliner bieten Kunden in ihren Läden die Möglichkeit, bei der Herstellung über die Schulter zu schauen. Das **Erlebnis einer „gläsernen“ Manufaktur** kann kein Internetshop bieten, weshalb auch solche Gewerbetreibende ins Portfolio aufgenommen werden sollten.



- Den Vorteil von **Freizeitgestaltung und geselligem Beisammensein** mit Freunden oder Familie kann die City nur bieten, wenn sie mit sauberen, einladenden und gemütlichen Plätzen lockt. Die aus Betonklötzen und Stahlbänken bestehende, eine Million Euro teure Begegnungszone in der Maaßenstraße in Schöneberg ist damit nicht gemeint.<sup>353</sup>



**Maaßenstraße, Schöneberg**

” Die gebaute Umwelt betrifft jeden täglich und überall. Dass sie von der Mehrheit der Menschen beliebigen Alters, beliebiger Herkunft, Religion, Klasse und Hautfarbe ästhetisch wertgeschätzt werden sollte, ist eine Binsenweisheit, wenn nicht sogar ein fundamentales Recht. (...) Nur wenige Menschen sind sich bewusst, wie stark das Gemeinwohl im Alltag von der Form der Städte und ihrer Bausubstanz, von Straßen und Plätzen geprägt wird.“<sup>354</sup>

**LÉON KRIER** Architekt und Stadtplaner

Die niederländische Studentin Djemie Brands hat im Rahmen ihrer Bachelorarbeit empirisch untersucht, welchen Einfluss eine Begrünung auf den Einzelhandel hat. Das Ergebnis: Kunden bleiben länger in Geschäften, deren Eingänge begrünt sind, und lassen dort mehr Geld zurück.<sup>355</sup>

Umsetzbar sind all diese Maßnahmen über einen „**Business Improvement District**“ (BID), auch „**Immobilien- und Standortgemeinschaft**“ (ISG) oder „**Interessengemeinschaft**“ (IG) genannt, einen Zusammenschluss von Grundeigentümern und Gewerbetreibenden eines Gebietes, die die Kosten zur Standortverbesserung gemeinsam schultern. Dieses aus Kanada stammende Erfolgsmodell wurde bisher in der Friedrichstraße, der Spandauer Altstadt und am Tauentzien sowie Ku’damm angewandt.<sup>356</sup>

### *Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:*

Die Einkaufsstraßen Berlins brauchen ein **privat organisiertes und finanziertes Citymanagement**, das sich um Leerstände kümmert und für eine ausgewogene und ansprechende Mischung von Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Grundversorgung sorgt. Gleichzeitig setzt es ein **einheitliches Konzept eines Erlebnisraumes** um, das Menschen anzieht und die Geschäftsstraße in eine Erlebnismeile verwandelt.

Erreicht wird das neue Konzept über Maßnahmen der Großzügigkeit, Freizeitgestaltung, Familienfreundlichkeit, digitale, nutzerfreundliche Sichtbarkeit, „gläserne“ Manufakturen, öffentliche Einrichtungen und attraktive räumliche Gestaltung durch einen „**Business Improvement District**“ (BID), eine „Immobilien- und Standortgemeinschaft“ (ISG) bzw. „Interessengemeinschaft“ (IG).

**Der öffentliche Raum ist die wichtigste physische Manifestation des Gemeinwohls.** Innenstadtgestaltung und Architektur müssen sich wieder an den Bedürfnissen und den ästhetischen Ansprüchen der Menschen orientieren und nicht an einer modernistischen, von einer kleinen Elite propagierten architektonischen Dystopie, die von einem ästhetischen Analphabetismus zeugt.

## C.4 Modernes, sauberes und sicheres S- und U-Bahn-Netz als Highlight für Wirtschaft und Tourismus ausbauen

Berlin hat mit seinem weit verzweigten und teils historischen S- und U-Bahn-Netz einen Vorteil gegenüber erst in jüngster Zeit entstandenen Metropolen wie Dubai. Dort bräuchte man viele Jahre, um ein ähnliches Netz aufzubauen. Leider nutzt Berlin dieses wertvolle Asset nicht und lässt es teils verkommen, verschmutzen und ideenlos dahinvegetieren. Neue Bahnhöfe wie die U-Bahnstation „Bundestag“ wirken leblos, steril und einsam. Dabei bietet es sich an, das **Netz als Highlight für Tourismus und Wirtschaft zu nutzen.**

Stockholms U-Bahn zählt zu den größten Kunstgalerien der Welt und Moskaus U-Bahn-Stationen gleichen mit reichen Verzierungen, Mosaiken und ihrer Größe gar unterirdischen Palästen. Es sind **Sehenswürdigkeiten, die sich kein Tourist entgehen lässt.** Sie zeigen, Verkehr muss nicht nur funktional sein und in kühlem, rationalen Design daherkommen. Vielmehr kann er mit Erfindergeist und Experimentierfreude sogar zu einer Attraktion werden, die Besucher anlockt.

### ***Berliner U-System neu denken***

Der Sternenhimmel mit fast 7.000 kleinen Lichtern am geplanten U-Bahnhof „Museumsinsel“ geht zwar schon in diese Richtung, ist aber noch zu wenig ambitioniert und wird kaum der Magnet für Besucherströme sein.<sup>357</sup>

Denkbar wären vielmehr auf besonderen Strecken und/oder zu bestimmten Tageszeiten **Lichtinstallationen in den Tunneln** zwischen den Bahnhöfen. So könnte eine U-Bahn-Fahrt zu einem Taucherlebnis mit Meerestieren, zu einer Reise ins Weltall oder in ein Fabrikinneres werden. Deutsche Informatik- und Technikfirmen können mit diesem Projekt ihr Know-how unter Beweis stellen und es unter Kostenbeteiligung als Imagewerbung betrachten.



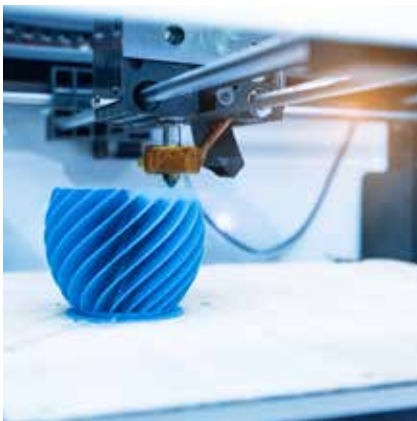
***U-Bahn-Stationen in Stockholm (o.) und Moskau (u.)***







**Beispielhafte Fotocollage:  
Präsentation eines 3D-Druck  
Unternehmens für Flugzeugteile  
und Flugzeuge sowie neue Züge**



Für die Wirtschaft könnten die **zahllosen leeren und seelenlosen Stationen als Ausstellungsort und Messegelände** genutzt werden. Wird einem Unternehmen wie Siemens oder Toyota oder einem Unternehmensverbund einer Branche beispielsweise eine gesamte U-Bahn-Station für ein oder mehrere Jahre zur Verfügung gestellt, könnten hier die Erfindungen im KI-Bereich, in der Medizintechnik oder der Mobilität von morgen präsentiert werden und die Bahnhöfe würden durch die Investitionen aufgewertet. Es würde eine **Berliner Anerkennungskultur** entstehen und dazu beitragen, dass die Innovationen auch für diejenigen sichtbar werden, die kein technisches Museum oder Science Lab besuchen. Insbesondere Kinder können so spielerisch eine Liebe zur Technik entwickeln. Gleichzeitig könnte es sich als zusätzlicher Standortvorteil etablieren, um Unternehmen nach Berlin zu ziehen. Andererseits würden den Berlinern eine große Palette an Berufen vorgestellt und Nachwuchskräfte schon früh begeistert. **Anstatt verwaiste Häuschen und Flächen für ehemaliges Bahnpersonal auf den Stationen ungenutzt zu lassen oder dem x-ten Kioskbetreiber zu vermieten, könnten hier technologieorientierte Firmen ihre Hightech-Produkte zum Anfassen vorstellen.** Wer würde nicht gerne einem 3D-Drucker bei der Arbeit zusehen oder einen modernen Industrieroboter bestaunen?

Besonders großzügig gehaltene Stationen wie am Bundestag, Rathaus Spandau, Potsdamer Platz oder Hermannplatz bieten sich z. B. für eine ganze Branche an.





**Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:**

- Das Berliner S- und U-Bahn-Netz muss als **Highlight für Wirtschaft und Tourismus** neu gedacht und entsprechend um- und ausgestaltet werden. Eine touristische Attraktion wären **Lichtinstallationen in den Tunneln** zwischen den Bahnhöfen, die z. B. die Fahrt zu einer Reise in die Unterwasserwelt oder ins Weltall werden lassen. Bahnstationen selbst könnten **technologieorientierten Firmen als Ausstellungsort und Werbefläche** dienen.
- Die Grundvoraussetzung, damit dieses Vorhaben gelingt, ist eine **Abkehr vom bisherigen schmutzigen, unsicheren und altmodischen Zustand vieler Stationen, S- und U-Bahn-Fahrzeuge**. In Sachen Sauberkeit, Sicherheit und Moderne muss Berlin Singapur nacheifern, damit dieses Asset zu einem Schmuckstück und damit zu einer Sehenswürdigkeit wird.



*Singapur MRT Metro (oben re., mitte re, unten)*



### C.5 „Maker-Space“ und „Kinder-Universität“ zu nachhaltiger Technologie, Umwelt und Energie

Die Themen Energie und Umwelt sind heute in aller Munde. Insbesondere die Jugend ist von einer Klimahysterie befallen, sodass es sie einmal wöchentlich auf die Straße treibt, um nicht die Schulbank drücken zu müssen. **Statt das Bildungsniveau der Jugend durch solche Aktionen noch weiter zu senken, sollte dieses Interesse zu ihrem eigenen und zum Wohle der Gesellschaft in Richtung Technik, Wirtschaft und Wissenschaft kanalisiert werden.** Wir brauchen einen stetigen Nachwuchs an Erfindern für nachhaltige Technologien, Energie und Umwelt und sollten dafür die schon vorhandene Begeisterung und die Energie der Jugend nutzen.

Statt auf sperrige herkömmliche Photovoltaikmodule zu setzen, die wertvolle Ackerflächen in Beschlag nehmen oder nicht auf denkmalgeschützte Gebäude passen, hat das deutsche Unternehmen autarq kleine Solardachziegel erfunden, die im Falle eines Brandes nicht einmal für die Feuerwehr problematisch sind.<sup>358</sup> Das deutsche Start-up Biofabrik hat eine Methode erfunden, um Plastikmüll wieder in wertvollen Kraftstoff zu verwandeln, und ist dabei sogar sehr effizient: „*Ein Kilo Plastik ergibt etwa einen Liter Kraftstoff*“, so der Gründer und Geschäftsführer Oliver Riedel.<sup>359</sup> Die Flugzeugbauer tüfteln an Passagierflugzeugen mit Solar- oder Wasserstoffantrieb, und auch die Autoindustrie forscht und erprobt alternative Antriebssysteme. **Für all diese Erfindungen und innovativen Produkte hoher Wertschöpfung, die den Wohlstand zukünftiger Generationen sichern, brauchen wir keine Schulschwänzer, sondern kluge Köpfe.**

**Ein moderner Lernort („Maker-Space“) und eine Forschungswerkstatt („Kinder-Universität“) zu den Themen nachhaltige Technologie, Energie und Umwelt** zum Beispiel im **Treptower Park** können diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit Stiftungen und Bildungsträgern erfüllen. Zusätzlich sollte Berlin einen internationalen, **prestigeträchtigen Jugend-Erfinder-Wettbewerb zusammen mit der Berliner Industrie und Wirtschaft** ausloben, bei dem die Preisträger der teilnehmenden Länder alljährlich ihre Erfindungen auf einer Messe in diesem Gebäude vorstellen. Führungskräfte aus Industrie und Wirtschaft sind als Mitveranstalter zu dieser Preisverleihung eingeladen und können für neue Ideen und um Köpfe werben.<sup>360</sup> Anders als der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte „Bundes UmweltWettbewerb“ würde dieser Wettbewerb kluge Köpfe aller Länder ansprechen, sich auf



technische Innovationen konzentrieren und die Verbindung zur Industrie schlagen.<sup>361</sup>

Die von privaten Investoren betriebene „Kinder-Universität“ sollte sich selbst finanzieren. Dies ist über aufregende Gastronomie und Hotellerie sowie über Gewerbe- und Wohneinheiten möglich, die smarte Technologien anwenden und erlebbar machen. Dubai hat 2020 ein „Museum der Zukunft“ in eindrucksvollem Design eröffnet. Es soll als „Brutstätte für Ideen, eine treibende Kraft für Innovation und eine Zieladresse für Erfinder und Unternehmer aus aller Welt sein.“<sup>362</sup> Berlin darf anderen internationalen Metropolen nicht noch mehr hinterherhinken. **Deshalb muss auch der Berliner „Maker-Space“ die Menschen in seiner Architektur begeistern** und sie nicht unberührt lassen.



” Leider muss ich sagen: Die meiste umweltfreundliche Architektur ist wirklich ziemlich hässlich. Sie ist zwar nach gängigen Öko-Standards gebaut und gilt als nachhaltig, aber sie ist völlig banal. Sie hat überhaupt kein ästhetisches Interesse, sie verbraucht einfach nur weniger Energie.“ <sup>363</sup>

**JAMES WINES** amerikanischer Architekt und Pionier umweltfreundlicher Architektur

Entsprechend seiner Ausrichtung sollte das Gebäude auch zukunftsorientierte Wissenschaft und Technik ausstrahlen. **Dafür steht die Farbe blau.**

**Die AfD-Fraktion in der Hauptstadt fordert:**

- Berlin braucht einen auch architektonisch ansprechenden „Maker-Space“ mit „Kinder-Universität“ und international prestigeträchtigem **Jugend-Spitzenwettbewerb zu nachhaltigen Technologien, Energie und Umwelt**, einer „Berlinale für internationale Hightech“, um die Tatkraft und das Interesse der Jugend an diesen Themen zum Wohle aller in Richtung Erfindergeist statt Schulschwänzen zu kanalisieren.



## IV Fazit

**Vom Erfolg des „Blue Deal 2030“ hängt die Zukunft Berlins, der Hauptstadtmetropolregion und seiner Bevölkerung ab.** Er wird aber nicht vom Himmel fallen, sondern die Einsatzbereitschaft und den Willen zur Veränderung von jedem Einzelnen benötigen.

Wenn dieser Geschäftsplan nicht verwirklicht werden kann, dann wird Berlin weiter unter dem Joch einer unfähigen Regierung zu leiden haben.



**Frank-Christian Hansel, MdB**  
**Parlamentarischer Geschäftsführer**  
**der AfD-Hauptstadtfraktion**  
**Vorsitzender des Ausschusses für**  
**Wirtschaft, Energie und Betriebe**  
**im Abgeordnetenhaus von Berlin**

” *Berlin ist heute eine der wohl am schlechtesten regierten Hauptstädte Europas. Das Wegschauen bei Kriminalität, das Zulassen von Hausbesetzungen und die Ausbreitung der Clankriminalität – wo immer man hinschaut: Berlin ist eine dysfunktionale Stadt, ein ‚failed state‘.“* <sup>364</sup>

**WOLFGANG REITZLE** Top-Manager und Chairman des Dax-Unternehmens Linde plc

Vom Wohlstand, den frühere Generationen einst angehäuft haben, wird Berlin noch eine Weile zehren können, doch in der Zwischenzeit verlieren wir immer weiter den Anschluss an die Weltspitze. Ein Aufholen gerät dann in weite Ferne und lässt uns zum blinden Konsumenten degradieren. Immer mehr der noch verbliebenen klugen Köpfe werden der Hauptstadt und womöglich Deutschland den Rücken kehren, und ein Stadtbild der Verwahrlosung wird zunehmend Einzug halten. Dekadenz, ob siechend oder schnell, Mittelmaß oder Armut, keines dieser Szenarien ist für uns, unsere Kinder oder Enkel attraktiv.

**Noch kann man das Ruder herumreißen und den Tanker wieder auf Volldampf voraus bringen. Wir als AfD-Fraktion in der Hauptstadt haben das Ziel, die Ideen und den Mut dazu.**

## Endnoten

- 1 Vgl. Focus online (Hrsg.): *Institut der deutschen Wirtschaft. Studie zu EU-Hauptstädten: Nur Berlin zieht die Wirtschaft im Land nach unten*, 22.8.2020, URL: [https://www.focus.de/finanzen/news/institut-der-deutschen-wirtschaft-neue-studie-berlin-zieht-deutschland-nach-unten\\_id\\_12348651.html](https://www.focus.de/finanzen/news/institut-der-deutschen-wirtschaft-neue-studie-berlin-zieht-deutschland-nach-unten_id_12348651.html) (Stand: 2.2.2021); vgl. auch Eckert, Daniel: „*Berlins Aufholjagd*“ – *Plötzlich macht die Hauptstadt Deutschland stärker*, 20.8.2020, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article213976472/BIP-pro-Kopf-Plotzlich-macht-Berlin-Deutschland-staerker.html> (Stand: 2.2.2021).
- 2 Suhr, Frauke: *Der deutschen Wirtschaft ginge es besser ohne Berlin*, 24.8.2020, URL: <https://de.statista.com/infografik/22670/bedeutung-der-hauptstaedte-fuer-die-wirtschaft-in-europa> (Stand: 3.2.2021).
- 3 Vgl. Statista: *Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2019*, März 2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73061/umfrage/bundeslaender-im-vergleich--bruttoinlandsprodukt> (Stand: 3.2.2021).
- 4 Ebd.
- 5 Metzner, Thorsten: *Verhandlungen über Teslas Megafabrik. Gut, dass Brandenburg Berlin außen vor gelassen hat*, 13.11.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/verhandlungen-ueber-teslas-megafabrik-gut-dass-brandenburg-berlin-aussen-vor-gelassen-hat/25222636.html> (Stand: 2.2.2021).
- 6 Vgl. German.China.org.cn (Hrsg.): *Shanghai ist erste chinesische Stadt mit mehr als drei Billionen Yuan BIP*, 21.1.2018, URL: [http://german.china.org.cn/txt/2018-01/21/content\\_50261171.htm](http://german.china.org.cn/txt/2018-01/21/content_50261171.htm) (Stand: 3.2.2021); vgl. auch ders.: *Chinas zehn Städte mit dem höchsten BIP 2018*, 11.2.2019, URL: [http://german.china.org.cn/txt/2019-02/11/content\\_74454463\\_0.htm](http://german.china.org.cn/txt/2019-02/11/content_74454463_0.htm) (Stand: 3.2.2021); vgl. auch Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (Hrsg.): *Wirtschaftsleistung. Bruttoinlandsprodukt. Entwicklung in Berlin im Vergleich mit Deutschland*, Mai 2020, URL: [https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/konjunktur-und-statistik/wirtschaftsdaten/wirtschaftsleistung/a\\_01\\_2019.pdf](https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/konjunktur-und-statistik/wirtschaftsdaten/wirtschaftsleistung/a_01_2019.pdf) (Stand: 3.2.2021).
- 7 Vgl. Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) (Hrsg.): *Arbeitsmarktbericht Berlin-Brandenburg*, Dezember 2020, URL: [https://www.uvb-online.de/de/system/files/downloads\\_und\\_vorschaubilder/12dezember2020.pdf](https://www.uvb-online.de/de/system/files/downloads_und_vorschaubilder/12dezember2020.pdf) (Stand: 4.2.2021).
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Vgl. Statista (Hrsg.): *Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2019*, August 2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefaehrungsquoten-in-den-bundeslaendern> (Stand: 3.2.2021).
- 11 Ebd.

- 12 Vgl. UVB (Hrsg.): *Arbeitsmarktbericht Berlin-Brandenburg*, Dezember 2020, URL: [https://www.uvb-online.de/de/system/files/downloads\\_und\\_vorschau-bilder/11november2020.pdf](https://www.uvb-online.de/de/system/files/downloads_und_vorschau-bilder/11november2020.pdf) (Stand: 3.2.2021), S. 2; vgl. auch ders.: *Arbeitsmarktbericht Berlin-Brandenburg*, Dezember 2019, URL: <https://www.uvb-online.de/de/system/files/12dezember2019.pdf> (Stand: 3.2.2021), S. 4.
- 13 Ebd.
- 14 Vgl. Leinemann, Susanne: *Berlin rutscht in Bildungsranking auf letzten Platz ab*, 15.8.2019, URL: <https://www.morgenpost.de/berlin/article226784023/INSM-Bildungsmonitor-Berlin-landet-bei-Laenderranking-auf-letztem-Platz.html> (Stand: 4.2.2021).
- 15 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (Hrsg.): *Bildungssysteme: Mehr Rückschritte als Fortschritte, 15.8.2019*, URL: <https://www.iwd.de/artikel/bildungssysteme-mehr-rueckschritte-als-fortschritte-439558> (Stand: 4.2.2021).
- 16 Leinemann, Susanne: *Berlin rutscht in Bildungsranking auf letzten Platz ab*, a. a. O.
- 17 Vgl. Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin (Hrsg.): *Berlin und seine Wirtschaft: Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft. Lehren und Erkenntnisse*, Berlin 1987, S. 3.
- 18 Vgl. Claus, Dagmar: *Berliner Nobelpreisträger*, URL: <https://berlingeschichte.de/bms/bmstxt96/9612proa.htm> (Stand: 5.2.2021).
- 19 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 2008, S. 67.
- 20 Vgl. Lesniak, Stephan: *Wirtschaftsentwicklung der Republik Singapur*, URL: <http://direct-china.de/singapore.html> (Stand: 6.2.2021).
- 21 Vgl. Statista (Hrsg.): *Singapur: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2019 und Prognosen bis 2025*, Oktober 2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/321751/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-singapur> (Stand: 6.2.2021); vgl. auch Wikipedia: *Liste der Städte nach Bruttoinlandsprodukt*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_St%C3%A4dte\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_St%C3%A4dte_nach_Bruttoinlandsprodukt) (Stand: 6.2.2021).
- 22 Vgl. Lesniak, Stephan: *Wirtschaftsentwicklung der Republik Singapur*, a. a. O.
- 23 Vgl. WirtschaftsWoche (Hrsg.): *Global. Singapur. Ansichten eines Stadtstaates*, 1/2015, URL: [https://www.holtzbrinck-schule.de/files/content/documents/wiwo\\_singapore.pdf](https://www.holtzbrinck-schule.de/files/content/documents/wiwo_singapore.pdf) (Stand: 12.4.2021), S. 13; vgl. auch Statista (Hrsg.): *Bruttonationaleinkommen pro Kopf in Deutschland von 1991 bis 2020*, Februar 2021, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161330/umfrage/entwicklung-des-bruttonationaleinkommens-bne-in-deutschland-pro-kopf> (Stand: 12.4.2021).
- 24 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 88.
- 25 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 13.
- 26 Vgl. IW (Hrsg.): *Die Fachkräftelücke schrumpft*, 16.6.2020, URL: <https://www.iwd.de/artikel/die-fachkraefteluecke-schrumpft-472379> (Stand: 7.2.2021).



## ENDNOTEN

---

- 27 Suhr, Frauke: *Informatiker dringend gesucht*, 20.11.2019, URL: <https://de.statista.com/infografik/20030/fachkraeftemangel-in-mint-berufen> (Stand: 7.2.2021).
- 28 Vgl. UVB (Hrsg.): *Die Lücke ist groß wie nie: Fast 9.000 MINT-Fachleute fehlen in Berlin und Brandenburg*, 28.11.2018, URL: <https://www.uvb-online.de/de/die-luecke-ist-gross-wie-nie-fast-9000-mint-fachleute-fehlen-berlin-und-brandenburg> (Stand: 7.2.2021).
- 29 Ebd.
- 30 Spiegel online (Hrsg.): *Bertelsmann Stiftung. Fachkräftemangel bleibt trotz Pandemie ein Problem*, 19.1.2021, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bertelsmann-stiftung-fachkraeftemangel-bleibt-trotz-corona-ein-problem-a-9fc7c5c3-f18f-48c3-b183-704839f3f8ce> (Stand: 7.2.2021).
- 31 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 16, 23.
- 32 Vgl. Wikipedia: *Ease of Doing Business Index*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Ease\\_of\\_Doing\\_Business\\_Index](https://de.wikipedia.org/wiki/Ease_of_Doing_Business_Index) (Stand: 9.2.2021).
- 33 Amsinck, Christian: *„Siemensstadt 2.0 kann eine Blaupause sein“*, 16.10.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-7-siemensstadt-2-0-kann-eine-blaupause-sein/26267904.html> (Stand: 9.2.2021).
- 34 Schönball, Ralf: *Bauindustrie-Chef warnt vor Rezession. „Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft“*, 21.5.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bauindustrie-chef-warnt-vor-rezession-berlins-politik-arbeitet-gegen-die-bauwirtschaft/25844160.html> (Stand: 9.2.2021).
- 35 Vgl. Amsinck, Christian: *„Siemensstadt 2.0 kann eine Blaupause sein“*, a. a. O.
- 36 UVB (Hrsg.): *2021 ist das Jahr der Entscheidungen*, Berlin 6.1.2021, URL: <https://www.uvb-online.de/de/uvb-2021-ist-das-jahr-der-entscheidungen> (Stand: 9.2.2021).
- 37 Vgl. Onken, Henning: *Image-Kampagne. Senat hat seinen Berlin-Slogan gefunden*, 22.2.2008, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/image-kampagne-senat-hat-seinen-berlin-slogan-gefunden/1173004.html> (Stand: 10.2.2021).
- 38 Vgl. Beitzer, Hannah, Caspar Busse: *Arm und arrogant*, 1.11.2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/berlin-arm-und-arrogant-1.4193122> (Stand: 10.2.2021).
- 39 Vgl. Wikipedia: *Liste der Länder nach historischer Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_historischer\\_Entwicklung\\_des\\_Bruttoinlandsprodukts\\_pro\\_Kopf](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_historischer_Entwicklung_des_Bruttoinlandsprodukts_pro_Kopf) (Stand: 10.2.2021).
- 40 Vgl. Statista (Hrsg.): *Die 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2019*, Oktober 2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166224/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt-pro-kopf> (Stand: 10.2.2021).
- 41 Ebd.
- 42 Vgl. Wieser, Sarah: *In diesen 10 deutschen Städten boomt die Wirtschaft*, 27.11.2019, URL: <https://www.produktion.de/wirtschaft/in-diesen-10-deutschen-staedten-boomt-die-wirtschaft-227.html> (Stand: 10.2.2021).
- 43 Ebd.

- 44 Vgl. ebd.
- 45 Suhr, Frauke: *Das sind Deutschlands wirtschaftsstärkste Städte*, 25.11.2019, URL: <https://de.statista.com/infografik/20088/staedteranking-nach-standort-faktoren-in-deutschland> (Stand: 10.2.2021).
- 46 Vgl. IW Consult u.a. (Hrsg.): *Berlin im Städteranking 2019*, URL: [https://www.iwconsult.de/fileadmin/user\\_upload/projekte/2019/Staedteranking\\_2019/Berlin.pdf](https://www.iwconsult.de/fileadmin/user_upload/projekte/2019/Staedteranking_2019/Berlin.pdf) (Stand: 10.2.2021).
- 47 Vgl. ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Vgl. WirtschaftsWoche (Hrsg.): *Städteranking 2020. Deutschlands zukunfts-fähigste Städte*, 26.11.2020, URL: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/staedteranking-2020-deutschlands-zukunftsfaeigste-staedte/26612330.html> (Stand: 10.2.2021).
- 50 Vgl. Kowalski, Matthias: *Das Ranking der Regionen und Städte*, 18.2.2018, URL: [https://www.focus.de/immobilien/kaufen/staedte-und-regionen-wo-deutschland-am-staerksten-ist\\_id\\_8442354.html](https://www.focus.de/immobilien/kaufen/staedte-und-regionen-wo-deutschland-am-staerksten-ist_id_8442354.html) (Stand: 10.2.2021).
- 51 Ebd.
- 52 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): *Statistischer Bericht (P I 1 – j / 20). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Land Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2020*, März 2021, URL: [https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat\\_berichte/2021/SB\\_P01-01-00\\_2020j01\\_BE.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2021/SB_P01-01-00_2020j01_BE.pdf) (Stand: 11.4.2021), S. 6.; vgl. auch Eckart, Daniel: *„Berlins Aufholjagd“ – Plötzlich macht die Hauptstadt Deutschland stärker*, a. a. O.
- 53 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Industrie in Berlin - Der heimliche Star der Wirtschaft*, URL: [2018-06-position-industriepolitik-data.pdf](https://www.ihk-berlin.de/position-industriepolitik-data.pdf) (Stand: 11.2.2021).
- 54 Vgl. ebd.; vgl. auch IHK Berlin (Hrsg.): *Wirtschaftsentwicklung und -struktur*, URL: <https://www.ihk-berlin.de/politische-positionen-und-statistiken-kanal/zahlenundfakten/highcharts-berliner-wirtschaft-in-zahlen/wirtschaftsentwicklung-und-struktur-2261080> (Stand: 11.2.2021).
- 55 IHK Berlin (Hrsg.): *Wirtschaftsentwicklung und -struktur*, a. a. O.
- 56 Vgl. Arbeitskreis der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Konjunkturbericht Jahresbeginn 2021. Die wirtschaftliche Lage in der Metropolregion Berlin-Brandenburg*, Januar 2021, URL: <https://www.ihk-berlin.de/konjunktur> (Stand: 11.2.2021).
- 57 Vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (Hrsg.): *Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtrags-haushaltsgesetz 2020 – NHG 20) hier: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg*, Bericht vom 1.2.2021, rote Nummer 3378, URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Hauptvorgang/h18-3378-v.pdf> (Stand: 11.2.2021), S. 1.

## ENDNOTEN

---

- 58 Vgl. ebd.
- 59 Vgl. Nestler, Christian: *Berliner Wirtschaft in Zahlen aktuell: Unternehmen stemmen sich gegen Corona*, URL: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/4956442/8e2bf725e81fdf69cfcb26b-47c563ef1/2020-11-23-bw-in-zahlen-aktuell-data.pdf> (Stand: 11.2.2021), S. 1.
- 60 Ebd.
- 61 Vgl. ebd.
- 62 Ebd.
- 63 Vgl. Frese, Alfons: *Führungswechsel bei der Messe Berlin. Göke geht zu Gegenbauer*, 28.12.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fuehrungswechsel-bei-der-messe-berlin-goeke-geht-zu-gegenbauer/26751920.html> (Stand: 11.2.2021).
- 64 Vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (Hrsg.): *Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20) hier: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg*, a. a. O.; vgl. auch Böhning, Björn: *„Berlin braucht dringend ein neues Modell der Wertschöpfung“*, 8.10.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-3-berlin-braucht-dringend-ein-neues-modell-der-wertschoepfung/26250214.html> (Stand: 11.2.2021).
- 65 Amsinck, Christian: *„Siemensstadt 2.0 kann eine Blaupause sein“*, a. a. O.
- 66 UVB (Hrsg.): *Industrie und Innovation*, URL: <https://www.uvb-online.de/de/themen/wirtschaftspolitik/industrie-und-innovation> (Stand 11.2.2021).
- 67 Vgl. Böhning, Björn: *„Berlin braucht dringend ein neues Modell der Wertschöpfung“*, a. a. O.
- 68 UVB (Hrsg.): *Industrie und Innovation*, a. a. O.; vgl. auch IHK Berlin: *Industrie in Berlin - Der heimliche Star der Wirtschaft*, a. a. O.
- 69 Vgl. Hüther, Michael: *Land ohne Richtung*, 27.1.2020, URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-land-ohne-richtung.html> (Stand: 12.2.2021); vgl. auch IHK Berlin (Hrsg.): *Industrie in Berlin - Der heimliche Star der Wirtschaft*, a. a. O.; vgl. auch UVB (Hrsg.): *Industrie und Innovation*, a. a. O.
- 70 Senatskanzlei (Hrsg.): *Steuerungskreis Industriepolitik tagt: abgestimmt auf die wirtschaftliche Sondersituation in Berlin reagieren*, Pressemitteilung vom 12.06.2020, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.954725.php> (Stand: 12.2.2021)
- 71 IHK Berlin (Hrsg.): *Industrie in Berlin - Der heimliche Star der Wirtschaft*, a. a. O.
- 72 Vgl. Aigner, Gunnar: *Die wirtschaftliche Entwicklung Singapurs seit der Unabhängigkeit 1965*, Magisterarbeit, 1997, S. 3, URL: <https://www.diplom.de/document/216691> (Stand: 12.2.2021).
- 73 Vgl. Kemper, Werner: *Wirtschaftsstruktur - Singapur. Mit nur zwei Sektoren äußerst erfolgreich*, Juli 2018, URL: <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsstruktur/singapur/wirtschaftsstruktur-singapur-14586> (Stand: 12.2.2021);

- vgl. auch Wikipedia: *Liste der Länder nach Wirtschaftsstruktur*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Länder\\_nach\\_Wirtschaftsstruktur](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_Wirtschaftsstruktur) (Stand: 12.2.2021).
- 74 Vgl. Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft (Hrsg.): *2020 München. Der Wirtschaftsstandort. Fakten und Zahlen*, Februar 2020, URL: [http://www.wirtschaft-muenchen.de/publikationen/pdfs/de\\_factsandfigures\\_2020.pdf](http://www.wirtschaft-muenchen.de/publikationen/pdfs/de_factsandfigures_2020.pdf) (Stand: 12.2.2021), S. 10.
- 75 Ebd.
- 76 Vgl. Ksienrzyk, Lisa: *Alle 14 Stunden wird in Berlin ein neues Startup gegründet*, 18.3.2019, URL: <https://www.businessinsider.de/gruenderszene/perspektive/startupdetector-berlin-neugruendungen-2018> (Stand: 12.2.2021).
- 77 Ksienrzyk, Lisa: *Alle 14 Stunden wird in Berlin ein neues Startup gegründet*, a. a. O.
- 78 Álvarez, Sonja: *Neue Kampagne soll Industrie nach Berlin locken*, 25.4.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/standortfoerderung-neue-kampagne-soll-industrie-nach-berlin-locken/21214376.html> (Stand: 12.2.2021).
- 79 Vgl. ebd.
- 80 Beitzer, Hannah, Caspar Busse: *Arm und arrogant*, a. a. O.
- 81 Vgl. ebd.
- 82 Vgl. Neuhaus, Carla: *Nach Streit mit dem Senat. Hypoport verlegt Hauptsitz von Berlin nach Lübeck*, 11.4.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nach-streit-mit-dem-senat-hypoport-verlegt-hauptsitz-von-berlin-nach-luebeck/24204874.html> (Stand: 13.2.2021); vgl. auch ders.: *Streit um Firmenzentrale. Wie Berlins Senat eine Vorzeigefirma vergrault*, 10.6.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/streit-um-firmenzentrale-wie-berlins-senat-eine-vorzeigefirma-vergrault/22667186.html> (Stand: 13.2.2021).
- 83 Neuhaus, Carla: *Nach Streit mit dem Senat. Hypoport verlegt Hauptsitz von Berlin nach Lübeck*, a. a. O.
- 84 Neuhaus, Carla: *Streit um Firmenzentrale. Wie Berlins Senat eine Vorzeigefirma vergrault*, a. a. O.
- 85 Neuhaus, Carla: *Nach Streit mit dem Senat. Hypoport verlegt Hauptsitz von Berlin nach Lübeck*, a. a. O.
- 86 Vgl. Beitzer, Hannah, Caspar Busse: *Arm und arrogant*, a. a. O.
- 87 Senatskanzlei (Hrsg.): *Steuerungskreis Industriepolitik tagt im Roten Rathaus*, Pressemitteilung vom 16.05.2019, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.811774.php> (Stand: 13.2.2021); vgl. auch Álvarez, Sonja: *Neue Kampagne soll Industrie nach Berlin locken*, a. a. O.

- 88 Senatskanzlei (Hrsg.): *Steuerungskreis Industriepolitik tagte im CityLAB – Unterstützung der Berliner Bewerbung um die Internationale Automobil-Ausstellung*, Pressemitteilung vom 02.12.2019, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.871405.php> (Stand: 13.2.2021).
- 89 Frese, Alfons: *Fünf Jahre Berliner Steuerungskreis Industriepolitik. Warten auf zündende Ideen*, 9.3.2015, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fuenf-jahre-berliner-steuerungskreis-industriepolitik-warten-auf-zuendende-ideen/11474890.html> (Stand: 13.2.2021).
- 90 Vgl. Bruns, Hildburg: *Automesse geht nach München. So verspielte Berlin die IAA*, 4.3.2020, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/berlin-verspielt-die-iaa-weil-wirtschafts-senatorin-pop-keine-hilfe-war> (Stand: 13.2.2021); vgl. auch ders: *Fashion Week teilweise nach Frankfurt, IAA kommt auch nicht. Jetzt will Senatorin Pop Messen mit Geld nach Berlin locken*, 8.6.2020, URL: <https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/fashion-week-weg-keine-iaa-jetzt-will-berlin-messen-mit-geld-locken-71140466.bild.html> (Stand: 13.2.2021); vgl. auch Frese, Alfons: *Ideologie statt Pragmatismus. Die IAA-Niederlage legt die Schwächen von Rot-Rot-Grün in Berlin offen*, 7.3.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ideologie-statt-pragmatismus-die-iaa-niederlage-legt-die-schwaechen-von-rot-rot-gruen-in-berlin-offen/25618720.html> (Stand: 13.2.2021).
- 91 Vgl. Frese, Alfons: *Ideologie statt Pragmatismus. Die IAA-Niederlage legt die Schwächen von Rot-Rot-Grün in Berlin offen*, a. a. O.; vgl. auch Ortmann, Jörg, Sulzer, Thomas: *„Fashion Week“ ab 2021 in Hessen. Frankfurt schnappt Berlin Mode-Messe weg*, 9.6.2020, URL: <https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/fashion-week-in-hessen-frankfurt-schnappt-berlin-mode-messe-weg-71128754.bild.html> (Stand: 14.2.2021); vgl. auch Knop, Carsten: *Modemesse zieht um : Frankfurt schnappt Berlin die Fashion Week weg*, 8.6.2020, URL: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-schnappt-berlin-die-fashion-week-weg-16805472.html> (Stand: 14.2.2021).
- 92 Knop, Carsten: *Modemesse zieht um : Frankfurt schnappt Berlin die Fashion Week weg*, a. a. O.
- 93 Álvarez, Sonja: *Neue Kampagne soll Industrie nach Berlin locken*, a. a. O.
- 94 UVB (Hrsg.): *Wirtschaft fordert entschlossenes Handeln gegen Fachkräftemangel*, 9.1.2019, URL: <https://www.uvb-online.de/de/wirtschaft-fordert-entschlossenes-handeln-gegen-fachkraeftemangel> (Stand: 14.2.2021).
- 95 Vgl. Metzner, Thorsten: *Verhandlungen über Teslas Megafabrik. Gut, dass Brandenburg Berlin außen vor gelassen hat*, a. a. O.
- 96 Vgl. Frese, Alfons: *Fünf Jahre Berliner Steuerungskreis Industriepolitik. Warten auf zündende Ideen*, a. a. O.
- 97 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): *Statistischer Bericht (P I 1 – j / 20). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Land Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2020*, a. a. O., S. 12.

- 98 Vgl. Statista (Hrsg.): *Geber und Empfänger beim Länderfinanzausgleich 2019*, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71763/umfrage/geber-und-empfaenger-beim-laenderfinanzausgleich> (Stand: 16.2.2021); vgl. auch Zawatka-Gerlach, Ulrich: *Länderfinanzausgleich Berlin bleibt größtes Nehmerland*, 23.3.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/laenderfinanzausgleich-berlin-bleibt-groesstes-nehmerland/21104792.html> (Stand: 16.2.2021).
- 99 Vgl. Balcerowiak, Rainer: *Corona-Finanzlücken in Berlin. Spart kaputt, was schon kaputt ist*, 13.5.2020, URL: <https://www.cicero.de/innenpolitik/berlin-finanzenpolitik-corona-krise-sparen-haushalt> (Stand: 16.2.2021).
- 100 Vgl. Senatsverwaltung für Finanzen (Hrsg.): *Haushaltspläne von Berlin*, URL: <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/haushaltsplan/artikel.5697.php> (Stand: 16.2.2021).
- 101 Statista (Hrsg.): *Arbeitslosenquote in Berlin von 2002 bis 2020, Januar 2021*, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2519/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-berlin-seit-1999> (Stand: 16.2.2021).
- 102 Statista (Hrsg.): *Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2021*, März 2021, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995> (Stand: 13.4.2021).
- 103 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): *Berufe im Spiegel der Statistik*, 2018, URL: <http://bisds.iab.de/Default.aspx?beruf=ABO&region=1&qualifikation=0> und <http://bisds.iab.de/Default.aspx?beruf=ABO&region=15&qualifikation=0> (Stand: 16.2.2021).
- 104 Ebd.
- 105 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): *Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Akademikerinnen und Akademiker*, Nürnberg April 2019, URL: [https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Broschuere-Akademiker.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Broschuere-Akademiker.pdf?__blob=publicationFile&v=5) (Stand: 16.2.2021), S. 28.
- 106 Ebd.
- 107 Vgl. Knobloch, Jochen, Schmidt, Robin: *Jugendarbeitslosigkeit in Berlin stark erhöht*, 24.11.2020, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/zu-wenige-lehrstellen-in-berlin-jugendarbeitslosigkeit-wird-weiter-steigen-li.120261> (Stand: 17.2.2021).
- 108 Statista (Hrsg.): *Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre) in Deutschland nach Bundesländern im Januar 2021*, Januar 2021, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189105/umfrage/jugendarbeitslosenquote-nach-bundeslaendern> (Stand: 17.2.2021).
- 109 Engfeld, Claudia: *Pandemie als Grundrauschen*, in: Berliner Wirtschaft 02/2021, S. 13.



## ENDNOTEN

---

- 110 Vgl. ebd.
- 111 AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): *Zurück in die Zukunft. Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2019*, Berlin 2019, URL: [https://issuu.com/kommunikation-aus-berlin/docs/afd-bf-bildungskonzept\\_2019](https://issuu.com/kommunikation-aus-berlin/docs/afd-bf-bildungskonzept_2019) (Stand: 17.2.2021).
- 112 Vgl. INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (Hrsg.): *Der INSM-Bildungsmonitor 2020. Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?*, 2020, URL: <https://www.insm-bildungsmonitor.de> (Stand: 18.2.2021).
- 113 Ebd.
- 114 Zarth, Carola: „*Handwerksbetriebe sind die grünen Engel*“, 20.10.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-10-handwerksbetriebe-sind-die-gruenen-engel/26292042.html> (Stand: 18.2.2021).
- 115 Vgl. INSM (Hrsg.): *Der INSM-Bildungsmonitor 2020. Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?*, a. a. O.
- 116 Ebd.
- 117 Vgl. Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin (Hrsg.): *Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin*, Abschlussbericht der Expertenkommission, Berlin 7.10.2020, URL: <https://www.ipn.uni-kiel.de/de/das-ipn/archiv/Abschlussbericht.6.10.final.pdf> (Stand: 18.2.2021), S. 9.
- 118 INSM (Hrsg.): *Der INSM-Bildungsmonitor 2020. Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?*, a. a. O.
- 119 Vgl. Wanka, Johanna: *Berliner Schüler nehmen Angebot an. Nachfrage an kostenlosem Schulessen um bis zu 70 Prozent gestiegen*, 7.1.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-schueler-nehmen-angebot-an-nachfrage-an-kostenlosem-schulessen-um-bis-zu-70-prozent-gestiegen/25395036.html> (Stand: 19.2.2021); vgl. auch Landesredaktion Berlin.de (Hrsg.): *Viele Berliner Schüler bekommen künftig gratis Mittagessen*, 4.4.2019, URL: <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/5728652-958092-viele-berliner-schueler-bekommen-kuenfti.html> (Stand: 19.2.2021); vgl. auch Zilz, Claudia: *Schulverpflegung. Berlin beschließt kostenfreies Essen in Schulen*, 14.12.2018, URL: <https://www.food-service.de/maerkte/news/schulverpflegung-berlin-beschliesst-kostenfreies-essen-in-schulen-41973> (Stand: 19.2.2021).
- 120 UVB (Hrsg.): „*Berlin kommt bei der Bildung nicht voran, Brandenburg steht noch schlechter da*“. *UVB-Geschäftsführer Alexander Schirp bewertet die Ergebnisse des INSM-Bildungsmonitors*, 13.8.2020, URL: <https://www.uvb-online.de/de/berlin-kommt-bei-der-bildung-nicht-voran-brandenburg-steht-noch-schlechter-da> (Stand: 19.2.2021).
- 121 Vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (Hrsg.): *Masterplan Industriestadt Berlin 2018 – 2021*, Berlin 2018, S. 5.
- 122 Vgl. acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (Hrsg.): *MINT Nachwuchsbarometer 2020 In Zahlen*, 2020, URL: <https://www.acatech.de/publikation/mint-nachwuchsbarometer-2020> (Stand: 20.2.2021) S. 2; vgl. auch UVB (Hrsg.): *MINT-Nachwuchs: Daten und Zahlen*, 12.5.2020, URL: <https://www.uvb-online.de/de/mint-nachwuchs-daten-und-zahlen> (Stand: 20.2.2021).

- 123 acatech (Hrsg.): *MINT Nachwuchsbarometer 2020 In Zahlen*, a. a. O., S. 3
- 124 Vgl. MINT Zukunft e.V. (Hrsg.): *Schulen in aller Welt*, URL: <https://mintzukunft-schaffen.de/schulen-in-aller-welt> (Stand: 20.2.2021); vgl. für die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen nach Bundesland: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Allgemeinbildende Schulen - Fachserie 11 Reihe 1 - Schuljahr 2019/20*, URL: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publikationen/Downloads-Schulen/allgemeinbildende-schulen-2110100207005.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publikationen/Downloads-Schulen/allgemeinbildende-schulen-2110100207005.xlsx?__blob=publicationFile) (Stand: 13.4.2021), Tab. 1.2.
- 125 Vgl. MINT Zukunft e.V. (Hrsg.): *Schulen in aller Welt*, a. a. O.; vgl. auch: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Allgemeinbildende Schulen - Fachserie 11 Reihe 1 - Schuljahr 2019/20*, a. a. O.
- 126 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): *Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Akademikerinnen und Akademiker*, a. a. O., S. 23.
- 127 IHK Berlin (Hrsg.): *Mittelstand & Energie. Berliner Wirtschaft in Zahlen, 2020*, URL: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/4864080/cc5290d045b6bea1830bd4f3cc8339eb/2020-08-11-berliner-wirtschaft-in-zahlen-2020-data.pdf> (Stand: 22.2.2021), S. 3.
- 128 Vgl. Badelt, Udo: *Medizinmetropole Berlin Die Diagnose lautet: Zukunft*, 25.8.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/medizinmetropole-berlin-die-diagnose-lautet-zukunft/26123084.html> (Stand: 26.4.2021); vgl. auch Berlin Partner: *Gesundheitswirtschaft und Life Sciences. Die Gesundheitsbranche ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Hauptstadtregion. Jeder achte Berliner ist in diesem Sektor beschäftigt*, URL: <https://www.businesslocationcenter.de/gesundheitswirtschaft> (Stand: 26.4.2021).
- 129 Amsinck, Christian: „*Siemensstadt 2.0 kann eine Blaupause sein*“, a. a. O.
- 130 Vgl. DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): *DIW Wochenbericht*, 47/2018, URL: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.607763.de/18-47.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.607763.de/18-47.pdf) (Stand: 23.2.2021), S. 1027.
- 131 Vgl. Knoblauch, Jochen: *Werk Spandau: Osram-Continental schließt Berliner Entwicklungsabteilung*, 11.10.2019, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/werk-spandau-osram-continental-schliesst-berliner-entwicklungsabteilung-li.33327> (Stand: 23.2.2021); vgl. auch Rainer, Anton: *Eichstätt-Werk vor Schließung. Osram verlagert Produktion nach Berlin*, 21.4.2020, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/osram-verlagert-produktion-nach-berlin-a-6ede1cbe-2461-4f88-ac44-623473308058> (Stand: 23.2.2021).
- 132 Osram GmbH (Hrsg.): *OSRAMs neue LED-Chipfabrik hat ihren Betrieb aufgenommen. Kulim: Weltweit modernste Produktion von Chips für LEDs auf 6-Zoll-Wafers*, URL: <https://www.osram.de/cb/ueber-osram/kulim-chipfabrik/index.jsp> (Stand: 23.2.2021).
- 133 Vgl. ebd.

## ENDNOTEN

---

- 134 Abgeordnetenhaus Berlin, Plenar- und Ausschussdienst (Hrsg.): *Plenarprotokoll, 17. Sitzung*, 16.11.2017, URL: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/PlenarPr/p18-017-wp.pdf#page=30> (Stand: 23.2.2021, S. 1740).
- 135 Vgl. DIW Berlin: *DIW Wochenbericht*, 47/2018, a. a. O.
- 136 Zarth, Carola: *„Handwerksbetriebe sind die grünen Engel“*, a. a. O.
- 137 Frese, Alfons: *DGB-Chef Hoffmann im Interview. „Jetzt Sparen wäre fatal“*, 27.12.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/dgb-chef-hoffmann-im-interview-jetzt-sparen-waere-fatal/26750212.html> (Stand: 26.2.2021).
- 138 IHK Potsdam (Hrsg.): *IHKs fordern: Entlastung, Förderung, Investitionen für den Neustart*, URL: <https://www.ihk-potsdam.de/servicemarken/presse/pressemitteilungen/pms-2020/neuer-inhalt20200619neustartcorona-4826356?shortUrl=%2F-neustart2020> (Stand: 26.2.2021).
- 139 DIW Berlin (Hrsg.): *DIW Wochenbericht*, 7/2021, URL: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.810822.de/21-7.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.810822.de/21-7.pdf) (Stand: 26.2.2021), S. 104.
- 140 Hüther, Michael, Kolev, Galina: *IW-Policy Paper 11/19. Investitionsfonds für Deutschland*, 18.11.2019, URL: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/policy\\_papers/PDF/2019/IW-Policy\\_Paper\\_2019\\_Investitionsfonds\\_fuer\\_Deutschland.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2019/IW-Policy_Paper_2019_Investitionsfonds_fuer_Deutschland.pdf) (Stand: 27.2.2021), S. 8.
- 141 Greive, Martin: *Debatte um Staatsausgaben. DIW-Studie: Öffentliche Investitionen sind ein Segen für die Konjunktur*, 14.1.2021, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/debatte-um-staatsausgaben-diw-studie-oeffentliche-investitionen-sind-ein-segen-fuer-die-konjunktur/26799506.html?ticket=ST-7411498-MOpkRwK1w2P1NT5Q4Lrp-ap1> (Stand: 27.2.2021).
- 142 Vgl. Schönball, Ralf: *Bauindustrie-Chef warnt vor Rezession. „Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft“*, a. a. O.
- 143 Ebd.
- 144 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (Hrsg.): *Hans-Böckler-Stiftung. So groß ist die Wohnungsnot in deutschen Städten wirklich*, 22.8.2018, URL: <https://www.dgb.de/themen/++co++1fe76e9a-a204-11e8-8956-52540088cada> (Stand: 27.2.2021).
- 145 Landesredaktion Berlin.de (Hrsg.): *Berliner Wirtschaft: Aufschlag bei neuen Schulden*, 26.11.2020, URL: <https://www.berlin.de/wirtschaft/nachrichten/6368714-3912379-berliner-wirtschaft-aufschlag-bei-neuen-.html> (Stand: 28.2.2021).
- 146 Vgl. Truger, Achim: *Homo oeconomicus. Eine Reform mit Investitionen*, in: Handelsblatt vom 25.1.2021, Nr. 16, S. 10.
- 147 Vgl. IW (Hrsg.): *Die Infrastruktur braucht mehr Investitionen*, 25.11.2019, URL: <https://www.iwd.de/artikel/klare-vorteile-450417> (Stand: 28.2.2021).
- 148 Hüther, Michael, Kolev, Galina: *IW-Policy Paper 11/19. Investitionsfonds für Deutschland*, a. a. O., S. 4.
- 149 Vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin: *E-Bus-Programm der BVG beenden, Milliardenverschwendung stoppen!*, Drucksache 18/2701, 18.5.2020, URL: <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-2701.pdf> (Stand: 2.3.2021), S. 1.

- 150 Landesredaktion Berlin.de (Hrsg.): *Berliner Grüne: «Umbau der Stadt» wird noch dauern*, 2.12.2017, URL: <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/5101804-958092-berliner-gruene-umbau-der-stadt-wird-noc.html> (Stand: 2.3.2021).
- 151 IHK Potsdam (Hrsg.): *Konjunkturreport Berlin-Brandenburg. Konjunktur verliert langsam an Schwung*, URL: <https://www.ihk-potsdam.de/ihk-service-und-beratung/konjunkturreport-berlin-brandenburg-3312758> (Stand: 2.3.2021).
- 152 Vgl. Senatskanzlei (Hrsg.): *Neues Vergabegesetz: Fairer, ökologischer und wirtschaftsfreundlicher!*, Pressemitteilung vom 03.12.2019, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.871588.php> (Stand: 2.3.2021).
- 153 Schönball, Ralf: *Mindestlohn trotz Coronavirus Berliner Unternehmen wollen 12,50-Euro-Lohn wieder aussetzen*, 3.4.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/mindestlohn-trotz-coronavirus-berliner-unternehmen-wollen-12-50-euro-lohn-wieder-aussetzen/25710000.html> (Stand: 2.3.2021).
- 154 Vgl. ebd.; vgl. auch Hoffmann, Kevin P.: *Reform des Vergabegesetzes „Wir stehen in Berlin vor einem riesigen Investitionsstau“*, 22.3.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/reform-des-vergabegesetzes-wir-stehen-in-berlin-vor-einem-riesigen-investitionsstau/24134502.html> (Stand: 2.3.2021).
- 155 Bockenheimer, Johannes C.: *IHK-Bericht Wirtschaft in Berlin und Brandenburg fürchtet Abschwung*, 30.1.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ihk-bericht-wirtschaft-in-berlin-und-brandenburg-fuerchtet-abschwung/23925472.html> (Stand: 2.3.2021).
- 156 Hoffmann, Kevin P.: *Reform des Vergabegesetzes „Wir stehen in Berlin vor einem riesigen Investitionsstau“*, a. a. O.
- 157 Vgl. Jürgens, Isabell: *Milliardenschwere Schuloffensive geht an Unternehmen vorbei*, 7.1.2021, URL: <https://www.morgenpost.de/berlin/article231279640/Milliardenschwere-Schuloffensive-geht-an-Unternehmen-vorbei.html> (Stand: 2.3.2021); vgl. auch Mattner, Elisabeth: *Schulbauoffensive Berlin investiert weniger als geplant in Schulen*, 24.12.2020, in der Sendung Fritz, URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/12/berlin-schulbauoffensive-eine-halbe-milliarde-euro-in-diesem-jah.html> (Stand: 2.3.2021); vgl. auch Vogt, Sylvia: *Schulbauoffensive des Senats Handwerkskammer: „Berliner Baufirmen werden benachteiligt“*, 3.5.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schulbauoffensive-des-senats-handwerkskammer-berliner-baufirmen-werden-benachteiligt/24284476.html> (Stand: 2.3.2021).
- 158 Vgl. Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) (Hrsg.): *Mittelstand lässt sich nicht unterkriegen*, in: Der Mittelstand, 1/2021, S. 8; vgl. auch Schönball, Ralf: *Bauindustrie-Chef warnt vor Rezession. „Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft“*, a. a. O.

- 159 Vgl. ebd.; vgl. auch Steingart, Gabor: *Milliardengrab: Die wild gewordene Bürokratie erdrosselt unsere Wirtschaft*, 22.10.2019, URL: [https://www.focus.de/finanzen/boerse/gastbeitrag-von-gabor-steingart-die-buerokratie-erdrosselt-unsere-wirtschaft\\_id\\_11258705.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/gastbeitrag-von-gabor-steingart-die-buerokratie-erdrosselt-unsere-wirtschaft_id_11258705.html) (Stand: 3.3.2021).
- 160 Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz: *Berliner Mobilitätsgesetz*, URL: <https://www.berlin.de/sen/uvk/verkehr/verkehrspolitik/mobilitaetsgesetz> (Stand: 26.4.2021).
- 161 Vgl. IHK-Berlin u.a.: *Stellungnahme zu den Eckpunkten „Neue Mobilität und Wirtschaftsverkehr“ im Berliner Mobilitätsgesetz*, URL: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/4851498/8da75d330a34edd2d99b03bb5fd86905/position-zu-eckpunkten-wirtschaftsverkehr-im-mobilitaetsgesetz-data.pdf> (Stand: 26.4.2021).
- 162 Vgl. Handwerkskammer Berlin: *Mobilität & Verkehr*, URL: <https://www.hwk-berlin.de/artikel/mobilitaet-verkehr-91,231,239.html> (Stand: 26.4.2021); vgl. auch Hasselmann, Jörn: *Dritter Teil des Mobilitätsgesetzes. Berlin will Parkplätze aufgeben, aber mehr Lieferzonen einrichten*, 17.9.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/dritter-teil-des-mobilitaetsgesetzes-berlin-will-parkplaetze-aufgeben-aber-mehr-lieferzonen-einrichten/26194734.html> (Stand: 26.4.2021).
- 163 Vgl. ebd.; vgl. auch IHK-Berlin u.a.: *Stellungnahme zu Referentenentwürfen der Kapitel „Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs“ und „Entwicklung Neuer Mobilität“ im Berliner Mobilitätsgesetz*, 2.10.2020, URL: <https://www.hwk-berlin.de/downloads/stellungnahme-zu-referentenentwuerfen-im-berliner-mobilitaetsgesetz-vom-02-10-2020-91,454.pdf> (Stand: 26.4.2021).
- 164 Vgl. Schönball, Ralf, Fröhlich, Alexander: *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Berliner Mietendeckel verstößt gegen das Grundgesetz und ist nichtig*, 15.4.2021, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/entscheidung-des-bundesverfassungsgerichts-berliner-mietendeckel-verstoest-gegen-das-grundgesetz-und-ist-nichtig/27096414.html> (Stand: 17.4.2021).
- 165 Vgl. Herz, Carsten: *Ein Jahr Mietendeckel: Zehn Fakten, die Vermieter und Mieter kennen sollten*, 23.2.2021, URL: <https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien-ein-jahr-mietendeckel-zehn-fakten-die-vermieter-und-mieter-kennen-sollten/26942032.html> (Stand: 3.2.2021).
- 166 ebd.
- 167 Vgl. Frese, Alfons: *Ideologie statt Pragmatismus. Die IAA-Niederlage legt die Schwächen von Rot-Rot-Grün in Berlin offen*, a. a. O.
- 168 Vgl. Schönball, Ralf: *Bauindustrie-Chef warnt vor Rezession. „Berlins Politik arbeitet gegen die Bauwirtschaft“*, a. a. O.
- 169 Vgl. Neuendorff, Maria: *Nicht nur Fachkräftemangel: Wie Bürokratie den Bau bremst*, 10.7.2018, URL: <https://www.svz.de/regionales/brandenburg/wie-buerokratie-den-bau-bremst-id20400932.html> (Stand: 3.3.2021).
- 170 Ebd.
- 171 Vgl. Frese, Alfons: *Ideologie statt Pragmatismus. Die IAA-Niederlage legt die Schwächen von Rot-Rot-Grün in Berlin offen*, a. a. O.
- 172 Zarth, Carola: *„Handwerksbetriebe sind die grünen Engel“*, a. a. O.

- 173 Vgl. Gräff, Christian: *Finanzen in Berlin. Geld für die Bezirke sollte anders verteilt werden*, 4.4.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/finanzen-in-berlin-geld-fuer-die-bezirke-sollte-anders-verteilt-werden/21137892.html> (Stand: 4.3.2021).
- 174 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Eine Stadt, eine starke Verwaltung. Sofortmaßnahmen für ein modernes Stadtmanagement*, 2019, URL: [https://ostbv.de/wp-content/uploads/2019/03/Eine-starke-Verwaltung\\_Argumentarium\\_2019-02-20.pdf](https://ostbv.de/wp-content/uploads/2019/03/Eine-starke-Verwaltung_Argumentarium_2019-02-20.pdf) (Stand: 4.3.2021), S. 8, 14, 17.
- 175 Vgl. Gneuss, Michael: *„Mit unseren Mitarbeitern lässt sich Staat machen“*, in: Berliner Wirtschaft, 5/2019, URL: <https://www.berliner-wirtschaft.de/schwerpunkt/verwaltungsmodernisierung> (Stand: 4.3.2021).
- 176 Vgl. Betschka, Julius: *Manipulationsvorwürfe gegen Kreuzberger Baustadtrat. Die Akte Florian Schmidt*, 21.1.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/manipulationsvorwurfe-gegen-kreuzberger-baustadtrat-die-akte-florian-schmidt/25458298.html> (Stand: 4.3.2021).
- 177 Vgl. Hoffmann, Kevin P.: *Keine Zeit für Milliardeninvestor Signa. Kreuzbergs Bezirksstadtrat Schmidt stellt sich tot für den Karstadt-Investor*, 28.5.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/keine-zeit-fuer-milliardeninvestor-signa-kreuzbergs-bezirksstadtrat-schmidt-stellt-sich-tot-fuer-den-karstadt-investor/25869996.html> (Stand: 4.3.2021).
- 178 Vgl. Agar, Volkan: *Hotelbau in Kreuzberg: Gemeinwohl statt Hostel-Hotel*, 17.2.2019, URL: <https://taz.de/Hotelbau-in-Kreuzberg/!5570853> (Stand: 4.3.2021).
- 179 Vgl. Beikler, Sabine, von Bodisco, Corinna: *„Stonelets“ statt „Parklets“ Kreuzberg hat lieber Findlinge als Autos in der Bergmannstraße*, 27.9.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/stonelets-statt-parklets-kreuzberg-hat-lieber-findlinge-als-autos-in-der-bergmannstrasse/25064710.html> (Stand: 4.3.2021).
- 180 Tagesspiegel (Hrsg.): *Umstrittene Findlinge „Kreuzbergrocks“ von Bergmannstraße entfernt*, 29.7.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/umstrittene-findlinge-kreuzbergrocks-von-bergmannstrasse-entfernt/24849934.html> (Stand: 4.3.2021).
- 181 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Eine Stadt, eine starke Verwaltung. Sofortmaßnahmen für ein modernes Stadtmanagement*, a. a. O., S. 14, 18.
- 182 Vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin: *Einsetzung einer Enquete-Kommission „100 Jahre (Groß-)Berlin 2.0 – Zu einer Verwaltungs- und Parlamentsreform für das Berlin des 21. Jahrhunderts“*, Drucksache 18/0806, 31.1.2018, URL: <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-0806.pdf> (Stand: 4.3.2021).
- 183 Vgl. Klingen, Karin: *„Hoffentlich wird aus der Ausnahmesituation eine Aufbruchstimmung“*, 4.1.2021, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-25-hoffentlich-wird-aus-der-ausnahmesituation-eine-aufbruchstimmung/26767810.html> (Stand: 5.3.2021).
- 184 Vgl. ebd.



## ENDNOTEN

---

- 185 Vgl. Steingart, Gabor: *Milliardengrab: Die wild gewordene Bürokratie erdrosselt unsere Wirtschaft*, a. a. O.
- 186 Vgl. Angeloudis, Efthymis: *5.000 Notebooks bestellt. Berliner Verwaltung nur zu zwölf Prozent homeoffice-fähig*, 11.1.2021, URL: [https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege\\_neu/2021/01/berlin-verwaltung-5000-notebooks-keine-homeoffice-pflicht.html](https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2021/01/berlin-verwaltung-5000-notebooks-keine-homeoffice-pflicht.html) (Stand: 5.3.2021).
- 187 Vgl. Senatsverwaltung für Finanzen (Hrsg.): *Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin*, URL: <https://www.berlin.de/sen/finanzen/vermoegen/beteiligungen/beteiligungsunternehmen/artikel.497299.php> (Stand: 5.3.2021).
- 188 Vgl. Berliner Zeitung (Hrsg.): *Berliner Landesunternehmen mit über 16 Milliarden Euro verschuldet*, 20.2.2019, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/berliner-landesunternehmen-mit-ueber-16-mio-euro-verschuldet> (Stand: 5.3.2021).
- 189 Vgl. Dobberke, Cay: *Öffentliche Toiletten in Berlin Streit ums stille Örtchen*, 28.2.2017, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/oeffentliche-toiletten-in-berlin-streit-ums-stille-oertchen/19444798.html> (Stand: 5.3.2021).
- 190 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung bpb (Hrsg.): *Informationen zur politischen Bildung Nr. 294/2007. Staat und Wirtschaft*, 5.7.2007, URL: <https://www.bpb.de/izpb/8447/editorial> (Stand: 5.3.2021).
- 191 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 109.
- 192 Hohensee, Matthias: *Der Star der Chipindustrie. Wie der Nvidia-Chef die Welt verändern will*, in: *WirtschaftsWoche* 8 vom 19.2.2021, S. 46.
- 193 Vgl. Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin (Hrsg.): *Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin*, a. a. O.
- 194 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 177.
- 195 Vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): *Zurück in die Zukunft. Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2019*, a. a. O., S. 122.
- 196 Vgl. Zarth, Carola: *„Handwerksbetriebe sind die grünen Engel“*, a. a. O.
- 197 Engfeld, Claudia: *Pandemie als Grundrauschen*, in: *Berliner Wirtschaft* 02/2021, S. 12f.
- 198 UVB (Hrsg.): *Bilden, fördern, finden, binden. Mehr Fachkräfte für die Hauptstadtregion*, Januar 2019, S. 2f.
- 199 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Prüfsteine der Berliner Wirtschaft zur Abgeordnetenhauswahl 2021*, Februar 2021, URL: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/5077212/79909270377ec02ff-5dbf96ad2ed222e/wahlpruefsteine-gesamt-pdf-data.pdf> (Stand: 17.4.2021), S. 10.
- 200 Vgl. Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit (Hrsg.): *MINT-Karte*, URL: [https://www.komm-mach-mint.de/schuelerinnen/mint-karte?text\\_search=berlin&project\\_type=&institution=&audience=&city\\_id=&submit\\_filter=anwenden#liste](https://www.komm-mach-mint.de/schuelerinnen/mint-karte?text_search=berlin&project_type=&institution=&audience=&city_id=&submit_filter=anwenden#liste); vgl. für eine Übersicht der Labore: Schülerlabor-Netzwerk GenaU (Hrsg.): *Die Netzwerk-Mitglieder*, URL: <http://genau-bb.de/labore/die-netzwerk-mitglieder> (Stand: 7.3.2021).

- 201 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 169; vgl. auch AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): *Zurück in die Zukunft. Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2019*, a. a. O., S. 16.
- 202 Vgl. Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin (Hrsg.): *Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin*, a. a. O., S. 11ff.
- 203 Vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Berlin (Hrsg.): *Gute Schule jetzt! Was nötig ist für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Steigerung der Schulqualität*, 7.2.2019, URL: <https://www.gew-berlin.de/fileadmin/media/publikationen/be/Schule/Pressepapier-Gute-Schule-Jetzt.pdf> (Stand: 7.3.2021).
- 204 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 170f.
- 205 Vgl. Vieth-Entus, Susanne: *Wachsendes Problem an Schulen 1400 Lehrer in Berlin dauerhaft krank*, 30.4.2013, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wachsendes-problem-an-schulen-1400-lehrer-in-berlin-dauerhaft-krank/8140712.html> (Stand: 7.3.2021); vgl. auch Leinemann, Susanne: *Statistik zeigt: Grundschullehrer fallen häufig aus*, 28.11.2019, URL: <https://www.morgenpost.de/berlin/article227766515/Statistik-zeigt-Grundschullehrer-fallen-haeufig-aus.html> (Stand: 7.3.2021).
- 206 Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin (Hrsg.): *Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin*, a. a. O., S. 38.
- 207 Klier, Sabine: *„Ich fi\*\*e dein Klassenbuch!“ Lehrerin an Berliner Brennpunkt-Schule packt aus*, 14.11.2020, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/lehrerin-an-berliner-brennpunkt-schule-packt-aus> (Stand: 7.3.2021).
- 208 Vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): *Zurück in die Zukunft. Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2019*, a. a. O., S. 23.
- 209 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): *Schulstatistik 2019/20*, URL: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/BasisZeitreiheGrafik/Bas-Schulen.asp?Ptyp=300&Sageb=21001&creg=BBB&anzwer=5> (Stand: 9.3.2021).
- 210 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 122, 138f., 142, 151.
- 211 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 121.
- 212 Vgl. AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): *Zurück in die Zukunft. Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2019*, a. a. O., S. 149.
- 213 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Forschung muss auch auf Anwendung treffen*, in: Berliner Wirtschaft 02/2021, S. 14.
- 214 Vgl. QS Quacquarelli Symonds Limited (Hrsg.): *QS World University Rankings*, URL: <https://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2021> (Stand: 9.3.2021).
- 215 Vgl. Freie Universität Berlin, Stabsstelle Presse und Kommunikation (Hrsg.): *Exzellenzstrategie*, URL: <https://www.berlin-university-alliance.de/excellence-strategy/index.html> (Stand: 9.3.2021).
- 216 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 113.

- 217 Vgl. IHK Berlin (Hrsg.): *Standortpolitik. Lebenslanges Lernen: Fünf Empfehlungen für krisengerechte Fort- und Weiterbildung in KMU*, URL: <https://www.ihk-berlin.de/politische-positionen-und-statistiken-channel/arbeitsmarkt-beschaefigung/arbeitsmarktpolitik/lebenslanges-lernen--4959966> (Stand: 10.3.2021).
- 218 Ebd.
- 219 Vgl. ebd.
- 220 Vgl. Ederer, Peer u.a.: *Geschäftsplan Deutschland*, a. a. O., S. 112, 114.
- 221 Vgl. Industrie- Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Eine Region wächst zusammen. Analysen und Forderungen*, November 2018, URL: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/4847232/140c7f815dbd49481816114b3b0570f9/positionspapier-metropolregion-data.pdf> (Stand: 11.3.2021), S. 13-15, 20f.
- 222 Vgl. Metzner, Thorsten: *Verhandlungen über Teslas Megafabrik. Gut, dass Brandenburg Berlin außen vor gelassen hat*, a. a. O.
- 223 Hoffmann, Kevin P.: *Lieber Schafe als Industrie an der A10 Berlin blockiert Ausbau von Gewerbegebiet in Brandenburg*, 1.2.2021, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/lieber-schafe-als-industrie-an-der-a10-berlin-blockiert-ausbau-von-gewerbegebiet-in-brandenburg/26869388.html> (Stand: 11.3.2021).
- 224 Vgl. ebd.
- 225 Vgl. Industrie- Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Eine Region wächst zusammen. Analysen und Forderungen*, a. a. O., S. 6ff.
- 226 Vgl. Industrie- Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Eine Region wächst zusammen. Analysen und Forderungen*, a. a. O., S. 20-27.
- 227 Industrie- Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Eine Region wächst zusammen. Analysen und Forderungen*, a. a. O.
- 228 Vgl. ebd.; vgl. auch Kramm, Beatrice: *„Mein Traum von einer Metropolregion Berlin-Brandenburg“*, 4.10.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-2-mein-traum-von-einer-metropolregion-berlin-brandenburg/26239778.html> (Stand: 11.3.2021).
- 229 Vgl. UVB (Hrsg.): *2021 ist das Jahr der Entscheidungen*, a. a. O.
- 230 Vgl. Industrie- Handelskammern Berlin und Brandenburg (Hrsg.): *Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Eine Region wächst zusammen. Analysen und Forderungen*, a. a. O., S. 18.
- 231 Vgl. Siems, Dorothea: *Der traurige Spitzenplatz deutscher Akademikerinnen*, 7.3.2018, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article174301951/Weltfrauentag-Kinderlosigkeit-Akademikerinnen-immer-haeufiger-betroffen.html> (Stand: 12.3.2021).

- 232 Vgl. Senatsverwaltung für Finanzen: *Schulden des Landes Berlin: Stetiger Abbau für eine solide Zukunft*, URL: <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/haushaltsueberwachung/schuldentilgung/artikel.475316.php> (Stand: 13.3.2021); vgl. ders.: *Versicherungsmathematisches Gutachten zur Bestimmung des hypothetischen Rückstellungsbedarfs aufgrund vorhandener Pensionsanwartschaften*, Rote Nummer: 0019 A, 25.3.2019, URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0019.A-v.pdf> (Stand: 13.3.2021), S. 3; vgl. auch: Süddeutsche Zeitung (Hrsg.): *Berlin macht Schulden: Der Nachtragshaushalt ist beschlossen*, 4.6.2020, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/abgeordnetenhaus-berlin-berlin-macht-schulden-der-nachtragshaushalt-ist-beschlossen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200604-99-307861> (Stand: 13.3.2021).
- 233 Vgl. Süddeutsche Zeitung (Hrsg.): *Berlin macht Schulden: Der Nachtragshaushalt ist beschlossen*, a. a. O.
- 234 Vgl. Ringelstein, Ronja, Zawatka-Gerlach, Ulrich: *Berlin fehlen 8,3 Milliarden Euro bis 2023 Opposition will bei Vorkaufsrecht und Schulessen sparen*, 15.5.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-fehlen-8-3-milliarden-euro-bis-2023-opposition-will-bei-vorkaufsrecht-und-schulessen-sparen/25834342.html> (Stand: 13.3.2021); vgl. auch: Kiesel, Robert: *170 Millionen Euro für zwei feste Jobs Berlin scheitert mit Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose*, 25.8.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/170-millionen-euro-fuer-zwei-feste-jobs-berlin-scheitert-mit-grundeinkommen-fuer-langzeitarbeitslose/26122856.html> (Stand: 13.3.2021).
- 235 Vgl. Frese, Alfons: *Ideologie statt Pragmatismus. Die IAA-Niederlage legt die Schwächen von Rot-Rot-Grün in Berlin offen*, a. a. O.
- 236 Vgl. Reintjes, Dominik, Stölzel, Thomas: *Made in Germany - noch*, in: WirtschaftsWoche 8 vom 19.2.2021, S. 15-22.
- 237 Vgl. Müller, Michael: *Richtlinien der Regierungspolitik 2016-2021*, 10.1.2017, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/richtlinien-der-politik> (Stand: 23.4.2021).
- 238 Vgl. Schönball, Ralf: *Wirtschaftliches Wachstum. Kein Land in Sicht*, 21.2.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wirtschaftliches-wachstum-kein-land-in-sicht/20984022.html> (Stand: 23.4.2021).
- 239 Vgl. Seibel, Karsten: *Bei Steuern und Abgaben ist Deutschland jetzt sogar globaler Spitzenreiter*, 30.4.2020, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article207627587/OECD-Bei-Steuern-und-Abgaben-ist-Deutschland-Spitzenreiter.html> (Stand: 16.3.2021).
- 240 Vgl. BVMW (Hrsg.): *Mittelstand lässt sich nicht unterkriegen*, a. a. O., S. 9.
- 241 Ohoven, Mario: *Den Kahlschlag im Mittelstand abwenden!*, in: *Der Mittelstand*, 3/2020, S. 3.

## ENDNOTEN

---

- 242 Vgl. Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): *Erbschaftsteuer Familienunternehmen*, URL: <https://www.familienunternehmen.de/fokus/steuern/erbschaft-und-schenkungsteuer> (Stand: 16.3.2021).
- 243 Ebd.
- 244 Vgl. Ostdeutscher Bankenverband (Hrsg.): *Strukturschwache Regionen: Sind Sonderwirtschaftszonen der Weg?*, in: Infoport, Januar 2021, S. 1ff.
- 245 Vgl. Süddeutsche Zeitung (Hrsg.): *Wirtschaft fordert großangelegten Befreiungsschlag*, 19.5.2020, URL: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheits-muenchen-wirtschaft-fordert-grossangelegten-befreiungsschlag-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-200519-99-111172> (17.3.2021).
- 246 Vgl. Ostdeutscher Bankenverband (Hrsg.): *Strukturschwache Regionen: Sind Sonderwirtschaftszonen der Weg?*, a. a. O., S. 2.
- 247 Vgl. Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (Hrsg.): *Sonderwirtschaftszonen oder Sonderfördergebiete: Potential für die deutschen Braunkohlereviere?*, Dezember 2018, URL: [https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/181207\\_ig\\_publicationen\\_sonderwirtschaftszone\\_web.pdf](https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/181207_ig_publicationen_sonderwirtschaftszone_web.pdf) (Stand: 17.3.2021), S. 5.
- 248 Vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (Hrsg.): *Sonderwirtschaftszonen im Rahmen der Struktur- und Regionalförderung*, WD 5 - 3000 - 133/18, 2018, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/580768/e2ee0cb26fd3100499be735f83718c23/WD-5-133-18-pdf-data.pdf> (Stand: 17.3.2021), S. 10.
- 249 Vgl. Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (Hrsg.): *Sonderwirtschaftszonen oder Sonderfördergebiete: Potential für die deutschen Braunkohlereviere?*, a. a. O., S. 4f.
- 250 Vgl. Główka, Anna: Polen: *Sonderwirtschaftszonen bleiben attraktiv*, in: Auslandsbrief 10/2013, Rödl & Partner, URL: <https://www.roedl.de/de-DE/de/medien/publikationen/newsletter/auslandsbrief/Documents/Auslandsbrief-1310.pdf>, S. 7f.
- 251 Vgl. Bath, Dominik: Finleap-Chef: *„Geldautomaten werden wir nicht mehr brauchen“*, 21.7.2019, URL: <https://www.morgenpost.de/wirtschaft/article226540275/Finleap-Chef-Geldautomaten-werden-wir-nicht-mehr-brauchen.html> (Stand: 16.4.2021).
- 252 Vgl. Kruse, Gereon: *Unternehmens-Ranking der jeweiligen Stadt*, URL: [https://boersengefluester.de/townwise-details/?town\\_name=Berlin&is\\_town\\_filter=true](https://boersengefluester.de/townwise-details/?town_name=Berlin&is_town_filter=true); vgl. auch ders.: *Unternehmens-Ranking der jeweiligen Stadt*, URL: [https://boersengefluester.de/townwise-details/?town\\_name=M%C3%BCnchen&is\\_town\\_filter=true](https://boersengefluester.de/townwise-details/?town_name=M%C3%BCnchen&is_town_filter=true) (Stand: 18.3.2021); vgl. auch ders.: *Das Top-Ranking der deutschen Börsenstädte*, URL: <https://boersengefluester.de/top-ranking-der-deutschen-boersenstaedte> (Stand: 16.4.2021).
- 253 Vgl. TradingHours LLC (Hrsg.): *Singapore Exchange*, URL: <https://www.tradinghours.com/markets/sgx> (Stand: 18.3.2021); vgl. auch SGINvestors.io (Hrsg.): *SGX Listed Stocks. SGX Listed Companies*, URL: <https://sginvestors.io/sgx/stock-listing/alpha> (Stand: 16.4.2021).

- 254 Vgl. Deutsches Aktieninstitut: *Aktien in Deutschland fördern. Anregungen des Deutschen Aktieninstituts zur Bundestagswahl 2017*, März 2017, URL: [https://www.dai.de/fileadmin/dokumente/positionspapiere/2017-03-27/Deutsches\\_Aktieninstitut/Anregungen/zur/Bundestagswahl/2017.pdf](https://www.dai.de/fileadmin/dokumente/positionspapiere/2017-03-27/Deutsches_Aktieninstitut/Anregungen/zur/Bundestagswahl/2017.pdf) (Stand: 16.4.2021), S. 7.
- 255 Vgl. ebd., S. 8.
- 256 Statista (Hrsg.): *Strompreise für Industriekunden in ausgewählten europäischen Ländern nach Verbrauchsmenge im Jahr 2020, März 2021*, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151260/umfrage/strompreise-fuer-industriekunden-in-europa> (Stand: 18.3.2021).
- 257 Vgl. Weißbach, Anne, Wagener, Laura: *Stromverbrauch im 4-Personen-Haushalt: Infos & Stromspartipps*, URL: <https://www.stromspiegel.de/stromverbrauch-verstehen/stromverbrauch-4-personen-haushalt> (Stand: 18.3.2021).
- 258 Vgl. Ousure Tarifvergleich GmbH (Hrsg.): *Einfach erklärt. Wie hoch ist der durchschnittliche Stromverbrauch eines Vier-Personen Haushalts?*, URL: <https://durchblicker.at/durchschnittlicher-stromverbrauch-4-personen-haushalt> (Stand: 18.3.2021); vgl. auch Eurostat (Hrsg.): *Energiepreise im Jahr 2019. Energiepreise für Haushalte in der EU gegenüber 2018 gestiegen*, Pressemitteilung vom 7.5.2020, URL: <https://www.ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10826611/8-07052020-AP-DE.pdf> (Stand: 18.3.2021).
- 259 Strom-Report: *Hier ist Strom in der EU am teuersten. Strompreise: Was Strom in Europa kostet*, URL: <https://strom-report.de/strompreise-europa> (Stand: 18.3.2021).
- 260 Wechselpilot GmbH (Hrsg.): *Strompreise vergleichen wie ein Profi. Für alle, die einfach nur sparen wollen*, URL: <https://www.wechselpilot.com/strompreisvergleich> (Stand: 18.3.2021).
- 261 Vgl. Berliner Wasserbetriebe (Hrsg.): *Unternehmensstruktur*, URL: <https://www.bwb.de/de/8368.php> (Stand: 19.3.2021); vgl. auch Wikipedia: *Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid\\_%C3%BCber\\_die\\_Rekommunalisierung\\_der\\_Berliner\\_Energieversorgung](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_%C3%BCber_die_Rekommunalisierung_der_Berliner_Energieversorgung) (Stand: 19.3.2021).
- 262 Vgl. Wikipedia: *Heizkraftwerk Klingenberg*, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Heizkraftwerk\\_Klingenberg#Eingestellte\\_oder\\_ruhende\\_Planungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Heizkraftwerk_Klingenberg#Eingestellte_oder_ruhende_Planungen) (Stand: 19.3.2021).
- 263 Vgl. Seelos, Christian: *Wärmewende: Vattenfall nimmt Berliner Kohleblock vom Netz*, 2.10.2019, URL: <https://www.energate-messenger.de/news/195648/waermewende-vattenfall-nimmt-berliner-kohleblock-vom-netz> (Stand: 19.3.2021).
- 264 Vgl. Menzel, Jan: *Senat setzt auf die Sonne. Wie Berlin zur Solar-Hauptstadt werden könnte*, 21.3.2021, URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/03/berlin-senat-strom-solargesetz-photovoltaik.html> (Stand: 19.3.2021).
- 265 Vgl. Frese, Alfons: *Führungswechsel bei der Messe Berlin. Göke geht zu Gegenbauer*, a.a.O.



- 266 Vgl. Fahrún, Joachim, Siebert, Philipp: *Messe Berlin nach einem Jahr Corona in finanzieller Not*, 1.3.2021, URL: <https://www.morgenpost.de/berlin/article231679053/Corona-Messe-Berlin-in-existenzieller-Notlage.html> (Stand: 20.3.2021); vgl. auch Michulla, Kathrin: *Große Branchentreffen: Messe Berlin plant Neustart im Sommer*, 16.1.2021, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/messe-berlin-plant-neustart-im-sommer-li.133076> (Stand: 20.3.2021).
- 267 Vgl. Dierig, Carsten: *„Das Ziehen von Schlussstrichen beginnt“*, 1.3.2021, URL: <https://www.welt.de/sonderthemen/messewirtschaft/article227420533/Erste-Messen-schliessen.html> (Stand: 20.3.2021); vgl. auch Redaktionsnetzwerk Deutschland: Verband: *Messebranche beklagt hohe Verluste - drei Viertel des Umsatzes weggebrochen*, 7.1.2021, URL: <https://www.md.de/wirtschaft/messeveranstalter-im-corona-jahr-2020-hohe-verluste-drei-viertel-des-jahresumsatzes-weggebrochen-KS7GDKP5ETIBUYL4EAAJXCASVE.html> (Stand: 20.3.2021).
- 268 Abgeordnetenhaus Berlin: *Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD): Offene Fragen zum Interessenbekundungsverfahren „ICC-Berlin“*, 5.11.2018, URL: <https://s3.kleine-anfragen.de/ka-prod/be/18/16944.pdf> (Stand: 20.3.2021), S. 3.
- 269 Vgl. Berlin Tourismus & Kongress GmbH (Hrsg.): *ICC - Internationales Congress Centrum Berlin. Hightech-Architektur aus den Siebzigerjahren*, URL: <https://www.visitberlin.de/de/icc-internationales-congress-centrum-berlin> (Stand: 21.3.21); vgl. auch Koempel, Wolfgang: *ICC-Berlin, Was Soll daraus werden? Kongresszentrum*, 28.12.2020, URL: <https://berlinblick24.de/2020/12/28/icc-berlin-was-soll-daraus-werden> (Stand: 21.3.2021).
- 270 Vgl. Schupelius, Gunnar: *Gunnar Schupelius – Mein Ärger. Pop sucht immer noch nach einem Investor für das ICC*, 11.3.2020, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/pop-sucht-immer-noch-nach-einem-investor-fuer-das-icc> (Stand: 21.3.2021); vgl. auch ders.: *Gunnar Schupelius – Mein Ärger. Das ICC steht seit 2014 leer und wird frühestens 2035 saniert sein*, 23.6.2020, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/das-icc-steht-seit-2014-leer-und-wird-fruehestens-2035-saniert-sein> (Stand: 21.3.2021); vgl. auch Gunßer, Christoph: *ICC Berlin mit spektakulärer Klimahülle*, 23.4.2020, URL: <https://www.dabonline.de/2020/04/23/icc-berlin-mit-spektakulaerer-klimahuelle-wettbewerb-nachnutzung-neuner-boeving/#a78509> (Stand: 21.3.2021).
- 271 SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen: *Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Landesverband Berlin und Die Linke, Landesverband Berlin und Bündnis 90/ Die Grünen, Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2016-2021*, 8.12.2016, URL: [https://www.berlin.de/rbmskzl/\\_assets/rbm/161116-koalitionsvertrag-final.pdf](https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/rbm/161116-koalitionsvertrag-final.pdf) (Stand: 21.3.2021), S. 69.

- 272 Vgl. Verstl, Lea: ICC: *Suche nach Investor beginnt erst nach Berlin-Wahl 2021*, 2.10.2020, URL: <https://www.morgenpost.de/bezirke/charlottenburg-wilmersdorf/article230577524/ICC-Suche-nach-Investor-beginnt-erst-nach-Berlin-Wahl-2021.html> (Stand: 21.3.2021); vgl. auch Schupelius, Gunnar: *Gunnar Schupelius – Mein Ärger. Pop sucht immer noch nach einem Investor für das ICC*, a. a. O.; vgl. auch ders.: *Gunnar Schupelius – Mein Ärger. Das ICC steht seit 2014 leer und wird frühestens 2035 saniert sein*, a. a. O.
- 273 Näheres siehe S. 27.
- 274 Vgl. Kausch, Willy E. in: Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe am 25. Januar 2021, Wortprotokoll, URL: <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/WiEnBe/protokoll/web18-063-wp.pdf> (Stand: 21.3.2021), S. 7f.
- 275 Vgl. ebd.
- 276 Vgl. Handelsblatt (Hrsg.): *Projekt Skytran. Mini-Schwebebahn auf Abruf*, 25.6.2014, URL: <https://www.handelsblatt.com/technik/forschung-innovation/projekt-skytran-mini-schwebebahn-auf-abruf/10102056.html> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Laylin, Tafline: *SkyTran: World's First Levitating Transit System Heads to Tel Aviv*, 22.8.2013, URL: <https://www.greenprophet.com/2013/08/skytran-worlds-first-levitating-transit-system-heads-to-tel-aviv> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch skyTran: *Bridging Distances*, URL: <https://www.skytran.com> (Stand: 23.3.2021).
- 277 Handelsblatt (Hrsg.): *Projekt Skytran. Mini-Schwebebahn auf Abruf*, a. a. O.
- 278 Vgl. Mobilitätsakademie AG des Touring Club Schweiz: *Deutsche Firma E-Volo will Lufttaxis nach Dubai bringen*, URL: [https://www.auto-mat.ch/de/content/artikel/170703\\_Deutsche-Firma-e-volo-will-Lufttaxis-nach-Dubai-bringen.php](https://www.auto-mat.ch/de/content/artikel/170703_Deutsche-Firma-e-volo-will-Lufttaxis-nach-Dubai-bringen.php) (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Euronews: *Mobilität von morgen: In einer Kapsel von Dubai nach Abu Dhabi schweben*, 23.12.2020, URL: <https://de.euronews.com/2020/12/23/mobilitat-von-morgen-in-einer-kapsel-von-dubai-nach-abu-dhabi-schweben> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Christeller, Reinhard: *Neuartiges SkyWay Verkehrssystem für Dubai?*, 9.7.2019, URL: <https://www.urban-transport-magazine.com/neuartiges-skyway-verkehrssystem-fuer-dubai> (Stand: 23.3.2021).
- 279 Vgl. Humpa, Michael: *Flugtaxi Volocopter: Vorab-Reservierungen für erste Flüge möglich*, 17.9.2020, URL: [https://www.chip.de/news/Flugtaxi-Volocopter-Reservierungen-fuer-erste-Fluege\\_182984847.html](https://www.chip.de/news/Flugtaxi-Volocopter-Reservierungen-fuer-erste-Fluege_182984847.html) (Stand: 23.3.2021).
- 280 Abgeordnetenhaus von Berlin: *Wortprotokoll, Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe*, 64. Sitzung, 8.2.2021, URL: <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/WiEnBe/protokoll/web18-064-wp.pdf> (Stand: 23.3.2021), S. 13.
- 281 Vgl. Landesregierung NRW: *Nordrhein-Westfalen soll Knotenpunkt für Flugtaxis werden*, Pressemitteilung 8.9.2020, URL: <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-soll-knotenpunkt-fuer-flugtaxis-werden> (Stand: 23.3.2021).
- 282 Vgl. Geschäftsstelle Zukunftsorte: *Flughafen Tempelhof*, URL: <https://zukunftsorte.berlin/standorte/flughafen-tempelhof> (Stand: 23.3.2021).

- 283 Vgl. Kresser, Thomas: *Unbemannte Flugdrohnen. Bosch entwickelt Sensortechnik für Lufttaxis*, 22.5.2019, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/luftfahrt/bosch-entwickelt-sensortechnik-fuer-lufttaxis> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Sieben, Peter: *Flugzeuge. Treibstoff aus der Luft soll das Fliegen revolutionieren*, 8.1.2021, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/luftfahrt/treibstoff-aus-der-luft-soll-das-fliegen-revolutionieren> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch VDI Verlag GmbH (Hrsg.): *Jungferflug geglückt. Das weltweit erste vollelektrische Verkehrsflugzeug fliegt in Kanada*, 13.12.2019, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/luftfahrt/das-weltweit-erste-vollelektrische-verkehrsflugzeug-fliegt-in-kanada> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Stoller, Detlef: *Starling Jet startet senkrecht. Dieses Flugzeug ist wie ein Bus, der fliegen kann*, 22.2.2018, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/luftfahrt/dieses-flugzeug-ist-wie-ein-bus-der-fliegen-kann> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch ders.: *Sun Flyer 2. Erfolgreicher Jungferflug: Elektrisch fliegen für drei US-Dollar pro Stunde*, 23.4.2018, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/luftfahrt/erfolgreicher-jungferflug-elektrisch-fliegen-fuer-drei-us-dollar-pro-stunde> (Stand: 23.3.2021); vgl. auch Stüber, Jürgen: *So stellen sich Audi und Airbus das Flugtaxi der Zukunft vor*, 7.3.2018, URL: <https://www.businessinsider.de/gruenderszene/allgemein/audi-airbus-flugtaxi> (Stand: 23.3.2021).
- 284 Vgl. Handelsblatt (Hrsg.): *Airbus testet sein Lufttaxi in Bayern*, in: Handelsblatt Nr. 138 vom 21.7.2020, S. 25.
- 285 Opinion Leaders Network GmbH (Hrsg.): *Bekommen Rom und Mailand bald einen Hyperloop?*, URL: <https://www.leadersnet.at/news/48579,bekommen-rom-und-mailand-bald-einen-hyperloop.html> (Stand: 24.3.2021).
- 286 Stoller, Detlef: *Zug statt Flug. Von München nach Berlin in 30 Minuten: Lufthansa interessiert sich für Hyperloop*, 28.3.2017, URL: <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/verkehr/von-muenchen-berlin-in-30-minuten-lufthansa-interessiert-fuer-hyperloop> (Stand: 24.3.2021).
- 287 Vgl. Maher, John: *Modular Maglev Motors. The winner of the 2017 DesignJunction competition for innovation, Yuchen Cai, talks about her concept*, Dezember 2017, URL: <https://departures-international.com/life-style/design/qa-yuchen-cai-winner-of-designjunction> (Stand: 24.3.2021).
- 288 The Wheel Network: *Renault Float - "Car of the Future" by Yuchen Cai*, 21.9.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=E0g04zhmRaU> (Stand: 24.3.2021).
- 289 Youtube: *Volkswagen's The People's Car Project: Hover Car PART 1*, 8.5.2012, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Ew4Y5HLyT6c> (Stand: 24.3.2021).
- 290 Vgl. Bähnisch, Stephan: *VW: People's Car Project. Chinesische Kundenträume*, 2.5.2012, URL: <https://www.autobild.de/artikel/vw-people-s-car-project-3420598.html> (Stand: 24.3.2021).
- 291 Vgl. Jay Leno's Garage: *The People's Car Project*, 19.10.2012, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=f6ums9UiZA8> (Stand: 24.3.2021).
- 292 Ebd.

- 293 Vgl. Reintjes, Dominik, Stölzel, Thomas: *Made in Germany - noch*, a. a. O.; vgl. auch Jahn, Thomas, Fasse, Markus: *Deutschland strebt ins All*, in: Handelsblatt 172 vom 7.9.2020, S. 1.
- 294 Vgl. Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie: *Luft- und Raumfahrt*, URL: <https://www.vml-bb.de/de/luft-raumfahrt> (Stand: 24.3.2021).
- 295 Vgl. Hofer, Joachim: *Das Chip-Desaster*, in: Handelsblatt 11 vom 18.1.2021, S. 29; vgl. auch ders. u.a.: *Produktionsengpass und Kurzarbeit. Autoindustrie kämpft an zwei Fronten*, in: Handelsblatt 12 vom 19.1.2021, S. 20f.; vgl. auch Haerder, Max u.a.: *Altmaiers Liebling*, in: Wirtschaftswoche 8 vom 19.2.21, S. 49.
- 296 Vgl. Blume, Jakob, Riecke, Torsten: *Globale Lieferketten. Ernstfall für die Weltwirtschaft*, in: Handelsblatt 61 vom 29.3.2021, S. 16f.
- 297 Blume, Jakob u.a.: *Suezkanal. Frachter-Stau gefährdet Lieferketten*, in: Handelsblatt 60 vom 26., 27., 28.3.2021, S. 23.
- 298 Vgl. VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (Hrsg.): *Mikrochips. Europa braucht den Masterplan*, in: VDE Politikbrief 1/2021, URL: <https://www.vde.com/resource/blob/2020704/c0e7118804677bb57443969fdca54069/politikbrief-01-2021---download-data.pdf> (Stand: 25.3.2021), S. 2; vgl. auch Schäffer, Christian u.a.: *Photonisch-elektronische Integration. Schlüsseltechnologie für die Kommunikationstechnik und Sensorik*, 21.1.2021, URL: <https://www.vde.com/resource/blob/2015766/0240d991b0cdeb5de265b17810396214/vde-positionspapier-photonisch-elektronische-integration-data.pdf> (Stand: 25.3.2021), S. 9; vgl. auch Dudek, Damian u.a.: *Hidden Electronics II. Ein Positionspapier zur Einschätzung der Zukunft der Halbleitertechnologie in Deutschland*, Dezember 2020, URL: <https://www.vde.com/resource/blob/2015750/812df166975f386e6cf32d909e102304/vde-positionspapier-hidden-electronics-ii-data.pdf> (Stand: 25.3.2021).
- 299 Vgl. [epp.industrie.de](http://epp.industrie.de): *VDE fordert Fokussierung auf Schlüsseltechnologien Mikroelektronik und Photonik. Chip-Mangel setzt Autoindustrie unter Druck*, 31.1.2021, URL: <https://epp.industrie.de/top-news/news/chip-mangel-setzt-autoindustrie-unter-druck> (Stand: 25.3.2021).
- 300 Ebd.
- 301 Vgl. Hofer, Joachim, Demling, Alexander: *Halbleiterhersteller. Intel will 20 Milliarden Dollar in Chip-Produktion investieren*, 24.3.2021, URL: <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/halbleiterhersteller-intel-will-20-milliarden-dollar-in-chip-produktion-investieren/27034724.html?ticket=ST-2440137-ggMtEF0Xu9yIc9brnopN-ap1> (Stand: 25.3.2021).
- 302 Link, Andreas: *Intel: 20-Milliarden-Investment für Fabriken und Foundry-Pläne*, 24.3.2021, URL: <https://www.pcgameshardware.de/CPU-CPU-154106/News/Intel-mit-20-Mrd-Investment-fuer-Fabriken-und-Foundry-Plaene-1369128> (Stand: 25.3.2021).
- 303 Vgl. Hofer, Joachim: *Chipfertigung. Europa braucht eigene Fabriken*, in: Handelsblatt 61 vom 29.3.2021, S. 26.

- 304 Vgl. Demling, Alexander, Scheuer, Stephan: *Europäisches Zentrum für Chipdesign. Apple investiert mehr als eine Milliarde Euro in München*, 10.3.2021, URL: <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/europaeisches-zentrum-fuer-chip-design-apple-investiert-mehr-als-eine-milliarde-euro-in-muenchen/26990304.html> (Stand: 25.3.2021).
- 305 Vgl. Infineon (Hrsg.): Infineon Villach: *Rohbau für neue Chipfabrik fertiggestellt*, 14.5.2020, URL: <https://www.infineon.com/cms/austria/de/presse/GJ1920/rohbau-fab.html> (Stand: 25.3.2021).
- 306 Vgl. Hofer, Joachim u.a.: *Milliardendeal in Chipbranche*, in: Handelsblatt 27 vom 9.2.2021, S. 1, 4f.
- 307 Vgl. Europäische Kommission: *Joint declaration on processors and semiconductor technologies*, 7.12.2020, URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/joint-declaration-processors-and-semiconductor-technologies> (Stand: 25.3.2021).
- 308 Abgeordnetenhaus Berlin: *Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Frank-Christian Hansel (AfD). Was tun der Regierende Bürgermeister und die Wirtschaftssenatorin, um eine Mega-Chip-Fabrik (Halbleiter) nach Berlin zu holen?*, 27.1.2021, URL: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-26377.pdf> (Stand: 25.3.2021).
- 309 Vgl. Handelsblatt: *Elektronikbranche Apple-Chipfertiger TSMC baut Fabrik in den USA*, 15.5.2020, URL: <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/elektronikbranche-apple-chipfertiger-tsmc-baut-fabrik-in-den-usa/25834362.html> (Stand: 25.3.2021).
- 310 Vgl. Koch, Moritz: *Quantencomputer. Streit statt Aufholjagd*, in: Handelsblatt 11 vom 18.1.2021, S. 12.
- 311 Vgl. Bienert, Jörg: *Einsatz von KI. Herausforderungen für Deutschland*, in: Handelsblatt Journal, Eine Sonderveröffentlichung von Euroform Deutschland, März 2020, S. 21; vgl. auch Petring, Jörn u.a.: *Die roten Pioniere*, in: WirtschaftsWoche 9 vom 26.2.2021, S. 17; vgl. auch Vgl. Liebl, Andreas: *Wollen wir uns wirklich zur digitalen Kolonie degradieren lassen?*, in: WirtschaftsWoche 10 vom 28.2.2020, S. 10.
- 312 Vgl. Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Hrsg.): *Künstliche Intelligenz. Im Bereich Künstliche Intelligenz steht Berlin bei technologischen Entwicklungen und digitaler Innovation den Vorreitern USA und China um nichts nach*, URL: <https://www.businesslocationcenter.de/ikt/kuenstliche-intelligenz> (Stand: 27.3.2021).
- 313 Vgl. Bundesverband Deutsche Startups e.V. (Hrsg.): *Künstliche Intelligenz. Wo stehen deutsche Startups 2020?*, S. 6, URL: [https://www.hubraum.com/studie\\_ki-wo-stehen-deutsche-startups/#YOU](https://www.hubraum.com/studie_ki-wo-stehen-deutsche-startups/#YOU) (Stand: 27.3.2021).
- 314 Näheres unter: Initiative for appliedAI, URL: <https://www.appliedai.de/ai4germany> (Stand: 27.3.2021) und KI-Bundesverband, URL: <https://ki-verband.de> (Stand: 27.3.2021).

- 315 Vgl. Geschäftsstelle Zukunftsorte: *Lerne die einzelnen Zukunftsorte kennen*, URL: <https://zukunftsorte.berlin/standorte> (Stand: 27.3.2021); vgl. auch Frese, Alfons: *Industriestandort Berlin Showroom für 3-D-Drucker in altem Gaswerk geplant*, 3.8.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/industriestandort-berlin-showroom-fuer-3-d-drucker-in-altem-gaswerk-geplant/24862272.html> (Stand: 27.3.2021).
- 316 Vgl. Loy, Thomas: *Namen & Neues. Entwicklungszentrum Industrie 4.0 verheddert sich im Kompetenzgestrüpp*, 28.10.2019, URL: <https://leute.tagesspiegel.de/treptow-koepenick/macher/2019/10/28/100512/entwicklungszentrum-industrie-4-0-verheddert-sich-im-kompetenzgestruepp> (Stand: 27.3.2021); vgl. auch ders.: *Gute Zahlen für Berliner Projekt. Wissenschaftsstadt Adlershof wächst auch in der Pandemie*, 24.3.2021, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/gute-zahlen-fuer-berliner-projekt-wissenschaftsstadt-adlershof-waechst-auch-in-der-pandemie/27033246.html> (Stand: 27.3.2021).
- 317 Siehe hier: <https://zukunftsorte.berlin/standorte/wirtschafts-und-wissenschaftsstandort-berlin-schoeneweide> (Stand: 27.3.2021 und 19.4.2021) und hier: <https://www.businesslocationcenter.de/zukunftsorte/berlin-schoeneweide> (Stand: 27.3.2021 und 19.4.2021).
- 318 Vgl. Petring, Jörn u.a.: *Die roten Pioniere*, a. a. O., S. 20.
- 319 Vgl. Denner, Volkmar: *Wenn Gedanken Maschinen steuern*, in: Handelsblatt 30 vom 12., 13., 14.2.2021, S. 64; vgl. auch Koch, Moritz: *Quantencomputer. Streit statt Aufholjagd*, a. a. O.
- 320 Vgl. Mummme, Thorsten u.a.: *Schneller Ersatzteile beschaffen. Wie die Bahn mit 3D-Druck pünktlicher werden will*, 11.7.2019, URL: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/schneller-ersatzteile-beschaffen-wie-die-bahn-mit-3d-druck-puenktlicher-werden-will/24579944.html> (Stand: 28.3.2021).
- 321 Vgl. Groebel, Jo: *„Verantwortungsvolle Fertigung als Leitprinzip“*, Interview mit Markus Glasser, EMEA EOS GmbH, in: Der Mittelstand 1/2021, S. 65.
- 322 Vgl. Handelsblatt: *„Thor“ von Airbus. Ein Flugzeug zum Ausdrucken*, 3.6.2016, URL: <https://www.handelsblatt.com/technik/forschung-innovation/thor-von-airbus-ein-flugzeug-zum-ausdrucken/13686060.html?ticket=ST-1085384-DFT5JXywZuSISEWV5Crc-ap4> (Stand: 28.3.2021).
- 323 Vgl. Mummme, Thorsten u.a.: *Schneller Ersatzteile beschaffen. Wie die Bahn mit 3D-Druck pünktlicher werden will*, a. a. O.
- 324 Vgl. Tagesschau: *„2030 Digital Compass“. EU treibt Digitalisierung voran*, 9.3.2021, URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/digitalisierung-eu-quantencomputer-101.html> (Stand: 28.3.2021).
- 325 Vgl. Trumpf, Steffen: *Skifahren auf Müllverbrennungsanlage. Kopenhagen eröffnet schneefreie Piste*, 4.10.2019, URL: <https://www.spiegel.de/reise/staedte/skifahren-am-copenhill-kopenhagen-eroeffnet-piste-auf-muellverbrennungsanlage-a-1289648.html> (Stand: 28.3.2021).
- 326 Big-Bjarke Ingels Group, URL: <https://big.dk/#projects-arc> (Stand: 28.3.2021).



- 327 Gräff, Christian: *Zehn Flächen für die weltbesten Architekten und ein weiterer Flughafen bis 2040*, 3.11.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/75-visionen-fuer-berlin-folge-15-zehn-flaechen-fuer-die-weltbesten-architekten-und-ein-weiterer-flughafen-bis-2040/26586300.html> (Stand: 28.3.2021).
- 328 Vgl. Abgeordnetenhaus Berlin: *Wortprotokoll, Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe*, 62. Sitzung, 11.1.2021, URL: <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/WiEnBe/protokoll/web18-062-wp.pdf>
- 329 Vgl. Tagesschau: *Toyotas Projekt in Japan. Eine Labor-Stadt am Fuße des Fuji*, 23.2.2021, URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/toyota-woven-city-101.html> (Stand: 30.3.2021); vgl. auch <https://t3n.de/news/toyota-baut-stadt-zukunft-woven-city-1362882/>, vgl. auch Schesswendter, Raimund: *Toyota will High-Tech-Stadt als lebendes Experimentierfeld bauen*, 1.3.2021, URL: [https://www.toyota.de/news/woven\\_city](https://www.toyota.de/news/woven_city) (Stand: 30.3.2021); vgl. auch Maas, Roman: *Digital Life. Toyota Woven City: Smarte Stadt entsteht in Japan*, 27.1.2020, URL: <https://www.vodafone.de/featured/digital-life/toyota-woven-city-smarte-stadt-entsteht-in-japan/#/> (Stand: 30.3.2021).
- 330 CNET Highlights: *Toyota reveals the WOVEN CITY program: studying cities of the future*, 6.1.2020, URL: <https://youtu.be/pfCyQvuufZw>
- 331 Vgl. Kölling, Martin: *Toyotas "Woven City". Labor für die Mobilität von Morgen*, in: Handelsblatt 39 vom 25.2.2021, S. 14.
- 332 Laohavichairat, Achawin, Manosong, Montakan, Karunwiwat, Peerapol (Design Team): *Amphibious Habitat: The growing of futuristic community (Final list)*, Design Competition by mabstudiodesign, 26.4.2012, URL: <https://mabstudiodesign.wordpress.com/2012/04/26/amphibious-habitat-the-growing-of-futuristic-community-final-list> (Stand: 19.4.2021).
- 333 Vgl. Wikipedia: *Juscelino-Kubitschek-Brücke*, URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Juscelino-Kubitschek-Br%C3%BCcke> (Stand: 31.3.2021).
- 334 Vgl. Schnitzler, Katja: *Neue Brücke für London: Liegt ein Spinosaurus über der Themse*, 20.8.2015, URL: <https://www.sueddeutsche.de/reise/bruecken-design-sehensmerkwaerdigkeit-fuer-london-gesucht-1.2614337> (Stand: 31.3.2021); vgl. auch Bustler: *Winners of the SC2012 Links: Bridging Rivers Competition*, 18.9.2012, URL: <https://bustler.net/news/2646/winners-of-the-sc2012-links-bridging-rivers-competition> (Stand: 31.3.2021).
- 335 Vgl. Stott, Rory: *London's Battersea Bridge Competition is a Symbol of a Divided City*, 25.2.2015, URL: <https://www.archdaily.com/602683/london-s-battersea-bridge-competition-is-a-symbol-of-a-divided-city> (Stand: 31.3.2021).
- 336 Bustler: *Winners of the SC2012 Links: Bridging Rivers Competition*, a. a. O.
- 337 Schnitzler, Katja: *Neue Brücke für London: Liegt ein Spinosaurus über der Themse*, a. a. O.
- 338 Haerder, Max u.a.: *Laden. Schluss. Oder?*, in: WirtschaftsWoche 4 vom 22.1.2021, S. 16.
- 339 Vgl. Börsenblatt: *Corona-Jahr 2020. Ein Drittel mehr Umsatz für Amazon in Deutschland*, 4.2.2021, URL: <https://www.boersenblatt.net/news/ein-drittel-mehr-umsatz-fuer-amazon-deutschland-163619> (Stand: 1.4.2021).

- 340 Vgl. Haerder, Max u.a.: *Laden. Schluss. Oder?*, a. a. O.
- 341 Vgl. ebd.
- 342 Vgl. Kallmeier, Nina: *Sterben die Innenstädte? Ein Gesamtkonzept ist fällig*, 10.1.2020, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/1972989/sterben-die-innenstaedte-ein-gesamtkonzept-ist-faellig> (Stand: 1.4.2021).
- 343 HDE Handelsverband Deutschland (Hrsg.): *Gute Politik für attraktive Innenstädte. 11-Punkte-Plan des HDE*, 9.1.2020, URL: [https://einzelhandel.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=12509](https://einzelhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=12509) (Stand: 1.4.2021).
- 344 Vgl. Hoffmann, Kevin P.: Kommentar, in: VBKI Spiegel #260, Pressekonferenz, Die VBKI-Wirtschaftskolumne, S. 21.
- 345 Vgl. Bund der Steuerzahler (BdSt): *Teure Flaniermeile in der Friedrichstraße. Evaluation und Marketing größte Kostenposition*, in: BdSt: Der Steuerzahler. Wirtschaftsmagazin, Transparent, 4.2021, S. 2.
- 346 Vgl. Krier, Léon: *Bauen, was lebt*, in: CATO 2/2021, S. 72-79.
- 347 Vgl. Berliner Abendblatt: *Berlin-Charlottenburg: Neue Pläne für die Wilmsdorfer Straße*, 25.10.2019, URL: <https://abendblatt-berlin.de/2019/10/25/berlin-charlottenburg-neue-plaene-fuer-die-wilmersdorfer-strasse> (Stand: 1.4.2021).
- 348 Kolf, Florian: „*Das kann nicht auf Dauer gut gehen*“, Interview mit Genth, Stefan in: Handelsblatt 27 vom 9.2.2021, S. 17.
- 349 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen: *Stadtentwicklungsplanung Zentren. Bezirkliche Zentren- und Einzelhandelskonzepte*, URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/de/zentren/einzelhandelskonzepte.shtml> (2.4.2021).
- 350 Vgl. Bezirksamt Mitte: *Einzelhandels- und Zentrenkonzept*, URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/staedtebauliche-planungen/einzelhandels-und-zentrenkonzept> (Stand: 2.4.2021).
- 351 Vgl. Becker, Andreas: *Shopping: Sind Innenstädte noch zu retten?*, 11.8.2020, URL: <https://www.dw.com/de/shopping-sind-innenst%C3%A4dte-noch-zu-retten/a-54526624> (Stand: 2.4.2021).
- 352 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: *Bundesanzeiger*, URL: <https://www.bundesanzeiger.de/pub/de/suchergebnis?6> (Stand: 3.4.2021).
- 353 Vgl. Dobberke, Cay: *„Begegnungszone“ in Berlin-Schöneberg. Selbst ein Grüner findet Maaßenstraße teils „grauenvoll“*, 27.8.2016, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/begegnungszone-in-berlin-schoeneberg-selbst-ein-gruener-findet-maassenstrasse-teils-grauenvoll/14462256.html> (Stand: 3.4.2021).
- 354 Vgl. Krier, Léon: *Bauen, was lebt*, in: CATO 2/2021, S. 74, 78.
- 355 Vgl. Public Manager: *Studie an der Uni Wageningen zeigt Effekte von Grün in Innenstädten auf*, 10.1.2018, URL: <https://www.public-manager.com/aktuelles/einzelansicht/archive/2018/january/article/studie-an-der-uni-wageningen-zeigt-effekte-von-gruen-in-innenstaedten-auf.html> (Stand: 3.4.2021).

## ENDNOTEN

---

- 356 Vgl. Senatskanzlei: *Senat beschließt über Immobilien- und Standortgemeinschaft in der City West*, Pressemitteilung, 15.05.2018, URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.701151.php> (Stand: 3.4.2021); vgl. auch Globe Media GmbH (Hrsg.): *Interessengemeinschaft Friedrichstraße*, URL: [http://www.friedrichstrasse.de/berlin/service\\_business/ig\\_friedrichstrasse/ig\\_friedrichstrasse\\_e\\_v](http://www.friedrichstrasse.de/berlin/service_business/ig_friedrichstrasse/ig_friedrichstrasse_e_v) (Stand: 3.4.2021).
- 357 Vgl. BVG Projekt GmbH (Hrsg.): *Ein U-Bahnhof unterm Sternenhimmel*, URL: <https://www.projekt-u5.de/de/museumsinsel> (Stand: 4.4.2021).
- 358 Vgl. Schwerdtfeger, Heike: *Helden des Mittelstands - Teil 131*, in: WirtschaftsWoche 3 vom 15.1.2021, S. 62.
- 359 ntv: *Startup macht aus Plastik Sprit. Wie Müllberge zu Kraftstoff werden können*, 12.7.2019, URL: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Wie-Muellberge-zu-Kraftstoff-werden-koennen-article21135682.html> (Stand: 6.4.2021).
- 360 Deutschland steht im Ranking der 20 umweltfreundlichsten Länder nach dem Environmental Performance Index (EPI) im Jahr 2020 an 10. Stelle. Die Initiative wäre daher glaubhaft. Vgl. Statista: *Ranking der 20 umweltfreundlichsten Länder nach dem Environmental Performance Index (EPI) im Jahr 2020*, Juni 2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/983991/umfrage/ranking-der-umweltfreundlichsten-laender-nach-dem-environmental-performance-index> (Stand: 6.4.2021).
- 361 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: *Bildung. BundesUmwelt-Wettbewerb*, URL: <https://www.bmbf.de/de/bundesumweltwettbewerb-887.html> (Stand: 6.4.2021).
- 362 City Guide Dubai: *Museum of the Future Dubai*, URL: <https://www.cityguide-dubai.com/de/freizeitangebot/museen/museum-of-the-future> (Stand: 6.4.2021).
- 363 von Fischer, Sabine: *Öko-Pionier James Wines: „Die meiste umweltfreundliche Architektur ist wirklich ziemlich hässlich“*, 26.1.2021, URL: [https://www.nzz.ch/feuilleton/oeko-pionier-james-wines-die-meiste-umweltfreundliche-architektur-ist-wirklich-ziemlich-haesslich-ld.1596775?utm\\_source=pocket-newtab-global-de-DE](https://www.nzz.ch/feuilleton/oeko-pionier-james-wines-die-meiste-umweltfreundliche-architektur-ist-wirklich-ziemlich-haesslich-ld.1596775?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE) (Stand: 6.4.2021).
- 364 Boldt, Klaus: *Top-Manager Reitzle wirft Bundesregierung bei Corona-Politik Versagen vor*, 3.4.2021, URL: [https://www.welt.de/wirtschaft/article229695277/Corona-Politik-Wolfgang-Reitzle-uebt-scharfe-Kritik-an-Bundesregierung.html?fbclid=IwAR3QxH81itMv6\\_w0VwyKVwK62ziurMmE7lnGaTpDSmrLNCRBok\\_ArREIrg4](https://www.welt.de/wirtschaft/article229695277/Corona-Politik-Wolfgang-Reitzle-uebt-scharfe-Kritik-an-Bundesregierung.html?fbclid=IwAR3QxH81itMv6_w0VwyKVwK62ziurMmE7lnGaTpDSmrLNCRBok_ArREIrg4) (Stand: 6.4.2021).

### **Fotos angebeformat „seite-urheber“**

*U-1-Nataliya Hora; U-1-kinwun; U-1-Airbus; U-1-Gorodenkoff;  
U-1-Nine Elms to Pimlico Bridge Competition;  
U-1-VirginHyperloopPM29042021; 6-sportpoint; 7-elxeneize;  
14-acrogame; 14-Arnold Vogt; 15-Transocean Berlin; 15-Ferdinand  
Schmutzer; 16-Oleksandr Dibrova; 16-hiyusuke9; 16-Delphotostock;  
17-unbekannt; 17-unbekannt; 21-retbool; 21-olly; 22-Thaut Images;  
23-frank peters; 24-pressmaster; 25-peshkov; 28-mbpictures.  
de; 30-Sina Ettmer; 32-Berto; 36-ahirao; 37-Grispb; 39-Gus Andi;  
41-Tada Images; 42-press.siemens.com; 42-press.siemens.com;  
43-boomeart; 44-wideeyes; 45-adragan; 47-doganmesut; 54-Racle  
Fotodesign; 55-Rido; 58-Olivier Le Moal; 59-Danila Shtantsov;  
59-3000ad; 60-Bundesarchiv; 61-Rido; 62-Gorodenkof; 63-kinwun;  
63-Goinyk; 64-chones; 65-www.cazurro.es; 71-Lightboxx;  
76-zephyr\_p; 77-Halfpoint; 78-AfD-Fraktion Treptow-Köpenick;  
79-miket; 80-Frozen Action; 81-Vitalii Vodolazskyi; 83-rs31;  
84-VZavrazhina; 85- siro46; 85-Paul Zinken/dpa; 86-Katja  
Stögmüller; 87-AboutLife; 88-Bergringfoto; 89-frank peters;  
91-anatoliy\_gleb; 94- milanmarkovic78; 95-WavebreakMediaMicro;  
96-AlesiaKan; 97-contrastwerkstatt; 98-Yeti Studio; 100-Yeti Studio;  
105- HPW; 109-vectorfusionart; 111-hanohiki; 112-G.G. Lattek;  
117-maylat; 117-TTstudio; 117-konin-slider; 119-peterschreiber.media;  
127-unbekannt; 127-skytran; 127-VirginHyperloopPM29042021;  
128-carplane.com; 128-Samand Aerospace; 128-Naeblys;  
128-Airbus; 129-volkswagen; 129-renault; 130-GraphicCompressor;  
131-peterschreiber.media; 133-peterschreiber.media;  
134-NDABCREATIVITY; 135-scharfsinn86; 136-ignis; 136-Ehrhorn  
Hummerston; 137-stadtentwicklung.berlin.de; 137-stadtentwicklung.  
berlin.de; 138-toyota; 138-toyota; 138-toyota; 138-toyota; 138-toyota;  
140-Boris Stroujko; 140-evgenii; 140- Igor Luschay; 141-Laohavichairat,  
Achawin; 141-R.M. Nunesr; 141-archdaily; 141-future arquitecturas;  
142-COK House; 142- Irina; 142-Freepik; 143-christian lohse;  
144-Yehuda; 146-KURLIN\_CaFE; 146-rh2010; 146-bnorbert3;  
147-L. Hans; 149-Mari79; 149-Leonid Andronov; 149-byrdyak; 149-  
fredmantel; 150-xiaoliangge; 150-Nataliya Hora; 151-Markus Mainka;  
151-Markus Mainka; 151- roza; 153-3000ad; 154-Milan J.*

---

IMPRESSUM


Herausgeber dieser Broschüre und  
verantwortlich im Sinne des Presserechts ist die

**Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin**

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin


 [afd-fraktion.berlin](http://afd-fraktion.berlin)

 [facebook.com/AfDFraktionAGH](https://facebook.com/AfDFraktionAGH)

 [twitter.com/afdfraktionagh](https://twitter.com/afdfraktionagh)

**Schreiben Sie uns Ihre Meinung:**

 [info@afd-fraktion.berlin](mailto:info@afd-fraktion.berlin) oder

 +49 (0)30 2325 - 2621

*Dieses Druckerzeugnis informiert  
über die Arbeit der AfD-Fraktion im  
Abgeordnetenhaus von Berlin und darf  
nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet  
werden.*





# Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:



+49 30 23 25-2622



info@afd-fraktion.berlin



afd-fraktion.berlin



twitter.com/afdfraktionagh



facebook.com/hauptstadtfraktion



youtube.com/@hauptstadtfraktion



instagram.com/afdfraktionagh



## Abonnieren Sie unseren Newsletter